AUTONOMIE NR 2/76 2

Materialien gegen die Fabrikgesellschaft

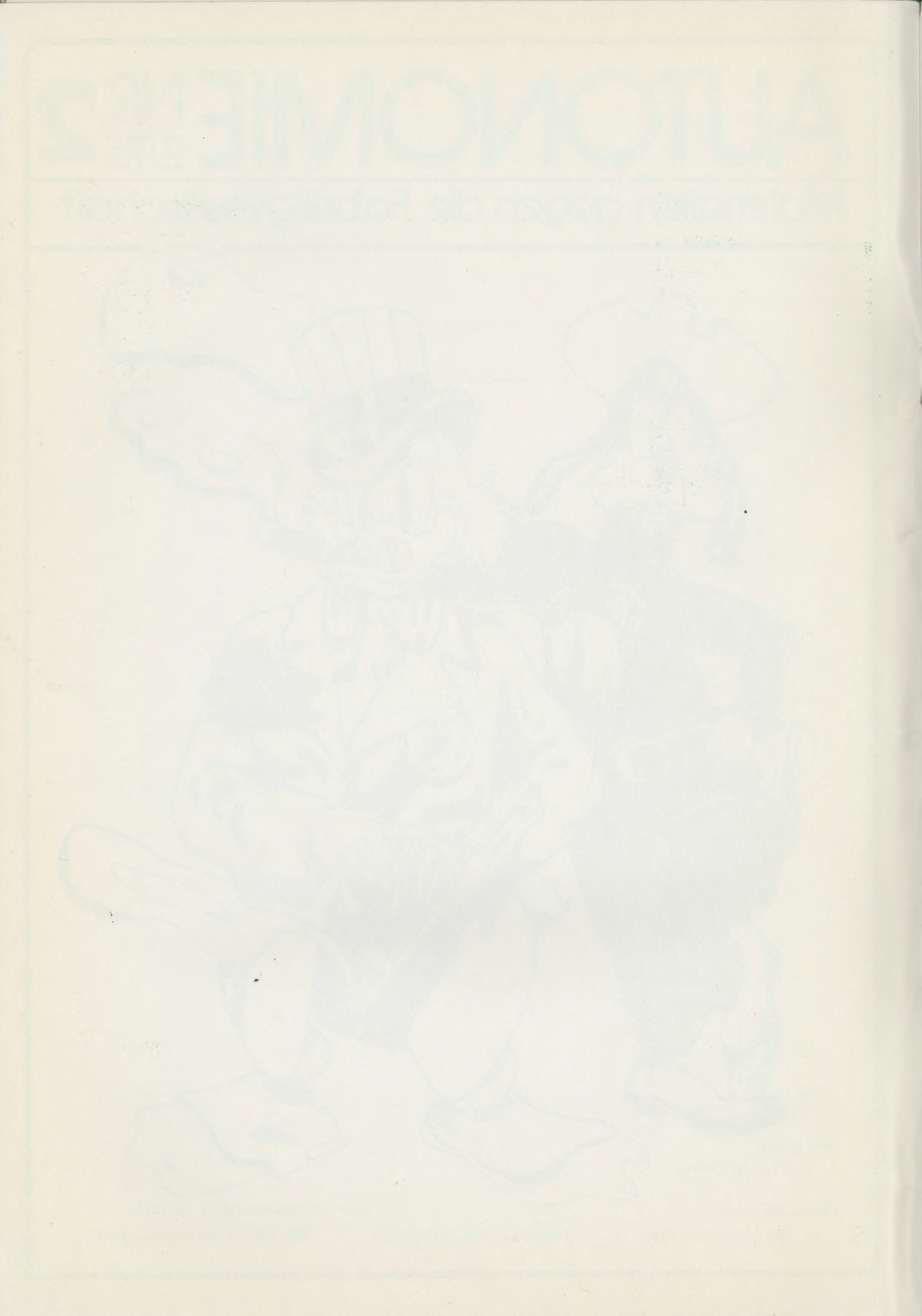
Wir Kinder
der Tertiarisierung

Gegenökonomie
und Alternativkultur

Thesen zur Arbeitslosigkeit

Lebensmittelunruhen in Bremen

Arbeiter produzieren die Krise



INHALT

2 Zu diesem Heft

4 Meinrad Rohner
Wir Kinder der Tertiarisierung

9 Claus J. Carstensen
Gegenökonomie und Alternativkultur

13 Herbert Röttgen
Thesen zur Arbeitslosigkeit – Exkurs zur Ausländercommunity

24 Ute Brockhaus / Eckard Brockhaus
Die Lebensmittelunruhen in Bremen Ende Juni 1920

41 Walter Güntheroth
Arbeiter produzieren die Krise
(Reformismus und Proletariat II. Teil)

Abonnement Autonomie

Erscheint unregelmäßig, mindestens viermal jährlich
5 Hefte portofrei Haus
30.00 DM auf folgende Konten:
Trikont-Verlag GmbH
Postscheckkto. München 226585-800
Bank für Gemeinwirtschaft 17 270 705

Herausgeber: Autonomie Kollektiv
Verantwortlich: H.Röttgen
Anschrift: Autonomie c/o Trikont-Verlag
8 München 80 Josephsburgstr. 16
Tel. (089) 43 38 74

C Trikont-Verlag GmbH
ISBN 3 - 92-385 - 71 - 3
Druck: Fa. Gegendruck, Gaiganz
Umschlaggestaltung E.Petersen
Preis DM 6.--

ZU DIESEM HEFT

Diese Nummer beschäftigt sich mit dem Komplex Krise, die ein Produkt des Arbeiterkampfes ist, Arbeitslosigkeit, Nicht-Arbeit, Community und Alternativ-Bewegung. Wir hatten vor, als Einleitung zu diesen Artikeln die Diskussion, die wir in der Redaktion darüber geführt haben, in gekürzter aber wörtlicher Form abzudrucken: um die Motive klar zu machen, aus denen heraus wir auf diese Diskussion gekommen sind, und um die Fragen zu nennen, die wir jetzt schon an diesen Komplex stellen. Da es aufgrund der Zerstreutheit der Diskussion nicht möglich war, sie in ihrem Ablauf wiederzugeben, habe ich versucht, die wichtigsten Argumente aus ihr kurz darzustellen.

1.
Daß einige Linksradikale jetzt über Arbeitslosigkeit diskutieren, könnte ein Trick sein: nach dem Scheitern der Arbeiterkampf-Euphorie stürzt man sich in die nächste Euphorie. Wir denken dennoch, daß in dieser Diskussion eine Perspektive steckt. Bis 73 – also bis zum vorläufigen Höhepunkt und Schlußpunkt des offensiven Arbeiterkampfs und zugleich dem Beginn von Arbeitslosigkeit und Krise – gab es die Betriebsintervention mehr oder minder autonomer Gruppen; der Erfolg dieser Gruppen war zwar nicht überwältigend, solche interventionistische Tätigkeit schien aber ihre Perspektive zu haben. Das änderte sich ziemlich schlagartig mit der Krise: die interventionistische Politik verlor an Boden, stieß ins Leere. Die traditionalistischen Gruppen kämpften vor Betrieben und Arbeitsämtern um das Recht auf Arbeit – ohne den geringsten Erfolg. Die autonomen Gruppen blieben ratlos und an den wenigen Initiativen wurde sehr bald deutlich, daß da was faul war; die Frankfurter Arbeitslosenbroschüre, in der immerhin vom Recht auf Arbeit nicht die Rede war, wurde ein Reinfall. Auf der anderen Seite entstanden in der BRD zunehmend Selbsthilfeprojekte jugendlicher Arbeitsloser, die immer mehr Zulauf bekamen. Irgendwie hatten also die autonomen Gruppen und Genoss(inn)en nicht begriffen, was es mit dieser Krise auf sich hatte.

2.
Wir mußten uns also über den Charakter dieser Krise klar werden. Im Vergleich zur Weltwirtschaftskrise von 1929 fällt auf: diese Krise scheint zwar strukturell zu sein – sie verläuft aber ohne ein nennenswertes Absinken des Lebensstandards der Massen. In diesem Zusammenhang entwickelt Meinrad Rohner in seinem Artikel die These, daß in dieser Krise zum Ausdruck kommt, daß das Zeitalter der Nicht-Arbeit schon angebrochen ist. Das hat sehr weitreichende Konsequenzen: die Arbeitslosigkeit kann ihren negativen Charakter verlieren, als Nicht-Arbeit verstanden (die gesellschaftlich zunehmend ins Gewicht fällt) ist sie die objektive Voraussetzung für das, was heute als Selbsthilfe-Projekt beginnt, und worin wir die weitere Perspektive der Community sehen. (Zum Verstehen der heutigen Krise gehört die Diskussion über die Arbeiterkämpfe des letzten Jahrzehnts. Walter Güntheroth versucht im zweiten Teil seines Textes die Entfaltung des Verhältnisses von Arbeiterkampf und Reformismus zwischen 1960 und 1973 zu analysieren.)

3.
An dieser Stelle kommen Einwände. Diese Nicht-Arbeit sei nicht das Produkt von Kämpfen, sondern vom Kapital erzwungene Nicht-Arbeit – es sei daher zynisch, sie umstandslos positiv zu begreifen. Und: diese Nicht-Arbeit sei zwar wahrscheinlich strukturell, das Kapital werde aber Mittel und Wege finden – seis in offener Repression, seis mit Arbeitsmarkt-Techniken –, damit umzugehen – Nun ist mit der These vom Anbruch des Zeitalters der Nicht-Arbeit nicht gesagt, das Kapital produziere und präsentiere hier die kommunistische Gesellschaft, es ist nur gesagt: es produziert einige Voraussetzungen dafür. Auf ganz praktischer Ebene zeigt sich sehr deutlich, daß diese Nicht-Arbeit nicht mehr als eine Voraussetzung ist: zwar entstehen hie und da Selbsthilfeprojekte z.B. jugendlicher Arbeitsloser, sie werfen aber für die Jugendlichen eine Masse von Problemen auf – ganz zu schweigen von der viel größeren Zahl der jugendlichen Arbeitslosen, die nicht an solchen Projekten beteiligt sind. Viel stärker als der, dem durch die Fabrik- oder Büroarbeit ein fester Lebensrhythmus aufgezwungen ist, ist der Arbeitslose auf seine Subjektivität geworfen; was dabei herauskommt, ist erst mal eine ziemlich kaputte scene. Die Probleme, die dabei für die (männlichen) Jugendlichen auftauchen: Geld, Frauen, Alkohol. Selbsthilfeprojekte fangen an dem einfachsten der Probleme an: dem Geld, wie man also gemeinsam materiell über die Runden kommt. Alles weitere wird sehr viel schwieriger werden – in die Richtung muß die Diskussion über die Community gehen, wenn man ernst nimmt, was Community meint: die Totalität des Lebenszusammenhangs gemeinsam organisieren. (Dazu der Artikel von Claus J. Carstensen) Hier auch stellt sich die Frage der „Intervention" der revolutionären Linken (dazu später).

4.
Zu dem anderen Einwand: sicher wird das Kapital Strategien finden, um mit der Nicht-Arbeit umzugehen. So die Spaltung zwischen Arbeitenden und Nicht-Arbeitenden, zwischen Deutschen und Ausländern, zwischen Jungen und Älteren und schließlich ein differenzierter Umgang mit der Vergabe von

Arbeitslosengeld; dazu neue Mittel betrieblicher und außerbetrieblicher Repression. Nur eins wird das Kapital nicht ändern können: daß es diese Nicht-Arbeit als Dauerzustand gibt. Durch technologische Umwälzungen des Arbeitsprozesses hat das Kapital in den letzten 150 Jahren die Arbeit zunehmend ihres Inhaltes beraubt, die Identifikation mit der Arbeit unmöglich gemacht. Das hat – insbesondere bei den Massenarbeitern – seine Konsequenz gehabt: es entstand die völlige Gleichgültigkeit gegenüber der Arbeit, die Fabrik war zwar despotischer als je zuvor organisiert, der Arbeiter konnte es sich aber sehr wohl vorstellen, ohne (diese) Arbeit zu leben: durch die Art der Arbeit selbst wurde die Disziplin durchlöchert, offene Massenkämpfe und permanente Kampfformen wie Absentismus und Sabotage entstanden. Zwar ist es heute in den Betrieben der BRD an der Oberfläche ruhig, mit dem größer werdenden Sektor der Nicht-Arbeit aber hat sich das Kapital einen neuen Krisenherd geschaffen: die Perspektive, nicht zu arbeiten, wird immer realistischer (was auch nicht ohne Einfluß auf die bleiben wird, die arbeiten). Es wäre dabei nicht richtig, den Begriff Nicht-Arbeit einfach nur wörtlich zu nehmen: gemeint ist vielmehr die zunehmende Schwierigkeit des Kapitals, Arbeit und Arbeitsplätze auf Dauer zu schaffen. Das bedeutet nicht nur Arbeitslosigkeit, sondern auch häufiges, erzwungenes Wechseln der Arbeitsplätze, Job-Verhältnis zur Arbeit (bei Lehrlingen genauso wie zunehmend bei Lehrern, die nicht mehr so ohne weiteres Aussicht auf eine langdauernde Arbeitsstelle haben). All das durchlöchert und zersetzt immer mehr die Disziplin, die zum reibungslosen Verlauf der Fabrikgesellschaft notwendig wäre.

5.

Einige Genossen warnen vor der Vernachlässigung des Fabrikkampfes: mit der Betonung der politischen Perspektive, die sich aus der Tendenz zur Nicht-Arbeit ergibt, würde man eine vom Kapital produzierte Spaltung – zwischen Arbeitenden und Nicht-Arbeitenden – nachvollziehen und übernehmen. Es käme vielmehr darauf an, eine Verbindung zwischen beidem herzustellen – gerade in der Situation der ungeheuren Verschärfung der betrieblichen Repression sei es fahrlässig, die Fabrik völlig aufzugeben. Hier liegt zweifellos ein großes Problem. Nur haben wir spätestens 73 die Erfahrung des Scheiterns des betrieblichen Interventionismus gemacht und vieles weist darauf hin, daß er auch in Zukunft eine untaugliche Waffe sein wird. Wenn wir uns jetzt Community-Projekten zuwenden, dann nicht einfach nur, weil wir hier eine neue „Hauptkampflinie" entdeckt haben, sondern auch, weil wir hier die Möglichkeit sehen, eine Politik zu machen, die nicht einfach interventionistisch ist. Wenn wir wieder ein praktisches Verhältnis zum Arbeiterkampf bekommen wollen, dann nicht mehr ein interventionistisches. Und in der Tat ist es heute richtig, das Schwergewicht unserer Tätigkeit auf Alternativ-Bewegung und Community-Projekte zu legen und uns nicht den Kopf über die vorschnelle Vereinheitlichung zweier Bewegungen zu zerbrechen. Das ist sicher ein strittiger Punkt, darüber ist zu diskutieren.

6.

Die Community hat ihre Tradition nicht bei uns, sondern in den USA; daher ist bei der Übertragung Vorsicht geboten. Denn die Community hat ihre Gründe in der spezifischen Geschichte der USA. Einmal gibt es dort schon immer ethnische Gruppen, die sich nach außen abschlossen und ihre Binnenstruktur aufbauten. Dann sind die Sozialleistungen in den USA, verglichen mit denen der BRD, unvergleichlich niedriger (z.B. medizinische Versorgung, Kindergärten): das zwingt die Leute dazu, sich selbst zu helfen. All das ist hier nicht vorhanden. Es gibt aber zunehmend Tendenzen, die die Community-Bildung auch hier möglich machen. Das betrifft in erster Linie die Ausländer, die teilweise schon Communities gebildet haben, durch die allein die große Zahl der Illegalen am Leben erhalten werden kann. Und auch unter den Deutschen gibt es ähnliche Entwicklungen: bei denen, die zunehmend vom Pauperismus bedroht sind, und bei den Jugendlichen, hier vor allem bei den arbeitslosen. Hier, wie auch in den USA, darf man den ambivalenten Charakter der Community nicht vergessen: einerseits bedeutet sie, daß die Leute ihr Leben selbst in die Hand nehmen und alternative Lebensformen entwickeln, andererseits aber nimmt sie dem Kapital auch Arbeit ab: sie leistet die Versorgung (medizinische usw.) selbst, die sie nicht vom Staat fordert, sie senkt die Kriminalität, sie produziert Arbeitskräfte (vgl. zu diesem Komplex den Artikel von Herbert Röttgen). Die Community, wie wir sie kennen, ist in sich ambivalent, man wird sich auf diese Ambivalenz einlassen müssen, es wird nicht möglich sein, ihre „guten" Momente von den „schlechten" zu trennen. Dennoch wird in den Communities ein vorwärtsweisendes Moment enthalten sein, wenn wir in Zusammenhang mit der Selbsthilfe immer auch die Frage der Aneignung angehen. (Über ein historisches Beispiel von Aneignungsaktionen berichtet Eckard Brockhaus.)

7.

Also ein neues Interventionsfeld der revolutionären Linken? Keineswegs. Eine der Voraussetzungen der Community ist die Ghetto-Situation einer Schicht. Ein solches Ghetto stellt die Linke dar. Sie hat also ein sehr eigenes, subjektives Interesse an der Community, in die sie ihre Bedürfnisse einbringen kann, in der sie sie organisieren kann. Und das Interesse der Revolutionäre , mehr zu werden, Initiativen sprengend werden zu lassen, könnte dazu beitragen, daß aus den entstehenden Communities mehr als befriedete Ghettos werden.

WIR KINDER DER

TERTIARISIERUNG

Mir scheint, daß die Gründe für das wiederaufgetauchte Interesse am Underground, an der Sub- oder Gegenkultur, an der Community- oder Selbsthilfebewegung aus der Krise der Fabrikintervention und aus der Konfrontation mit der Frau e n- und der Ökologiebewegung entstanden sind. Gründe objektiverer Natur sind die Krise und Repressionswelle des Kapitals.

1.

Schon heute gibt es Genossen, die ihre Angst darüber bekunden, daß wir einer ähnlichen Euphorie für die Alternativen verfallen werden, wie wir uns dereinst mit der Fabrik verrannt haben. Ich glaube, man muß das wirkliche Problem sehen; wir haben vor Jahren damit begonnen, uns der Fabrik und der Arbeiterklasse zuzuwenden, weil wir darin eine Möglichkeit sahen, die gesellschaftliche Isolierung der Jugendrevolte zu verhindern. Sicher ist diese mühsame Konfrontation nicht völlig folgenlos geblieben. Aber in den meisten Fällen ging die Verbindung von Genossen aus der Jugendbewegung mit den Arbeitern sowohl auf Kosten der inneren Dynamik der einen wie der anderen Bewegung. Nicht immer. Ganz sicher. Aber dann handelte es sich gerade um jene kostbaren Augenblicke, in denen weder die einen noch die anderen ihre politische Identität aufgeben mußten.

Durch diesen langen Prozeß voller frustrierender Erfahrungen ist die ursprüngliche politische Identität der Jugendrevolte jedoch ziemlich weitgehend zerstört worden. Die leninistische Theorie in der einen oder anderen Form hat das ihre dazu getan. Die weite Verbreitung der leninistischen Theorie in den letzten Jahren ist zwar verständlich. Von weitem betrachtet bestand tatsächlich eine gewisse Übereinstimmung zwischen der gesellschaftlichen Situation der Bolschewiki in Rußland vor dem Oktoberputsch und der gesellschaftlichen Isolation der Jugendrevolte. Bei näheren Zusehen allerdings hat sich diese scheinbare Übereinstimmung als völlige Illusion erwiesen.

Nach dieser Erfahrung ist es notwendig geworden, sich noch einmal zu überlegen, was denn diese Jugendrevolte war. Es ist eine Rückbesinnung auf die Triebkräfte unserer Bewegung notwendig geworden; eine Rückbesinnung, die durch die Frauen- und Ökologiebewegung einen Spielraum erhalten hat. Ziel einer solchen Übung kann es allerdings nicht sein, historisch rückwärts zu gehen. In Frage steht eine *neue politische Identität,* sowohl jenseits des toten Gegensatzes von Chauvi und Softi wie auch jenweits einer unproduktiven Anbiederung an den Arbeiterkampf. (Thomas Schmid hat diese Diskussion in der Nr. 1 der ‚Autonomie' begonnen.)

2.
Ich gehe davon aus, daß die kapitalistische Entwicklung in ihrem Kern aus der widersprüchlichen Entwicklung der Arbeit besteht. Den Doppelcharakter der Arbeit als das Wesentliche der kapitalistischen Entwicklung zu betrachten, bedeutet, die Arbeit als Verausgabung von Arbeitskraft zu sehen, und das heißt, die Arbeit als Negation der Arbeiterklasse zu betrachten. (Man kann das in einem Artikel von Carlo Jäger in der Zeitschrift ‚Mehrwert' Nr. 6 genauer nachlesen.) Hier kommt es mit auf den folgenden Satz an: „Das Interesse des Arbeiters ist, es nicht mehr zu sein." Dies hat Konsequenzen.
Das Interesse der Arbeiter, sich als gesellschaftliche Figur zu überwinden, hat sich in einer langen Geschichte von Kämpfen niedergeschlagen. Aber auch in einer unendlich weitergetriebenen Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsweise. Die Arbeit aber, die diesen immensen Produktionsapparat noch in Gang hält, ist zunehmend überflüssig geworden. Der schlagendste Beweis ist die heutige Massenarbeitslosigkeit, die keine wesentliche Reduktion des Lebensstandardes der Massen verursachen konnte. Auf dieser Stufe der Klassenauseinandersetzungen erweist sich somit erstmals die wahre Bedeutung der marxschen Analyse vom widersprüchlichen Charakter der Arbeit: Der Widerspruch der Arbeit drängt sie zu ihrer eigenen Aufhebung.
Dieser Prozeß bewahrheitet sich aber auch unter einem anderen Gesichtspunkt: Die Arbeit ist nicht bloß überflüssig geworden, sie ist auch zunehmend abstrakter geworden. Der Tauschwertcharakter verausgabter Arbeitskraft hat sich gründlich im konkreten Inhalt der Arbeit niedergeschlagen. Gerade heute wohnen wir einem Prozeß bei, der diese Tendenz noch einmal untermauert: Dem Übergang von der taylorisierten Massenproduktion zur Vollautomatisierung.
Dieser widersprüchliche Entwicklungsprozeß der Arbeit ist in großen historischen Schritten vorwärtsgetrieben worden. Ein ganz entscheidender Schritt in der gleichzeitigen Vergesellschaftung und Abstraktifizierung der Arbeit war der Übergang zur taylorisierten Massenproduktion Anfang dieses Jahrhunderts. Mit ihm ist aber auch die Kampfkraft der Arbeiterklasse gestiegen. Sie konnte in den 30er Jahren nur durch das bislang gewaltigste politischste Manöver des Kapitals aufgefangen werden: durch den keynesianischen Planstaat. Doch nach dem II. Weltkrieg wurde mehr und mehr wieder eine Antwort auf der Ebene der Produktion notwendig, um die massifizierte Existenz der Arbeiterklasse einzudämmen: die Tertiarisierung der Gesellschaft.
In der Studentenbewegung wurde diese Tendenz mit Begriffen wie ‚neue Mittelklasse', ‚neues Kleinbürgertum' usw. diskutiert. Die Diskussion mußte abgebrochen werden, weil sie politisch steril geführt wurde. Nur in akademischen Zusammenhängen hat sie überlebt.
Von der ‚Massenarbeiter-Debatte' sollten wir zumindest gelernt haben, daß erst der Zusammenhang der objektiven Situation in der kapitalistischen Gesellschaft mit den Kampfformen und Verhaltensweisen der Subjekte einen politischen Klassenbegriff hervorbringen kann. Ein politischer Begriff der Tertiarisierung scheint mir unmöglich ohne die Einbeziehung der Jugendrevolte. Denn die internationale Jugendrevolte der 60er Jahre war die Revolte der Söhne und Töchter der Tertiarisierung.

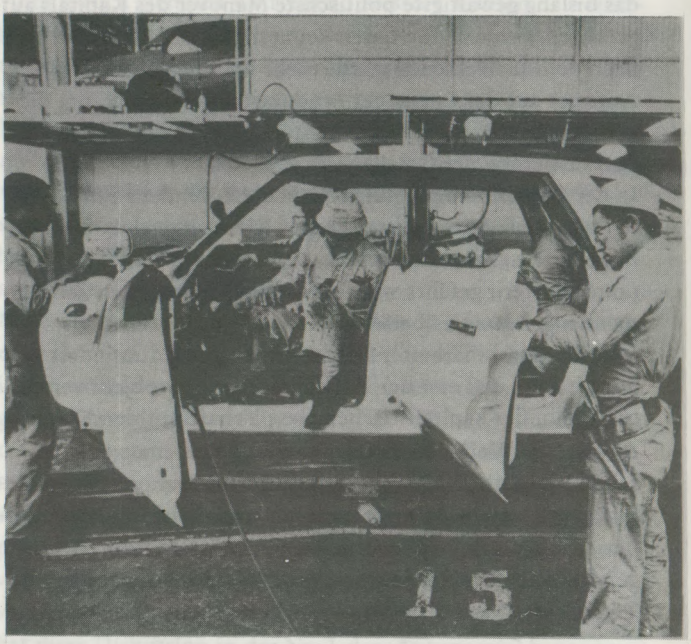
3.
Man kann die Tertiarisierung als Versuch des Kapitals ansehen, die Arbeiterklasse innerhalb der Arbeiterklasse abzuschaffen. Der ständige Kampf der Arbeiter gegen sich selbst, gegen die Arbeit, hat das Kapital in der Nachkriegszeit gezwungen, dieser Tendenz mit der scheinbaren Abschaffung der Arbeiterklasse nachzugeben. Die Angestellten sind zum Sinnbild einer massenhaften Möglichkeit des Nicht-Arbeiter-Seins geworden. Die rebellierenden Kinder dieser komischen, sich selbst verleugnenden Schicht des Proletariats, wollten das Werk zu Ende führen. Sie haben sich konsequenterweise sehr weit von der Arbeit überhaupt entfernt. Entsprechend war ihre Gefährdung. Sie sind dieser Gefahr teilweise auch erlegen. Überall dort nämlich, so sie sich sehr schnell aus einem Widerspruch zur kapitalistischen Entwicklung zu einem Motor der kapitalistischen Entwicklung, z.B. in der Pop-Musik oder in der Kleinkrämerei, verwandelt hatten.
Man kann der Jugendrevolte daraus natürlich keinen Strick drehen. Dem alten Arbeiterkampf ist das in seiner viel längeren Geschichte noch viel öfters passiert. Aber man kann daraus lernen.

4.
Ich habe bisher vor allem über die Arbeit geschrieben. Gerade die Jugendrevolte hatte aber unmittelbar sehr wenig mit ihr zu tun. Sie entstand zwar aus dieser Stufe der Vergesellschaftung und Abstraktifizierung der Arbeit. Unmittelbar jedoch hatte sie mehr mit den Familien dieser Zeit, den Schulen und Universitäten, den Straßen usw. zu tun.
Als guter Marxist weiß man, daß diese kapitalistische Gesellschaft außerhalb der Fabrik die Sphäre des Warenaustauschs ist. Im Verlaufe der langen Geschichte des Kapitalismus schließlich ist auch manches zu Ware geworden. Und diese Waren entsprechen dem Charakter der Arbeit in dieser Phase kapitalistischer Entwicklung durchaus, d.h. ebenso wie die Arbeit zunehmend vergesellschaftet und inhaltlich zerstört ist, hat sich auch der Gebrauchswert der Waren zunehmend verloren. Damals sprachen wir vor allem von ‚Konsum-

gesellschaft'. Erst letzthin habe ich einen Artikel im Kursbuch 35 über ‚Wegwerfbeziehungen' gelesen, der sehr überzeugend den Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Zerstörung der Gebrauchswerte und dem Kaputtgehen der zwischenmenschlichen Beziehungen diskutiert.
Hier taucht ein entscheidendes Problem auf: Trotz dieses objektiven Zusammenhangs von Fabrik und Gesellschaft, von Arbeit und Warenaustausch, haben die Arbeiterkämpfe und die Jugendrevolte der 60er Jahre nicht zusammengefunden, obwohl beide einen enormen Einfluß auf den Verlauf der kapitalistischen Entwicklung genommen haben. Man kann sogar sagen, daß beide Bewegungen gegen die Arbeit gekämpft haben. Die Arbeiter in der Fabrik gegen die Arbeitsorganisation, für mehr Lohn. Die Jugendlichen direkter für ein anderes Leben, ohne Leistungszwang, ohne Arbeit.
Obschon beide Bewegungen nebeneinander hergelaufen sind, wäre die heutige Krise nicht so gründlich, wenn es nicht beide Formen der Arbeitsverweigerung gegeben hätte. Unter den Genossen gibt es zwar immer noch viele, die eine Kampfbewegung der Arbeiter in diesen Jahren abstreiten, aber selbst die Ökonomen müssen heute eingestehen, daß die Lohnraten die Objektivität der Kapitalbewegung in den letzten Jahren verlassen hatten. Und wenn die Jugendrevolte vielleicht auch eingedämmt wurde, so hat sie doch ungeahnte Möglichkeiten geschaffen, sich um die Arbeit zu drükken.
Noch undeutlich wird hier ein weiterer Sprung in der politischen Klassenzusammensetzung sichtbar: die Massenarbeitslosigkeit könnte zu einem Konfrontationsterrain zwischen Fabrikbewegung und Jugendbewegung werden, wie es bisher ganz einfach nicht bestanden hat. Aber sicher nur, wenn wir dazu stehen, wer wir sind und wie wir so geworden sind. In dieser Möglichkeit steckt die wirklich großartige historische Chance der Alternativscene.

5.
Man könnte beinahe von einer neuen strategischen Synthese reden, die wir brauchen, um den Prozeß der Jugendrevolte in den letzten Jahren in den revolutionären Gesamtprozeß einzubringen.
Hierzu gehören ganz wesentlich die Erfahrungen und Experimente eines neuen Lebens, die mit der Jugendrevolte initiiert wurden. Ich denke an all das, was die Ökologiebewegung als ‚Alternativen' bezeichnet: Wohngemeinschaften, alternative Ernährung, Medizin, Sexualität, überhaupt das Verhältnis zum Körper, andere Beziehungen, soft technology, alternative Reproduktionsmöglichkeiten und Produktionsgemeinschaften usw. Vor allem die Ökologiebewegung und z.T. auch die Frauenbewegung haben all das wieder diskutiert, was im Grunde schom Mitte der 60er Jahre begonnen wurde, dann aber immer mehr aus dem Blickwinkel der Linken verschwand und als kleinbürgerliche Träumerei abqualifiziert wurde.
Ein kulturrevolutionärer Beitrag der Jugendbewegung also? Nein, ich würde das nicht so nennen, weil der Begriff Kultur ebenso kapitalistisch ist wie der Begriff Arbeit. Beide drükken eine Trennung in unserem alltäglichen Leben aus, die es gerade aufzuheben gilt. Ich versuche vielmehr die Tatsache in den Griff zu bekommen, daß die *‚positive Negation von Arbeit'* heute eine strategisch wesentliche Komponente einer umfassenden Dialektik der Arbeitsverweigerung geworden ist.

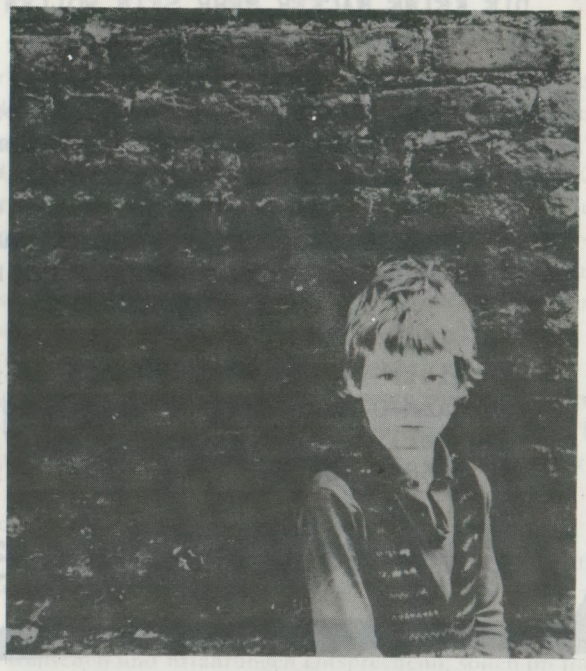
Auch ich habe mir den Kommunismus lange Zeit so vorgestellt, wie ich es von ‚Potere operaio' gelernt hatte: Abschaffung der Arbeit, Reduktion der Arbeitszeit auf ein Minimum. Das stimmt zwar immer noch, aber darauf kann man sich heute nicht mehr beschränken. Selbst Marx hat in den ‚Grundrissen' nicht nur von der notwendigen Tendenz zur Vorherrschaft der Nichtarbeitszeit gesprochen. Gleichzeitig gab es für ihn immer ein ‚gesellschaftliches Individuum', das diesen umfassenden Umwälzungsprozeß tragen würde. Es ist ganz natürlich, daß er zu seiner Zeit nicht sagen konnte, wie dieses ‚gesellschaftliche Individuum' aussehen wird. Aber heute können wir uns um diese Inhaltsangabe nicht mehr drücken. Vor allem, weil der Prozeß, von dem Marx gesprochen hatte, schon viel weiter fortgeschritten ist, als viele denken: die Massenarbeitslosigkeit bei gleichzeitig praktisch unverändert hohem Lebensstandard ist der schlagendste Beweis dafür, daß das Zeitalter, in dem die Nicht-Arbeitszeit vorherrschen wird, bereits begonnen hat.
Was wissen wir schon über dieses neue Zeitalter zu sagen? Noch fast gar nichts. In einem Artikel von Murray Bookchin mit dem Titel ‚Für eine befreiende Technologie' (in: ‚Unter dem Pflaster liegt der Strand' Bd.2, Kramer-Verlag) habe ich letzthin folgendes gelesen: Er sagt, viele Revolutionäre würden sich den Kommunismus so vorstellen, daß die ganze gesellschaftliche notwendige Produktion automatisiert und unter der Erdoberfläche eingebuddelt würde. Sichtbar bliebe nur noch ein großes Loch, wo die fertigen Produkte abgeholt werden könnten. An dieser Vorstellung kritisiert Bookchin, daß sie das verklemmte Verhältnis zur Technologie und damit zur Natur überhaupt aufrecht erhalte. Seine Kritik hat mir eingeleuchtet. Sie hat mir aber auch gezeigt, wie dringend notwendig eine massenhafte Alternativpraxis ist. Woher sonst, als aus einem neuen Verhältnis zu uns selbst, zu den anderen und zur Natur soll die Kraft für eine neue Gesellschaft kommen. Zum revolutionären Prozeß gehört nicht nur die Fähigkeit zur massenhaften Zerstörung der kapitalistischen Verhältnisse, sondern auch die Fähigkeit, schon jetzt ein neuen Leben zu führen.
Die Partei der Destruktion ist nichts ohne die Partei der Alternative. Sie wurde in der Jugendrevolte geboren.



6.
Das Zeitalter der Nichtarbeitszeit hat bereits begonnen, obwohl das Kapital die Macht noch in Händen hat. Darin liegt die Schwierigkeit der proletarischen Revolution unter hochindustrialisierten Verhältnissen. In Italien haben einige Genossen von der ‚Autonomie der Politik' gesprochen. Wahrscheinlich haben sie nicht genau das gleiche gemeint. Aber für mich hat diese These erst heute eine wirkliche Bedeutung erhalten. Für mich thematisiert sie nämlich nicht einfach das Verhältnis einer PCI-Regierung zu den Arbeiterkämpfen.

Sie stellt sich vielmehr das Problem der Zersetzung einer alten Produktionsweise durch die Produktion einer neuen Verkehrsform selbst. (Auch Marx sah den Kommunismus so.) Die ganze bisherige Geschichte der Gesellschaft wurde auf der Basis der Ökonomie, auf der Basis von Arbeit organisiert. In der Arbeiterbewegung war es üblich, darüber zu jammern. Denn, so wurde gesagt, die bürgerliche Revolution hätte den entscheidenden Vorteil gehabt, bereits über die ökonomische Macht verfügt zu haben. Die proletarische dagegen stehe mit leeren Händen da. Ein grandioser Irrtum. Dies wäre nur wahr, wenn der Kommunismus ein weiteres Mal eine Gesellschaft der Arbeit wäre. Ist er aber nicht. Der entscheidende Punkt liegt darin, daß der Kommunismus nicht mehr entlang der Arbeitszeit organisiert werden wird, sondern entlang der Nichtarbeitszeit. Selbst Marx hat das bereits gesehen, als er darauf verwies, daß es keine bessere Arbeitsorganisation geben könne, als die kapitalistische. Was das bedeutet, ist noch schwer vorstellbar. Umso schlimmer. Die endgültige Zerstörung der kapitalistischen Macht wird erst möglich werden, wenn wir diese ‚Nichtarbeit' zumindest im Ansatz inhaltlich auszufüllen vermögen.

7.
Am Beispiel Krankheit wurde mir einiges klar. Es ist sicher, daß sich die meisten Leute mit Krankheit ebenso intensiv beschäftigen wie mit ihrem Lohn. Auf alle Fälle erhält sich eine riesige Industrie damit. Bis heute haben wir dazu eigentlich erstaunlich wenig zu sagen gewußt. Irgendwie wissen wir etwas über die unsinnigen, weil profitorientierten und positivistischen, Heilmethoden der heutigen Medizin und Pharmazie. Zusätzlich entspricht dem eine chemisierte Ernährungsweise.
Aber ich glaube nicht, daß wir uns den Tatbestand ausreichend bewußt gemacht haben, daß Krankheit ebenso zur Grundstruktur dieser Gesellschaft gehört wie Angst. Es scheint sehr schwierig zu sein, ein revolutionäres Verhältnis dazu zu entwickeln. Das schlägt sich darin nieder, daß die meisten Linken den kapitalistischen Todestrip mit Pillen, Alkohol, Nikotin usw. getreulich nachvollziehen. Eine Alternative zum heutigen Ärzte-, Krankenhäuser-, Apotheken- und Versicherungssystem ist für mich darin nicht sichtbar.
Sie scheint erst greifbar zu werden, wenn die Kritik an der kapitalistischen Medizin auch ein neues Verhältnis zu unseren Körpern zu beinhalten beginnt. Die blöden Witze über die Körner- und Kräuterbewegung verbüßen dann allerdings ihre billigen Belustigungseffekte. Denn erst von einem solchen Standpunkt aus wird es möglich, die makrobiotische Ernährungslehre, die Lebensreformbewegung und oder andere volksmedizinische Gesundheitslehren sinnvoll zu kritisieren. Nötig ist es allemal. Der Marxismus hat sich zu diesen gesellschaftlichen Bewegungen bisher nicht wirklich verhalten können, weil er selbst an einem verklemmten Verhältnis zur Natur leidet. (Ich möchte in diesem Zusammenhang auf die Broschüre ‚Hexen, Hebammen und Krankenschwestern' hinweisen, die beim Verlag Frauenoffensive erschienen ist). Sicherlich gibt es auch nützliche Erkenntnisse der positivistischen Medizin-Wissenschaft. Sie können aber doch nur auf der Basis einer umfassenden Umwälzung unseres Lebens Anwendung finden. Und eine solche Umwälzung kann nicht funktionieren ohne eine Revolutionierung unserer Bedürfnisse. In der Sponti-Linken hört man zwar immer wieder, daß die Bedürfnisse der Ausgangspunkt der Politik sind. Das ist richtig, verschweigt aber, wie weitgehend unsere Bedürfnisse bereits auf kapitalistische Geleise zugeschnitten sind. Ein Prozeß realer Befreiung aus der heutigen Arbeitsgesellschaft beginnt auch hier. Solange wir uns im Alltag nicht gegen den kapitalistischen Todestrip wehren, glaube ich nicht mehr so richtig daran, daß ausreichend Bedürfnisse vorhanden sind, um sich der kapitalistischen Gesellschaft in ihrer Gesamtheit entgegenzustellen.
Die Frauenbewegung hat in letzter Zeit die Sexualität erneut auf den Tisch gebracht. Die bisherige ‚Sexuelle Revolution' wird von ihr wohl zu Recht als frauenfeindlich abgelehnt. Ähnlich dem dadurch in Gang gesetzten Prozeß scheinen mit auch in anderen Bereichen permanente Revolutionen notwendig. Revolutionen, die den Kampf gegen das System in seiner Totalität durch die Entwicklung realer Alternativen vorwärtstreiben.



Es gibt keinen Grund anzunehmen, daß eine solche Alternativpraxis die Widersprüche des Systems nivellieren wird. Da werden die Widersprüche schon eher durch den Alkoholkonsum, sowohl der Prolis wie vieler Linker, nivelliert.

Es geht mir auch überhaupt nicht um eine individualistische Revolution. Alle diese Prozesse – Gesundheit war nur ein Beispiel – erfordern ein neues Niveau an Kollektivierung und Kooperation, eine Organisationsstruktur, die ganz natürlich auch völlig andere Leute einbeziehen wird als bloß die linke Scene

Meinrad Rohner

Frage an Meinrad: Was heißt Tertiarisierung?
Antwort: Also ich verstehe darunter eine ganz grundsätzliche Umwälzung der Struktur der Gesellschaft, das was als Dienstleistungsgesellschaft diskutiert wird.
(J.Fourastié bemerkte als erster die Tendenz unserer Gesellschaft, daß zunächst die Landwirtschaft zugunsten der Industrie an Beschäftigtenzahl verliert und danach die Industrie zugunsten des dritten, tertiären Sektors: der Dienstleistungen. Er versuchte, diese Tendenz nicht politisch, sondern technologisch zu erklären.)

HALLO MÄNNER

Endlich gibts den
ERSTEN FEMINISTISCHEN KALENDER FÜR MÄNNER,
DIE KEINE MACKER MEHR SEIN WOLLEN!!!!!!!!!

366 oasen für 1976ger tagesnotizen, adreßseiten, traumseiten, comics, sprüche, allerlei alltägliches, viele bilder, lyrisches, prosaisches, dramati - sches, theoretisches, alternatives über männer männer männer männer !!

Den gibts im linken buchladen oder direkt vom Mann-O-Mann/Selbstverlag, Hauptstr. 30, 1000 Berlin 62; Postscheckkonto W.Schörling, Nr. 343813-103 Berlin-W., DM 7,- im voraus!

RAUS AUS DEM DJANGO-SCHRITT

Schwarze

Protokolle

Nr.11(Mai75):Sozialistischer Alltag in der DDR+Buchland DDR+Analyse der FDJ-Zeitung FORUM+Unterdrückung des Mannes+ Satire + Nr.12 erscheint Okt.

Red.:P.Ober,1Berlin31 Johann-Georg-Str.3

Gegenökonomie und Alternativkultur

Eine antagonistische Antwort?

Nachdem die letzten theoretischen Arbeiten über die Subkultur geschrieben sind, mehren sich seit etwa einem Jahr die Nachrichten über neugebildete Kooperativen und Kollektive, die sich der antikapitalistischen Selbstversorgung, der Entwicklung alternativer Lebensformen oder ökologischen Akkerbebauungs- bzw. Ernährungskonzepten verschrieben haben.
Und schon wieder sehen sich diese Gruppen den alten traditionalistischen Anwürfen gegenüber: Sie seien nicht politisch, das sei Psycho-Mist, Inseln im Kapitalismus gäbe es nicht, Akkerbau sei Flucht vor der Industriegesellschaft, ein Revolutionär dürfe seine Zeit nicht mit Töpfern vergeuden usw.
Dem jeweiligen Dogma folgend wird also die Voraussetzung jeder revolutionären praktischen Arbeit übersehen oder diffamiert: Politik in der ersten Person zu machen, Solidarität gegen die Herrschaft der Meister, Chefs und Bosse im Betrieb und auch auf der Ebene der gemeinsamen Bedürfnisse zu entwickeln und daraus die Zielrichtung und Kraft zu einer gegnerischen Antwort zu bestimmen.
Nur knapp soll im folgenden ein Hamburger Ansatz einer solchen Kooperative umrissen werden („Schwarzmarkt") und der Frage seiner Bedeutung im Rahmen der Krisenstrategie des Kapitals nachgegangen werden.

Hingewiesen werden muß auf die ersten Arbeiten über die Communitybewegung, die Landkommunebewegung in den USA, vielfach lediglich als Flucht vor den ausbeuterischen Produktions- und Reproduktionsbedingungen bezeichnet und eben nicht als Konsolidierungsversuch einer autonomen, dem Repressionsapparat in der direkten Auseinandersetzung unterlegenen, Bewegung; eine Analyse der amerikanischen Coops und ihrer brutalen Zerschlagung in der Weltwirtschaftkrise 1930 dürfte in diesem Zusammenhang ebenso interessant sein, wie die reformistisch-planstaatliche Entwicklung vormals erkämpfter Konsumgenossenschaften und gewerkschaftlicher Banken.

1. Schwarzmarkt – Hamburg
Unter diesem Namen haben sich seit über einem Jahr etwa hundert Genossen, zum größten Teil untereinander bekannt aus der Zeit der Schülerbewegung, aus verschiedenen Wohngemeinschaftsseminaren („Humanes Wohnen") und Anarchotreffen, konzeptionell vereinheitlicht. Die bewußte Vorläufigkeit von Organisationsstruktur und -zielsetzung, der Wille, einander zuzuhören und der Wunsch nach mehr Zartheit in den Verkehrsformen haben dabei eine Wurzel, jede Form von autoritärem oder den eigenen Bedürfnisrahmen per Anspruch sprengendem Verhalten wird als herrschaftsimmanent begriffen und abgelehnt; ebenso wird kollektiv jede Form von „Konsumerismus" geächtet und die kollektive Nutzung des (wenigen) Eigentums Einzelner als selbstverständlich angesehen.
Als Ziele dieser Gruppe werden genannt:
1. „Schaffung eines anschaulichen Gegenmodells, lebende Alternative",
2. „Unterstützung von politischer Arbeit (auch) durch Bereitstellung von technischen Mitteln",
3. „Sicherung der Existenz bei Politaktivitäten, z.B. Arbeitsmöglichkeit, wenn man gefeuert wurde",
4. „Verbesserungen der Kommunikation durch ein Informations- und Kontaktzentrum",
5. „Veränderung unserer tauschartigen Verhältnisse und Veränderung unserer wirtschaftlichen Beziehungen" und
6. „Hilfe und Möglichkeit für solche Arbeitslose, die zu kaputt (bzw. zu gesund) sind, um im kapitalistischen Produktionsprozeß zu arbeiten".

An funktionierenden Gruppen hat sich bislang eine Autowerkstätte gebildet, Töpfer- und Nähwerkstatt, ein Kneipenkollektiv, eine medizinische und juristische Beratungsstelle, eine Kräutergruppe, eine Zentrumsgruppe „Schwarzmarkt" und eine Elektrowerkstatt. Daneben bestehen zahlreiche Kontakte zu Druck-Koops, Landkommunen, Kerzen- und Ledergürtelhersteller u.a.m. Alle wichtigen Entscheidungen werden in einer wöchentlichen Vollversammlung getroffen; das Ausmaß der technischen Probleme und Größe der Gruppen haben inzwischen zu einer Trennung zwischen „Ökologietreffen", wo nur die mitreden, die ihren Lebensunterhalt (und wenn auch nur teilweise) im Rahmen eines Kollektivs verdienen und der „Freitagsgruppe", wo Fragen der Bedürfnisstrukturen, des Lebenszusammenhanges und immer stärker auch in Verbindung mit einer Knastgruppe der politischen Aktivitäten besprochen werden. Eine Trennung der politischen Ebenen und nicht zwischen technischen und politischen Fragen.

Als subjektiver Eindruck, und damit vielleicht nur den eigenen Wünschen und Erfahrungen entsprechend, sollen im folgenden die gemeinsamen Vorstellungen und Schwierigkei-

ten angedeutet werden. In jeder Bewegung ist in ihrem Anfangsstadium gerade das Nichtausgefeilte, Nichtwissenschaftliche und Nichtvollständige ein integrierendes und lebendiges Moment; daher will ich hier nicht meine subjektive Meinung als Analyse verkaufen und schon gar nicht durch ein starres System von Beschreibungen, Urteilen und Dogmen eine autonome Bewegung in der „Autonomie" einsperren.

2. Gegenökonomie – Eine Antwort auf die Krise, eine Antwort gegen alle Chefs in der Schule, im Betrieb und in den politischen Organisationen.

Von vielen ist das Prinzip revolutionären Handelns (aus Angst vor den Berufsverboten, den Sondergesetzen etc. oder weil die Arbeitermassen den Rattenfängern nicht gleich in Scharen nachliefen) inzwischen vergessen worden:
Sich selbst organisieren und sich aus den eigenen Bedürfnissen heraus mit der Umwelt kämpferisch auseinandersetzen!
Viele träumen bei Spaghetti und Rotwein von der revolutionären Bewegung, wie sie sein könnte, turnen sich an bei dem Gedanken an mögliche Großtaten. Wenn es nur nach den Köpfen ginge, gäbe es wirklich eine starke revolutionäre Bewegung; doch die Füße tragen die meisten schließlich doch in die Betriebe, die Uni-Fabrik, das Fabrik-Krankenhaus oder in die Sackgasse der traditionalistisch orientierten kommunistischen Parteien. Andere knallen sich den Kopf voll bis er raucht und von dieser Wirklichkeit auch Abstand nimmt.
Und dann findet sich eine Gruppe zusammen und sagt einfach, wir machen die Scheiße so nicht mehr mit, wir wollen uns nicht gegenseitig beherrschen und als Waren beliebig hin- und hertauschen lassen; wir wollen uns unsere Arbeit selbst aussuchen und einteilen können (auch wenn wir dabei frieren müssen und weniger zu fressen haben), wir wollen zueinander zärtlich und liebevoll sein und nicht den Schein von emotionaler Sicherheit und Glück durch die Beherrschung eines anderen erlangen (auch wenn wir oft Angst vor dem Alleinsein haben).
Für viele ist das alles unpolitisch, idealistisch, ein Zurückweichen vor der konkreten politischen Arbeit, zuwenig kämpferisch und dergleichen mehr.
Sich der Arbeit verweigern, die in den Fabriken und in den Schulen, in der Produktion und in der Reproduktion, immer

Arbeit vor allem für die Kapitalisten ist, genau das ist politisch. Wir machen die Spaltung zwischen Kopf- und Handarbeit nicht mit, wir lassen unsere Gedanken und unsere Kultur nicht von der herrschenden Meinung in Konkurrenz-, Tausch- und Warenverhältnisse umformen. Wir wollen frei von den kapitalistischen Zwängen (soweit wenigstens, wie es möglich ist) aus unserer Arbeit, die wir selbst bestimmten, und und aus unseren Lebensformen heraus auch die kollektive Kraft für den Todesstoß gegen diesen Krisenstaat entwickeln.
Sicher, im Kapitalismus gibt es nichts, was von ihm unabhängig zu nennen wäre, er durchdringt alle Fasern unseres Seins. Doch einigen seiner Tricks können wir uns entziehen, wenn wir nicht an seine neuesten Errungenschaften und seine Art von Zivilisation glauben, wenn wir uns seinen Zwängen verweigern, wo wir irgend können, wenn wir nicht auf den Konsumtrip gehen, nicht in der Beherrschung anderer und im Konkurrenztrip den Druck von oben nach unten verlängern, sondern ständig nach oben zurücktreten, wenn wir unser Leben und unsere Identität aufzubauen und zu entwickeln suchen gegen die verschiedenen Entfremdungszwänge.
In diesem Prozeß der tendentiellen Abwendung von den kapitalistischen Zwängen lernen wir, uns kollektiv zu organisieren, die uns trennenden Ängste zu durchbrechen und unsere Kraft in der Überwindung der bestehenden Verhältnisse zu formieren. Und wenn der Staat uns mit Stipendien, Arbeitslosengeld und Sozialhilfe auch noch bezahlt, weil er denkt, uns damit kaufen zu können, und aus der Schar der Insurgenten herausbrechen zu können, so ist das sehr schön, auch die Herrschenden können sich irren ...
Wir werden neue Formen finden, um unsere Existenz zu sichern ohne den Herrschenden total auf den Leim zu gehen, wir werden uns nicht von denen abspalten lassen, die noch täglich in der Fabrik den Lebensunterhalt für ihre Familie verdienen müssen und genau wissen, daß sie in der Hauptsache doch den Bossen in die Tasche wirtschaften. Denn wir wissen, daß auch sie sich am Arbeitsplatz wehren, tatkräftig, ohne auf „politische Sprüche" angewiesen zu sein, sich wehren gegen die Chefs, sich wehren gegen die Meister, die Akkordhetze, die spalterischen Lohnstufen und Arbeitsplatzbewertungen. Wir werden auch nicht zum Gegner derjenigen werden, die noch immer einem vergangenen Arbeitertypus, ihren persönlichen Massen- und historischen Kämpfen nachlaufen und noch nicht stark genug sind, jedwede Unterdrükkung und Bevormundung abzuwehren; denn eigentlich wollen sie genau dasselbe wie wir: Leben und glücklich sein ohne Chefs, ohne Bullen, ohne fremdbestimmten Zwang und ohne kaputtmachende Ängste, arbeiten solange es für sie selbst notwendig ist und an welchem Platz es für sie befreiend und entwickelnd ist.
Wir suchen nach neuen Formen des Zusammenlebens und der gemeinsamen Arbeit, wenn wir auf dem Land unser Getreide selbst anbauen, den Einkauf gemeinsam organisieren, unsere Fähigkeiten und Materialien gemeinsam austauschen, unsere Fahrzeuge selbst reparieren, unsere Kneipe selbst organisieren und das, was wir schön finden, Stoffpuppen, Teppiche, Töpferwaren etc. selbst herstellen. Denn Arbeiten macht Spaß, wenn ich die Arbeit selbst organisieren, über das Produkt selbst entscheiden und nicht für jemanden sondern für mich arbeiten kann, wenn die Arbeit nicht fremdbestimmt zum Kapital geformt wird. Entkleidet der kapitalistischen Verwertungsbestimmung ist Arbeit die Auseinandersetzung mit meiner Umwelt, und diese Auseinandersetzung

hilft mir, mein Selbstwertgefühl, meine Selbsterkenntnis und meine Kraft zu entwickeln.
In diesem Prozeß, der nicht mehr allein von der Deformierung meines Selbst durch diese beschissene Gesellschaft bestimmt wird, sondern mir die Möglichkeiten und Schwierigkeiten des selbstbestimmten kollektiven Arbeitens, Lernens und Lebens deutlich macht, in diesem Prozeß lerne ich auch, wofür ich kämpfen will (denn gegen wen wissen wir schon lange), und ich lerne auch, mit wem und wie ich kämpfen kann. Denn wenn wir unsere Lage gemeinsam erkennen und gemeinsam zu ändern versuchen, sind die moralischen Kategorien (du mußt aber arbeiten, weil die Arbeiter die Revolution machen werden oder du mußt dich organisieren, um die Organisation zu stärken) allesamt als Herrschaftsinstrument erkennbar.
Nur die Forderung an mich ist wirklich politisch, die aus meinen Bedürfnissen und Erfahrungen erwächst, gegen die Herrschenden gerichtet ist und in meiner Auseinandersetzung mit der Umwelt entwickelt wird. Der Kampf um diese Ziele macht mich zu einem lebendigen, politischen Wesen und nicht die Zugehörigkeit zu einem trationsreichen Gruppen- oder Parteinamen, der nur den Mythos der Kampfziele selbst und nicht die kämpferische Auseinandersetzung vollzieht.

3. Probleme der Alternativkultur – Mythologie und Idealismus

Bei dem Versuch, aus der Negation dieser Gesellschaft Alternativen des Lebenszusammenhanges und der Kultur zu entwickeln, stoßen wir immer wieder auf die Grenzen, die über die Internalisierung gesellschaftlicher Normen (wir sind eben für den Erhalt dieser ausbeuterischen Gesellschaft erzogen), über die repressive Unterdrückung durch Presse und Polizei, Lehrer und Meister und über den Zwang der Wert- und Formbestimmung, durch den Warencharakter dieser Gesellschaft vermittelt werden. Auch wenn die Warengesellschaft uns immer wieder einholt, so sind wir doch nicht der besonderen Brutalität des Fließbandes unterworfen und müssen uns nicht an das Kapital, an den unpersönlichen Moloch verkaufen, wenn wir nicht in der Fabrik arbeiten und im Entrümplungskollektiv „Boden und Keller besenrein" machen. Wir müssen uns aber immer noch bezahlen lassen, um leben zu können. Als Produzenten von Kunstgegenständen, als Vermittler für indische Tücher und als Reparaturarbeiter sind wir dem kapitalistischen Vermarktungsprozeß unterworfen, allerdings in einer weniger allumfassenden zerstörerischen, einer anachronistischen Stufe. Wollen wir dabei von unserer Hände Arbeit leben, ohne die Umwelt zu zerstören, so ergeben sich reichlich viele Widersprüche zwischen dem Zwang einer festgelegten Erntezeit, ökologisch/ökonomisch richtigen Anbaumethoden und dem sogenannten Bockprinzip oder dem „subjektiven Faktor". Ein Widerspruch, der weder durch „Arbeit ist Arbeit" technisch-pragmatisch noch durch die Droge „Lust-Unlust" gelöst werden kann, sondern sich immer wieder neu stellt und Arbeitsorganisation, Rollenverteilung und Aufgabenbewertung ständig zu modifizieren zwingt.
Unser Kampf gegen diese Gesellschaft findet auf vielen Ebenen statt; vielleicht ist er auch deswegen von der Gegenseite so schwer zu begreifen, zu parzellieren und zu kriminalisieren oder über den Rand zu stoßen – drop out. In der Wohngemeinschaft suchen wir dem Zwang zur individuellen Eigentumsbildung, zum Konsumverhalten und zur Reduktion unseres Menschseins auf eine verwertbare Asozialität (das abstrakte, käufliche Individuum) zu entgehen und gegen den Kapitalismus in uns, wie er sich in der Entfremdung und Angst auswirkt, und in all seinen Erscheinungsformen vorzugehen. Längst ist es nicht mehr die intellektuelle Linke, die sich in Wohngemeinschaften organisiert; der Wechsel zwischen chaotischer Lebensorganisation und rigider, starrer Formalisierung des Zusammenlebens findet sich heute in vielen Arbeiterkollektiven; das Konzept wird in den Knelpen diskutiert und von geschiedenen Frauen der niedrigen Lohnstufen als solidarische Form aufgegriffen. Doch die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung des einzelnen, der Widerspruch zwischen Realität und vorgestellter Welt können dazu führen, daß die Gemeinsamkeit zum Fetisch wird, dem Einzelnen wieder als äußerlich gegenübertritt, oder von Einzelnen als persönliche Leistung akklamiert wird. Solidarität, die nicht kritisch bleibt, verliert so ihre integrative Funktion und wird abgrenzerisch, isoliert erneut oder führt auf einer bewußteren Stufe zur Neuzusammensetzung der Wohngemeinschaft.

Wenn wir alternativ denken und leben wollen, stoßen wir immer wieder an eine unsichtbare Grenze, die uns Alternativen als sinnvoll und andere als utopisch verständlich machen will. Mit der Forderung, auf den Boden der Tatsachen zurückzugehen, ist meist auch die Forderung nach Anpassung an die bestehenden Verhältnisse verbunden. Für einige sind Drogen nun Hilfsmittel zur Ausweitung ihrer Vorstellungskraft von einer besseren Welt und eine Kraftnahrung für den konkreten, realen Kampf gegen die Enge und Isolation. Für viele wird die Droge zum Ideal, zur Ersatzwelt, für Spiritualisten werden Kräuter zur Droge statt zum natürlich gewachsenen, selbstangewandten und -gesteuerten Heilmittel bei alltäglichen Beschwerden.

Der Wechsel von Valium zur Baldrianwurzel kann nur ein Wechsel der Droge und der Herstellerfirma sein, wenn nicht der Kampf gegen die Umweltverschmutzung, gegen die Auslaugung der Natur und gegen die Verwaltung und Wegnahme qua Institutionalisierung meiner Krankheit oder meines Empfindens durch die Arzt-Medizin sich damit verbindet. Die Dogmatisierung von Bewußtseins- oder Naturtrips, der Zwang, die Gruppenzugehörigkeit mit Drogen, Kräutern oder Fantastereien zu erschleichen, können eben wieder die Vereinzelung hervorrufen und die Auseinandersetzung mit dem eigenen Selbst und der Umwelt verselbständigen und idealisieren.

Das Alternative von seinem Gegenstück zu lösen, die Kultur von der Fabrik zu trennen, meine Ideen und Wünsche als unabhängig von ihrer kapitalistischen Bestimmtheit zu postulieren, heißt die Alternative zu idealisieren und nicht sie als Form der Auseinandersetzung mit der gegnerischen, kalten Umwelt zu konkretisieren und ansatzweise den Sozialismus, daß sich die „Menschen erst als Menschen gegenübertreten", das, wofür wir kämpfen, inhaltlich zu entwikkeln und zu propagieren.

Wer dabei die Alternative besitzt, die Kultur für sich adaptiert, der hat sie schon verloren; denn als Ausdruck der Kollektivität und der Lebensfreude muß sie gegen ihre Vermarktung und gegen eine Inbesitznahme (wie z.B. bei der Pop-Musik abzulesen) ständig verteidigt und neu entwickelt werden.

4. Arbeitslosigkeit – Die Alternative des Kapitals zur Vollbeschäftigung und zur Antinomie der Arbeit und die Alternative der Arbeiter zum Verkauf und zur Kapitalisierung ihrer selbst

Auf die Krise des Kapitals und die Entwicklung neuer Steuerungs- und Spaltungstechniken gibt es verschiedene Antworten, verschiedene Qualitäten der antagonistischen Strömungen. Es kann dabei wohl nicht darum gehen, die Richtigkeit der Analyse an der Qualität der Bewegung zu messen, sondern darum, die Bewegung in ihrer Vielfalt zu erkennen und ihre vorantreibenden Momente auch mit der richtigen Theorie zu unterstützen.
Die Fabrikgesellschaft braucht den reformistischen Staat nur noch, um die Abfälle aus seinem Krisen-Fleischwolf zu entfernen und um die groben Stücke passend zu machen bzw. einer anderen Maschine einzuverleiben. Seine Profitsucht, seine eigenen Gesetzmäßigkeiten und der Arbeiterwiderstand zwingen ihn zu immer neuen technischen Leistungen und zur Abschaffung der lebendigen Arbeit, d.h. ihrer Umwandlung in Kapital, ihre Abschaffung als Antagonismus. Die Arbeiter, die sich der Arbeitshetze und dem Verschleiß ihrer Arbeitskraft nicht unterwerfen wollen, werden als störendes Glied aus der Produktionskette geworfen, in niedrigere Lohnstufen gesteckt oder in andere Betriebe gezwängt. Ein ganzer Teil von ihnen mehrt die Schar derjenigen, die sowieso keine Lust zur Arbeit haben, im Produktionsprozeß verschlissen wurden oder abwechselnd vom Lohn oder vom Arbeitslosengeld leben. Einige ertragen den Zustand von Arbeitslosigkeit nicht und versaufen ihre Kohle und ihre vermehrte Nichtarbeitszeit, weil ihnen das Produkt ihrer Hände – ihre Arbeit – (auch in ihrer kapitalistischen Bestimmung) zum Seinsinhalt geworden ist. Andere wollen das Gefühl der Abhängigkeit (von der Sozialhilfe, von den Eltern, der Frau) nicht ertragen, andere arbeiten schwarz oder bilden Arbeits- bzw. Handwerkerkollektive. Und wieder andere nehmen sich den Reichtum, dort, wo er am leichtesten und in ausreichendem Maße zu haben ist.
Einen Beitrag, die Nichtarbeitszeit als kollektive Aufgabe zur Aufhebung von Entfremdung und Isolation im Reproduktionsbereich zu begreifen, und die Arbeit in Kollektiven als Form des Widerstands gegen die Fabrikgesellschaft, zu sehen, kann vielleicht doch die Bewegung der Gegenökonomie und Alternativkultur liefern.

Claus J. Carstensen

THESEN ZUR ARBEITSLOSIGKEIT

-1-

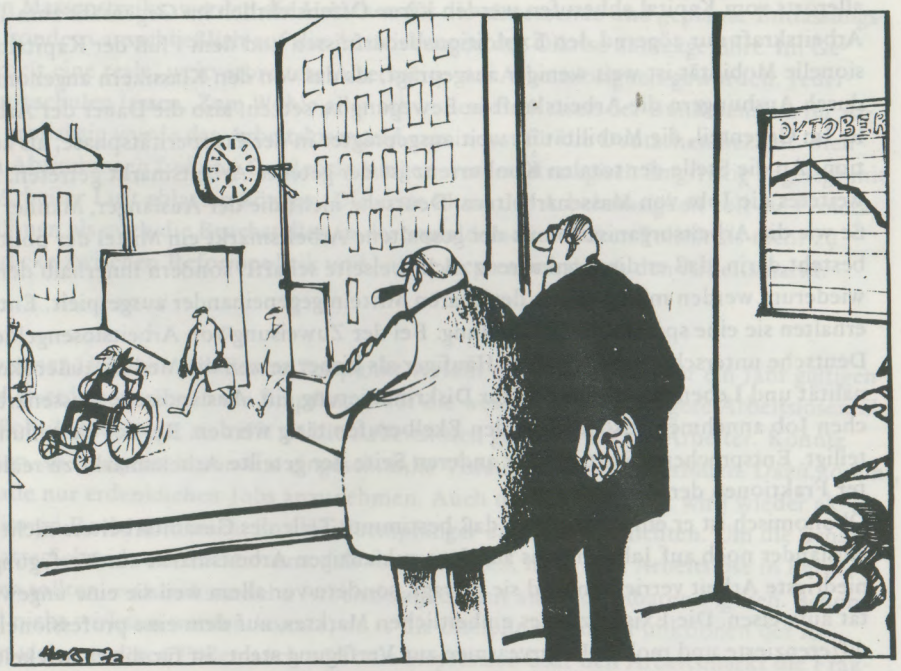
Die Vollbeschäftigung von 1968-1973 war die reformistische Antwort des Kapitals auf die sich verschärfende Entwicklung der Arbeiterkämpfe seit Beginn der Sechziger Jahre. Doch führte das reformistische Zugeständnis und die anfängliche Kooperation des Kapitals mit der Brandtregierung nicht zu der erhofften Kontrolle über die proletarischen Widerstandsformen. Ganz im Gegenteil wurde die Vollbeschäftigung zur Voraussetzung für eine weitere Eskalation der Kämpfe. Enttäuscht mußte der Planstaat feststellen, daß die von ihm angestrebte homogene Entwicklung von Löhnen, Preisen und Profiten zunehmend zugunsten der Löhne in die Brüche ging. Es ging eindeutig auf das Konto der Arbeiter, daß der Vollbeschäftigungspakt, der 1968 von den Gewerkschaften mit dem Zugeständnis erkauft worden war, in der Lohnfrage größte Zurückhaltung zu zeigen, nicht eingehalten wurde. Die Gewerkschaften selbst durchbrachen ihn noch 1974 unter dem Eindruck radikalisierter Massenaktivitäten. So im öffentlichen Dienst. Was die Explosion der Löhne anbelangte, wurden ihre Auswirkungen durch die unproduktivistische Haltung der Arbeiter noch verschärft. Die eine wie die andere Kampfform beeinträchtigten entscheidend den glatten Ablauf der Kapitalverwertung. Es war nur noch eine Frage der Zeit, bis das planstaatliche Reformmodell der Brandtregierung – das keynesianische Projekt – wieder rückgängig gemacht wurde.

-2-

Der Scharfrichter des sozialdemokratischen Reformismus kam aus den Reihen der Sozialdemokratie selbst. Bisher ungehemmt und ungeschoren führte Schmidt die Unterbeschäftigung wieder ein. Das ist umso erstaunlicher, weil doch die Sozialdemokratie 1968 an die Macht gelangte mit dem Versprechen, daß es nicht mehr zur Arbeitslosigkeit kommen werde. Geschickt wurden die durch die internationale Ölpolitik bewirkten Kriseneinbrüche und ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt gehandhabt. Die Regierung nahm die neue Situation nicht nur in Kauf sondern verschärfte und produzierte bewußt das Beschäftigungsrisiko. Jedem wird das daran deutlich, wie das Milliardenprogramm zur Ankurbelung der Konjunktur nur sehr zögernd in Gang kam und erst dann in Kraft trat, als das Arbeitslosenheer schon die Ein-Millionengrenze überschritten hatte. Gezielte Krisenpolitik wurde auch dadurch gemacht, daß für bestimmte Branchen, wie Automobil und Bau die Unterstützung zu Anfang überhaupt ausblieb.

-3-

Tatsächlich schlugen die Erwartungen, die das Kapital an die Arbeitslosigkeit knüpfte voll durch: Die Gewerkschaften schließen mit den seit Jahren niedrigsten Tarifergebnissen ab. Was es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie gegeben hat, wird jetzt öffentlich in Erwägung gezogen, ein nominaler Lohnstop im öffentlichen Dienst. Und das bei einer Inflationsrate von ca. 7 %. Die wilden Streiks verschwanden aus der politischen Landschaft; radikal verschärfte sich die Arbeitsdisziplin in den Fabriken während auf der anderen Seite alle Formen proletarischer Aufsässigkeit wie Krankfeiern, Sabotage und Absenteismus nachließen.
Unter dem noch nachhallenden Eindruck der 73iger Streiks ist



„Fabelhafte Arbeitsmoral seit dem Rückgang der Vollbeschäftigung!"

es um so verwunderlicher, wie effektiv die Arbeitslosigkeit die Entwicklung der Kämpfe stoppen konnte. So überzeugend der Aufstand des multinationalen Massenarbeiters auch gewesen sein mag, so hat er doch nicht zu der politischen Homogenisierung geführt, die allein der jetzt einsetzenden Repression hätte pari bieten können. Das Kapital hatte sich mit seinem Reformprogramm übernommen und kehrt mit Schmidt zu seinen klassischen Strukturen zurück. Wie es früher war, so wird der Arbeitsmarkt wieder an den Zyklus gebunden. Wie damals soll die gesteuerte Unterbeschäftigung das kapitalistische Gleichgewicht garantieren.

Zwar wurde der neue sozialdemokratische Staat, als er von der Reform- zur Krisenpolitik überwechselte, unmittelbar belohnt. Die Unternehmer dämpften die Preiserhöhungen um fast die Hälfte. So war die für das System gefährliche Hektik die sich als Spiegelbild in der galoppierenden Inflation reflektiert, gebannt. Doch die Vorstellungen der Regierung, jetzt die Geld- und Haushaltspolitik in einem Klima der Stabilität wieder zu einem Kontrollinstrument der kapitalistischen Entwicklung zu machen, wurden enttäuscht. Bisher konnte Schmidt die Schwächen Brandts noch nicht ausbügeln. Wenn auch nicht in ihren gesamten Konsequenzen, so wurden doch Teile der Sonthofener Rede zum politischen Programm. In diesem Sinne setzten die Kapitalisten die öffentlichen Zuwendungen gegen die lebendige Arbeit ein. An erster Stelle standen Rationaliserungsinvestitionen, die keine brachliegenden Arbeitskräfte banden. War zu Beginn des Jahres die Millionengrenze die magische Marke, hinter der man den Zusammenbruch vermutete, so ist sie heute ein fait accompli, das weit größeren Dimensionen weichen mußte.

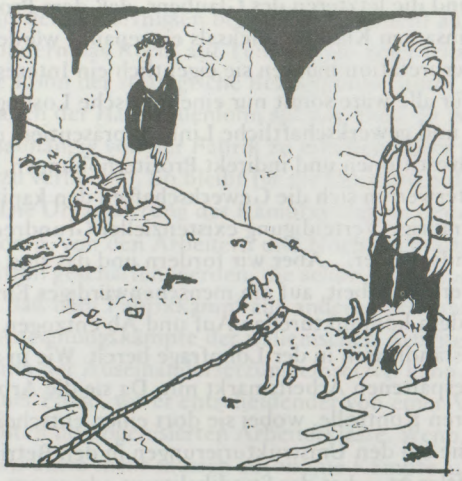
-4-

Mit der modernen Arbeitslosigkeit wird jedoch keine homogene industrielle Reservearmee geschaffen, die jederzeit und allerorts vom Kapital abberufen werden kann. Offensichtlich im Gegensatz zum 19. Jahrhundert folgt die einheimische Arbeitskraft nur zögernd den Exploitionsbedürfnissen und dem Fluß der Kapitalmassen. Die geographische und professionelle Mobilität ist weit weniger ausgeprägt, als das von den Klassikern angenommen wurde. Dabei spielt der Versuch, durch Aushungern die Arbeitskraft in Bewegung zu setzen, also die Dauer der Arbeitslosigkeit, eine ebenso geringe Rolle. Im Gegenteil, die Mobilität ist weit ausgeprägter in der Prosperitätsphase, als zu Zeiten der Depression und Stagnation. An die Stelle der totalen Konkurrenz ist der geteilte Arbeitsmarkt getreten. Facharbeiter übernehmen nicht ohne weiteres die Jobs von Massenarbeitern, Deutsche nicht die der Ausländer, Männer nicht die der Frauen. Im gleichen Maße wie die Arbeitsorganisation ist der gespaltene Arbeitsmarkt ein Mittel der politischen Kontrolle. Seine Verfeinerung besteht darin, daß er die Konkurrenz nicht beiseite schafft, sondern innerhalb der einzelnen Sektoren beibehält. Diese wiederum werden mit nur allen denkbaren Mitteln gegeneinander ausgespielt. Entsprechend den Spaltungsmechanismen erhalten sie eine spezifische Behandlung. Bei der Zuweisung von Arbeitslosengeldern und Jobs werden Ausländer und Deutsche unterschiedlich bedacht. Häufiger als bisher setzen die Medien außerökonomische Faktoren, wie Rasse, Nationalität und Lebensgewohnheiten zur Diskriminierung ein. Ausländische Massenarbeiter müssen jetzt jeden nur erdenklichen Job annehmen, also auch in den Ekelberufen tätig werden. Bei der Verteilung der Kindergelder werden sie benachteiligt. Entsprechend führt auf der anderen Seite der geteilte Arbeitsmarkt zu realen – und Scheinprivilegien bestimmter Fraktionen der Arbeitslosen.

Ökonomisch ist er ein Indiz dafür, daß bestimmte Teile des Gesamtarbeiters nicht ersetzt werden. So ist sicher, daß die Ausländer noch auf Jahre hinaus auf dem zukünftigen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Aber nicht allein, weil sie die niedrigste Arbeit verrichten sind sie gefragt, sondern vor allem weil sie eine ungewöhnlich hohe Bereitschaft zur Mobilität aufweisen. Die Existenz eines einheitlichen Marktes, auf dem eine professionell homogene und flüssige, gänzlich undifferenzierte und mobile Reservearmee zur Verfügung steht, ist für die entwickelten kapitalistischen Länder weder charakteristisch noch wünschenswert.

-5-

Seit den Untersuchungen Schumpeters ist die zyklisch bedingte Unterbeschäftigung nicht mehr von den großen Umstrukturierungen in der kapitalistischen Entwicklung zu trennen. Der Zyklus hat also diese Doppelbedeutung, daß er die Entwicklung durch die Unterentwicklung vollzieht. In nicht ferner Zukunft werden kapitalintensive Industrien unser ökono-



misches Weichbild bestimmen – Atomkraftwerke, chemische und Elektrobetriebe. Arbeitsintensive werden in die Niedriglohnländer abwandern. Es gibt genügend Anzeichen dafür, daß sich dieser Prozeß in einer langandauernden stagnativen Phase vollzieht. Langfristig sind offensichtlich auch die Umstrukturierungen in der Massenarbeit, wo die radikalsten Kämpfe stattgefunden haben. So intensiv die „Humanisierung der Arbeitswelt" auch diskutiert und erforscht wurde, so eindeutig beruhten die ersten Maßnahmen gegen die Klasse auf der nackten Repression. Von job enlargement ist heute in fast allen Automobilfabriken nicht die Rede, dafür gibt es eine bisher mehr oder weniger unwidersprochene Beschleunigung der Bänder, die an amerikanische Zustände erinnert. Die Neuzusammensetzung der Klasse wird also nicht von heute auf morgen durchgesetzt. Sie ist ein ebenso ehrgeiziges wie langfristiges Projekt, sie steht direkt im Zusammenhang mit der Schaffung großer industrieller Ballungszentren (Dreieck London, Hamburg, Mailand) und neuer Peripherien der Unterentwicklung (Merseyside in England). Die neue Entwicklung kann als eine Amerikanisierung Europas gesehen werden: in den großen Städten entstehen die ersten ethnisch geprägten Ghettos, die Gewerkschaften konzentrieren ihre Politik immer ausschließlicher auf die einheimische Arbeiterklasse, die Reservearmee wird wieder zu einem Kontrollfaktor des Verwertungsprozesses. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Arbeitslosigkeit den Zyklus überdauern wird.

-6-

In der ersten Phase war der kapitalistische Gebrauch der Arbeitslosigkeit kein brutaler Einschnitt in die Existenzbedingungen des Proletariats. Was damals, bei der 67iger Krise die Arbeiter viel überraschender traf, hängt 1974 noch ganz die Spuren der vorausgehenden Brandtregierung. Geschickt dosiert und in gemilderter Form wird die Arbeitslosigkeit eingeführt. Besonders deutlich zeigte sich das an dem ideologischen Vorgeplänkel, das ihr im Jahresende 1973 vorausging. Noch ganz unter dem Traume der multinationalen Massenstreiks, werden die Ursachen für die einsetzende und geplante Entlassungswelle kaum auf das Arbeiterverhalten, sondern ausschließlich auf die Auswirkungen der Ölkrise zurückgeführt. Im Gegensatz zu damals ist heute die Kurzarbeit eine reale, weitverbreitete Alternative zur Arbeitslosigkeit geworden. Jedermann konnte sich Anfang 1974 noch umschulen lassen. Zum Wohle aller schwollen die Kassen der Bundesanstalt für Arbeit über und ebenso umstandslos wie großzügig wurde das Arbeitslosengeld zumindest für die Deutschen bezahlt. Mehrere Betriebe kauften sich mit saftigen Abfindungen frei und Großentlassungen werden strategisch langfristig angelegt mit dem Einbau von Ventilen, so daß die Arbeiter Luft ablassen können. Die erste Phase der A.beitslosigkeit soll die Proletarier sowohl an die neue Situation gewöhnen als auch die Bruchstellen in der sozialdemokratischen Politik als nicht zu häßlich erscheinen lassen. Sie ist die Brücke zwischen Reformpolitik und harter Repression durch den Arbeitsmarkt.

-7-

Die harte repressive Phase setzt im Sommer 1975 ein. Zu diesem Zeitpunkt verfällt ein Großteil der für ein Jahr gültigen Ansprüche auf Arbeitslosengelder und stattdessen müssen die Empfänger auf die wesentlich ungünstigere Arbeitslosenhilfe umsteigen. Was die neue austerity Politik anbelangt, so trifft sie die Arbeitslosen genauso wie die Arbeiter. Konnte sich vorher jedermann umschulen lassen, so sind jetzt besonders eingeschränke Voraussetzungen zu erfüllen. Dazu kommt, daß einen die Arbeitsämter zwingen, alle nur erdenklichen Jobs anzunehmen. Auch die Zwangsarbeit wird wieder aktuell. Einige Gemeinden machen von ihrem Recht Gebrauch, Sozialhilfeempfänger dazu zu verpflichten. Um die Schärfen der Arbeitslosigkeit zu mildern, hatte Schmidt ein Rotationsmodell vorgeschlagen, nach dem Arbeitslose in kurzer Zeit wieder eine Beschäftigung erhalten sollten – also chronische Arbeitslosigkeit mit auswechselbaren Figuren. Schon zu Anfang war klar, daß dieses Modell nicht wirksam werden konnte, da es die disziplinierenden Funktionen der Arbeitslosigkeit aufgehoben hätte. Wie in vielen anderen Fällen auch trifft die Repression über den Arbeitsmarkt die Fraktionen des Proletariats unterschiedlich. Ebenso scharf und kalt augenblicklich gegen die Ausländer vorgegangen wird, ebenso vorsichtig und differenziert versuchte man das Problem der Jugendarbeitslosigkeit anzugehen.

-8-

Die traditionelle Linke – von den Gewerkschaften bis zu den Grüppchen – sieht in der Arbeitslosigkeit nur die defensiven Momente für die Arbeiterbewegung oder erkennt sie als Ausdruck der Zusammenbruchstendenz des kapitalisti-

schen Systems. In diesem Sinne sind die letzteren des Glaubens, daß dem Proletariat durch die Arbeitslosigkeit Dialektik sowie die Erfahrung des gemeinsamen Klassenschicksals eingepaukt würde. So war es Anfang der 30iger Jahre und so ist es heute! Bei einer solchen Interpretation müßten sie eigentlich ein Interessen an der Verschärfung der Krise haben und ihre Forderung nach Arbeit für alle wäre somit nur eine taktische Losung. Ganz anders die erste Richtung, die vor allem durch die parlamentarische und gewerkschaftliche Linke repräsentiert ist. Sie bittet den Staat und das Kapital um neue Arbeitsplätze, fordert Neuinvestitionen und indirekt Profiterhöhungen, um die Investitionsneigung der Unternehmer, zu stimulieren. Sklavisch unterwerfen sich die Gewerkschaften den kapitalistischen Plan. Es ist eine Komödie, wie das Reformgeschrei heute in die traurige Verteidigung existenzieller Grundrechte umgeschlagen hat. Niemand biedert sich so an, wie der DGB-Vorsitzende Vetter: „Aber wir fordern und das sind unsere Kriterien, daß jedermann ein Recht auf Bildung, auf eine vollwertige Arbeit, auf ein menschenwürdiges Einkommen, auf Wohnung und soziale Sicherheit hat. Solche Bereiche müssen dem konjunkturellen Auf und Ab entzogen werden." In der Tat ist er, um diese Rechte zu erreichen, zu jeglichen Zugeständnissen in der Lohnfrage bereit. Wie in allen anderen westlichen Ländern auch, benutzen die Gewerkschaften den gespaltenen Arbeitsmarkt mit. Da sie die Arbeitsimmigration nicht gänzlich ablehnen können, sind sie zumindest für deren Kontrolle, wobei sie dort einen entscheidenden Einfluß haben. Sie unterstützen das Rotationsprinzip ebenso wie sie bei den Umstrukturierungen in den Betrieben mitmischen. Wer arbeitslos wird, dem – auch wenn er Gewerkschaftler ist – hat der Syndikalismus ade gesagt. Mit dem „Kampf" gegen Entlassungen schließen die gewerkschaftlichen Tore – weder gibt es ein Arbeitslosensyndikat noch eine organisatorische Aktivierung arbeitsloser Gewerkschaftsmitglieder.

-9-

Gibt es eine offensive Strategie der Arbeitslosigkeit? Ist es möglich, eine Verweigerung der parlamentarisch gewerkschaftlichen Politik der Vollbeschäftigung und damit die Aufgabe der Defensivpositionen der Arbeiter zu bewirken? Die Arbeitslosigkeit ist die vom Kapital produzierte Nicht-Arbeit, die Aufhebung der reellen Subsumtion der Arbeit durch das Kapital selbst, die Befreiung von der Fabrikdisziplin durch die Fabrik. Sie kann als Kontrollinstrument der Klasse nur funktionieren, wenn der Arbeitslose noch an die Fabrik gebunden bleibt, seine Arbeitslosenunterstützung vom Fabriklohn herleitet, wenn er den Lohn immer noch als Äquivalent für seine produktive Leistung sieht. Das Arbeitslosenheer muß subjektiv dauernd bereit sein, sich auf Abruf in den Produktionsprozeß zu werfen, sonst erfüllt es nicht seine Funktion im Plan der kapitalistischen Entwicklung. Es muß immer bereit sein, den Fabriklohn als die einzig mögliche Existenzgrundlage anzuerkennen. Das Arbeitslosengeld darf nur dann als ein Recht gesehen werden, wenn vorher entsprechende Arbeit erbracht wurde, sonst ist es als Almosen der öffentlichen Hand aufzufassen.
Eine revolutionäre Strategie der Arbeitslosigkeit hätte die Punkte ausfindig zu machen, wo der Nicht-Arbeit durch das Kapital die revolutionäre Nichtarbeit entgegengesetzt werden kann. Die Loslösung des Lohns von der Produktivität, der „politische Lohn" als Macht, der Kampf um mehr gesellschaftlichen Reichtum bei weniger Arbeit, die Artikulation von Bedürfnissen unabhängig von der Leistung waren in den letzten Jahren die objektive Grundlage der Autonomie. Eine offensive Politik der Arbeitslosigkeit muß von diesen Momenten ausgehen, sie muß verhindern, daß die Arbeitslosen ihre eigenen Interessen mit dem Geschick der kapitalistischen Entwicklung in Einklang bringen. Sie muß die Forde-

rungen nach Arbeitslosenunterstützung aus den Bedürfnissen begründen und nicht aus der Leistung. Nicht die sozialistische Parole des „Rechts auf Arbeit", sondern das Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum ist entscheidend. Für die Operaisten ist der politische Lohn der strategische Bezugspunkt, unter den sich der Fabriklohn, die Forderung nach mehr Arbeitslosengeld oder auch der Hausfrauenlohn subsumieren. Er ist weder „ein Programm gegen die Armut" noch „der Versuch, den Lohn unabhängig von der Fabrik zu erhalten". Der politische Lohn ist „Macht, um nicht die grundlegende Waffe des Streiks zu verlieren". So bleibt für die Operaisten der politische Lohn in der Form des Arbeitslohns die unabhängige Variable: „Die Organisierung des Kampfzyklus, in dem der Kampf um den politischen Lohn von den Beschäftigten und Arbeitslosen, von den Arbeitern und Noch-Nichtarbeitern, von der ganzen abhängigen Arbeit unterstützt wird, muß von den Kräften geschaffen werden, die schon heute zum offenen Kampf gegen die Arbeit gezwungen sind." Diese These unterstellt, daß dem Fabrikkampf alle anderen proletarischen Machtansprüche untergeordnet sind. Schon die gesellschaftlichen Aneignungskämpfe der italienischen Arbeiter haben bewußt gemacht, wie mit der Unterbeschäftigung eine neue Dimension der Auseinandersetzung einsetzen kann. Der Kapitalismus steht, zumindest in den entwickelten Ländern, mitten in einer Phase, wo er entscheidender von einer Vielzahl proletarischer Fraktionen angegriffen wird, als von einer selbstbewußten homogenisierten Arbeiterklasse. Wenn, wie die Operaisten behaupten, die Gesamtgesellschaft zur Fabrik geworden ist, umso mehr müssen autonome Kämpfe auf gesellschaftlicher Ebene gleichberechtigt neben dem Betriebskampf stehen.

-10-

Die traditionellen Kampfformen der Arbeitslosen fügen sich ein in die Vorstellungen kapitalistischer Entwicklung. Über sie wird deswegen auch in der bürgerlichen Presse, von der parlamentarischen Rechten und Linken ausführlich diskutiert und berichtet. Leider übt das „Recht auf Arbeit" auch eine faszinierende Anziehungskraft auf die extreme Linke aus, die ganz im Sinne der Kapitalstrategen diese Parole aufgreift, ohne sich deren disziplinierenden Funktion bewußt zu sein. Mit dieser Forderung werden Formen möglicher Selbstverwaltung in Klitschenbetrieben wie Erwitte erprobt, Vorläufer der in den großen Betrieben beabsichtigten Mitbestimmung, sprich Selbstausbeutung. Die Forderung fördert auf breiter Ebene die in die Brüche gegangene Identität mit dem Arbeitsprozeß. Sie wird vor allem getragen von Schichten des Proletariats, deren Existenzbedingungen mit der ansässigen Fabrik verbunden sind und die eine geringe Mobilität aufweisen, weil sie über Hausbesitz verfügen. So in Neckarsulm. Oder von festen Stammbelegschaften wie im Werk Kalldorf der DEMAG-MANNESMANN-AG, die im Juni 75 mit einem Hungerstreik gegen die Entlassungen protestierten.

-11-

Die neuen Kampfformen sind gesellschaftliche Aneignung. In Italien haben sie unter dem Namen autoriduzione eine weite Verbreitung gefunden. Auch hier in Deutschland entwickeln sich die ersten Ansätze: Selbstreduzierung der Mieten, Schwarzfahren und militante Straßendemonstrationen gegen Tariferhöhungen wie in Frankfurt und Heidelberg, Mietverweigerungen wie in Neuperlach, kostenlose Selbstversorgung in den Kaufhäusern. Oder sie treten auf als gesellschaftliche Verweigerung, wie bei den Jugendlichen, die lieber arbeitslos bleiben, als die staatlichen Ausbildungsgelder in Anspruch zu nehmen. Die Kindergelddemonstrationen der Ausländer rechnen ebenso hierzu, wie die Bereitschaft vieler Massenarbeiter auf das Recht auf Arbeit zugunsten einer vom Betrieb bezahlten Abfindung zu verzichten. Doch ist die Bewegung, die sich um die Forderung nach mehr Arbeitslosengeld schart, noch kaum entwickelt. Die Arbeitsloseninitiativen kommen nach eigenen Aussagen nicht so richtig in Gang (Tolusch, Köln). Entscheidend dafür ist sicher die reformistische Phase in der Handhabung der Arbeitslosenunterstützung gewesen. Die jetzt einsetzende repressive Verwaltung des Arbeitsmarktes schafft erst die objektiven Bedingungen für die Effektivität solcher Initiativen.

-12-

Den beiden Kampfformen entsprechen zwei Typen von Arbeitslosen. Für die gekündigten Facharbeiter gilt Arbeitslosigkeit als Schande, er muß sich vor seinem Nachbarn verstecken, fängt insgeheim an zu trinken, ist deprimiert und resigniert. Das materielle Elend paart sich mit dem moralischen. So zumindest die sozialpsychologischen Studien bis tief hinein in die Linke (Politikon). Auch die Kölner Arbeitsloseninitiative, die sich vornehmlich auf den qualifizierten Arbeitslosen konzentriert, hat diesen Eindruck: „So schämen sich die Kollegen, wenn sie arbeitslos werden, begreifen Arbeitslosigkeit als ein individuelles Problem, verkriechen sich in ihre vier Wände und sind nicht bereit, über ihre Lage zu sprechen." Vor allem der harte Kern von verheirateten deutschen Arbeitern und Lohnempfängern zwischen 25 und 50 sowie die unverheirateten Frauen in demselben Alter vertreten entschieden das Recht auf Arbeit. Beim Massenarbeiter und Jugendlichen ist eine solche Haltung viel weniger ausgeprägt. Für ihn gibt es nur einen materiellen Zwang und keinen moralischen, Arbeit zu fordern. Das ist vor allem für die Ausländer der Fall. Sie sind mit der Arbeitslosigkeit aufgewachsen, sind an sie gewöhnt und deswegen auch schnell bereit, Abfindungen für Entlassungen entgegenzunehmen. Die Community, eine stabile Gemeinschaft können die negativen Auswirkungen auf die Subjektivität des Arbeitslosen total kompensieren. „So weicht die Aktivität und der Arbeitswille, der insbesonders mit der Minderwertigkeit der Arbeit in Zusammenhang steht. leicht einer relativ langen Arbeitslosigkeit, wenn das Individuum die Mittel, auch sehr geringfügige, hat um zu überleben und sich gleichzeitig in einem Milieu aufhält, das ihm eine gewisse Sicherheit verspricht."

-13-

Der Arbeitslose lebt seinen Tageslauf in der Reproduktionssphäre. Die diesem Bereich eigentümlichen Problemstellungen bekommen folglich das Übergewicht. So muß die früher auf die Reproduktion beschränkte Familienstruktur den ganzen

Hamburger Rocker: „Willst du was, Macker?"

APEL – nach der Lektüre von Duhm, „Der Mensch ist anders"

Tag und nicht nur am Abend oder Wochenende durchgestanden werden. Indem Kinos, Fernsehen, Kneipen, Diskotheken öfters frequentiert werden als früher, wird der Alltag zur existenziellen Totalität und nicht mehr die Arbeitswelt gegenübergestellt. Auch die Gegner werden andere. Anstelle des Meisters und Werkschutzes üben jetzt die Bürokraten auf dem Arbeitsamt und die Bullen in den Kneipen die Kontrolle aus.
Die ausländischen Arbeiter erfahren eine Sonderbehandlung. Sie werden untereinander in vielfacher Weise gespalten. Als Arbeitslose und Beschäftigte, durch die unterschiedliche Behandlung der Nationalitäten durch die Schaffung eines Heeres von illegalen Arbeitern, durch ihre Trennung von den Deutschen. Die Repressionsmaßnahmen sind zahllos: Ausländerstop, Razzien, Zuzugssperren, bürokratische Schikanen, Nichterneuerung der Aufenthaltsgenehmigung. Aber die Ausländer haben die Strategie des Planstaats zum Teil unterlaufen. Statt, wie es die Behörden erhofften, zu fallen, stieg ihre Gesamtzahl an. Insbesondere holten sie ihre Familienangehörigen nach Deutschland, um die damit verbundenen Vorteile der Kindergeldregelung auszunutzen. Bei Dynamit Nobel in Fürth gerieten sie Anfang 75 in eine sehr harte Auseinandersetzung mit der Polizei, als sie gegen Entlassungen protestierten. Diese militante und seit Ford-Köln her bekannte, spezifisch türkische Aktion steht im Gegensatz zu den friedlichen Entlassungsdemonstrationen unter der Schirmherrschaft der Gewerkschaften. Ansätze für eine sehr breite Mobilisierung waren die 1974 in mehreren Städten durchgeführten Kindergelddemonstrationen, die ihren Höhepunkt in Frankfurt fanden.

-14-

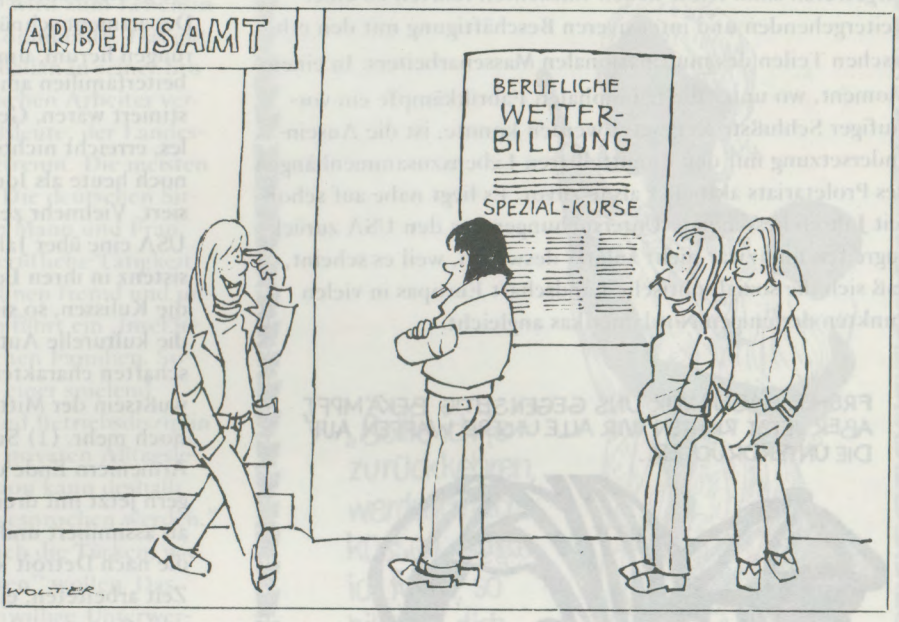
In einer besonderen Lage befinden sich bei den Ausländern die Illegalen. Ihre Zahl wird auf 220 000 geschätzt. Sie arbeiten und leben unter den menschenuntwürdigsten Bedingungen, ohne Renten, Sozial- und Krankenversicherungen. Bei der Beschaffung dieses billigen Arbeitsmaterials hilft ein dichtes Netz von Spitzeln, Dolmetschern, Bauernfängern und Sklavenhaltern aller Art. Diese Mafia bezieht für ihre Maklertätigkeit horrende Summen. Offensichtlich wird ihre Tätigkeit geduldet. Obgleich nach dem Gesetz für die Anstellung illegaler Ausländer hohe Strafen stehen, wurden bisher nur sehr wenige Unternehmer gefaßt. Bei ihren Razzien auf den Bahnhöfen und Baustellen erwischt die Ausländerpolizei nur die Arbeiter, nicht aber die Vermittler. In der Tat würde die Unterbrechung des Stroms illegaler Arbeitskräfte zum Ruin vieler Kleinunternehmer führen. Unbekannt ist noch, ob der schwarze Arbeitsmarkt nicht nur geduldet sondern wie in Frankreich durch Interventionen des Planstaats ausgebaut wird.

-15-

Gleichzeitig mit der Krise haben sich Planstaat und Kapitalisten aus den deutschen Randgebieten zurückgezogen. In der Peripherie,im bayrischen Wald, im Hunsrück usw. ist die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich hoch. Ansätze von autonomen Bewegungen in diesen Randzonen der Unterentwicklung zeichnen sich ab.
Den unterentwickelten Regionen für das gesamte Land entsprechen die Ghettos für die Stadt. In mehreren Großstädten hat der Ghettoisierungsprozeß seinen Anfang genommen und ist in Berlin Kreuzberg schon zur vollen Reife gelangt. Das Ghetto beschränkt sich vorerst auf die Ausländer. Es bilden sich multinationale Jugendbanden, im Ghetto selbst gibt es eine Unzahl von Kommunikationsstätten. Ausländische Kneipen und Läden schießen wie Kraut aus dem Boden. Es entwickeln sich Formen des Zusammenhalts, bedingt durch die Sprache und das gleiche Los. Kreuzberg ist zudem geprägt von nackter Armut. Türken geben dort ihren Kindern Schlaftabletten, damit sie nicht mehr vor Hunger schreien. Über dem Ghetto schwebt ein Netzt aus Bullen, Spitzeln, Dolmetschern, Maklern, Händlern und Ausbeutern aller Art. Formen nachbarschaftlicher Hilfe und Unterstützung sind jedoch noch nicht sehr ausgeprägt.

-16

Die Zusammensetzung des Arbeitslosenheers ist vielschichtig und neu. Zum ersten Mal machen die Jugendlichen einen sehr großen Anteil aus. In ganz Europa werden bis 1985 45 Millionen junger Arbeitskräfte auf den Markt geworfen während im gleichen Zeitraum nur 20 Millionen Menschen den Arbeitsprozeß aus Altersgründen verlassen. Rund eine Million Jugendlicher sind in Deutschland in der allernächsten Zeit ohne Ausbildungsplatz. Es bestehen mehrere Anzeichen dafür, daß sich ein nicht geringer Teil des Arbeitslosenheers nicht mehr in den kapitalistischen Verwertungsprozeß integrieren lassen wird. Von 22 000 Ausbildungsplätzen, die staatlichen Stellen zur Dämpfung der Arbeitslosigkeit anboten, wurden nur 2 000 in Anspruch genommen – eine kaum vorstellbare Verweigerungshaltung. Dennoch steht die Entwicklung autonomer Jugendgruppen erst in den Anfängen. Sicher ist, daß sie wesentlich geprägt sein wird von einer negativen Einstellung zur Arbeit.



„Hab' ich mir doch gleich gedacht, daß da 'n Trick bei war: Hinterher sollen wir nämlich malochen!"

Neu ist auch die große Anzahl von arbeitslosen Frauen und von nicht mehr beschäftigten Angestellten.

-17-

Die politisch organisierte Antwort auf die Arbeitslosigkeit ist das Zentrum. Das Zentrum ist ein Bezugspunkt für Arbeiter und Nichtarbeiter. Es wird für die einzelnen Schichten des Proletariats unterschiedliche Zentren geben. Für Frauen, Ausländer, Jugendliche. Das Zentrum ist keine politische Partei. Es stellt keine stringenten organisatorischen Ansprüche an seine Besucher. Es ist mehr ein Treffpunkt, eine Kommunikationsstätte, wo Erfahrungen und Informationen ausgetauscht werden. Wichtig ist, daß sich fremde Leute kennenlernen und sich dort Formen alternativer Kommunikation entwickeln.

-18-

Die Linke selbst ist stark von der Arbeitslosigkeit betroffen. Nicht nur wegen der Krisenerscheinungen, sondern weil sie zur Zeit und in Zukunft überall rausgeschmissen wird. Insofern ist sie zur Entwicklung eines alternativen Lebenstils gezwungen. Sie muß einfach in Wohngemeinschaften leben, weil sie sonst die Miete nicht zahlen kann. Da viele nicht dauernd arbeiten wollen, sind sie gezwungen,andere Bedürfnisse zu entwickeln oder die materiellen Bedürfnisse wie die Ernährung, Kinderaufzucht, Transport kollektiv zu befriedigen. Die neue Form sich zu reproduzieren, die in der Tradition der weltweiten Jugendbewegung gegen Ende der Sechziger Jahre steht und die durch die ökonomische Krise zur Notwendigkeit geworden ist, sollte von der Linken offensiv und exemplarisch gewendet werden. Sowohl was ihre utopische Seite anbelangt (Diskussion über alternative Technik), als auch was die gegenseitige Hilfe und die sich in diesem Zusammenhang herausbildenden Bewußtseinsformen betrifft.

Exkurs: Überlegungen zur Ausländercommunity

Grafiken aus der amerikanischen Schwarzen Community

Durch die Arbeitslosigkeit ist bewußt geworden, daß die Klassenlage der Arbeitsemigranten differenzierter eingeschätzt werden muß als bisher. Grob konnte man früher zwei politische Positionen unterscheiden. Einmal das traditionelle Internationalismuskonzept, ausgerichtet an den Vorstellungen der Dritten Internationalen. Die marxistisch-leninistischen Ausländerorganisationen gingen einzig und allein aus von der revolutionären Umgestaltung im „eigenen Land Unter dieser Einschränkung wurden die Klassenkämpfe des multinationalen Massenarbeiters in Deutschland entweder als politisch unklug abgelehnt oder allenfalls als Übungsfeld für den Aufstand in den Heimatländern gewertet. Die zweite Position vertraten die autonomen Gruppen. Sie machten die langfristige multinationale Zusammensetzung der europäischen Arbeiterklasse zum Ausgangspunkt, stellten die weitgehende Homogenisierung des Proletariats durch die Massenarbeit fest und verwiesen auf die hohe Mobilität der Arbeitskraft. Aber es war nicht nur das Fließband, sondern auch der gemeinsame Kampf, der die ethnischen Unterschiede ausgleichen sollte. In der Tat schienen die 73-er Streiks dieser These Recht zu geben. Leider wurde seit dem Einsatz der Arbeitslosigkeit klar, daß die Klasseneinheit in der Fabrik zerfiel oder zumindest stagnierte. Hinzu kam, daß die jetzt einsetzende Hinwendung auf den Reproduktionsbereich

bewußt machte, wie selten dort bisher Ansätze von Einheit aufgetreten sind. Diese neuen Einsichten führten zu einer weitergehenden und intensiveren Beschäftigung mit den ethnischen Teilen des multinationalen Massenarbeiters. In einem Moment, wo unter die triumphalen Fabrikkämpfe ein vorläufiger Schlußstrich gesetzt werden konnte, ist die Auseinandersetzung mit den unmittelbaren Lebenszusammenhängen des Proletariats aktueller als je zuvor. Es liegt nahe auf schon seit Jahren bestehende Untersuchungen aus den USA zurückzugreifen und zwar nicht zuletzt deswegen, weil es scheint, daß sich die sozialpolitische Landschaft Europas in vielen Punkten derjenigen Nordamerikas angleicht.

Dort war die Homogenisierung der Arbeitskraft durch das Fließband nicht nur die Reaktion auf die Arbeiterkämpfe sondern wurde darüber hinaus zur Grundlage einer ebenso hartnäckigen wie verbreiteten Ideologie des „Fordismus". Henry Ford sah sich selbst gleichermaßen als Fabrikant von Autos, wie als „Schöpfer von Amerikanern". (1) Ganz besonders träumte der neue Gott vom melting pot of nations, dem riesigen Schmelztiegel Amerika, in dem alle rassischen, ethnischen und sprachlichen Unterschiede verschwinden sollten und in dem ein für alle gangbarer Weg eingeebnet wurde, the american way of life. Sicher war in der Produktion diese Angleichung vorgegeben, das Band machte alle gleich. Doch erkannte schon Ford, daß die Homogenisierung durch den Arbeitsprozeß keineswegs hinreichte, seine Träume zu verwirklichen. Was die Maschinen in der Fabrik bewirkten, das sollten Soziologen und Lehrer im gesellschaftlichen Bereich vervollständigen. In der Ford English School versuchte man den zahlreichen an die Bänder geströmten Arbeitsemigranten die gemeinsame Sprache beizubringen. Das Ford Sociological Department schnüffelte penetrant in den ethnischen Gruppierungen herum, um Kriterien dafür zu entwickeln, welche Arbeiterfamilien am besten für das ehrgeizige Programm prädestiniert wären. Geplant wurde von den neuen Strategen vieles, erreicht nichts. Das Schmelztiegelkonzept – obgleich es noch heute als Ideologie fortbesteht – hat sich kaum realisiert. Vielmehr zeigten die ethnischen Minderheiten in den USA eine über Jahrzehnte hinaus geradezu erstaunliche Konsistenz in ihren Lebenszusammenhängen. Schaut man hinter die Kulissen, so sind die Vereinigten Staaten ebenso durch die kulturelle Autonomie zahlreicher ethnischer Gemeinschaften charakterisiert, wie durch das eindimensionale Bewußtsein der Mittelklassen. Quantitativ sind sie es sogar noch mehr. (1) Schwartz untersuchte eine Community von Armeniern Ende der Sechziger Jahre, die seit den Zwanzigern jetzt mit drei Generationen bei Ford jobten: „Vielmehr als assimiliert und ‚amerikanisiert' bildeten die Armenier, die nach Detroit kamen und schließlich bei Ford für eine Zeit arbeiteten, eine ziemlich stabile und autonome ethnische Community. Die noch lebenden Gründer dieser frühen armenischen Community in Detroit treffen sich noch immer regelmäßig und informell in den Cafehäusern und Klubs und wenn es das Wetter erlaubt an den Picknick-Tischen des Palmer Parks." (2) Die armenischen Fondarbeiter sparten und verausgabten ihr Geld nicht, um sich in die amerikanische Gesellschaft einzukaufen, sondern um eine armenische Gemeinschaft aufzubauen. So war und ist der melting pot of nations eine Ideologie der politischen und ökonomischen Herschaftsinstitutionen.
Herrschaftsinstitutionen, die Realität der Bevölkerung ist eine Vielzahl ethnischer Gruppen, die in den verschiedensten Formen gegenseitiger Isolation voneinander und von den nationalen Institutionen getrennt leben. Weder der Schmelztiegel der Integrationisten, noch ein Staat, der aus den verschiedensten Nationalitäten besteht hat sich durchgesetzt, sondern „eine pluralistische Gesellschaft mit einer Vielzahl von internen Spannungen." (3)

Die Form unter der der größte Teil der amerikanischen Arbeiterklasse, die ethnischen Minderheiten, seine Existenz ausserhalb der Fabrik lebte, war die Community. Davon spricht man „bei Menschen, die über eine längere Zeit in einem sozialen kontinuierlichen Kontakt miteinander stehen und die deswegen viele gemeinsamen Erfahrungen, Verständigungsmöglichkeiten und Beziehungen miteinander haben. Zentral für die Community ist die Alltagsrealität der Leute." (4) Obgleich nicht ausschließlich, hat sich in den USA die größte Anzahl der Communities nach ethnischen Kriterien gebildet. „Ethnicity meint Volkszugehörigkeit (peoplehood), das Gefühl der Gemeinsamkeit und Gemeinschaft, das sich ableitet aus einem Netz familiärer Beziehungen und das über eine Anzahl von Generationen der Träger gemeinsamer Erfahrungen bildet. Kurz meint ethnicity die Kultur eines Bevölkerungsteils und drückt somit die Wertvorstellungen, Haltungen, Wahrnehmungen, Bedürfnisse, Ausdrucksweisen, das Auftreten und die Zugehörigkeit aus, ob man sich nun seiner ethnischen Identität voll bewußt ist oder nicht." (5) Grundmuster der Beziehungen ist die Familiarität. Sie bestimmt das Verhältnis zwischen Verwandten, Nachbarn, Freunden und Feinden. Es gibt ein Netz von informellen Bezugspunkten, Kneipen, Läden, Treffpunkten. Hier werden

die Alltagsprobleme abgewickelt. Nicht etwa die Gewerkschaft oder der autonome Arbeiterkampf wird zum Lebensinhalt des Arbeitsemigranten sondern die Community. Das gilt ebenso für die Bundesrepublik, so faßt Abadan in seiner Studie zusammen: „Der größte Teil der türkischen Arbeiter verbringt seine Freizeit inmitten seiner Landsleute, der Landessitte gemäß nach Männern und Frauen getrennt. Die meisten sind kontaktarm und fühlen sich isoliert. Die deutschen Sitten und Bräuche, das Verhältnis zwischen Mann und Frau, Geselligkeit, Freundschaft, Vergnügen, berufliche Tätigkeit der Frau, Kindererziehung usw. bleiben ihnen fremd und unverständlich. Fast vier Fünftel der Türken führt ein ‚Insel'leben ohne private Beziehungen mit deutschen Familien. So kommt es zu der paradoxen Konsequenz einer spielend schnellen Anpassung an Industriearbeit und Betriebsdisziplin und einer Abwehrhaltung im Bereich des privaten Alltagslebens. Von einer stufenweisen Akkulturation kann deshalb nur in einer sehr einschränkenden Weise gesprochen werden." (6) Irgendwie wird hier unterstellt, daß sich die Türken, wie es so schön heißt, überhaupt „akkulturieren" wollen. Das trifft jedoch ebenso wenig zu, wie die freiwillige Unterwerfung unter die Fabrikdisziplin, die nicht in der Überzeugung sondern im Zwang ihre Ursache hat. Ganz allgemein kann man sagen, das Arbeitsethos bei den ethnischen Minderheiten ist nicht stark ausgeprägt. Feinstein und Wright stellen fest, daß die meisten ihre Arbeit nur als Job betrachten: „Während so für die Mittelklasse Arbeit tendenziell zu einem Selbstzweck wird, zu einem Symbol ihrer Selbstverwirklichung, scheint sie für die ‚blue collar folk ethnics' ein Mittel zu sein, um andere Ziele zu erreichen, etwa um für die Familie zu sorgen – ein Mittel um mitzukommen (getting by) und nicht um vorwärts zu kommen (getting ahead)." (7) Die gleiche Haltung erkennt Holtbrügge bei den Türken in Deutschland, obgleich er sie mehr aus der bäuerlichen und handwerklichen Vergangenheit ableitet. „Das Verhältnis von Türken zur Arbeit ist häufig noch nicht durch erwerbsorientiertes Denken bestimmt. Bei vielen türkischen Bauern ist die Bereitschaft zum produktivitätsteigernden Einsatz neuer Techniken und Maschinen gering. Es wurde festgestellt, daß türkische Bauern, die Maschinen einsetzen, sie in erster Linie dazu benutzen, den gewohnten Ertrag durch geringeren persönlichen Arbeitsaufwand zu erzielen." (8) Diese Erkenntnisse liegen in der Tat auf der Hand, wenn man bedenkt, daß die ethnischen Gruppen fast ausschließlich die unqualifizierten Arbeiten verrichten. Doch ist der multinationale Massenarbeiter nur zum Teil durch seine Negativität zur Arbeit bestimmt. Der blue collar blues ertönt weit seltener in der Community.

Denn sie ist eine Form der Selbstverwaltung und darin liegt auch ihre Ambivalenz. Ebenso wie die bürgerliche Gesellschaft die Aufzucht der Kinder übernimmt – und zwar unentgeltlich – ebenso übernimmt die Community eine Großzahl wichtiger sozialer Funktionen, mit denen der Staat und die Gesamtgesellschaft nicht belastet werden. Vor allem die durch ihre familiäre Struktur vermittelte Emotionalität bietet Schutz vor den harten Anforderungen, die der Kapitalismus an seine untersten Schichten stellt. „Die Integration in Familie , Dorf und Religionsgemeinschaft und die damit verbundene kollektive Definition und Lösung von Problemen stellen die verbindlichen Handlungsmuster dar. Die kollektiv-familistische Art der Problemlösung geben die Türken bei der Wanderung in die Industriestädte oder in die Bundesrepublik nicht auf. Die für sie ungewohnte Kontaktaufnahme mit sekundären Institutionen wie Behörden, Arbeitsamt, Gewerkschaft stellt sie vor große Schwierigkeiten, daß sie sich eher an ihnen vertraute und bekannte Personen wenden, wenn Probleme auftauchen." (9) In der Community werden Tips für Arbeitsstellen gegeben, Mitglieder ohne Job irgendwie durchgefüttert, Kleinkinder auch ohne Krippe verwahrt, eine spezifische Atmosphäre für die einzelnen Gruppierungen in den Cafes, auf Bahnhöfen und Plätzen geschaffen. Fords Sociological Department entdeckte folgende Situation: „Wir fanden in Detroit eine nicht geringe Anzahl von richtigen Gemeinden vor. Wir wissen zum Beispiel, daß, wenn eine Gruppe von Rumänen in New York ankommt, sie auf die eine oder andere Weise nach Detroit verschifft wird. Die Kenntnis von ihrer Ankunft wurde irgendeinem in unserer Stadt mitgeteilt, der sie am Bahnhof abholt und die gesamte Gruppe sozusagen in Beschlag nimmt. Er überzeugt sie, in speziell für sie bestimmten Quartieren zu wohnen, ihre Waren nicht auf Märkten ihrer eigenen Wahl zu kaufen, unter sich selbst und getrennt von der sie umgebenden Stadt zu leben." (10) Es ist also die eine Seite, daß die Community systemstabilisierend wirkt. Fällt sie auseinander, so treten spontaner Kulturverlust, Verunsicherung des Verhaltens, Desorientierung und Identitätskrisen" (11) auf. Ein Beispiel für ihre Kontrollfunktion ist die Kriminalstatistik; extrem hoch, wenn eine Community in der Bildung begriffen ist, stark rückläufig, wenn das soziale Netz erst einmal geknüpft wurde. (12) Andererseits kann sie zum Herd des Aufstands werden, wie vor allem bei den Schwarzen Amerikas Ende der Sechziger Jahre. Aufgrund des engen sozialen Zusammenhangs entwickelt ein solcher Aufstand eine sehr starke Widerstandskraft. Kerne

der Erhebung sind vor allem das Ghetto, d.h. Communities, die auf einen lokal abgegrenzten Raum konzentriert sind. In Deutschland ist es mit einer Ausnahme zu einer eindeutigen Ghettobildung noch nicht gekommen. Zwar läßt sich etwa bei den Türken in München ein soziales Netz feststellen, das einer Communitystruktur sehr nahe kommt, doch ist das über die ganze Stadt zerstreut. In den einzelnen Stadtteilen zeichnen sich aber schon Formen von Ghettobildung ab. Anders in Berlin. Dort gibt es in Kreuzberg ein typisches Ghetto: „In einzelnen Gegenden dieser Bezirke prägen die Gastarbeiter schon das Straßenbild. Die Männer, die da im „Ye Sil Yurt" ihren „Türkischen" trinken, tragen vornehmlich dunkle Anzüge und Schnauzbärte. Die Frauen, die in den von Landsleuten betriebenen Läden Fladenbrot, Hammelfleisch und Knoblauch einkaufen, haben eine Vorliebe für Kopftücher, lange Hosen unter weiten Röcken, für die Farben Lila, Rot und Lindgrün. Die Kinder sind Schwarzäugig und manche tragen noch Zöpfe. ‚Kleinanatolien' nennen die Berliner das Areal um den Marienplatz, wo manche Straßen bis zu vier Fünfteln von Türken bewohnt sind." (13)

So wie die Community zu einem Widerstandsnest werden kann, so kann sie ebenso wichtige Aufgaben des Staates

Jetzt sollen die Bullen bloß probieren, mir die Haustür einzutreten und zu sagen, sie bräuchten keinen Hausdurchsuchungsbefehl.

übernehmen und so ambivalent ist auch dessen Verhältnis zu ihr. Die Nähe der Heimatländer macht Deutschland im Gegensatz zu den USA zu einem spezifischen Fall. Bei der amerikanischen Community sind die Kontakte mit dem Ursprungsland mehr oder weniger sporadisch. Während Italiener, die in der Bundesrepublik arbeiten nicht nur im Urlaub nach Italien fahren, sondern auch während der gesetzlichen Feiertage, kehren „amerikanische" Italiener oft erst nach Jahrzehnten, wenn überhaupt, in die Heimat zurück. Die Community, obgleich ge geprägt von starken traditionellen Momenten der jeweiligen ethnischen Minderheit, ist auch gegenüber dem Ursprungsland autonom. Bisher hat sich der westdeutsche Planstaat geweigert, ein Einwanderungsland zu werden und versucht, das Aufkommen von Communitystrukturen zu verhindern. Folglich mußte er auch auf deren stabilisierende Funktionen verzichten. In jüngster Zeit entwickelt er eine Doppelstrategie, nach der die Ausländer in zwei Fraktionen aufgespalten werden. Der eine Teil soll integriert werden. Integriert und nicht assimiliert, wie das sich Ford vorstellte. So behält diese Fraktion ihre kulturelle Eigenständigkeit bei und gibt sich die vielfältigsten Formen der Selbstverwaltung. Die andere Seite der Strategie läßt eine Communitystruktur überhaupt nicht aufkommen. In diese Richtung weisen, Rotation, Sanierung, Zerstörung des Kleinhandels, Zuzugsperren, dauernde Razzien, Mischung der Nationalitäten, Ausnutzung des Generationenkonflikts, aber auch die Präsenz der politischen Parteien aus den Heimatländern in der BRD, die einen Politisierungsprozeß nur auf die nationalen Probleme hinleiten. Dazu kommt noch, daß der größte Teil der Arbeitsemigranten beabsichtigt in das Ursprungsland zurückzukehren.

Doch hat die Arbeitslosigkeit die Bedeutung kommunitärer Organisationsformen weit aufgewertet. Die gegenseitige Hilfe ist zu einer materiellen Notwendigkeit geworden. Das springt sofort ins Auge, wenn man gesehen hat, daß in Kreuzberg über viele Ausländerfamilien der nackte Hunger herrscht. Ebenso hat der totale ökonomische Verfall in Teil der europäischen Peripherie dazu geführt, daß die nach Deutschland geholten Kinder und die Illegalen, die sich irgendwie durchhungern müssen, um ein vielfaches angestiegen sind. Die materielle Not ihrer Landsleute ist auch den linken Ausländerorganisationen nicht verborgen geblieben. Nicht nur daß sie dauernd von ihrer Basis, über die sie tatsächlich in vielen Fällen verfügen, mit unmittelbaren Problemen (Arbeitsbeschaffung, Kindergeld, Wohnung) konfrontiert werden, sondern die ausländischen Genossen sind selbst in vielfacher Weise durch die Krise in ihren Reproduktionsmöglichkeiten eingeschränkt. So beginnen sie ihre starre, an der Dritten Internationale ausgerichtete Politik zu relativieren. Ein Höhepunkt dieses sich sehr langsam durchsetzenden Prozesses war die Kindergelddemonstration in Frankfurt.

Ebenso ist die triumphalistische Phase, die im Aufstand des homogenisierten Massenarbeiters die alleinige revolutionäre Perspektive sah, zu Ende. Revolutionäre Politik kann nicht mehr an den spezifischen Bedürfnissen bestimmter Schichten des Proletariats vorbeigehen. Für die Community der Ausländer bedeutet das, herauszufinden, wo in den verwandtschaftlichen, personellen und infrastrukturellen Beziehungen Momente revolutionärer Sprengkraft liegen. Genauso wie sich die Jugendlichen und Frauen anhand ihrer unmittelbaren Bedürfnisse organisieren und mobilisiern, genauso werden das ethnische Minderheiten. Formen klassischer Parteipolitik sind immer ineffektiver: „..... die Bildung der Community durch politische und andere instrumentale Beziehungen ist nicht die Art und Weise wie Volksgruppen (folk like people) handeln. In ihrem Fall ist die Existenz von Verwandtschaftsbanden und tiefen personellen Beziehungen die Voraussetzung für irgendeine bedeutungsvolle ‚instrumentale' Aktivität. Oder, anders ausgedrückt, für viele Amerikaner ‚ist die

Existenz der Community eine Voraussetzung zum Handeln, weit mehr als das Resultat des Handelns." (14)

Da die Community erst im Entstehen begriffen ist, wird ein mit ihr verbundener revolutionärer Ansatz sehr tastend sein. Es wäre sicher verhängnisvoll, den Fabrikkampf gegen eine nostalgische Hinwendung auf die ethnischen Minderheiten einzutauschen. Aber genau wie dieser hat die stärkere Betonung kommunitärer Lebensformen ökonomische Ursachen, nämlich in der Unterbeschäftigung, die aller Voraussicht nach noch auf Jahrzehnte mit der kapitalistischen Entwicklung verbunden sein wird. Letztendlich versucht auch die Linke ihre Lebensbedingungen über Formen kommunitärer Selbstverwaltung zu lösen. (15) Sie ist genauso wie die Ausländer nicht nur durch die „Repulsion der Arbeitskraft" sondern gleichermaßen durch die nackte Repression bedroht, nicht nur Lehrer sondern Tausende von multinationalen Arbeiteravantgarden wurden seit 1974 entlassen. Wenn die Linke heute fordert, ihren eigenen Lebenszusammenhang offensiv zu wenden, so knüpft sie selbst formal an Communitystrukturen an. Eine wichtige Frage hierbei werden aber vor allem die Nahtstellen sein, wo sie mit anderen Gemeinschaften oder sozialen Realitäten in Beziehung tritt, sonst entwickelt sie sich zu einem emanzipierten Ghetto.
Genauso wie eine neue Politik der Linken, die ihre Lebenszusammenhänge in die Organisationsfrage miteinbringt, noch in den Kinderschuhen steckt, genauso neu sind die Anfänge revolutionärer Communityarbeit bei den ethnischen Gruppierungen. Wirkt doch die Gemeinschaft nicht nur dadurch systemfestigend weil sie Selbstverwaltungsaufgaben übernimmt, sondern sie ist in sich von starken repressiven Herrschaftsstrukturen geprägt. Alle Ausländergemeinschaften in Deutschland sind mehr oder weniger so patriachalisch strukturiert, daß daneben die deutsche „Partnerschaftsehe" auf den ersten Blick als emanzipierte Idylle erscheint. Doch auch hier die Ambivalenz: Die Großfamilie gewährt, insbesondere den alten Leuten mehr Schutz und Kommunikation, als die isolierten Inseln scheinbarer Gleichberechtigung. Die Schwierigkeiten unter der sich die Communities in Deutschland herausbilden können, läßt schon bei ihrer Geburt große Spannungen auftreten. Was die Jugendlichen betrifft, so fällt ein nicht geringer Teil aus den tradierten Wertvorstellungen der Eltern heraus. Doch ist es im allgemeinen nicht so, daß sich die ausländischen Jugendlichen mit gleichaltrigen Deutschen zusammen tun. Ihre Banden sind zwar multinational, doch unter Ausschluß der Einheimischen. Ein weiterer Faktor ist die massenhafte Kasernierung in Wohnheime und die aufgezwungene sexuelle Unterdrückung. Sie hat bei den kasernierten ausländischen Frauen zu tiefen Einschnitten in der Sexualmoral geführt, obgleich diese nicht offen zugegeben wird. Die Frage ist, wird sich unter diesem Zusammenbruch traditioneller Wertvorstellungen überhaupt noch eine Community bilden. Ich glaube ja. Die Community ist ihrem materiellen Gehalt nach eine Notgemeinschaft, als solche kann sie durchaus eine interne soziale Dynamik aufweisen.

Zum Schluß die obligate und wichtige Frage, welchen Stellenwert haben deutsche Genoss(inn)en in diesen Zusammenhang Ist es nicht so, daß die Community aus sich selbst zu Bewußtsein und Aktivität gelangen muß? Fällt nicht unter diesen Bedingungen der Deutsche als Bindeglied zwischen den einzelnen Nationalitäten fort? Ist die multinationale Politik am Ende? Zum Glück haben wir Deutsche die Dialektik erfunden und können jetzt sagen, daß die Vielfalt ethnischer Gruppierungen im hegelschen Sinne „aufgehoben" werden in der Einheit des multinationalen Kampfes und daß dieser Prozeß gekennzeichnet ist von starken Widersprüchen. Damit hätte man die abstrakte Formel unter der man sich eine revolutionäre Entwicklung vorstellen könnte. In ihrer hohen Abstraktion ist diese Formel aber nichtssagend und kann nur als Gedankenstütze für diejenigen gelten, die den revolutionären Prozeß unbedingt einem System unterwerfen wollen. Konkrete Arbeit der Genoss(inn)en sehe ich darin mitzuhelfen, daß die ethnischen Minderheiten ihre kommunitären Strukturen offensiv wenden, ihre Minderwertigkeitskomplexe überwinden und ihre ethnische Identität mit Stolz und Herausforderung verbinden. Wie stark erinnert uns das an die USA, wenn wir lesen, daß die Deutschen die Türken für den dreckigsten und widerlichsten Vertreter aller hier arbeitenden Nationalitäten halten, während von allen Arbeitsemigranten die Türken die Deutschen am meisten bewundern. (16) Ich meine, daß sich die Ausländer als Neger Deutschlands erfahren müssen, daß sie in der kommunitären Umwelt ihre natürlichen Stützpunkte haben und daß wir als Linke bei diesem Prozeß in den verschiedensten Formen Hebammenhilfe leisten können. Dazu rechnen vor allem die Diskussionen mit ausländischen Genoss(inn)en, die noch an den überkommenen Formen der Politik festhalten.

Herbert Röttgen

Anmerkungen.

1. Jonathan Schwartz, Henry Ford's Melting Pot, in journal of university studies, S. 253. Von Henry Ford stammt der Ausspruch: „Ich bin mehr ein Fabrikant von Menschen als von Autos."
2. ebenda, S. 253.
3. Otto Feinstein, Why ethnicity? in journal of university studies, S. 6.

3a. 120 Millionen Amerikaner werden zu den ethnischen Minderheiten gerechnet.

4. Judith Leppala Brown und Otto Feinstein, Community Development and the Urban ethnic dimension, in journal of university studies, S. 122.
5. Feinstein, Why ethnicity? a.a.O. S. 2.
6. Abadan, N., Studie über die Lage und die Probleme türkischer Gastarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland; in, W. Schloesser, R. Kaufmann u.a., Arbeitsplatz Europa, Köln 1966, S. 138.
7. Otto Feinstein und Roland H. Wright, The ethnic revival: Work and Community – Satisfaction and the work ethics in journal of university studies, S. 243. Feinstein berichtet, daß die Arbeit in vielen Fällen mit Fatalismus hingenommen wird.
8. Heiner Holtbrügge, Türkische Familien in der Bundesrepublik, Duisburg 1975, S. 57.
9. Ebenda, S. 57.
10. Jonathan Schwartz, a.a.O., S. 256.
11. Heiner Holtbrügge, a.a.O., S. 40.
12. Judith Leppala Brown und Otto Feinstein, a.a.O., S. 127.
13. aus „Frankfurter Neue Presse" vom 22.11.1974.
14. Judith Leppala Brown und Otto Feinstein, a.a.O., S. 130.
15. Thomas Schmid , Organisation kaputt, in Autonomie I.
16. Heiner Holtbrügge, a.a.O., S. 123 ff.

DIE LEBENSMITTELUNRUHEN

IN BREMEN ENDE JUNI 1920

Der Hintergrund der Unruhen. Zu einigen Aspekten der Klassenkämpfe seit der Novemberrevolution

Im Frühjahr 1920 kommt es in der Pfalz (Zeitungsnotiz des BVB vom 25.2.1920) und in München (BVB, 12.3.1920) zu den ersten Lebensmittelunruhen. Diese ersten ‚Hungerkrawalle' richten sich gegen die Lebensmittelknappheit, die Rationierung von Lebensmitteln (Kürzung der Brotkarten z.B.) und die ‚Wucherpreise' für Lebensmittel und andere Waren, insbesondere Schuhe. In beiden Fällen entwickeln sich aus Demonstrationen heraus Aneignungsaktionen in Geschäften. In beiden Fällen sind insbesondere Frauen, Kinder und Arbeitslose beteiligt, in beiden Fällen greift massiv die Repression ein: in der Pfalz die französische Gendarmerie, in München Reichswehr und Polizeitruppen.
Trotzdem kommt es in den folgenden Monaten in zahlreichen anderen Orten, vor allem in den Großstädten, zu weiteren Aneignungsaktionen. Ihr Höhepunkt liegt im Frühsommer.
Die Verbreitung und die massenhafte Beteiligung an diesen direkten Aneignungsaktionen sind das Ergebnis der Entwicklung der Klassenkämpfe nach der Novemberrevolution, in deren Verlauf das Kapital an allen Fronten schrittweise die Initiative zurückerobert, während die Arbeiterorganisationen, vor allem USPD und KPD mit ihren politischen Konzepten kläglich Schiffbruch erleiden. Der Massenaufstand der Bergarbeiter im Ruhrgebiet im März/April 1920 ist darauf ebenso eine Antwort wie die ungeheure Zunahme der direkten Aktionen auf Betriebsebene, (1) die darauf abzielen, gewaltsam und unmittelbar ökonomische und politische Massenforderungen durchzusetzen.
Das Jahr 1919 war gekennzeichnet durch die erfolgreiche Kombination von Gewalt und planstaatlichem Reformismus: von brutaler militärischer Unterdrückung aller Kämpfe, deren Ziel die Errichtung proletarischer Gegenmacht war und von einer auf Ausschaltung selbständiger Massenaktivitäten zielenden Politik geräuschvoller kleiner Zugeständnisse, taktischer Hinhaltemanöver, großen Debatten über Rätedemokratie und Sozialisierung auf der Basis einer über das Demobilmachungsamt zentral gesteuerten Vollbeschäftigungspolitik.

1920 – nach der militärischen Ausschaltung der Avantgarden und nach der formellen Wiederherstellung der politischen Herrschaft der Bourgeoisie – ist das Jahr der Gegenoffensive. Die Politik der Zugeständnisse an die Massen ist vorbei. Im Gegenteil, das Kapital sucht und provoziert die Auseinandersetzung auf all jenen Gebieten, wo es unter dem Ansturm der Massen die Initiative hatte abgeben müssen. Es eröffnet die Gegenoffensive mit dem Ziel, die Masse der Arbeiter wieder restlos seinem Kommando zu unterwerfen. Die Initiative, die Forderungen, die Ansprüche der Arbeiter, die zahlreichen kleinen und größeren Machtpositionen und ‚Freiheiten', die sie sich im Jahr 1919 erobert haben, insbesondere die gegenüber dem Kriegsniveau erheblich gesteigerten Löhne, sollen zunichte gemacht werden.

Die Arbeitgeberverbände geben von zentraler Stelle aus ‚Empfehlungen' über die Höhe der zu zahlenden Löhne. So wird z.B. nach den Angaben des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) im norddeutschen Raum zunächst bis Ende März 1920 ein Höchstlohn festgelegt, den keine Firma überschreiten darf (so eine Mitteilung des DMV in der BAZ vom 4.3. 1920); im Sommer wird die ‚Empfehlung' ausgegeben, überhaupt keine Lohnerhöhungen mehr vorzunehmen. Im Oktober berichtet in einem Geheimzirkular ein Verband vom Erfolg dieser Strategie und bereitet seine Mitglieder auf eine Phase des Lohnabbaus vor: „Die von der Vereinigung ausgegebene Parole, keine Lohnerhöhungen zu bewilligen, ist im allgemeinen befolgt worden, auch Behörden und Schlichtungsausschüsse haben sie sich zu eigen gemacht. Seitens der Arbeitnehmerschaft ist die Resolution natürlich heftig bekämpft worden, jedoch waren größere Streiks als Folge abgelehnter Forderungen selten. Gegen die Teilstreiks wird die Aussperrung der Arbeiterschaft eines Bezirks angeraten. Sollten auch jetzt noch Schlichtungsausschüsse Lohnerhöhungen be-

(1) In aller Kürze zwei typische Beispiele:
Anfang April 1920 – also noch zur Zeit des Aufstandes an der Ruhr – kidnappen Werftarbeiter des Bremer Vulkan ein Vorstandsmitglied, erzwingen einige Zugeständnisse (Bezahlung der gegen Kapp gestreikten Tage und der Osterfeiertage Karfreitag und Ostermontag) und verkünden sie in dessen Beisein auf einer spontanen Betriebsversammlung auf der Werft. (WZ, 6.4.1920) Mitte April 1920 stürmen die Arbeiter der Knorr-Bremse Berlin nach Ablehnung ihrer Forderungen (einmalige Zahlung von 1000 Mark, höherer Lohn, Abschaffung der Akkordarbeit) das Verwaltungsgebäude, führen die Direktion auf den Fabrikhof und zwingen sie dort in Gegenwart aller Arbeiter weitgehende Zugeständnisse schriftlich zu fixieren. (WZ, 16.4.1920)
Ein weiteres Beispiel wird am Schluß des Artikels in anderem Zusammenhang ausführlicher dargestellt.

willigen, so wird dringend empfohlen, den Schiedsspruch mit eingehender Begründung unter Hinweis auf die derzeitige wirtschaftliche Lage abzulehnen und gleichzeitig dem Demobilmachungskommisar Kenntnis von der Ablehnung und ihren Gründen zu geben. ... Zur Vorbereitung des Lohnabbaus, mit dem am besten der Bergbau und die chemischen Industrien beginnen würden, sind Propaganda in der Presse, Einwirkung auf die Gewerkschaftsführer und Betriebsräte sowie Überweisung des einschlägigen Materials an die Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse empfohlen ....“ (Bremer Volksblatt 4.10.1920)

Flankiert wird diese Politik des Lohnstopps und Lohnabbaus von einer rasenden Inflation, die im Spätsommer 1923 ihren Höhepunkt erreicht, aber bereits Mitte 1920 ein beachtliches Ausmaß angenommen hat. 1920 sind die Reallöhne hauptsächlich infolge dieser Geldentwertung bereits wieder auf dem Niveau vor der Novemberrevolution angelangt. (Nach Kuczinsky bei 1900 = 100 ergeben sich folgende Indices: 1918: 72, 1919: 85, 1920: 70 (2))

Insbesonder Konsumgüter, die bereits im Krieg rationiert waren, wie Lebensmittel und Lederwaren, werden zu astronomischen Preisen verkauft. So hatten die Arbeiter beispielsweise im Sommer 1920 für ein Paar Schuhe in Bremen bis zu 800.-- Mark zahlen müssen, was bei einem Stundenlohn von drei bis fünf Mark (ein Facharbeiter auf Bremer Werften erhielt im Sommer 1920 ca. DM 5.-- Stundenlohn) allerdings ausgeschlossen war. Waren bereits der Winter und das Frühjahr wegen der staatlich regulierten Kohlenknappheit, derzufolge die Arbeiter frieren mußten, äußerst kräftezehrend gewesen, so zieht jetzt im Sommer bei ständig steigenden Lebensmittelpreisen und gleichzeitig stagnierenden Löhnen der Hunger in die Arbeiterhaushalte ein.
Als in diese Situation der Staat durch die Ankündigung eines zehnprozentigen Steuerabzugs vom Lohn unter Beweis stellt, daß er gemeinsam mit den Kapitalisten in der Front der Gegenoffensive gegen die Arbeiter steht (3), und das Verhalten der Arbeiterorganisation offenkundig werden läßt, daß sie über lahme Proteste hinaus keine Politik anzubieten haben, die tatsächlich Abhilfe schafft, erreichen die direkten Aneigungsaktionen einen Höhepunkt.

Eine wichtige, zweifellos ermutigende Rolle für die massenhafte Übertretung der Schranken bürgerlicher Gesetzlichkeit hat zweifellos auch das große Beispiel der Märzrevolution im Ruhrgebiet gespielt. Die Bremer Arbeiterbevölkerung beispielsweise ist über die Vorgänge im Ruhrgebiet durch vielfältige Kanäle detailliert unterrichtet (Arbeiterpresse, Informationsveranstaltungen mit Augenzeugen, Informationen durch in Bremen Unterschlupf suchende Rotarmisten).

(2) Jürgen Kuczynski, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33, Berlin 1966, S. 179.

(3) Über diesen ständigen Lohnabzug sollen die Arbeiter die Inflationsgewinne bezahlen, die die Kapitalisten durch Ausnutzung der Steuergesetze machen: da sie erst Monate nach der Veranlagung Steuern zu zahlen haben, sind die dann zu zahlenden Beträge durch die Inflation weitgehend entwertet.

Die Vorwarnung durch die Bremer Lebensmittelkommission

Die Bremer politische Polizei faßt diese eben skizzierten Zusammenhänge unter Verweis auf einen aktuellen Bericht der Bremer Lebensmittelkommission in ihrem Lagebericht vom 23.6. – also am Vorabend der Unruhen – auf die Bremer Verhältnisse zugeschnitten folgendermaßen zusammen:
„In Anbetracht der Teuerungskrawalle in mehreren Städten Westdeutschland erläßt die hiesige Lebensmittelkommission eine Warnung an die Erzeuger, die Gemüsehändler und die Verbraucher. Infolge der teilweise willkürlich hohen Verbraucherpreise, die erheblich höher sind als in Nachbarstädten, liegt die Gefahr einer Nachahmung derartiger Krawalle auch für Bremen nahe. Da der Markt im Zentrum der Stadt liegt, und sich solche Krawalle bei der aus Anlaß des bevorstehenden Steuerabzugs an und für sich erregten Masse leicht zu größeren Unruhen auswachsen können, ist bei anhaltender übermäßiger Teuerung ein Eingreifen der Lebensmittelkommission im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung unvermeidlich. Über den zehnprozentigen Steuerabzug wird unter der Arbeiterschaft viel gesprochen, und die Gefahr umfangreicher Streiks in Erwägung gezogen. Bisher ist von etwa zu unternehmenden Gegenmaßnahmen weder in den Linksparteien noch in Betriebsversammlungen die Rede gewesen. Von dem Gewerkschaftskartell, den freien Angestelltenverbänden und dem Ortskartell der Beamtenvereine wird zum 25. abends eine öffentliche Protestversammlung gegen Steuerabzug und Lebensmittelwucher einberufen.“ (Bremer Staatsarchiv II, 65 IV.1.c., Lagebericht Nr. 111 vom 23.6.1920). Die Lebensmittelkommission ist ein Relikt des ‚Kriegssozialismus‘: Durch Beteiligung von ‚Vertretern der Bevölkerung‘ an der Kontrolle der Verteilung und der Preise der immer knapper werdenden Lebensmittel in diesem Rahmen wurden erstmals in breitem Umfang die lokalen Gewerkschaftsfunktionäre mit planstaatlichen Aufgaben betraut – wurden zwischen herrschende und Hungernde eine populistische Beschwerde- und Beschwichtigungsinstanz geschoben. (4) Die Herrschenden waren so der direkten Verantwortlichkeit für die Lebensmittelversorgung entrückt und die Besetzung der Kontrollorgane u.a. auch mit Gewerkschaftern sollte bei den hungernden Massen den Eindruck erwecken, daß es tatsächlich nicht mehr und nicht bessere Lebensmittel zu verteilen gebe. Schließlich war durch ein solches ‚Basisorgan‘ sichergestellt, daß die Gefahr von Lebensmittelunruhen im Ansatz erkannt und durch ein spektakuläres Eingreifen der Kommission ‚im Interesse des Volkes‘ unter Kontrolle gebracht werden konnte. Wie zahlreiche andere planstaatliche Organe, die während des Krieges unter tatkräftiger Beteiligung von SPD- und Gewerkschaftsfunktionären aufgebaut wurden, wird auch die Lebensmittelkommission in der auf den Krieg

(4) Aus Sicht der herrschenden Staats- und Militärbürokratie beschreibt W. Gröner, Chef des Kriegsamtes sein Kalkül bei der Einbeziehung der Sozialdemokratie in die Leitung des Mitte 1916 gegründeten Kriegsernährungsamtes, das die gesamte Nahrungsmittelbeschaffung und -verteilung nach einheitlichen Gesichtspunkten durchzuführen hatte: „Für die Heranziehung eines Sozialdemokraten zu der Leitung des Kriegsernährungsamtes setzte auch ich mich ein, denn ich war der Ansicht, daß solche Maßnahmen von den Vertretern des ganzen Volkes getragen werden mußten und vor allem sollte sich die Sozialdemokratie der Verantwortung für die Ernährung nicht entziehen können.“ W. Groener, Lebenserinnerungen, Berlin 1957, vgl. das Kapitel ‚Kriegsernährungsamt und Kriegsamt‘.

folgenden revolutionären Phase als Instrument der Massenkontrolle fortgeführt.
Der oben wiedergegebene Auszug aus dem polizeilichen Lagebericht illustriert diese Funktion der SPD-dominierten Planstaatsorgane in der revolutionären Nachkriegsphase.
Freilich kommt die Vorwarnung an die Vertreter der staatlichen Gewalt zu spät:

Der erste Ansturm:
die Massen bestimmen die Preise selbst

Noch am selben Abend kommt es zu „kleineren Ausschreitungen" auf dem Markt. (BSt A, 4,65 IV. 1.b, Tagesbericht Nr.43).
Eines ist eindeutig belegt: Keine der Arbeiterorganisationen steht mit diesen und den Aktionen der folgenden Tage in einem organisatorischen oder auch nur ideologischen Zusammenhang. (5) Wenn überhaupt Vorbereitungen getroffen wurden, so können sie nur von unorganisierten ‚Linksradikalen' am Abend des 23. Juni besprochen worden sein. Daß es so war, dafür spricht, daß in einigen Betrieben und bei den Tischlern, die gerade streikten, bekannt war, „daß es am nächsten Tag zu Unruhen kommen würde". Dies können aber nur Vermutungen bleiben, da die einzige Quelle für diese Aussagen Polizeimaterial ist. (BStA. Lagebericht Nr.112 vom 26.6.; IV.1.c.)

Am Vormittag des 24. „entlädt sich die Unzufriedenheit mit den hohen Eier- und Gemüsepreisen auch hier in Bremen. Man warf (auf dem Markt) die Verkaufstische um, trat Eier und Gemüse, obwohl die Preise wegen der andrängenden Massen sofort herabgesetzt wurden, unter die Füße und wetterte in erregten Gruppen gegen die Wucherpreise". (Weser-Zeitung 24.6., Mittagsausgabe).

Nach diesen ersten erregten Szenen nimmt die Aktion einen zielsicheren Charakter an: die ‚Masse', hauptsächlich bestehend aus Frauen, Jugendlichen und Arbeitslosen, begibt sich in die verschiedenen Lebensmittel- und anderen Geschäfte der Innenstadt und erzwingt von den Besitzern Verkäufe ihrer Waren zu von ihr festgesetzten Preisen, in manchen Fällen auch ‚Verkäufe' ohne Bezahlung. „Es gewann bald den Anschein, daß man es mit einer organisierten Razzia der vorwiegend linksradikalen Elemente zu tun hatte, die sich planmäßig die allgemeine Stimmung zunutze machte. (...) Beispielsweise konnte man schon eine halbe Stunde vorher Gruppenbildungen wahrnehmen, aus denen heraus Direktiven gegeben wurden, welche Geschäfte nunmehr heimgesucht werden sollten." (WZ 24.6. Mittagsausgabe)
Es scheint, daß es sehr häufig spontan zur Bildung kleinerer Gruppen kam, die es übernahmen, größere Menschenmengen in die Geschäfte zu führen und die Inhaber zu zwingen, zu reduzierten Preisen zu verkaufen. „Unter den Gruppen, die den Zwangskauf vornahmen, zeigten sich verschiedentlich ‚Ordner'. Ja, sogar Redner fanden sich, die den Sturm in ‚gesetzliche' Bahnen zu lenken sich den Anschein gaben. Da war an der Ansgarikirche der US-Redner Döll, der erst von der Straße und dann vom hohen Altan herab die Polonaise zu arrangieren sich Mühe gab und versprach, daß alle ‚rankommen' würden, denn es werde ‚ausverkauft." (WZ 25.6.1920, Morgenausgabe)

Die Innenstadt wird völlig von den ‚kauflustigen' Massen und ihrer Stimmung beherrscht. Die Rationalität kapitalistischen Warentauschs existiert nicht mehr; die Freude, der Spaß an der direkten Inbesitznahme von Gütern bestimmt immer mehr das Handeln. Die Massen nehmen ihre Stadt in Besitz. Die bürgerliche Presse kann dies nur, wie schon im obigen Zitat, zynisch kolportieren: „Kein Wunder, daß ein grauer Alter, der über russische Illusionen hätte schon hinaus

(5) Vielmehr waren von diesen bereits vor Ausbrechen der Unruhen folgende Aktionen angekündigt: von den freien Gewerkschaften im Verein mit SPD und USPD die bereits im Lagebericht erwähnte Protestversammlung; von den Arbeitern der AG Weser, und das wird heißen, von der KPD, die in diesem Betrieb die weitaus stärkste Arbeiterorganisation war, eine Demonstration gegen die Lebensmittelpreise für den späten Nachmittag desselben Tages als Auftakt für die Versammlung am Abend. (BSTA, 4, 65; IV. 1.c. Tagesbericht Nr. 44 vom 25.6.1920;: 4, 65, IV. 1.c. Lagebericht Nr. 112 vom 26.6.1920)

sein müssen, begeistert in platt verkündete: ‚Jetzt kommt sie, die Weltrevolution'." (WZ, 25.6.1920, Morgenausgabe)

Polizei und Staatsorgane in der Defensive

Obwohl die Polizeidirektion mit solchen Aktionen des längeren rechnen mußte, steht sie diesem massenhaften Angriff auf die Geschäfte der Innenstadt zunächst relativ hilflos gegenüber, was sich in der bürgerlichen Presse am selben Tag so wiederspiegelt: „Wir konnten wiederholt beobachten, daß die Schutzleute wie Sipo hierbei größte Zurückhaltung und Ruhe bewahren." (6) (WZ 24.6., Mittagsausgabe)
Diese ‚Zurückhaltung' hat vorwiegend zwei Gründe:
1. Die Sicherheitspolizei ist ihrem ganzen Aufbau und ihrer Ausbildung nach auf einen solchen spontanen Volkskampf nicht vorbereitet. Sie rechnet, von ihren bisherigen Erfahrungen mit den Arbeiterorganisationen, insbesondere der KPD, ausgehend, mit einem militärischen Frontalkampf, bei dem sie mit ihrer Geschlossenheit, Bewaffnung und Stärke operieren kann. Sie ist einem Gegner nicht gewachsen, der gleichzeitig an zahlreichen Punkten angreift und jederzeit an weiteren Punkten die Auseinandersetzung eröffnen kann. So läßt die Sipo trotz dieser Lage mehrere Hundertschaften in der Nähe des Rathauses und im Rathaus zusammenziehen, da sie als Truppe zur Sicherheit des Staates nun einmal das Rathaus zu schützen hat. In einem Rechenschaftsbericht der Sipo gegenüber der politischen Führung der Stadt heißt es: Ferner hat sich an beiden Tagen gezeigt, daß es nicht angängig ist, die Sicherheitspolizei, die in erster Linie eine Machtpolizeit zum Schutze der Sicherheit des *Staates* ist, nach Art der Ordnungspolizei in den Straßen zu zersplittern. Es wäre dann bei derartigen allgemeinen Unruhen jedem stärkeren Demonstrationszuge unter entschlossener Führung möglich, ohne große Schwierigkeiten Markt und Rathaus zu besetzen und die Macht an sich zu reißen." (BStA. XII D 4a Blatt 19) Die Folge ist, daß die Teile der Sipo, die zum Schutz der Geschäfte eingesetzt werden und die so als Einzelne den Massen gegenüberstehen, mit dieser Situation kaum fertig werden. (Die Sipo ist noch nicht das mek.)

2. Nicht nur die Arbeiter, große Teile der übrigen Bevölkerung bis weit ins Bürgertum hinein sind über die Lebensmittelpreise verbittert. Und auch die Polizisten können der Möglichkeit nicht widerstehen, billig oder kostenlos Waren ‚einzukaufen'. In vielen Fällen sind es sogar die Polizisten, die die Zwangsverkäufe übernehmen und die dafür sorgen, daß sie ‚geordnet' verlaufen.
Ein typisches Beispiel hierfür ist der Beschwerdebrief der Fa. Carl Ronning an die Polizeidirektion, dessen erster Teil hier nur unwesentlich gekürzt wiedergegeben wird: „Am 24. Juni sammelte sich vor meinem Laden Sögestr. 54 (in der Innenstadt, E.B.) eine größere Menschenmenge an. Ich hatte mein Geschäft geschlossen, da ich nicht gewillt war, zu den in den Geschäften der Obernstr. erpreßten Preisen zu verkaufen. (...) Ich öffnete nicht, trotz Klopfens an die Tür. Plötzlich erschienen zwei Schutzleute, sie drängten sich durch bis zur Ladentür, einer von ihnen begehrte Einlaß. Ich öffnete erst auf wiederholtes Klopfen, denn mich verdroß es , daß die Beamten auch nicht das geringste taten, die Menschen, die sich sonst ganz ruhig verhielten, zu zerstreuen.
Ich ließ den Schutzmann eintreten. Die Menge drängte nicht nach. Er fragte: Herr Ronning, wie teuer wollen Sie Ihren Kaffee verkaufen? Ich antwortete: zu den Preisen, wie sie am Fenster stehen, billiger kann ich es nicht. – Darauf entgegnete er, ohne sich um die Preise gekümmert zu haben, nein, das geht nicht, Sie müssen billiger verkaufen, denn wir sind machtlos und sie laufen sonst Gefahr, daß Ihnen die Scheiben eingeschlagen werden.
Ich gab zurück, wenn es so liegt, daß Sie keine Macht mehr haben, dann kann ich alleine mich nicht dagegen stemmen, dann kostet Kaffee zehn Mark. Ich muß aber von Ihnen erwarten, daß Sie mit Ihren Kollegen hierbleiben, um eine geregelte Abfertigung der ‚Käufer' zu ermöglichen. Das wurde zugesagt. (...)" (4.14.XII D4a)
Die „Kammer für Kleinhandel" beschwert sich noch am Vormittag des 24. durch einen Vertreter persönlich bei der Polizeidirektion und dem Bürgermeister. Am nächsten Tag liegt die Beschwerde schriftlich vor: „Unter Bezugnahme auf die mündlichen Vorstellungen unseres Vertreters, teilt die unterzeichnete Kammer mit, daß die Beschwerden, wie sie von den Gröpelinger Geschäftsleuten Herrn Bürgermeister Deichmann mündlich vorgetragen sind, in ähnlicher Art aus allen Stadtteilen bei der unterzeichneten Kammer eingelaufen sind. Sie besagen in vielen Fällen, daß die Polizeibeamten entweder machtlos den Vorgängen der plündernden und raubenden Menge zugesehen haben, oder aber sogar selber bei der Herausgabe der Waren durch die Händler mithalfen." (BStA, 4,14 XII D 4)

(6) Mit „Schutzleuten" ist die blau uniformierte Ordnungspolizei gemeint, mit „Sipo" die grün uniformierte paramilitärisch als Bürgerkriegsarmee aufgebaute Sicherheitspolizei.

In den USA erscheint jetzt die operaistische Zeitschrift

ZERO WORK

Das Projekt versucht, ähnlich dem Ansatz der „Autonomie", politische Entwicklungen von einem proletarischen Standpunkt aus zu beschreiben.

Aus dem Inhalt der ersten Nummer:
* *US. Class Composition in the Sixties,*
* *Notes on the International Crisis,*
* *Crisis in the Auto Sector,*
* *Postal Workers against the State,*
* *Wildcats in the Appalachian Coal Fields,*
* *The Universities in the Crisis,*
* *Self Reduction in Italy.*

Die Zeitschrift ist demnächst in linken Buchläden erhältlich. Bestellungen auch direkt an den Verlag möglich.

Der Charakter der Aktionen am Vormittag des 24. ist in der überwiegenden Zahl der Fälle geprägt durch die Form der Zwangsverkäufe. Sie spielen sich vorwiegend in der kleinbürgerlich geprägten Innenstadt ab. Getragen sind sie, da die Arbeiter sich zu dieser Tageszeit in den Betrieben befinden, von Frauen, Jugendlichen und Arbeitslosen, die aber in solchen Maßen und mit solcher Entschlossenheit vorgehen, daß die Polizei es nicht schafft, „Herr der Lage" zu werden. Die Polizeidirektion versucht deshalb zunächst, die Situation dadurch in den Griff zu kriegen, daß sie ‚legalisiert', was ohnehin Praxis ist: sie setzt im Einvernehmen mit der Lebensmittelkommission neue gesenkte Preise fest. (WZ, 25.6.20 Morgenausgabe). (7)

In einer am Morgen des 24. eilig einberaumten Besprechung an der Vertreter des Senats (Innensenator Böhmer), der Polizeidirektion und der Lebensmittelkommission teilnehmen, kommt die Verhaltensunsicherheit offen zum Ausdruck: Senat und Lebensmittelkommission tadeln die Polizei, daß sie die Händler nicht genügend schützt. Die Polizei verspricht sich durchschlagenden Erfolg vom Eingreifen der Lebensmittelkommission. Deren Vertreter wiederum drängen auf ein hartes Durchgreifen der Polizei wegen Erfüllung der Straftatbestände des Diebstahls, der Plünderung und des Aufruhrs. (BStA, 4, 14 XII D 4a, Bl.1) Dazu wiederum ist die Polizeidirektion in der gebotenen Kürze und Schärfe nicht in der Lage, da zumindest die Ordnungspolizei zu offensichtlich mit der Massenbewegung sympathisiert: Sie ‚genießt' nicht die Vorzüge der kasernierten Sipo: Verpflegung, Kleidung und Schuhwerk gestellt zu bekommen und von der Bevölkerung isoliert allein der rechtsradikalen Propaganda ausgesetzt zu sein. Sie wohnt vielmehr in der Regel dort, wo sie auch stationiert ist, in den jeweiligen Stadtvierteln.

Diese offensichtliche Verhaltensunsicherheit der Staatsorgane, die Halbherzigkeit ihrer Maßnahme ist jedoch zugleich auch Ausdruck und Ergebnis der Wucht und Dynamik der Masseninitiative, die die traditionellen Kräfteverhältnisse verschiebt. Jetzt handeln die Massen und der Staat reagiert nur noch, er ist in die Defensive gedrängt und zudem nicht sicher, ob seine Verteidigungsmaßnahmen die Bewegung eindämmen oder sogar nicht eher noch verstärken und radikalisieren. Auf die handelnden Massen wiederum wirkt die durch ihr Handlen selbst erzeugte Verhaltensunsicherheit des Staates weiter ermutigend. Bereits am Vormittag gehen die Zwangsverkäufe an einigen Stellen in direkten Aneignungsaktionen über. Der Chronist der ‚Weserzeitung registriert dabei sogar eine manifeste politische Unterströmung': „In einem Delikatessengeschäft der Hutfilterstraße ging es dagegen weit zügelloser zu. Hier wurden Flaschen mit Wein und Spirituosen, Käse usw. einfach fortgenommen. Die Sipoleute, die hiergegen einschreiten und besonders Plündernde festnehmen wollten, wurden von Frauen und Jugendlichen Arbeitern angegriffen. (...) Hierbei zeigte sich, daß eine politische Unterstimmung von den Vorgängen nicht zu trennen ist, beispielsweise rief bei dem Erscheinen der Sipo eine Frau: Schlagt die Sipo nieder! Ruhigere Bürger, die solche Personen zurückhalten wollten, wurden von den hetzerischen Teilnehmern an der Aktion bedroht." (WZ 24.6. Morgenausgabe)

Der Höhepunkt: Massenhafte Aneignungsaktionen

Über Mittag (von halb zwei bis drei Uhr) beruhigt sich die Lage etwas. Die Polizei nutzt diese Ruhepause zur Ablösung und Neuverteilung ihrer Kräfte. Je eine Sipo-Hundertschaft wird in die östliche und westliche Vorstadt, also in die Industrie- und Arbeiterviertel abkommandiert. Als Zentrum der Unruhen wird jedoch weiterhin die Innenstadt angesehen. Dort massiert die Sipo 6 Hundertschaften (1 Hundertschaft = ca. 40 Mann) und alarmiert kurz vor Neuaufleben der Auseinandersetzungen um halb drei Uhr noch vier Stadtwehrblocks (8) (à ca. 80 Mann) zum Schutz der Geschäftsviertel. Trotz dieser Massierung staatlicher Repressionsorgane an den Brennpunkten der Auseinandersetzung eskaliert diese weiter: Immer größere Menschenmassen greifen die Geschäfte an immer zahlreicheren Punkten an und gehen immer häufiger zu direkten Aneignungsaktionen über. Als wesentlich verstärkendes und keinesfalls vor Aneignungen zurückschreckendes Element greifen ab 16 Uhr, also nach Betriebsschluß, die Arbeiter in die Auseinandersetzungen ein:
Ab etwa 16 Uhr erreichen die Polizeizentrale Hilferufe aus allen Teilen der Stadt, insbesondere aber aus den Vororten, in denen hauptsächlich Arbeiter wohnen. (BSTA 4,14, XII D 4a: Tätigkeitsbericht der Sipo zu den Lebensmittelunruhen am 24./25.6.1920, Bl. 7)
"Während in den meisten Fällen die Verkäufer durch das Publikum gezwungen wurden, ihre Verkaufsartikel zu bedeutend herabgesetzten Preisen zu verkaufen, arteten die Vorfälle später und besonders in den Nachmittagsstunden in den Vorstädten zu regelrechten Plünderungen aus. Die Straßen waren äusserst belebt und die Drahtzieher verstanden es, die Massen in Erregung zu halten." (BSTA 4,65 IV 1c: Lagebericht Nr. 112 vom 26.6.)
Insbesondere „kamen in der Gröpelinger Vorstadt größere Ausschreitungen vor". „Um 4.00 Uhr räumten größere Mengen Arbeiter (der AG Weser) zwei Warenhäuser der westlichen Vorstadt aus, ohne etwas zu bezahlen. Von da zogen sie, es sollen mehrere Tausend gewesen sein, in Richtung Walle weiter und kehrten in jedem Schuhgeschäft ein. In der Umgebung des neuen Operettentheaters mußte, da hier nicht nur Fensterscheiben eingeschlagen, sondern auch regelrecht geplündert wurde, eine Hundertschaft der Sipo eingreifen. Die Lage war äußerst gespannt, aber den Beamten gelang es doch, Ruhe wiederherzustellen. Es wurden eine Anzahl Festnahmen vorgenommen." (WZ 25.6., Morgenausgabe) Am Abend ergänzt die Zeitung: „Die größeren Ausschreitungen in Gröpelingen, die sich über 1.000 Arbeiter zuschulden kommen liessen, sind mit dem Ausdruck Terrorismus noch milde bezeichnet. Bei kleinen Stuhlhändlern soll man sogar Stühle aus den Räumen geholt und die Lederbezüge abgeschnitten haben." (WZ 25.6., Abendausgabe)Nur 15 Minuten später treffen

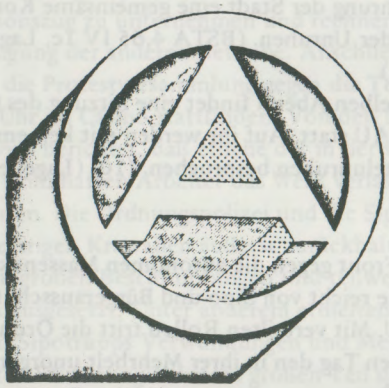
(7) Dort heißt es: „Schon am Vormittag hatte die Polizeidirektion neue Preisfestsetzungen gemacht, die Käufer und Verkäufer zufriedenstellen sollten. Das Publikum war aber damit nicht zufrieden, und so kam es zu dem weiteren Umgreifen eigenmächtiger Preisfestsetzungen."

(8) Die Stadtwehr ist eine zivile, hauptsächlich aus Bourgeoissöhnen zusammengesetzte Bürgerwehr, deren Kerne schon bei der militärischen Niederschlagung der Bremer Räterepublik im März 1919 unter der Leitung des nachmaligen Chefs der Bremer Sipo, Caspari, gegen die Arbeiter kämpften.

ähnliche Hiobsbotschaften aus der anderen Bremer Industrieregion ein: In Hastedt, Sebaldsbrück und Hemelingen „nehmen die Ausschreitungen bedrohlichen Charakter" an; in Hemelingen so sehr, daß sogar Teile einer dort stationierten Reichswehreinheit zur Verstärkung der Sipo eingesetzt werden. (BSTA, 4,14 XII D 4a, Tätigkeitsbericht der Sipo.)

Aber auch in der Innenstadt nehmen, seit die Arbeiter Betriebsschluß haben, „die Massenversammlungen einen bedrohlichen Charakter an". (BSTA. Lagebericht 26.6. a.a.O.) Es werden massenhaft Geschäfte ausgeräumt, geschlossene Geschäfte werden aufgebrochen. Gegenüber dem Vormittag mit den Zwangsverkäufen hat sich die Lage völlig verändert: Plünderungen sind die Regel geworden; die Polizei wird immer häufiger angegriffen; es kommt zu größeren Gruppenbildungen durch die Belegschaften der verschiedenen Betriebe, die häufig geschlossen in die Innenstadt kommen; in der Innenstadt finden „bedrohliche Massenversammlungen" statt. Die Polizei gibt ihre „Zurückhaltung und Ruhe" auf. „Endlich ging die Polizei schärfer vor." (WZ 25.6.) Sie begann damit, die Innenstadt zu räumen: „Immer wieder versuchten undisziplinierte und radaulustige Elemente den Beamten Schwierigkeiten zu machen, sogar tätlich zu werden.

Freiheit.



Anarchie?

Man sollte sich informieren.
Man sollte die Freie Presse lesen.
Freie Presse, anarchistisches Magazin.
Für jedermann.
impuls, 633 Wetzlar, Postfach 1704
Probeexemplar anfordern!

Freie Presse
freiheitlich-sozialistisches magazin

c/o impuls, 633 wetzlar, postf. 1704

Dadurch geriet die Räumung ins Stocken. Die Haltung der Hetzer wurde schließlich so bedrohlich, daß die Beamten ihre Säbel ziehen und sich durch Flachschläge Respekt verschaffen mußten. .... In der Faulenstraße, in der Nähe des Gewerkschaftshauses versuchten die Mengen das Konfektionshaus Neuberg zu stürmen. Ein Aufgebot von Schutzleuten konnte die Leute nur schwer zurückhalten; eine Patrouille der Sicherheitspolizei wurde von allen Seiten verhöhnt und mit Johlen und Pfeifen begrüßt. Am Ratscafé, von wo der Markt abgesperrt war, hatte sich die Menschenmenge über die ganze Breite der Straße hin angesammelt und versuchte vergeblich, die Postenkette zu durchbrechen. Die Mannschaften trieben die Herandrängenden durch energisches Nachschieben bis zum Ansgaritor, wo sich die Menge beim Anblick des aufgepflanzten Seitengewehrs bald verzog. Jetzt wurde die Innenstadt zum Schutz der Ordnungsbeamten mit Stacheldraht versperrt. Mit Johlen, Pfeifen und höhnischem Schimpfen wurden Sipobeamte und Schutzleute überall empfangen, wo sie sich sehen ließen." (WZ 25.6. Morgenausgabe)

Mit der gelungenen Absperrung der Innenstadt gegen Abend des 24. „hat die Sipo Ruhe geschaffen". (Tätigkeitsbericht a.a.O.) „Eine große Anzahl Läden, u.a. sämtliche Gemüseläden und fast sämtliche Schuhläden waren von der Menge ausgeräumt worden." (Lagebericht 26.6. a.a.O.)

★★★

Atempause: Die Ordnungspartei formiert sich

Der Abend und der frühe Morgen, der eine Atempause bringt, wird von allen organisierten Kräften ausgenutzt, sich zu ‚sammeln' und die eigene Strategie zu überdenken:
In Polizeibesprechungen intern und mit der SPD-Führung der Stadt werden zwei Maßnahmen besprochen:
Einerseits: schärferes Vorgehen der Polizei; keine ‚Zusammenrottungen' zulassen; bei geringstem Widerstand rücksichtslos durchgreifen; Straßen, in den Ruhestörungen vorkommen, sofort räumen; Geschäfte auffordern, geschlossen zu bleiben.
Andererseits: ein beschwichtigender Vernunftappell der ‚zuständigen' Lebensmittelkommission (LK), der noch am Abend in der Abendausgabe der Weserzeitung erscheint und die Vorbereitung eines durch Vertreter der Bevölkerung beschickten Preiskontrollgremiums.
In dem Vernunftappell wird als höchst unerwünschte Folge der Plünderungen die Unterbrechung der Lebensmittel- und Konsumwarenzufuhr nach Bremen dargestellt, zum anderen wird darauf verwiesen, daß die Preise in den letzten Tagen bereits im Fallen begriffen seien und daß diese ‚natürliche Entwicklung' durch gewaltsame Eingriffe der Bevölkerung verhindert wird.

Dieser Verweis auf die selbstregulierende Kraft der freien Wirtschaft offenbart gerade angesichts der ungeheuren Wucherwirtschaft des gesamten Handels in dieser Phase die völlige Ohnmacht dieser planstaatlichen Regulierungsinstanz in der Nachkriegsperiode. Das Amt ist zwar pro forma (und wie sich jetzt erweist : für Eventualfälle) bestehen geblieben, real hat es jedoch keine Chance, die unter dem ‚Kriegssozialismus' mögliche Einflußnahme auf Verteilung und Preise der Waren auszuüben. Es hat in dieser Situation keine andere Funktion als das Herannahen der massenhaften Auflehnung gegen die Wucherwirtschaft an die staatlichen Repressionsorgane zu melden und die Händler davor zu warnen. Faktisch eingreifen kann es vor dem Ausbrechen der Aneignungsaktionen nicht. Die Ursache für das ordnungspolitische Versagen der SPD liegt in der Uneinsichtigkeit der Händler begründet: Das ist die Argumentationslinie, auf der die SPD sich in der Anfang Juli stattfindenden Debatte der Bremer Bürgerschaft über Ursachen und Folgen der Bremer Kirschenkrawalle verteidigt: „Der freien Wirtschaft im Obst- und Gemüsehandel gegenüber sind wir machtlos." So der sozialdemokratische Abgeordnete Bußmann, der sinngemäß fortfährt: Deshalb haben wir, obwohl Lebensmittelkrawalle im ganzen Reich bereits ausgebrochen waren, keine Abwehrmaßnahmen ergriffen. (BVB, 3.7.20)

Wie sehr das Pendel gegen alle planstaatlichen Eingriffsversuche in die Freiheit der Unternehmerschaft ausgeschlagen war, läßt sich auch daran ablesen, daß die LK keineswegs gleich bei Ausbrechen der Aneignungsaktionen in ihrer angestammten planstaatlichen Funktion wieder tätig werden kann sondern zunächst noch einmal dem Kapital der freien Konkurrenz in seiner natürlichen selbstregulierenden Entwicklung seine Reverenz erweisen und klarstellen muß, daß es die einzig denkbare Weise der Produktion, Verteilung und Preisregulierung der Waren verkörpert.

Erst nachdem sich ein zweiter ebenso heftiger Kampftag anschließt, und deutlich wird, daß neben den militärischen auch unbedingt politische Mittel zur Unterdrückung der proletarischen Autonomie eingesetzt werden müssen, wenn diese ‚unsagbaren' (9) Vorfälle nicht alle paar Monate oder gar Wochen sich wiederholen sollen, gibt die Händlerfronde nach. Am Abend des 25. kann endlich der Aufruf der LK erscheinen, in der eine wirksame Preiskontrolle versprochen wird. Das Preiskontrollgremium, bestehend aus je einem Vertreter des Gewerkschaftskartells, der Händler und der LK nimmt am 26.6. seine Arbeit auf.
Die USPD distanziert sich in ihrer ‚Bremer Arbeiterzeitung' von den Unruhen des 24.: Angestachelt worden seien dazu nur die Lumpenproletarier, denn jeder vernünftige Arbeiter wisse, daß die Plünderungen mit Sozialismus nichts zu tun haben, diesem vielmehr unendlich Abbruch tun. „Es wäre traurig, wollten wir auf diese Weise zum Sozialismus zu kommen versuchen, der nicht ein wildes Durcheinander aller Dinge, ein unübersehbares Chaos, sondern eine auf den einzig standfesten Säulen stehende Ruhe und Ordnung, die wirtschaftliche und politische Freiheit der Arbeiterklasse bedeutet. Wir können darum nicht nachdrücklich genug unseren Genossen und Genossinnen zurufen: Laßt euch nicht zu Unbesonnenheiten hinreißen!" (BAZ 25.6.)
In einer Protestversammlung des bremischen Einzelhandels gegen die Unruhen am 29.6. berichtet der Schriftleiter der Arbeiterzeitung ‚Faust', wie die USPD sich bei weiteren Lebensmittelunruhen praktisch verhält: „Als vorgestern in Wilhelmshaven (am 27.6.) kleinere Krawalle vorkamen, rief der Redakteur des dortigen Parteiblatts uns an, wie man sich zu verhalten habe. Wir antworteten: Schickt sofort die besten Genossen auf die Straße, vielleicht mit roten Binden, und in Wilhelmshaven hat man es so gemacht und man hat gelesen, daß Exzesse nicht vorgekommen sind, weil man den Pöbel zurückgehalten hat." Er empfiehlt den Einzelhändlern die organisierte Arbeiterschaft als "Instanz, Ordnung zu schaffen" (in: Der Einzelhändler, Mitteilungen des Landesverbandes des bremischen Einzelhandels. S. 320)
Die KPD hat am Abend des 24. eine erweiterte Vorstandssitzung, auf der auch die ‚Krawalle' besprochen werden.
Die KPD analysiert, daß die ganzen Unruhen ‚künstlich' hervorgerufen worden seien, in erster Linie durch die bürgerliche Presse, damit das Bürgertum durch die unvermeidlichen Begleitumstände Grund für Waffengewalt, Belagerungszustand usw. habe. Der Vorstand beauftragt die Vertrauensmänner, dafür zu sorgen, daß die Genossen und ihre Frauen von der Straße bleiben. In Achim, einem Nachbarort Bremens, bildet die KPD zusammen mit der USPD und der Polizei- und der politischen Führung der Stadt eine gemeinsame Kommission zur Beilegung der Unruhen. (BSTA 4,65 IV 1c, Lagebericht 112 vom 26.6.)
Ebenfalls am selben Abend findet eine Sitzung des Ortsausschusses der AAU statt. Auf ihr werden mit keinem Wort die Lebensmittelunruhen besprochen. (10) (Lagebericht Nr. 112, a.a.O.)

Damit ist die Front gegen die autonomen Massenaktionen geschlossen. Sie reicht von Sipo und Bürgerausschuß bis zur KPD und AAU. Mit verteilten Rollen tritt die Ordnungspartei am folgenden Tag den in ihrer Mehrheit unorganisierten Massen gegenüber.
Was haben sie diesem konzentrierten militärischen und ideologisch-politischen Angriff entgegenzusetzen?
Es ist offensichtlich, daß eine bloße Wiederholung der Aktion vom Vortag nicht mehr möglich ist. Ihr Erfolg lag wesentlich in ihrem Überraschungseffekt und in ihrer spontanen und informellen Organisationsform. Um mit den Gegenmaßnahmen von Repressionsorganen und Arbeiterorganisationen fertig zu werden, müßten die autonomen Massenaktionen sich zu einer höheren Stufe von Militanz, Organisation und politischem Selbstbewußtsein weiter entwickeln. Sie müßten nicht nur Kampfformen entwickeln, die mit dem militärischen Abwehrplan – Schließung der Geschäfte, massierter Einsatz von Polizeitruppen mit dem Ziel, die Geschäftsstraßen zu räumen und abzusperren – fertig zu werden eine Chance haben (11), sie müßten auch durch eine Propagierung der Aneignungsaktion als einer revolutionären Kampfform der Diffamierungs- und Verleumdungskampagne der Arbeiterparteien entgegentreten.

(9) Die Sprachlosigkeit der Bourgeoisie den Aneignungsaktionen gegenüber ist in der Tat frappierend und verdient festgehalten zu werden. Die WZ spricht von ‚Unliebsamen Vorgängen' oder von ‚Dumme-Jungen–Streichen', die LK von ‚unangenehmen Vorkommnissen'.

(10) Die Allgemeine-Arbeiterunion (aau) in Bremen ist bereits völlig durch ihren im Frühjahr 1920 einsetzenden Auflösungsprozeß blockiert.

Der kritische Punkt: greifen die Arbeiter der Großbetriebe ein?

Am 25. erweist sich, daß die informellen Kader, die am Vortag die Aktionen ausgelöst und mit durchgeführt haben, dieser doppelten Aufgabenstellung nicht gewachsen sind:

Am Morgen des 25. wird auf Anweisung des Polizeipräsidenten die gesamte Stadtwehr durch Sirenen und Glockengeläut alarmiert. Von den Stadtwehrmitgliedern erschienen auf den Alarm hin „2400 Herren", das sind 2/3 der Gesamtstärke der Stadtwehr. Trotz dieses Massenaufgebots an Repressionskräften gehen die Aneignungsaktionen vom Vortage mit unverminderter Heftigkeit weiter. Charakteristisch für die Situation am Vormittag des 25.6. ist der folgende Tagesbericht der Polizei, der offensichtlich in den Vormittagsstunden verfaßt wurde: „Die Lage in Bremen: Die Lage ist sehr gespannt. In den Straßen des Zentrums und in den Vorstädten sieht man überall starke Menschenansammlungen. Soweit die Geschäfte geöffnet haben, müssen sie zum größten Teil ihre Artikel zu bedeutend herabgesetzten Preisen verkaufen. Man sieht vielfach jugendliche Arbeiter, die sich schon am gestrigen Tage bei den Plünderungen hervortaten, zusammengerottet stehen und Gelegenheit suchen, Krawalle hervorzurufen und sich zu bereichern. In Hastedt und Gröpelingen spricht man viel von Plünderungen, die noch kommen sollen. In der Arbeiterschaft in den Großbetrieben ist die Stimmung ebenfalls sehr erregt. Die Arbeiter der AG Weser beabsichtigen, heute nachmittag nach Arbeitsschluß um drei Uhr einen Demonstrationszug zu unternehmen und rechnen hierbei auf die Beteiligung der anderen Betriebe. Anschließend hieran soll dann die Protestversammlung gegen die Teuerung abends um 7.30 Uhr im Casino stattfinden. Von den Hansa-Lloyd-Werken wird berichtet, daß etliche der in der westlichen Vorstadt wohnhaften Arbeiter das Werk verlassen und nach Hause fahren. Die Ordnungspolizei und die Sipo, die sich bei den gestrigen Krawallen äußerst zurückhaltend verhielten, waren groben Beschimpfungen und teilweise tätlichen Angriffen ausgesetzt. Unter anderem erhielten Pferde von berittenen Sipotrupps Verwundungen und Messerstiche. Bei der erregten Stimmung in einem großen Teil der Bevölkerung kann es heute leicht, besonders, wenn Demonstrationen stattfinden, zu größeren Ausschreitungen kommen." (4,65 IV. 1.b Tagesbericht, Nr. 44)

Nach diesem Bericht hat der Staatsapparat die Lage also noch keineswegs unter Kontrolle. Insbesondere fürchtet er ein entschlossenes Eingreifen der Arbeiter aus den Großbetrieben in die Kämpfe. Diese Furcht gründet vor allem auf der Tatsache, daß der Bremer Staat für diesen Fall keine relevanten zusätzlichen Repressionskräfte mehr auf die Straße hätte schicken können: selbst die ‚stille Reserve', die Stadtwehr, ist seit dem Vormittag bereits voll im Einsatz. Ein gezieltes und bewußtes Eingreifen der Arbeiter aus den Großbetrieben in die Kämpfe der Frauen, Jugendlichen und Arbeitslosen hätte trotz Mobilisierung des gesamten zur Verfügung stehenden Repressionsapparates also eine Wende herbeiführen können. Und es waren auch viele Arbeiter, insbesondere der AG Weser bereit, die Aneignungsaktionen des Vortages fortzusetzen. Zudem hätten die Arbeiter im Gegensatz zu den kämpfenden Frauen, Jugendlichen und Arbeitslosen über die Möglichkeit verfügt, in gemeinsamen Diskussionen Vorbereitungen zu treffen und Kampfziele zu bestimmen. Der Ausgang des Kampfes spitzt sich also auf die Frage zu, wie sich die Arbeiter der Großbetriebe am zweiten Tage der Aneignungsaktionen verhalten werden. In der Tat ist dies nicht nur von der Polizei sondern auch von den Arbeiterorganisationen erkannt worden. Beide in den Großbetrieben relevanten Arbeiterparteien, die USPD und die KPD, konzentrieren am 25. ihre propagandistischen Anstrengungen auf die Arbeiter der Großbetriebe. Beider Ziel ist in dieser Situation identisch: die von den radikalen AG-Weser-Arbeitern propagierte Protestdemonstration in die Innenstadt, an der sich Arbeiter anderer Großbetriebe beteiligen wollen, unter allen Umständen zu verhindern. Der Lagebericht der Sipo nennt als einzigen Grund dafür die Angst der Parteien vor der erwarteten blutigen Konfrontation mit der Staatsgewalt:

„Wie einwandfrei festgestellt wurde und aus Äußerungen kommunistischer Führer hervorging, war der Alarmzustand die einzige Ursache, daß die Demonstrationen, die bei der herrschenden Erregung leicht zu größeren Unruhen führen konnten, unterblieben. Nach dem Bekanntwerden der Alarmierung waren die Führer der Linksparteien in Großbetrieben bestrebt, die Demonstration zu verhindern, was ihnen auch gelang. Der Tag verlief daher ziemlich ruhig." (BSTA 4,65 IV.1.c. Lagebericht Nr. 112 vom 26.6.)

Auf einer Torpedowerft, 1918

(11) Wie z.B. Angriffe auf die Großhandelszentren der Stadt, besonders im Hafen. Dies hätte aber einen höheren Grad an Organisation und Militanz erfordert, wie eine gescheiterte Aktion vom Vortag zeigt: „Plünderungen sind auf dem Fruchthof nicht vorgekommen. Ein Trupp von etwa 50 Leuten ist, ohne etwas unternommen zu haben, wieder abgezogen." (WZ 25.6.) Allerdings sind am 25. daraufhin auch „wichtige Lebensmittellager, Molkereien usw. durch 2 Stadtwehrblocks gesichert." (Tätigkeitsbericht der Sipo, a.a.O.)

Zweifellos wird dieses Argument in der Betriebsagitation der Arbeiterparteien am 25. eine wichtige Rolle gespielt haben; jedoch ist es sicherlich falsch, in der Gewaltandrohung, wie die Polizei es tut, die ‚einzige Ursache' dafür zu suchen, daß die Parteien die Demonstration zu verhindern suchen. Wie bereits erwähnt, hatten beide Parteien bereits am Vorabend beschlossen, sich von den Krawallen abzusetzen und ihre eigentliche Argumentationslinie für die Auseinandersetzung mit den Arbeitern in den Betrieben festgelegt. Daraus und aus späteren Stellungnahmen zu schließen,(12) wurde von den Agitatoren der Arbeiterparteien am 25. in den Betrieben vermutlich so vorgegangen: Die Träger der Aktionen werden von zwei Ebenen her durch die KPD und die USPD angegriffen: zum einen durch die Behauptung, daß die Aktionen von rechten Provokateuren angezettelt worden seien, zum anderen durch die Diffamierung der Handelnden selbst: Sie werden von den Parteien als ‚Lumpenproletarier', ‚aufgehetzter Mob', ‚raubender Straßenpöbel' eingestuft, die durch die Plünderungen bewiesen hätten, daß sie mit ‚Sozialismus' nichts im Sinn hätten. Während Sozialismus Organisation der Arbeit und der Verteilung durch die bewußte Arbeiterorganisation sei, hätten diese Aktionen im Gegensatz dazu nur das Chaos, die völlige Zerrüttung der Wirtschaft zur Folge. Für Kommunisten und Sozialisten sei es unverantwortlich, mit dem plündernden Mob auf die Straße zu gehen. Offensichtlich war keiner der über 1.000 AG-Weser-Arbeiter, die am Vortag die Aneignungsaktionen durchgeführt hatten, in der Lage, sich mit diesen Argumenten auseinanderzusetzen; auseinanderzusetzen in dem Sinn, daß sie genügend politisches Selbstvertrauen und Selbstbewußtsein gehabt hätten, um ihre Aktionen propagandistisch gegen den Einfluß der Parteien durchzusetzen und ihnen längerfristige politische Zielvorstellungen zu geben.

(12) Wenige Tage später hat sich die gegenüber der Arbeiterautonomie festgelegte Argumentationslinie bei der USPD bereits zur Geschichtslegende verdichtet. Wider besseres Wissen behauptet sie: „Beim Kirchenputsch war die Arbeiterschaft in den Betrieben. Sie hat sich durch „ihre Besonnenheit und ihre energische Abschüttelung des Taubgesindels" ausgezeichnet. BAZ. 29.6.1920

Das Ergebnis der massiven agitatorischen Intervention der Arbeiterparteien in den Diskussionsprozeß über die Aneignungsaktionen in den Betrieben ist das Nichtzustandekommen der für den Nachmittag des 25. geplanten Demonstrationszuges in die Innenstadt. S. 162.
An dieser Stelle ist es angebracht, unsere beschreibend-analytische Darstellung der ‚Kirschenkrawalle' zugunsten eines theoretischen Exkurses zu unterbrechen, in dem einige grundsätzliche Überlegungen darüber angestellt werden, wie das Verhalten der Arbeiterorganisationen in der Frage der spontanen Bewegung mit dem Ziel der massenhaften Aneignung von Konsumartikeln zu erklären ist.

Überlegungen zur Ablehnung der Aneignungsaktionen durch die Arbeiterparteien

Diese Frage kann vorerst nur versuchsweise und thesenartig beantwortet werden, denn autonome Analysen der Weimarer Republik, der KPD wie der SPD stehen noch aus, bzw. sind erst der Tendenz nach erarbeitet. Für eine erste Orientierung sei hier verwiesen auf: K.-H. Roth: Die andere Arbeiterbewegung (13), und M. Cacciari, Zum Problem der Organisation Deutschland 1918-1923 (14).

Die hauptsächlichen Träger der direkten Aktionen im ersten Halbjahr 1920 sind die Arbeiterschichten, die die schon vor dem ersten Weltkrieg als Kampfmittel des Kapitals gegen die Facharbeitet eingeleitete Umwälzung der Produktionsstruktur hervorgebracht hat: es sind die in der mechanisierten Produktion eingesetzten, un- oder kurzfristig angelernten Arbeiter, die als ‚Anhängsel der Maschinerie' monotonste repetitive Teilarbeit – abstrakte Durchschnittsarbeit – zu leisten haben. Es sind die Arbeiter, die im Gegensatz zum Facharbeiter durch nichts mehr an die Arbeit, den Inhalt der Arbeit und der Produktion gebunden sind.
Im Gegensatz zum Facharbeiter, den seine Identifizierung mit der Arbeit an einem antagonistischen Widerspruch zum Kapital hindert, er kämpft mit dem Kapital um die Kontrolle der Produktion, nicht um die Aufhebung der Arbeit, also um die Abschaffung von Herrschaft und Ausbeutung, gehen die Ziele des Massenarbeiters tendenziell auf Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums und die Reduzierung der notwendigen Arbeit, und damit der Arbeit überhaupt, auf ein Minimum.

Diese unterschiedliche Zielsetzung der Fach- und der Massenarbeiter macht deutlich, warum eine Facharbeiterpartei wie die KPD die direkten Aktionen der Massenarbeiter aufs heftigste bekämpft. Es geht – am Beispiel der Aneignungsaktionen – dem Facharbeiter nicht um etwas qualitativ völlig neues gegenüber dem Charakter der Verteilung im Kapitalismus, etwa nach dem Motto: Jedem nach seinen Bedürfnissen, sondern es geht ihm um eine veränderte Form der Verteilung: sie soll nicht mehr dem ‚planlosen' kapitalistischen Markt überlassen bleiben, sondern unter die Kontrolle des Staates der organisierten Arbeiter gestellt werden. Die be-

(13) K. H. Roth, Die andere Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland. München, Trikont, 1974.
(14) In: S. Bologna/M. Cacciari, Zusammensetzung der Arbeiterklasse und Organisationsfrage. Berlin, Merve, 1973.

stehende Verteilung darf folglich durch die Aktionen der Arbeiter nicht zerstört werden, sondern sie muß im zukünftigen Interesse der Arbeiter erhalten bleiben.

Diese ihre unterschiedliche Stellung im Produktionsprozeß und ihre unterschiedliche gesellschaftliche Zielsetzung zwingt die Facharbeiter einerseits und die Massenarbeiter andererseits zu verschiedenen Kampfformen. Die Machtbasis des Facharbeiters ist seine unersetzliche Stellung in der Produktion. Verweigert er die Arbeit, steht der Betrieb still, wenn es dem Kapitalisten nicht gelingt, gleichwertigen Ersatz für ihn zu beschaffen. Daß ihm dies nicht gelingt, dafür schaffen sich die Facharbeiter ihre Organisation, die Gewerkschaften, die dies entweder durch Boykott, Sperre oder durch Streik eines ganzen Berufs verhindern. Diese Facharbeiterpolitik, deren Stärke darauf beruht, daß die Zahl der Facharbeiter durch ihre notwendig qualifizierte Ausbildung immer begrenzt ist, ist die materielle Machtbasis der Vorkriegsgewerkschaft und der Vorkriegs-SPD.
Das Kapital bekämpft diese Politik, indem es genau die materielle Basis dieser Macht angreift – es zerstört den Facharbeiter, zunächst durch Taylorisierung der Produktion, dann durch immer weiter gehende Mechanisierung – und damit einen neuen Arbeitertypus schafft: den Massenarbeiter, dem die Druckmittel des Facharbeiters aus der Hand geschlagen sind. Er ist durch ein Heer von immer neuen Arbeitskräften (Landbevölkerung, Jugendlichen, Frauen, Ausländer) und die Facharbeiter selbst jederzeit kurzfristig ersetzbar. Für diese Arbeiter sind folglich die Organisationen und Kampfformen der Facharbeiter nicht mehr adäquat. Es gelang den Gewerkschaften und der SPD vor dem Krieg auch nie, relevante Gruppen dieser neuen Arbeiterschichten zu organisieren.
Für den Massenarbeiter bedeutet diese seine Stellung in der Produktion, daß für ihn eine Politik des Verhandelns und des Druckausübens, wie es SPD und Gewerkschaften vor dem Krieg möglich war, keine Chance mehr hat. Für ihn gibt es nur die Alternative der militanten Auseinandersetzung, der revolutionären Strategie, des Kampfes Klasse gegen Klasse.
Mit der Zerschlagung der Machtbasis der Facharbeiterpolitik, die das Kapital vor dem ersten Weltkrieg einleitet und im Krieg forciert fortsetzt, vollzieht sich ein Funktionswandel von SPD und Gewerkschaften: sie lösen sich von der Vertretung der Facharbeiter, stellen sich in die kapitalistische Entwicklung zur Massenproduktion und vertreten auf der Seite des Kapitals die Schaffung des neuen Arbeitertyps. Sie sind die integrierte, nicht-revolutionäre Antwort auf die Zerschlagung der alten Produktionsweise durch das Kapital.

Durch diese Entwicklung der SPD und der Gewerkschaften spaltet sich eine ‚Linke' ab, die diesen Schritt zur Integration in die kapitalistische Entwicklung nicht mitvollzieht. Diese ‚Linke' unterscheidet von der SPD im wesentlichen, daß sie die Kapitalentwicklung nicht anerkennen will und auf dem Standpunkt der in der Zerstörung begriffenen Produktionsweise mit dem Facharbeiter als dominierenden Arbeitertypus beharrt. Sie organisiert sich schließlich im wesentlichen in der KPD, die zumindest in den ersten Jahren der Weimarer Republik eine reine Facharbeiterpartei ist. In zunächst radikalisierter Form – erzwungen durch die forcierte Zerstörung der alten Produktionsstruktur im Krieg und durch die revolutionäre Nachkriegssituation – setzt sie die Politik der Vorkriegs-SPD fort.

Die Nachkriegssituation, die die Arbeiterorganisationen und ihre Kampfstrategien „auf die Probe stellt", belegt in geraffter Zeitabfolge die Positionen der Parteien:
Die SPD erweist sich als eindeutige Kapitalpartei, die durch ihren Bluthund Noske jede Form des Arbeiterwiderstandes schonungslos zusammenschlägt. (Erst nach einer gewissen Stabilisierung der Macht des Kapitals und des neuen Staates gelingt es der SPD, ihre neue Rolle als – freilich integrierter, nicht revolutionärer – Vertreter des Massenarbeiters durchzusetzen.
Die KPD erweist sich als eine Partei, die durch ihr Beharren auf einer Produktionsstruktur und den aus ihr entwickelten Kampfformen auf die Kampfmethoden des entwickelten Kapitals keine adäquaten Antworten hat und die schließlich völlig auf die Vorkriegspolitik der SPD –Parlamentarismus und Gewerkschaftskampf – zurückfällt. Damit ist die KPD als relevanter politischer Faktor ausgeschaltet und ihre revolutionären Tendenzen existieren nur noch als Ideologie.

Es ist eine weitere zu untersuchende These, daß es solche Lernprozesse mit den bestehenden Arbeiterorganisationen sind, die 1920 die autonomen Aktionen der Massenarbeiter erzwingen. Sie sind eine Antwort auf die Offensive des Kapitals und auf die offensichtliche Unfähigkeit (KPD) bzw. Nichtbereitschaft (SPD) der Arbeiterparteien, dieser Offensive wirksam zu begegnen.
Allerdings ist es nicht nur diese Seite, die die Aktionen der Massenarbeiter kennzeichnet. Sie sind gleichzeitig charakterisiert durch das Fehlen eines bewußten, zielgerechten Handelns.

Überlegungen zum politischen Verhaltensstil der neuen Arbeiterschichten

Für den politischen Verhaltensstil dieser zur direkten Aktion (15) tendierenden Arbeiterschichten ist charakteristisch, daß sie kaum in der Lage sind, ihren Aktionen den plebejisch-unsteten Charakter der bloßen Revolte zu nehmen und sie zu einer bewußt propagierten und längerfristig verfolgten Strategie zu entwickeln.
Typisch für diesen letztlich dann doch manipulierbaren Verhaltensstil der AG-Weser-Arbeiter ist der Ablauf der am Abend des 25. abgehaltenen „öffentlichen Protestversammlung gegen Steuerabzug und Lebensmittelwucher", die die Aneignungsaktionen zum „Abschluß bringt":
Die USPD übernimmt unangefochten die Versammlungsleitung. Für sie wie im folgenden auch für die KPD sind die Aktionen der Massen diskutabel nur in dem Sinn, als sie die Halbheiten und Versäumnisse der staatlichen Vorsorgepolitik illustrieren. Abhilfe kann ihrer Auffassung nach nur in der staatlichen Übernahme der Lebensmittelversorgung liegen; das wiederum ist selbstverständlich nur möglich in einer Gesellschaft, in der die klassenbewußte Arbeiterpartei – die KPD oder die USPD, je nachdem – die Regierung übernommen hat. Die anwesenden AG-Weser-Arbeiter lassen sich überzeugen: Sie bringen eine Resolution ein, in der die Übernahme der Lebensmittelversorgung durch den Staat gefordert wird. Die Resolution wird von der Versammlung angenommen. (BSTA 4,65, IV.1.c, Lagebericht Nr. 112)
Die Arbeiter, die tags zuvor durch ihr praktisches Handeln die Alternative der proletarischen Autonomie gestellt hatten, fallen damit auf ein Konzept zurück, das die SPD in seinen im bürgerlichen Klassenstaat möglichen Dimensionen von Beginn der Unruhen an propagiert hatte. Die SPD erweist sich damit erneut und zunehmend als die Arbeiterpartei, die von der Niederlage und der Verhinderung der proletarischen Autonomie profitiert. Was USPD und KPD ideologisch überhöht fordern und für den Tag der Übernahme der Regierungsgewalt in Aussicht stellen, praktiziert die SPD unter den gegebenen Kräfteverhältnissen als Realpolitik. Sie war es, die auf dem Höhepunkt der Unruhen den Kontrollausschuß der Lebensmittelkommission einsetzt. Sie ist auch die einzige, die von Anfang an in ihrem Parteiblatt ‚Verständnis' für den ‚Preisputsch' demonstriert: „Die zunächst von der Polizei geübte Nachsicht kann ihr nicht hoch genug angerechnet werden. Der Preisputsch war menschlich verständlich. Es wäre unverantwortlich gewesen, wenn man den wild gewordenen erregten Menschen, größtenteils Frauen, zum Teil mit Kindern, mit Blutvergießen begegnet hätte." (BVB 30.6.1920)
Der ‚Putsch' war verständlich, denn: „Tausende können die notwendigsten Lebensmittel, ja nicht einmal die rationierten Waren bezahlen, weil die Löhne und Gehälter dazu nicht ausreichen." (BVB 8.7.1920)

(15) Diese Form der direkten Aktion des Massenarbeiters sollte nicht mit der ‚direkten Aktion' der Syndikalisten verwechselt werden. Ziel der Syndikalisten ist nicht die Aneignung. Ihre direkten Aktionen zielen auf die Blockierung der Produktion. Zudem spielen die Bremer Syndikalisten in diesen Auseinandersetzungen keine wesentliche Rolle mehr. Sie hatten den Höhepunkt ihres Einflusses bereits im Sommer 1919 überschritten, als sie mit ihrer Kampagne der individuellen passiven Resistenz gegen die Wiedereinführung der Akkordarbeit auf den Werften scheiterten.

Und in einer Auseinandersetzung in der bremischen Bürgerschaft über die Lebensmittelunruhen ist es wieder die SPD, die ihr Verständnis für den Unmut über die Lebensmittelpreise beteuert, während die KPD durch ihren Abgeordneten Jannack sich erneut von den ‚Vorgängen' distanziert. (BVB 8.7.1920)

Fast alle diese direkten Aktionen der Massen verlaufen nach dem gleichen Schema: Sie werden spontan begonnen; sie stellen den Versuch dar, Forderungen direkt, ohne institutionelle Vermittlung durchzusetzen. Häufig haben sie wegen ihres Überraschungs- und Überrumplungsmoments Augenblickserfolge – wie am ersten Tag der Unruhen die Aneignungsaktionen: die Massen setzen ihre Forderung nach billigeren Lebensmitteln direkt um; am Abend sind viele Geschäfte leer und die Massen im Besitz ihnen sonst unzugänglicher Waren. Aber gemeinsam ist diesen Aktionen ebenfalls, daß sie von diesem Punkt an ihre Konturen verlieren, daß sie unter die Kontrolle der etablierten traditionellen Institutionen geraten.

Zur Verdeutlichung dieser Tendenz noch ein Vorgang, der sich drei Monate zuvor, also auf dem Höhepunkt der Kämpfe im Ruhrgebiet auf der AG ‚Weser' in Bremen ereignete:
Die Arbeiter ‚erpressen' von der Direktion der Werft Zugeständnisse, indem sie – ausgehend von einer ‚wilden' Betriebsversammlung – das Verwaltungsgebäude besetzen, die Telefonzentrale lahmlegen, sämtliche Ausgänge sperren und ihre Forderungen der Direktion vorlegen, die sie – „der rohen Gewalt weichend" – akzeptiert. Die Arbeiter geben sich mit diesem Erfolg zufrieden und „nehmen die Arbeit wieder auf".
Aber indem die Arbeiter sich die Frage nicht stellen, wie sie diesen Erfolg halten und in überdauernde proletarische Gegenmacht umsetzen können, ist er auch schon wieder verloren: (16) Denn jetzt erst – nachdem sie zunächst durch die überraschende schnelle Aktion der Arbeiter überrumpelt waren – beginnen alle übrigen Beteiligten zu handeln. Die Direktion handelt mit dem Arbeiterrat (KPD) einen Kompromiß aus, in dem der Arbeiterrat erklärt, daß er die Aktionen der Arbeiter verurteilt, daß er in Zukunft solche Aktionen unterbinden wird und daß „die erpreßten Zugeständnisse der Direktion unrechtmäßig" seien.
Die Gegenleistung der Direktion besteht darin, daß sie acht Vertreter des Arbeiterrats zur Durchführung der genannten Aufgabe freistellt.
Eine gut besuchte Versammlung der AG Weser-Arbeiter stimmt diesem Kompromiß ohne Diskussion mit großer Mehrheit zu. Es geschieht, wie schon bei den Aneignungsaktionen, das Unglaubliche: die Arbeiter der Werft stimmen einem Verhandlungsergebnis zu, das ihr eigenes Verhalten diffamiert und durch das ein Kontrollorgan über ihre Diskussionen und Handlungen enorm stabilisiert wird. Sie geben die Initiative aus der Hand und überlassen das Fdie Initiative aus der Hand und überlassen das Feld der Auseinandersetzung wieder der alten Ordnung – in diesem Fall der KPD. (4,65 II D 1 Bz. 223 und 224)

(16) Einen ähnlichen Ausgang hat die am Anfang geschilderte Aktion bei Knorr-Bremse Berlin: Die Direktion sperrt die Arbeiter aus Betrieben aus und stellt sie erst nach der Zusicherung, daß sie die erpreßten Zugeständnisse zurücknehmen, wieder ein. (vgl. WZ 16.4.1920)

An der Ziehpresse einer Geschossfabrik, 1916

Das Fatale ist, daß die Arbeiter es nicht schaffen, nachdem in zahlreichen Fällen ihre Aktionen ein solches Ende finden, ihre eigenen, autonomen Konsequenzen zu ziehen. Sie lernen nicht, daß sie zur Absicherung ihrer Aktionen nächste Schritte und Aktionen planen müssen, daß sie das Heft des Handelns nicht wieder aus der Hand geben dürfen, wenn sie nicht zurückgeworfen werden wollen. Sie lernen nicht, daß es notwendig ist, bei einer Aktion die Maßnahmen der Gegner einzuberechnen und zu durchkreuzen und so den Kampf auf eine höhere Ebene hinzuführen.
Sie handeln spontan aus einer Situation der Not und der Wut, unfähig, diese Haltung in ein Gegenkonzept des kapitalistischen Staates und seiner Überwindung zu überführen. Sie schaffen es nicht, sich selbst, ihre Klasse, ihre Bedürfnisse und Ziele als Alternative zum kapitalistischen System und seinen Arbeiterorganisationen zu sehen.
Vielmehr endet die Serie direkter Aktionen der ersten Hälfte des Jahres 1920 damit, daß die unorganisierten Arbeiter die Versuche zur autonomen Umsetzung ihrer Bedürfnisse und Forderungen aufgeben und die Führung des Kampfes wieder an die traditionellen Arbeiterorganisationen abgeben.

So sind diese Arbeiterrevolten nur Indiz für das Bedürfnis nach Autonomie, nach neuen antagonistischen Kampfformen und der Hinweis auf die Existenz von Arbeiterschichten, die bereit sind, über den von den traditionellen Arbeiterorganisationen repräsentierten Rahmen von politischen Aktionsmöglichkeiten hinauszuschreiten.
Doch selbst diese These bedarf der kritischen Abwägung: Das Interpretationsschema der traditionellen Arbeiterorganisationen – hier handelt der unpolitische, zu strategischem und langfristigem Handeln Unfähige – kann nicht ohne weiteres abgetan werden. Der äußere Ablauf des Geschehens, zu dem diese Organisationen freilich nach besten Kräften beitragen, scheint sie allzusehr zu bestätigen.
Die Revolte scheint keine geschichtliche Spur, keinen Lernprozeß zu hinterlassen, die Revoltierenden reihen sich demütig in die Reihen der Arbeiterorganisationen wieder ein, bzw. kehren in ihren politischen Indifferentismus zurück und bestätigen damit die Kritik an ihnen.
Die Reduktion des Erklärungsansatzes auf die simple Facharbeiter- Massenarbeiter-These verdeckt das zugrundeliegende Problem. So richtig es auch ist, die Ablehnung der direkten Aneignungsaktionen durch die Arbeiterorganisationen mit deren Orientierung auf ein von der kapitalistischen Entwicklung überholtes strategisches Konzept zu erklären, so richtig es auch ist, die Aktionsformen der Aneignung mit den vor und während des Krieges neu entstandenen Massenarbeiterschichten in Zusammenhang zu bringen, so wenig sollte man sich über die zerbrechliche und revoltemäßige Verlaufsform dieser Arbeiteraktionen hinwegtäuschen.

Verzeichnis der Abkürzungen

BAZ = Bremer Arbeiterzeitung, Tageszeitung der USPD
BSTA = Bremer Staatsarchiv
BVB = Bremer Volksblatt, Tageszeitung der SPD
WZ = Weser-Zeitung, bürgerlich-liberale Tageszeitung, 3 Tagesausgaben

Verzeichnis der benutzten Akten des Bremer Staatsarchivs

4,14	XII D 4 a.	Verschiedenes. Unruhen 1920 und 1921.
4,65	IV.1.b.	Tagesberichte.
4,65	IV.1.c.	Lageberichte.
4,65	II.D.1.	AG Weser

ANHANG

Neue Arbeiterklasse und Lebensmittelunruhen im 1. Weltkrieg

Diesen Anhang haben wir geschrieben, weil wir zur Zeit der Abfassung des Aufsatzes über die Bremer Lebensmittelunruhen die wesentliche Bedeutung der Frauenarbeit und ihren Zusammenhang mit neuen Kampfinhalten und -formen weder in ihrer theoretischen Tragweite erfaßt noch die Aufarbeitung des dazu existierenden Materials genügend geleistet hatten.

Neue Arbeiterklasse und Lebensmittelunruhen im I. Weltkrieg.

Die innen- und außenpolitischen Bedingungen des ersten Weltkriegs erzwangen vom deutschen Kapital eine Revolution in den Ausbeutungsbeziehungen und die Durchsetzung der Massenproduktion in den wichtigsten Branchen Chemie, Elektro-Industrie, Metallverarbeitung und Maschinenbau. Die Arbeiterklasse erfuhr insbesondere seit der Durchführung des Hindenburgprogramms im Jahre 1916 eine völlige Neuzusammensetzung.

Durch die Erstarrung der Fronten und die Eröffnung der großen Materialschlachten war der Krieg zu einem Wirtschaftskrieg geworden. In ihm sollte jenes nationale Kapital, bzw. jene Koalition nationaler Kapitale siegen, die es verstand, die gesellschaftlichen Ressourcen seiner Einflußsphäre – Arbeitskräfte, Rohstoffe, Maschinerie, Infrastruktur – auf dem höchst möglichen Produktivitätsniveau zu verwerten. In Deutschland trug das Hindenburgprogramm diesen neuen Bedingungen der Kriegsführung Rechnung. Die forcierte Umstellung auf Massenproduktionsmethoden wurde mit der systematischen Erschließung neuer Arbeitsmärkte gekoppelt. Frauen, Jugendliche, ‚freiwillige' und zwangsdeportierte Ausländer der besetzten Gebiete, Kriegsgefangene und Vertriebene wurden innerhalb weniger Monate zu Hunderttausenden in die von Facharbeitern nahezu gänzlich entleerten Fabriken gelenkt.
Mittels Blockierung der Wirtschaft der besetzten Gebiete in Belgien, Polen und Rußland wurde eine künstliche Massenarbeitslosigkeit geschaffen, die Arbeiter dieser Länder über Anwerbebüros oder per Dekret durch Zwangsdeportationen in die deutschen Industriezentren geschleust und dort unter Bedingungen, die den NS-Arbeitslagern des II. Weltkriegs durchaus vergleichbar waren, (1) zur Arbeit gezwungen. Ihre Zahl belief sich ungefähr auf 1 Million, davon allein 500 000 Russen. Hinzu kam das Heer von 1,2 Millionen russischen Kriegsgefangenen, die bis auf ca. 100 000 Offiziere in die deutsche Kriegswirtschaft einbezogen waren, davon allein 650 000 in der Land- und Forstwirtschaft. (2)
Die Gesamtzahl der neuen ausländischen Arbeitskräfte, die kurzfristig in die deutsche Kriegswirtschaft eingeschleust wurden, beläuft sich schätzungsweise auf 2,5 Millionen.(3)

Regional waren diese Arbeiter außer auf den ostelbischen Landgütern vor allem im rheinisch/westfälischen und oberschlesischen Industriegebiet konzentriert und zwar in einem solchen Umfang, daß von ihnen die Kriegsindustrie völlig abhängig war und ihr kämpferischer Zusammenschluß mit Sicherheit den ökonomischen Zusammenbruch dieser Industrieregionen bedeutet hätte. (4) So war im Ruhrbergbau ca. jeder 3. Arbeiter ein erst im Kriege eingestellter Ausländer. (5) Im oberschlesischen Bergbau war Anfang 1918 jeder 5. Arbeiter ein, meist russischer, Kriegsgefangener. (6) Anläßlich der schweren Klassenkämpfe des Sommers 1917 kommt der Stellvertretende Generalkommandierende des VII. Armeekorps in Münster in einem Lagebericht an den militärischen Oberbefehlshaber zu der Feststellung: „Die Industrie meines Korpsbereichs (rheinisch/westfälisches Industriegebiet) ist zur Zeit auf der Heranziehung ausländischer Arbeiter völlig aufgebaut. Versagen diese, so ist die ganze Industrie nicht weiter aufrecht zu erhalten." (7) Nicht erst in den aufruhrähnlichen Kämpfen der Bergarbeiter an der Ruhr und in Oberschlesien zeigten die Ausländer, daß sie keineswegs das gefügige Instrument der imperialistischen Strategie des deutschen Kapitals waren. Massenhafte Arbeitsverweigerungen (8), Absentismus (9), Sabotage (10) und Flucht ins neutrale Ausland brachten derartige Unruhe in die deutschen Betriebe und Landgüter, daß deren Produktivität trotz verbesserter Produktionsmethoden, Anwendung von Raubbauverfahren und enormer Intensivierung der Ausbeutung insbesondere durch Ausserachtlassen der Sicherheits- und Schutzbestimmungen und Arbeitszeitordnungen weit unter das Vorkriegsniveau sank. (11)

Die Entwicklung der Frauenarbeit im Kriege spielte sich zahlenmäßig wie politisch in denselben Dimensionen ab. Hier wie dort scheiterte der deutsche Imperialismus an der Aufgabe, Millionen von Menschen, die in keiner Beziehung auf die Übernahme von Massenarbeitsfunktionen in der Kriegsindustrie hin sozialisiert waren, innerhalb weniger Monate in die rationalisierten Produktionsprozesse zu integrieren. In Rü-

(1) Vgl. zu den Arbeitsbedingungen etwa der ausländischen Bergarbeiter, Leinau, Bergarbeiterersatz, S. 94 f.
(2) Zur Behandlung kriegsgefangener Arbeiter vgl. Material zur Lage, S. 147 und 191 f. und AGSOD, III, Nr. 619, S. 1438.
(3) Zu den Zahlenangaben vgl. die Aufstellungen bzw. Einzeldaten bei Kocka, Klassengesellschaft, S. 12, Zunkel, Ausländische Arbeiter, S. 307 und op.cit, II, Nr. 261, S. 315-6, op.cit, III, Nr. 557, S. 1343, AGSOD, III, Nr. 591, S. 1393, Nr. 606, S. 1413 und op.cit, III, S. 1496.
(4) Vgl. in diesem Zusammenhang die nervöse Kolportage von Gerüchten über Versuche polnischer Revolutionäre durch einen Generalstreik der über 1 Million polnischen Arbeiter im deutschen Reich den Krieg zu beenden, dokumentiert in AGSOD, III, Nr. 591, S. 1393.
(5) Vgl. Leinau, Bergarbeiterersatz, Tab. 1.
(6) Schumann, Die Novemberrevolution in Oberschlesien, S. 4.
(7) AGSOD, II, Nr. 144, S. 598.
(8) Hinweise auf umfangreiche Arbeitsverweigerungsaktionen ausländischer Arbeiter finden sich in AGSOD, III, Nr. 619, S. 1438 und in Material zur Lage in mehreren der dort abgedruckten Dokumente.
(9) Vgl. die enorme Zunahme der willkürlichen Feierschichten im Ruhrbergbau anhand der Zahlenangaben bei Leinau, Bergarbeiterersatz, S. 105.
(10) Vgl. die amtlichen Zusammenstellungen über Sabotageakte durch Kriegsgefangene in AGSOD, II, Nr. 92, S. 504-6 und op.cit, Nr. 110, S. 528-9.
(11) Zum Produktivitätsrückgang der Gesamtindustrie vgl. Kocka, op.cit, S. 22; speziell zum Bergbau, wo trotz Wiedererreichens der Friedensstärke der Belegschaften, ein erheblicher Produktivitätsrückgang zu verzeichnen war, Leinau, op.cit, S. 105. Zu den Raubbaumethoden und der Außerachtlassung der Schutzbestimmungen und anderer illegaler Methoden der Steigerung der Ausbeutungsrate, vgl. Leinau, op.cit, S. 9 ff.

stungs- und anderen kriegswichtigen Industrien stieg die Zahl der Frauen um das 4 - 10-fache des Vorkriegsstandes. In den kriegswichtigen Eisenerzgruben Oberschlesiens waren 1918 52,2% der Gesamtbelegschaften Frauen (12). In der Berliner Metallindustrie beispielsweise von 40 275 auf 168 762, in der Chemieindustrie von 1 359 auf 11 546. In beiden Branchen stellten die Frauen über 51% der Gesamtbelegschaften (13). In seiner Untersuchung über die Ausdehnung der Frauenarbeit im Weltkriege kam Chemnitz bereits für das Jahr 1916 zu der bedeutsamen Feststellung: „ Im Jahr 1916 ruht die deutsche Volkswirtschaft auf weiblichen Schultern, daran ist gar kein Zweifel." (14) (15) In hochindustrialisierten stark rüstungsorientierten Zonen mit großer Konzentration von Ma-

letarischen Frauenorganisationen erschlossen (19), gewaltige branchenmäßige Verschiebungen des bis dato praktizierten Fraueneinsatzes erzwungen (20), eine völlig neue umfassende Sozialfürsorge mit Kinderkrippen, Fabrikpflegerinnen, Mädchenwohnheimen, Stillstuben, Beratungsstellen, besonderen Lebensmittelzuteilungen, Jugendheimen usw. binnen weniger Monate aus dem Boden gestampft (21).

Die Schnelligkeit und Hast, mit der diese gewaltigen Verschiebungen in der Zusammensetzung der Arbeiterklasse von Kapital und Staat durchgeführt wurden, erlaubten weder Vermittlungsschritte noch Experimente beim Einsatz der neuen Arbeitskräfte. Weder infrastrukturelle, sozialfürsorgerliche,

Streikarbeiterinnen, 1916

schinenbau- und Elektrobetrieben wie der Berliner Region, verschob sich das Schwergewicht der Produktion völlig auf die Frauen. „Im Landespolizeibezirk Berlin gab es 1918 sogar 14% mehr Arbeiterinnen als Arbeiter." (16)
Fast alle Schutzbestimmungen für Frauen wurden aufgehoben, (17) Arbeitsfähige (aber auch kranke) Frauen durch Entzug von Renten und Unterstützungszahlungen zur Arbeitsaufnahme gezwungen (18), der gesamte Frauenarbeitsmarkt systematisch unter Einsatz der Kader der bürgerlichen und pro-

produktionstechnische noch ideologische und massenpsychologische Instrumente und Methoden waren entwickelt oder ausreichend ausbaufähig, mit deren Hilfe eine auch nur annähernd reibungslose Integration der Frauenmassen in die Betriebe hätte erfolgen können. Der Krieg schuf vielmehr zusätzliche Probleme für die Frauen. Da der Vater an der Front, die Mutter in der Fabrik und in ihrer knappen Freizeit völlig mit der zeitraubenden Nahrungsmittelbeschäftigung beschäftigt war, waren die Kinder nahezu zwangsläufig der Verwahrlosung preisgegeben. Häufig hatten die Frauen, bevor sie zur Arbeit gingen, bereits mehrere Stunden mit ihren Lebensmittelmarken vor Konsumläden Schlange gestan-

(12) Schumann, S. 3.
(13) Chemnitz, Frauenarbeit, S. 23.
(14) Chemnitz, op.cit, S. 24.
(15) Vgl. auch das umfangreiche Zahlenmaterial von Sichler/Tiburtius zum Anteil der Frauen an der Kriegswirtschaft, Sichler/Tiburtius, Die Arbeiterfrage.
(16) Henning, Kriegswirtschaft, S. 54, in absoluten Zahlen: 201379 gegenüber 176841.
(17) Vgl. Chemnitz, S. 86.
(18) Vgl. Chemnitz, S. 78.

(19) Zu den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen vgl. Chemnitz, S. 82-4, zum Aufbau einer Frauenadministration aus den Kadern der Frauenorganisationen vgl. Chemnitz, S. 37-41.
(20) Insbesondere aus den Sektoren Textil- und Heimarbeit in die Munitionsindustrie.
(21) Vgl. Chemnitz, S. 41-47 und 55-62.

Beim Strassenbau, 1916

den. Im Betrieb wurde sie dann meist 10 - 12 Stunden lang, häufig auch in Nachtschicht, zu stumpfsinniger monotoner Arbeit an abgenutzten, ungeeigneten da zweckentfremdeten Maschinen gezwungen.

Die Frauen reagierten auf diese gewaltsame Veränderung ihrer gesamten bisherigen Lebensweise und Sozialisation in zunehmend effektiveren und bewußteren Kampfformen. Von Anfang an ließen sie das Fehlen jeglicher Bereitschaft erkennen, sich der Fabrikdisziplin zu unterwerfen und Arbeitseifer zu entwickeln. Die Rüstungsbetriebe klagten einhellig über Unordnung, Unachtsamkeit, Leichtsinn, Unkenntnis der Schutzvorrichtungen, Bequemlichkeit und Sorglosigkeit der Frauen (22) und richteten dringliche Appelle an die stellvertretenden Generalkommandos, ihnen statt der Frauen freigestellte Wehrpflichtige, d.h. disziplinierte und fabrikarbeitskundige Facharbeiter zu überlassen. Hohe Ausschußraten als Antwort auf Antreibermethoden (23) und häufiger Betriebswechsel aus kleinsten Anlässen (24) waren weitere Kampfformen, die die Unternehmer die gute alte Facharbeiter-Männerzeit für ihre Betriebe zurücksehnen ließen. Bei vielen mußte der Widerstand gegen die Ausdehnung der Frauenbeschäftigung administrativ gebrochen werden. Technische Offiziere inspizierten in regelmäßigen Abständen die Betriebe und verordneten gegebenenfalls Produktionsumstellungen und Umbesetzungen von Arbeitsplätzen (25). Wie berechtigt die Frauenfeindlichkeit des Kapitals war, zeigten die großen Munitionsarbeiterstreiks vom April 1917 und Januar 1918, die die Einleitung der Novemberrevolution bildeten. Diese Streiks sind in der bisherigen Literatur immer nur aus der Perspektive ihrer Organisationen und Propagandisten, der revolutionären Obleute und der Spartakisten, behandelt worden. Es wurde dabei regelmäßig unterschlagen, daß die Streikenden in ihrer Mehrzahl Frauen und die radikalsten Betriebe jene mit dem höchsten Frauenanteil waren (26). Sowohl USPD als auch Spartakus (27) hatten ab 1917 ihren Masseneinfluß in den Betrieben den radikalisierten Frauen zu verdanken (28). So berichtete beispielsweise Gröner, der Chef des Kriegsamtes im Juli 1917 dem Reichskanzler, die USPD habe „die Frauen .... in einem Umfang gewonnen, wie es der alten sozialdemokratischen Partei nie geglückt war." (29).

Aber auch außerhalb der Betriebe forcierten die Frauen entscheidend die gewaltsame Beendigung des Krieges. Sie standen an der Spitze einer unübersehbaren Fülle von Lebensmitteldemonstrationen und -plünderungen, die die Staatsautorität in einem kaum zu unterschätzenden Ausmaß untergruben und das Loyalitätsverhältnis zur wilhelminischen Klassengesellschaft auflösten. Besonders nach dem Kohlrübenwinter 1916/17 waren die Frauen in Massen bereit, bei der Lebensmittelbeschaffung zur Selbsthilfe überzugehen. Typische Kampfformen waren Aneignungsaktionen auf den Wochen-

(22) Vgl. Chemnitz, S. 92, Zu den Gründen der negativen Arbeitshaltung, op.cit, S. 103 f.
(23) Vgl. Chemnitz, S. 87.
(24) Vgl. Chemnitz, S. 104-7.
(25) Vgl. Chemnitz, S. 69.
(26) Zu der These, daß die Frauen das Rückgrat insbesondere des Berliner Aprilstreiks waren, vgl. die folgenden Dokumente in AGSOD, II, Nr. 37, 43, 57, 60 und 65.
(27) Zur Frauenagitation von Spartakus vgl. AGSOD, II, Nr. 144, S. 598 f.
(28) Vgl. etwa die Einschätzung von Luise Zietz aus dem Jahre 1917, „daß ganz besonders Frauen zum großen Teil der Opposition angehören", AGSOD, II, Nr. 65, S. 472.
(29) AGSOD, II, Nr. 154b, S. 617.

märkten (30), Hamsterfahrten aufs Land (31), denen z.T. ganze Ernten zum Opfer fielen, massenhafter Einkauf in Geschäften ohne Verwendung von Lebensmittelkarten (32), Hungerdemonstrationen vor den Bürgermeisterämtern mit anschließenden Plünderungen von Lebensmittelläden und Vorratskammern der Reichen in den Bürgervierteln (33). In nach wie vor männerorientierten Branchen oder Betrieben liefen die Frauenaktionen in offensichtlicher Absprache mit freigestellten deutschen Arbeitern und Ausländern (34), bei denen häufig die Frauen der treibende Teil waren (35). Falls der Streik der Männer scheiterte oder nicht zustande kam oder direkt zur Unterstützung der Lebensmittelstreiks der Männer gingen die Frauen mit den Kindern zu Demonstrationen und Plünderungen auf die Straße. Die heftigen Kämpfe, die von Juni bis August 1917 im rheinisch/westfälischen und oberschlesischen Industriegebiet von deutschen und ausländischen Frauen, Männern und Jugendlichen gemeinsam geführt wurden (36), schafften eine neue Qualität des Klassenkampfes, die von den stellvertretenden Generalkommandos nur unvollkommen durch Militäreinsätze und außerordentliche Kriegsgerichte unter Kontrolle gebracht werden konnte, wie das folgende charakteristische Schreiben des preußischen Innenministers an sämtliche Regierungspräsidenten vom 12.7.17, also auf dem Höhepunkt der Kämpfe, eindrucksvoll belegt: „Verschiedene der in der letzten Zeit vorgekommenen Unruhen aus Anlaß der Nahrungsmittelknappheit zeigen in mehrfacher Hinsicht ein gleiches Bild. Gleichzeitiges Niederlegen der Arbeit an räumlich auseinanderliegenden Betriebsstätten, teilweise auf ein bestimmtes Signal hin, strahlenförmiges Zusammenströmen der Demonstranten nach offenbar verherbestimmten Punkten, Aufstellung fast überall gleichlautender Forderungen, bei drohendem polizeilichen Einschreiten fast überall Frauen, Minderjährige und Kinder im Vordergrunde, offenbar in der Hoffnung, daß dadurch die Polizei oder das Militär von der Anwendung der schärfsten Mittel abgehalten werden könne. Häufig konnte beobachtet werden, daß die Einwerfung von Fensterscheiben durch Kinder erfolgte. Auch die Schnelligkeit, mit der an den meisten Orten die Menge die Straßen durcheilte und die Plünderungen der Lebensmittelläden erfolgten, deutet auf einheitliche Absichten hin." ... „Besonders gefährlich sind derartige geheime Verabredungen unter der Arbeiterschaft über Arbeitseinstellungen, Inszenierung von Krawallen und dergleichen für eine rechtzeitige Verhinderung und Unterdrückung von öffentlichen Unruhen, insofern, als das Überraschungsmoment ein planmäßiges Bereitstellen und Einsetzen der polizeilichen Machtmittel äußerst erschwert. Es muß daher das Bestreben der Polizeibehörden sein, sich in möglichst umfassender Weise über die Stimmung in der Arbeiterschaft, über mündliche Verabredungen zu Streiks und Demonstrationen Kenntnis zu verschaffen, durch ständige Fühlungnahme mit den Gewerbeinspektoren, durch Benehmen mit den Betriebsleitungen der Fabriken und durch zuverlässige Vertrauensleute." (37) Die rigorose Verdeutschung der Betriebe und die nahezu völlige Rücknahme der Frauenarbeit in Verbindung mit der Wiederherstellung des Patriarchats in Betrieb und Familie waren die Maßnahmen der Zentralen Arbeitsgemeinschaft von Kapital- und Gewerkschaftsverbänden und des SPD-Staates gegen die radikalisierten Ausländer und die Frauen und ihre Kinder. Das Demobilmachungsgesetz, eines der ersten Gesetze des neuen Staates, sicherte allen deutschen Männern einen Arbeitsplatz zu, den Frauen dagegen „als nicht auf Erwerb angewiesenen Arbeitern" wurde der Arbeitsplatz genommen. Und es war nicht einmal das Kapital, das zum Kampf gegen die Frauenarbeit antreten mußte, sondern es waren die – durch gemeinschaftliche Mitspracherechte und Betriebsrätegesetz – in den neuen Staat der Arbeit integrierten Arbeiterorganisationen, die dies übernahmen. So berichteten z.B. die Gewerbeaufsichtsbeamten aus allen Teilen der Republik, daß die Betriebsräte von SPD bis KPD ihre neuen Rechte eifrigst ausnutzten und die Frauen aus den Betrieben schmissen „ohne Maß zu halten und die Bedürfnisse aller Betroffenen zu berücksichtigen." (So die preußische Gewerbeaufsicht.)

Die Männerverbände von den Gewerkschaften bis hin zur KPD verteidigten in ihrem Kampf gegen die Frauenarbeit zugleich mit ihrer Herrschaft über die Frauen und Kinder ihre produktions- und arbeitsorientierte Identität und Politik, die von den Frauen in ihrem Kampf gegen Kapital, Fabrik und Krieg untergraben worden war. Die Beseitigung der Frauenarbeit bedeutete gleichzeitig die Wiederherstellung der jahrhundertealten, den Männern seit Generationen eingepaukten Gesellschaftsordnung mit Fabrikdisziplin, Arbeitsmoral und hierarchischen Strukturen; bedeutete die Beseitigung von antiautoritären und bedürfnisorientierten Aktions-, Kampf- und Lebensformen, die im Zusammenhang der gesellschaftlichen Entwicklung zur Massenproduktion und Automation von den Frauen, Kindern, Jugendlichen und Ausländern entwickelt worden waren.
Das Wiederaufleben dieser Kampfformen im Sommer 1920 wurde bereits weiter oben als Ergebnis des Scheiterns der Facharbeiter-„Männerpolitik" der Arbeiterorganisationen interpretiert.

(30) Vgl. Kocka, S. 41.
(31) Kocka, 42, Ay, Entstehung, 165.
(32) AGSOD, II, Nr. 3, S. 373-4.
(33) Vgl. exemplarisch AGSOD, II, Nr. 4, S. 377.
(34) Zur Absprache über kombiniertes Vorgehen von im Betrieb beschäftigten Männern und Hausfrauen vgl. AGSOD, II, Nr. 5, S. 379-80 und die Aktionen polnischer Frauen in Kulmsee, Kreis Thorn im Juni 1917, als ein von Männern geplanter Streik in den Munitionswerkstätten der Stadt nicht zustandekommt. AGSOD, II, Nr. 103, S. 518 und Nr. 104, S. 519-20.
(35) Zur aktiven Rolle der Frauen auch beim Zustandekommen von Männerstreiks vgl. AGSOD, II, Nr. 30, S. 425.
(36) Vgl. dazu die tabellarischen Überblicke über Umfang, Aktionsformen und Ergebnisse der Kämpfe in AGSOD, II, Nr. 144 und 146, S. 597 ff.
(37) AGSOD, II, Nr. 148, S. 605-6. Vgl. auch die eingehenden Richtlinien des sächsischen Innenministeriums zur Abwehr von Lebensmittelunruhen, AGSOD, II, Nr. 30, S. 426-8 und den Bericht über ähnliche Vorkehrungen in Bayern bei Ay, S. 185.

AGSOD = Die Auswirkungen der großen sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland. Hrsg. v. Leo Stern. 4 Bände. Berlin 1959.

AY, Karl Ludwig, Die Entstehung einer Revolution. Bayern 1914-1918. Berlin 1968.

Chemnitz, Walter, Die Frauenarbeit im Kriege. Berlin 1926.

Henning, H., Die Situation der deutschen Kriegswirtschaft im Sommer 1918 und ihre Beurteilung durch Heeresleitung, Reichsführung und Bevölkerung. Hamburg phil. diss. 1957.

Kocka, Jürgen, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-18. Göttingen 1973.

Leinau, H., Bergarbeiterersatz und Ruhrkohlenproduktion im Weltkriege. Essen 1920.

Material zur Lage der Bergarbeiter während des Weltkrieges. Hrsg. v. Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands. Bochum 1920.

Schumann, Wolfgang, Die Novemberrevolution 1918 in Oberschlesien. Der Kampf des deutschen und polnischen Proletariats in Oberschlesien gegen den deutschen Imperialismus für soziale und nationale Befreiung. Jena, phil. diss. 1957.

Sichler/Tiburtius, Die Arbeiterfrage, eine Kernfrage des Weltkrieges. Berlin 1925.

Zunkel, F., Die ausländischen Arbeiter in der deutschen Kriegswirtschaftspolitik des Ersten Weltkrieges. In: G.A.Ritter, (Hg.), Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft, Festschrift für H. Rosenberg, 1970.

Ute Brockhaus
Eckhard Brockhaus

- **DOKUMENTATION**
  Alternativen zur Rechtspresse
  Die Jungsozialisten in Waldbronn-Reichenbach haben eine Doku:Alternativen zur Rechtspresse herausgebracht. Über 75 Zeitschriften stellen sich vor oder werden vorgestellt. Die Doku enthält die Adressen von über 200 Zeitschriften. Umfang 65 Seiten.
  Erhältlich gegen 2.50 DM + Porto bei Gerold Kunz
  7517 Waldbronn 1 Jägerweg 5.
  Der Reinerlös fließt der Chile Solidarität zu.

- **WHERE THERE IS REPRESSION, THERE IST RESISTANCE**
  Irland-Information 9
  * Politische Darstellung der revolutionären Parteiaufbauorganisation PEOPLES DEMOCRACY und ihres militärischen Flügels, der REVOLUTIONARY CITICEN ARMY.
  * Der endgültige politische Ausverkauf der Offiziellen SINN FEIN/IRA und die Gründung der antirevisionistischen IRISH-REPUBLICAN-SOCIALIST-PARTY.
  * Droht in Nordirland ein loyalistisch-faschistisches Takeover? Analyse der protestantischen politischen und paramilitärischen Organisationen. Weshalb die britische Power-sharing Politik scheitern muß.

Irland-Information 8
Über die politische Strategie und Taktik der Provisorischen IRA und SINN FEIN. Interview mit Seamus Twoomy, Stabschef der IRA.

Dokumentation Folter und KZ's in Irland
Die Methode imperialistischer verwissenschaftlicher Folter und Aufstandsbekämpfung. Berichte aus den Konzentrationslagern.

außerdem:
alle relevante englischsprachige Literatur, Periodika und Wochenzeitungen. 30 verschiedene Folk- und Rebelsong LP's, Songbücher, Filme, Plakate, Bildmaterialien.

UNTERSTÜTZT DIE ANTIIMPERIALISTISCHE UND SOZIALISTISCHE BEFREIUNGSBEWEGUNG IRLANDS
Westdeutsches Irland Solidaritätskomitee
637 Oberursel 5 Postfach 35

- **ESG-Bochum**
  Klassenkämpfe in den Westzonen 1945-1949
  Dokumente und kommentierende Einführungen zu folgenden Themen: Internationale Lage – Chronologie der Arbeitskämpfe in den Westzonen – Ökonomische Faktoren der Restauration – Wiederaufrichtung der deutschen Bourgeoisie – Zur Politik der CDU, der SPD/Gewerkschaften – Zur KPD – Sozialisationseinrichtungen im Dienst der Restauration: Schule, Kirchen, Presse.
  100 Seiten 3.50 DM

  Resistencia – Texte zur politischen Praxis und theologischen Reflexion in Lateinamerika
  Exemplarische Situationen: Villa/Poblacion, Proletarier, Campesinos; VW do Brasil, brasilianisches Regime, Anklage des Russel Tribunal II; Polarisierte Christen: CIA-Kirchen, Massaker-Theologie bei Putsch in Chile, dagegen: Christen für den Sozialismus.
  Lernprozesse: Stellungnahmen linker Christen wie Arroyo, Assmann, Gutierrez, Miguel Bonino und ihrer europäischen Partner: Casalis, Paeschke.

  Teilweise erstmals publizierte Dokumente.
  160 Seiten 5 DM
  Bestellungen gegen Vorkasse oder auf Rechnung.
  Anschrift: ESG Bochum 463 Bochum
  Querenburger Höhe 287, Postf. 520 229

arbeiter produzieren die krise

Reformismus und Proletariat. Von der Formierten Gesellschaft bis zur Krise 1973*

Die Formierte Gesellschaft

Die theoretische Kritik und die praktische Opposition gegen die Erhardsche reformkapitalistische Strategie der Formierten Gesellschaft haben eine antiautoritäre Bewegung provoziert, deren Grenzen spätestens in dem Augenblick offensichtlich wurden, in dem das eigentliche ‚Objekt' der Formierung selbst in Erscheinung trat: im September 1969. Die Kritik an den modernen Techniken des ‚autoritären Sozialstaates', an den paternalistischen Ideologien der ‚autoritären Leistungsgesellschaft' und an dem Mythos der neuen ‚Volksgemeinschaft' (1) hat dem antiautoritären Protest den Blick versperrt für die Bewegung, die er unbewußt artikuliert hat, und die die Formierung der Gesellschaft allererst erzwang. „Die gegenwärtige Verschärfung des Klassenkampfes von oben", schrieb Oskar Negt, „hat neben der Stärkung des inneren Zusammenhalts des Unternehmerlagers vor allem die Funktion, im Zeichen der nachlassenden Wirksamkeit der antikommunistischen Propaganda den innenpolitischen Feind öffentlich zu vergegenwärtigen; da ohne einen solchen Feind die bestehenden Herrschaftsverhältnisse nicht mehr aufrechtzuerhalten sind, müssen die erwarteten Krisen der Gesellschaft, die man der offenen Spirale der Lohnforderungen und der Übertragung der ‚egalitären Demokratie' auf sämtliche ‚Leistungsgebiete' zuschreibt, rechtzeitig auf den Gegner projiziert werden." (2)

Historisch hat die kurz darauf folgende Krise von 1966/67, die die offene Spirale der Lohnforderungen gewaltsam außer Kraft gesetzt hat, gezeigt, daß die Verschärfung des Klassenkampfes von oben nicht nur ideologisch gemeint, daß der Klassengegner nicht nur Projektion war. Der Notstand wurde ausgerufen, sagte Agnoli, um den Wohlstand, den Stand des gesellschaftlich verteilten Wohls, zu retten, „falls 'unvernünftige' und das heißt der Sache nach proletarische und proletarisierte Massen den sozialen Ausgleich durch hohe Forderungen gefährden" (3). Über die ökonomisch erzwungene Massenarbeitslosigkeit ist ein neuer Zyklus der Rationalisierung und Arbeitsintensivierung eingeleitet und eine neue Verteilung des gesellschaftlichen Wohls bewirkt worden, ohne daß es eines politischen Notstands bedurfte. Die Krise hat vielmehr deutlich gemacht, daß in der von ihr abgelösten Formierten Gesellschaft bereits der soziale Ausgleich gefährdet war, nämlich durch die Anerkennung ‚unvernünftiger' Forderungen durch die proletarischen Massen.

Das spezifisch Neue, das sich das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik in der Formierten Gesellschaft Geltung verschafft, trat der antiautoritären Bewegung nicht in den Blickwinkel: eine nicht nur potentiell sondern aktuell wiedererstarkte Arbeiterbewegung. Nach Etappen von Niederlagen: in der Großen Krise von 1929 bis 1933, der Zerschla-

* Zu dieser historischen Untersuchung gehören die systemkritischen Überlegungen, die in der Autonomie Nr. 1 unter dem Titel 'Kritik der Marxorthodoxie' abgedruckt sind. Beide zusammen sind an der Justus-Liebig-Universität in Gießen als Dissertation angenommen worden. Die Promotionsordnung erfordert, daß dies hier schriftlich festgehalten wird.

(1) Vgl. O. Negt, Gesellschaftsbild und Geschichtsbewußtsein der wirtschaftlichen und militärischen Führungsschichten. Zur Ideologie der autoritären Leistungsgesellschaft, in: Der CDU-Staat, 2.Analysen zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik, hrsg. von G. Schäfer, C. Nedelmann, Frankfurt 1972, S.359 ff.

(2) O. Negt, a.a.O., S.372.

(3) J. Agnoli, P. Brückner, Die Transformation der Demokratie, Frankfurt 1968, S. 53.

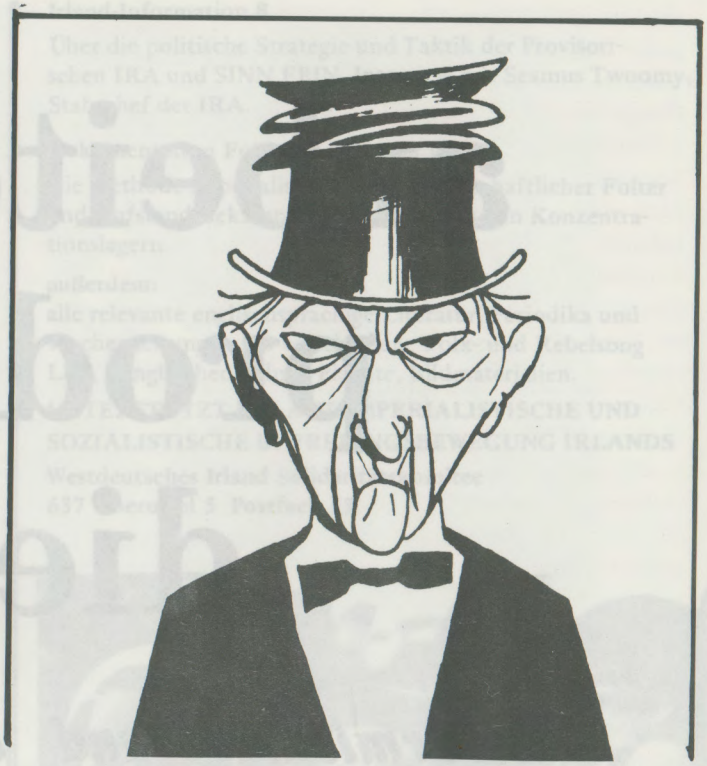
gung ihrer Organisationen im Faschismus, ihrer Gleichschaltung im Zweiten Weltkrieg, durch die militärische Intervention der Alliierten in den unmittelbaren Nachkriegsjahren, schließlich unter dem wiedereingesetzten Kapital im neuen ‚Klassenstaat' – nach dieser Geschichte von Niederlagen hatte sich die deutsche Arbeiterbewegung in der ersten Hälfte der sechziger Jahre bis zu einem Punkt regeneriert (4), an dem der Antagonismus der Arbeiterklasse offiziell anerkannt wurde – in der Formierung der Gesellschaft. Mit der Niederlage in der Großen Krise tritt das deutsche Proletariat in den Hintergrund der politischen Bühne. Nach drei Jahrze' nten in ihren Formen wechselnder aber auswegsloser Unterdrückung verschafft es sich Geltung im neuen Staat.

„Die Neuheit der Staatskonzeption entsteht nicht – wie allzu oft, und nicht nur bei uns" – in Italien, schreibt Toni Negri, „in der begrenzten Perspektive, die der Faschismus erlaubte, gesagt worden ist – aus der Definition einer totalitären Gewalt des Staates. Es handelt sich vielmehr um eine kapitalistische Rekonstruktion des Staats auf der Basis der Entdeckung des radikalen Antagonismus der Arbeiterklasse" (5).. Die kapitalgeschichtliche Umstrukturierung nach der Großen Krise von 1929 scheint die westdeutsche Wirtschaft seit Anfang der sechziger Jahre erneut zu vollziehen, die ihren politischen Ausdruck und ihre politische Antwort in dem Erhardschen Versuch der Formierten Gesellschaft findet. Dieser Prozeß ist von den Apologeten des Kapitals weit schärfer in seiner praktischen Konsequenz als Anerkennung des Antagonismus der Arbeiterklasse und als Wiedererstarken der Arbeiterbewegung erkannt worden, als von den linken Kritikern. Beziehen diese sich auf die historischen Erfahrungen des faschistischen Staates, so jene auf den ökonomischen Prozeß, der ihn hervorgebracht hat, auf die Weltwirtschaftskrise von 1929. Aus der weisen Annahme, daß eine ‚Revolution von Rechts' ohne erhöhtes Risiko nicht ein zweites Mal gelingen muß, ziehen die ehemaligen Propagandisten des ‚Totalen Staates' ihre praktische Erkenntnis. Der Verwaltungsstaat der Massendaseinsvorsorge, schreibt Carl Schmitt 1958, „darf die Krise, die tödlich werden könnte, nicht abwarten, um sie dann repressiv zu unterdrücken, sondern er muß sie rechtzeitig im voraus verhindern" (6). Aus den Erfahrungen, die die Weltwirtschaftskrise geliefert habe, leite sich eindeutig die volle Verantwortung der Regierung für die Entwicklung der Wirtschaft ab.

(4) Denselben Sachverhalt formulieren E. Altvater u.a. anhand der Reallohnentwicklung: „Die von den Arbeitern nach dem Ersten Weltkrieg erkämpften Errungenschaften wurden auf diese Weise zurerst von den Wirkungen der Weltwirtschaftskrise, dann vom Terror des faschistischen Staates gegen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen rückgängig gemacht. Der Zweite Weltkrieg und die politischen und ökonomischen Verhältnisse nach dem Krieg 'stabilisierten' die einmal hergestellte hohe Ausbeutungsrate: So kommen je nach Art der Berechnung Untersuchungen über die Lage der Arbeiter zu dem Ergebnis, daß das Reallohnniveau der westdeutschen Arbeiter erst 1950 (so Wallich) bzw. erst 1956 (so Kuczynski) das Niveau von 1938 wieder erreicht. Wenn man sich weiterhin vor Augen hält, daß der Lebensstandard 1938 unter demjenigen der Jahre vor der Weltwirtschaftskrise lag, wird deutlich, auf welch günstige Verhältnisse das westdeutsche Kapital traf, als es wieder anfangen konnte, zu akkumulieren." E. Altvater u.a., Die Entwicklung des Kapitalismus in Westdeutschland, a.a.O., S. 259.

(5) T. Negri, Die kapitalistische Theorie des Staates seit 1929, a.a. O., S. 14.

(6) C. Schmitt, Verfassungsrechtliche Aufsätze, Materialien zu einer Verfassungslehre, Berlin 1958, S. 261.



Ende der fünfziger Jahre werde offenbar, daß der bis dahin praktizierte Pluralismus nur bei einer wirtschaftlichen Prosperität und einem stetigen Ansteigen des Sozialprodukts funktioniere. Nun aber drohe der Gesellschaft Gefahr nicht mehr durch soziale Konflikte alten Stils, sondern durch das ‚funktionslose Wuchern der organisierten Interessen'. Die neue Stufe, die ins Auge gefaßt werden müsse, sei die Verschmelzung des pluralistischen Status quo zu einem Sozialsystem. Die Teilhaber am Status quo ihres Egoismus zu entwöhnen, sie einer stärkeren Disziplinierung zu unterwerfen und die Verteilung des Sozialprodukts allmählich langfristig zu kalkulieren, ist das hervorragende Interesse der Formierten Gesellschaft. „Zwei Aufgaben sind es, vor denen die Gesellschaft steht und denen eine Regierung gewachsen sein muß – die Garantie der wirtschaftlichen Entwicklung und die Verteilung des Sozialprodukts" (7). Über den Haushaltsplan, ‚das Logbuch einer Formierten Gesellschaft' sollen die organisierten Interessen an das wirtschaftliche Wachstum gebunden werden – in der Hoffnung, daß eine so ‚informierte Gesellschaft' den heute noch störenden Druck überwinden helfe" (8). Um welchen Druck von organisierten Interessen es sich handelt, bleibt nicht im Unklaren: „Die Gewerkschaften, die ihre Politik unter dem obsoleten Klischee des Klassenkampfes betreiben, sind auf dem besten Wege, sich in der westlichen Industriegesellschaft in die Rolle einer Organisation parasitärer Existenzen zu manövrieren, die sich unsittliche Profitanteile auf Kosten ihrer Gesellschaftspartner appropriieren wollen. Während das Bild des ausbeuterischen Unternehmers des 19.Jahrhunderts verblaßt, gewinnt das Bild des ausbeuterischen Arbeiters des 2o. Jahrhunderts an Farbstärke" (9).

(7) R. Altmann, Späte Nachricht vom Staat, o.O. und o.J., S. 35.

(8) Vgl. G. Schäfer, Leitlinien stabilitätskonformen Verhaltens. Entwicklungsperspektiven und Gewaltpotentiale rationalisierter Herrschaftsinteressen, in: Der CDU-Staat 2, a.a.O., S. 425 ff.

(9) E. Voegelin, Demokratie und Industriegesellschaft, in: Die unternehmerische Verantwortung in unserer Gesellschaftsordnung, Köln und Opladen 1964, S. 1o2.

Schumachers Verdikt des ‚Klassenstaates' paßte auf die politische Ökonomie Westdeutschlands bis zu Beginn der sechziger Jahre ebenso wie Shonfields Bemerkung, daß ihre offizielle Doktrin „einen hohen Gehalt an einfacher traditioneller kapitalistischer Folklore" (10) aufweise. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde mit tatkräftiger Unterstützung der Alliierten in Westdeutschland ein Wirtschaftssystem restituiert, das alle Merkmale des *klassischen Kapitalismus* aufwies (11). Im Rückgriff auf vorhandene Produktionspotentiale – die im Krieg nur zu einem geringen Teil zerstörten Industrieanlagen und eine durch Zuwanderung aus den östlichen Gebieten vermehrte qualifizierte Arbeiterschaft – und unter den Bedingungen eines durch den nationalen Wiederaufbau offenen Binnenmarktes war es möglich, daß während der Rekonstruktionsphase die unterschiedlichen, widerstreitenden Kapitalinteressen zum Tragen kamen. In die Restaurationspläne sind Strategien eingegangen, die eine bewußte politische Subordination der Arbeiterschaft beabsichtigten. So wandte sich Adenauer gegen die im Zusammenhang mit der Demontage von den Alliierten vorgesehene starke Konzentration einzelner Industriezweige. „Dadurch würden eine Zusammenballung der wirtschaftlichen Macht und eine untragbare Einengung der kleinen und mittleren Industriebetriebe erreicht werden. Die Absicht der CDU sei, die kleinere und mittlere Industrie zu stärken, denn nach unserer Ansicht könnte nur das zu einer wirklichen Demokratie auch auf dem Gebiete der Wirtschaft führen. Eine Konzentration der Industrie, wie sie zwangsläufig durch die alliierten Maßnahmen erfolgen würde, betrachtete ich als soziologisch falsch, da sie die auf dem Lande wohnenden Arbeiter der kleineren und mittleren Industrien entwurzeln und zum Industrieproletariat machen würde." (12) Die national begründete, international anachronistisch anmutende Konkurrenzwirtschaft (13) hat ihren ideologischen Ausdruck in der Formel von der ‚sozialen Marktwirtschaft' gefunden.

Die nach der Währungsreform einsetzende und sich bis Ende der fünfziger Jahre beschleunigende Akkumulation des Kapitals ist von drei klassischen Momenten bestimmt (14): Unter dem *Druck der industriellen Reservearmee* hat das bundesdeutsche Kapital – auch im internationalen Vergleich – bei extrem niedrigen Löhnen, langen Arbeitszeiten und hoher Intensität der Arbeit überproportionale Profite realisieren können. Die Zahl der registrierten Erwerbslosen hat zwischen 1949 und 1954 die Millionengrenze nie unterschritten (15). Während das Kapitaleinkommen von 1950 bis 1959 um durchschnittlich 11,4 Prozent zunahm, stieg das Arbeitseinkommen im gleichen Zeitraum nur um jährlich durchschnittlich 7,0 Prozent an. „Die Lohnquote bei konstanter Beschäftigungsstruktur verringerte sich dementsprechend von 1950 bis 1960 von 58,6 % auf 53,9 % (16). Im Gegensatz zu seiner offiziellen neoliberalen Theorie wurde der *Staatsapparat* unmittelbar für die Interessen der privaten Industrie eingesetzt. Einerseits wurde über eine rücksichtslos betriebene deflationäre Haushaltspolitik die konsumtive Nachfrage rigoros eingeschränkt, andererseits über ein differenziertes Steuersystem und zinsbegünstigte Wiederaufbaukredite die private Akkumulation forciert (17). Seit Beginn der Bundesrepublik spielte für das deutsche Kapital der *Weltmarkt* eine hervorragende Rolle. Ein niedriges Lohn- und Preisniveau verschafften ihm eine günstige internationale Wettbewerbsposition. Dies ermöglichte die Einführung von Produktionstechniken, die aufgrund der begrenzten Kapazitäten des Binnenmarktes unrentabel gewesen wären. Alle drei Momente wurden bewußt eingesetzt, um die *traditionelle Branchenstruktur der deutschen Wirtschaft* zu festigen. Die verhältnismäßig geringe Konsumtionskraft der Gesellschaft, eine sinkende Staatsquote (18) und eine Prdouktions- und Investitionsgüterindustrien unterstützende staatliche Wirtschaftspolitik bewirkten eine strukturelle Bewegung des Kapitals zugunsten der traditionellen deutschen Schwerindustrie und auf Kosten der Verarbeitungs- und Konsumgüterindustrie. „Die damit gegebene Möglichkeit der beschleunigten Akkumulation für das westdeutsche Kapital drückt sich auch im Anteil der Investitionen am Bruttosozialprodukt aus: Er stieg von knapp 19 % im Jahre 1950 auf 24,1 % 1960." (19)

Das entscheidende Charakteristikum während der fünfziger Jahre war die sowohl ökonomische als auch politische Subordination der Arbeiterschaft unter die ‚absolute' Herrschaft des privaten Kapitals. Nach ihrer politischen Niederlage in der Mitbestimmungsfrage 1952, dem Verbot der kommunistischen Partei als dem einzig relevanten Kristallisationspunkt innergewerkschaftlicher Opposition 1956, der totalen Verrechtlichung des Arbeitskampfes nach dem Schleswig-Holsteiner Metallarbeiterstreik 1956/57, der durchweg konservativen Arbeitsrechtssprechung und schließlich durch die politische und ökonomische Kontrollierung einer industriellen Reservearmee (20) war die organisierte Arbeiterschaft zu einer ohnmächtigen Opposition verdammt.

Am Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre zeichnete sich eine *Tendenzwende* ab. Das Arbeitsvolumen stagniert. Der Zustrom von qualifizierten Arbeitern aus der DDR blieb nach dem Bau der Mauer aus. „Die Zahl der Erwerbstätigen steigt im Zeitraum von 1960 bis 1970 nur von 26,2 Mio auf 27,2 Mio., und das auch nur, weil die Anzahl der 'nichtdeutschen Arbeitnehmer' von 279 000 auf nahezu 2 Mio. ansteigt" (21). Die Arbeitslosenquote war 1961 auf unter ein Prozent gesunken. Der relative Lohnanteil, der in den fünfziger Jahren kontinuierlich gefallen war, nahm ab 1960 stetig zu (22).

(10) A. Shonfield, Geplanter Kapitalismus, Köln/Berlin 1968, S.283.
(11) An ausführlichen Darstellungen vgl. dazu T. Pirker, Die blinde Macht, erster und zweiter Teil, München 1960; H. Wallich, Triebkräfte des deutschen Wiederaufstiegs, Frankfurt 1955; E. Schmidt, Die verhinderte Neuordnung 1945–1952, Frankfurt 1970; E.-U. Huster, G. Kraiker, B. Scherer, F.-K. Schlotmann, M. Welteke, Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949, Frankfurt 1972.
(12) K. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, Frankfurt und Hamburg 1967, S. 115 f.
(13) Vgl. J. Huffschmid, Die Politik des Kapitals. Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik, Frankfurt 1969, bes. Kapitel II, die Verteilung des Eigentums 2: Kapitalkonzentration, S. 36 ff.
(14) Vgl. dazu E. Altvater, u.a., a.a.O., S. 253 ff.
(15) Vgl. H. Wallich, a.a.O., S. 274.
(16) E. Altvater u.a., a.a.O., S. 256.
(17) Vgl. A. Shonfield, a.a.O., S. 283 ff.
(18) Vgl. E. Altvater, u.a., a.a.O., S. 257.
(19) a.a.O.
(20) Vgl. dazu die ausführliche Darstellung von T. Pirker, Die blinde Macht, a.a.O.
(21) E. Altvater u.a., a.a.O., S. 260.
(22) Quelle: Institut für Sozialforschung, Gewerkschaftsstudie, Frankfurt 1969, S. 132 f.

Zeitraum	Arbeitslosenquote	Rechner. Lohnquote (1950)
1950	10,4	58,6
1951	9,1	57,6
1952	8,5	55,7
1953	7,6	56,0
1954	7,1	55,9
1955	5,2	54,9
1956	4,2	54,5
1957	3,5	54,3
1958	3,6	54,9
1959	2,5	54,2
1960	1,3	53,7
1961	0,9	54,8
1962	0,7	55,6
1963	0,9	55,7
1964	0,8	55,3
1965	0,7	55,9
1966	0,7	56,8

„Dieser Zusammenhang von prosperierender Kapitalakkumulation, Verknappung der Ware Arbeitskraft und Steigerung der Produktivkraft der Arbeit bewirkte eine Verbesserung der Stellung der Arbeiterklasse und der einzelnen Arbeiter gegenüber dem Kapital" (23). Um Produktionsengpässe zu vermeiden, waren die Unternehmer gezwungen, zusätzlich übertarifliche Löhne und Gehälter zu zahlen. Die Lohndrift stieg demzufolge an. Die Verschärfung der sozialen Auseinandersetzungen findet ihren ersten Ausdruck in dem baden-württembergischen Metallarbeiterstreik von 1963. Die Metallindustriellen waren zu Lohnzugeständnissen nicht bereit. Als die IG Metall eine Lohnpause ablehnte und zum Streik aufrief, griffen die Unternehmer zum ersten Mal in der Metallindustrie seit 1928 wieder zum Mittel der Aussperrung. „Als 100 000 Metallarbeiter im April 1963 die Arbeit niederlegten, antworteten die Arbeitgeber mit der totalen Aussperrung, die 350 000 Arbeiter und Angestellte traf. Nach zehn Tagen griff, wie gewohnt, die Regierung ein, und die Vermittlung Ludwig Erhards führte zu einer stufenweisen Lohn- und Gehaltserhöhung um 5 % bzw. 2 % im folgenden Jahr; die IG Metall hatte 8 % gefordert" (24).

Die Tendenzwende wurde in Begriffen wie ‚Wohlfahrtsstaat' und ‚Konsumgesellschaft' beschrieben. Die Arbeiterschaft hatte sich vom Klassenstaat der fünfziger Jahre emanzipiert und ihre Ansprüche praktisch formuliert. „Schließlich war der Kernpunkt bei alledem", schreibt Shonfield, „daß der deutsche Verbraucher wieder auf der Bildfläche erschienen war; nach dem raschen Steigen der Löhne Anfang der 60er Jahre und der Verkürzung der Arbeitszeit stand ein geringerer anteiliger Überschuß sowohl für die Ausgaben der Regierung für soziale Zwecke als auch für alle Investitionsformen zur Verfügung" (25). Der Druck der organisierten Interessen hat eine Veränderung der Verteilungsproportionen erzwungen. So heißt es in dem ersten amtlichen ‚Bericht für die Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1962 und die Aussichten für 1963': „Insgesamt verlieren also auf der Nachfrageseite die in den vergangenen Jahren stärksten Expansionsfaktoren, nämlich die Investitionen und die Exporte, tendenziell an Gewicht. Die Bedeutung der konsumtiven Verwendung des Sozialprodukts - privater Verbrauch und Staatsverbrauch - für das Wirtschaftswachstum nimmt hingegen zu" (26). Seine machtpolitischen Voraussetzungen hat dieser Prozeß in der am Ende der fünfziger Jahre erreichten Vollbeschäftigung.

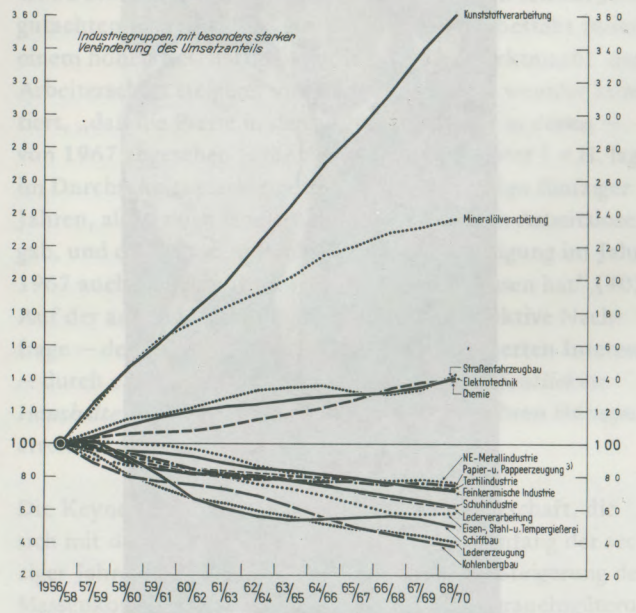
Die Anerkennung der wirksamen Nachfrage – nach Negri die Anerkennung der praktischen Existenz vom Kräfteverhältnis zwischen den antagonistischen Klassen – wird mit Beginn der sechziger Jahre zum Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik. Sie findet ihren sichtbaren Ausdruck in der strukturellen Bewegung des Kapitals selbst. Nach der unangefochtenen Vorherrschaft der traditionellen deutschen Schwerindustrie während der fünfziger Jahre gewinnen die verbrauchernahen Wachstumsindustrien in den sechziger Jahren an Dominanz. Die Diskrepanz zwischen den Wachstumsindustrien einerseits und den schrumpfenden Industriezweigen andererseits verschärft sich zunehmend. 1966 heißt es in den WWI-Mitteilungen: „Bei anhaltend hohen Zuwachsraten in den Wachstumsindustrien (Chemie, Elektronik, Kraftfahrzeugbau) hat die Differenzierung der Indlandsnachfrage bei fast einem Viertel der Industrie (vor allem der Eisen- und Metallverarbeitung) zu einer erheblichen Konjunkturdämpfung geführt" (27). Die umsatzstärksten Wachstumsindustrien, die Elektrotechnik, die Chemie, der Straßenfahrzeugbau und die Mineralölverarbeitung bestreiten einen stetig steigenden Anteil am Gesamtumsatz industrieller Güter auf Kosten der schrumpfenden Industrien, der Eisenschaffenden, der Metallverarbeitung und des Maschinenbaus. Diese sich verschärfende Diskrepanz wird durch die strukturelle Entwicklung der Warenexporte noch verstärkt: von den exportstarken Industrien führen die Wachstumsindustrien einen zunehmend größeren Anteil am Gesamtexport der Bundesrepublik aus als die schrumpfenden Industriezweige. Dieser Trend setzt sich ausgeprägt bis zur Krise von 1966/67 durch (28):

(23) E. Altvater, a.a.O., S. 260.
(24) E. Schmidt, Ordnungsfraktor oder Gegenmacht. Die Politische Rolle der Gewerkschaften, Frankfurt 1971, S. 61.
(25) A. Shonfield, a.a.O., S. 345.
(26) Bundestagsdrucksache IV/1010.
(27) Wirtschattswissenschaftliche Mitteilungen des WWI, Jg. 1966 Heft 4/5, S.94.
(28) Für die Analyse der strukturellen Bewegung des Kapitals eignet sich die vom Ifo-Institut entwickelte Methode zur ‚strukturellen Umsatzentwicklung in der Industrie': „Zur Darstellung der

Strukturelle Umsatzentwicklung[1] in der Industrie der Bundesrepublik;[2] (Bild I)

Abb. 1

1956/58 = 100; preisbereinigt

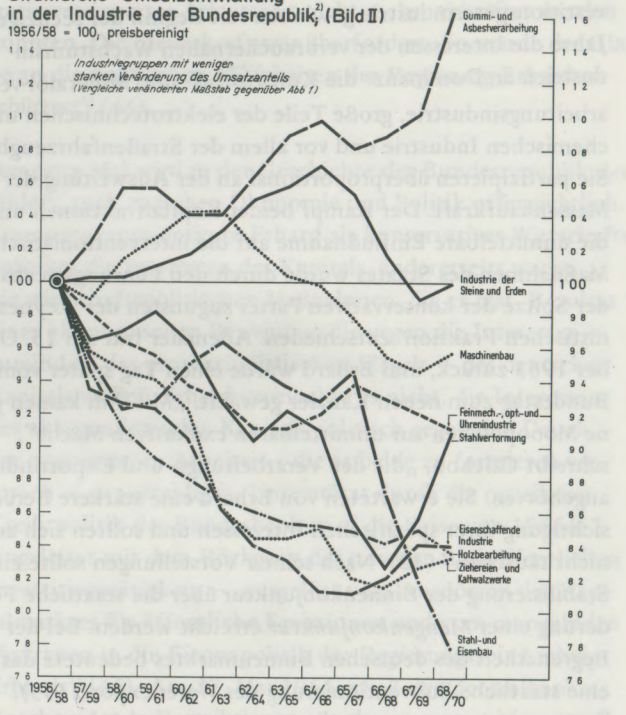


1) Errechnet aus den Veränderung der Anteile einzelnen Industriegruppen am Gesamtumsatz der Industrie
2) Ab 1960 einschließlich Saarland und West-Berlin.
3) Einschließlich Zellstoff- und Holzschliffindustrie.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserien D Reihe 1, M Reihe 3.

Strukturelle Umsatzentwicklung[1] in der Industrie der Bundesrepublik;[2] (Bild II)

Abb. 1a

1956/58 = 100; preisbereinigt



Fußnoten u. Quellenangabe s. Abb. 1.

Auf dem Höhepunkt dieses Trends, 1966, erklärte Karl Winnacker vor dem Verband der Chemischen Industrie: Der Aufschwung des Wirtschaftslebens sei zwanzig Jahre nach dem Ende des Krieges nicht mehr selbstverständlich. Nachdem der undifferenzierte Nachholbedarf der Nachkriegsjahre gedeckt sei, wachse die Industrie nicht mehr gleichförmig. Das Wachstum differenziere sich innerhalb der verschiedenen Industriezweige. „Neue Schwerpunkte entstehen, andere treten in ihrer Bedeutung zurück. So entsteht das kontrastreiche Bild einer differenzierten Konjunktur, in dem rückläufige industrielle Entwicklungen auf der anderen Seite durch kräftiges Wachstum überkompensiert werden müssen" (29). Die strukturelle Verschiebung innerhalb der industriellen Produktion resultiert wohl auch aus Substitutionsprozessen sowohl im Investitionsgüterbereich als auch bei den Verbrauchsgütern – die Substitution des Hauptenergieträgers Kohle durch Mineralöl, von Maschinen durch Güter der elektrotechnischen Industrie und von Eisenwaren durch Kunststoffe (30). Entscheidender jedoch ist die Verschiebung von der Investitionsgüterindustrie auf die Produktion von kurz- oder langfristigen Verbrauchsgütern (31).

strukturellen Entwicklung der Industriegruppen innerhalb der gesamten Industrie wurde die Veränderung der Umsatzteile der Industriegruppen am Gesamtumsatz der Industrie herangezogen. Analog wurde bei den Exporten und Importen sowie bei der Inlandsversorgung verfahren. Die Entwicklung der jeweiligen Strukturanteile ist als Indexreihe dargestellt worden." Technologische und ökonomische Aspekte technischer Umstellungen in untersuchten Wirtschaftsbereichen, München 1969, S.24.

Die Schaubilder machen die Auswirkungen der Krise von 1966/67 auf die strukturelle Bewegung des Kapitals deutlich. Während sich unmittelbar nach der Krise die traditionellen Branchenkapitale (Maschinenbau und eisenschaffende Industrie) Marktvorteile verschaffen, gehen diese auf Kosten der verbrauchsgüterorientierten Wachstumsindustrien (die Elektrotechnische Industrie umfaßt sowohl Investitionsgüter als auch Verbrauchsgüter).

(29) Verband der Chemischen Industrie e.V., Jahresbericht 1966/67, Frankfurt 1967, S.9.

(30) Vgl. Forschungsprojekt des RKW, Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland, Erster Band, Frankfurt 1970, bes. Teil A – Ökonomischer Untersuchungsteil Abschnitt 2: Industrie, S. 43 ff.

(31) Denselben Sachverhalt konstatieren E. Altvater u.a.,: „Vom gesellschaftlichen Gesamtkapital her betrachtet wird ein Teil der Produktivkraftsteigerung des westdeutschen Kapitals durch die Verschiebung der Branchenstruktur, den sog. Struktureffekt, erklärt". A.a.O., S.261. Nach Meinung der Autoren drücke sich darin „letztlich die dem Wachstum des Kapitals adäquate Allokation der verschiedenen Produktionssphären usw. aus". Dieser Struktureffekt setze sich spontan und auch vermittelt durch Strukturkrisen durch; er werde aber auch staatlicherseits gefördert. In jedem Fall aber seien strukturelle Verschiebungen mit gesellschaftlichen Kosten verbunden, die einen Abzug vom akkumulationsfähigen Teil des Mehrwerts darstellten. Über die Bildungskatastrophe und über nicht absehbare Konsequenzen des technologischen Zurückbleibens werde „dem Kapital und dem Staat die Einsicht aufgeherrscht, daß das Kapital nicht nur aus eigener Kraft zu akkumulieren vermag, sondern bestimmter allgemeiner Produktionsvoraussetzungen bedarf", a.a.O., S.261 f. Diese – marxorthodoxe – kapitalimmanente Erklärung der strukturellen Verschiebung zwischen I. und II. Abteilung, die ihre Voraussetzung in der Annahme einer Durchschnittsprofitrate hat, welche eine aliquote Verteilung der Mehrwertmasse zwischen den einzelnen Branchenkapitalien und somit auch deren organische Zusammensetzung bewirke, greift zu kurz. Es handelt sich bei dem Prozeß, der sich um 1960 abzeichnet, nicht nur um die Herstellung allgemeiner Produktionsbedingungen. Gerade die Wende zeigt deutlich, daß das tendenziell steigende Lohnniveau – ‚eine Verbesserung der Stellung der Arbeiterklasse' – die strukturelle Verschiebung zwischen den beiden Abteilungen wesentlich mit bestimmt hat. Die Ausweitung der gesellschaftlichen Konsumtionskraft kommt als wirksame Nachfrage zunächst den ver-

Der Antagonismus von Kapital und Arbeit setzt sich als Widerspruch zwischen den einzelnen Kapitalfraktionen fort. Gegen den Widerstand der deutschen Schwer- und Investitionsgüterindustrie gewinnen seit Beginn der sechziger Jahre die Interessen der verbrauchernahen Wachstumsindustrien an Dominanz: die Konstustoff- und Mineralöl-verarbeitungsindustrie, große Teile der elektrotechnischen und chemischen Industrie und vor allem der Straßenfahrzeugbau. Sie partizipieren überproportional an der Ausweitung der Massenkaufkraft. Der Kampf beider Kapitalfraktionen um die unmittelbare Einflußnahme auf die interventionistischen Maßnahmen des Staates wurde durch den Führungswechsel in der Spitze der konservativen Partei zugunsten der ‚keynesianistischen Fraktion' entschieden. Adenauer trat am 15. Oktober 1963 zurück, und Erhard wurde einen Tag später vom Bundestag zum neuen Kanzler gewählt. „Mit ihm kamen jene Monopolisten zur unmittelbaren exekutiven Macht", schreibt Czichon, „die der Verarbeitungs- und Exportindustrie angehörten. Sie erwarteten von Erhard eine stärkere Berücksichtigung ihrer spezifischen Interessen und sollten sich auch nicht täuschen" (32). Nach seinen Vorstellungen sollte eine Stabilisierung der Binnenkonjunktur über die staatliche Förderung einer *Mengenkonjunktur* erreicht werden. Bei der Begrenztheit des deutschen Binnenmarktes bedeutete das eine staatliche Subventionierung des Warenexports (33). Außenpolitisch vertrat Erhard gegen die protektionistische Konzeption der Europäischen Gemeinschaft eine Intensivierung der wirtschaftlichen Kooperation mit den USA innerhalb des atlantischen Bündnisses. Immerhin gingen 60 Prozent des Exports der Fertigwaren- und Verbrauchsgüterindustrie über das EWG-Gebiet hinaus und wurden durch die protektionistischen EWG-Außenzölle beeinträchtigt. Über die Senkung der Steuersätze für Exportgewinne und die mindere Besteuerung des Aktienkapitals von Exportgesellschaften setzte Erhard „den Staatshaushalt bewußt zugunsten einer den Mengenkonsum und einer den Export fördernden Strukturpolitik ein" (34).

Die Erhardsche Wirtschaftspolitik seit seiner Regierungsübernahme bis zu seinem Sturz im November 1966 ist als Versuch zu verstehen, den Druck der Arbeiterschaft durch ein, wie Abs es nannte, „vordergründiges Konsumptions-Programm" (35) aufzufangen, indem der Staat die Interessen der Verbrauchsgüterindustrien gegen die der Schwer- und Investitionsgüterindustrien verteidigt.

Eine die Mengenkonjunktur unterstützende Wirtschaftspolitik ging auf Kosten der Kapitalstärke großer Teile der deutschen Industrie. Bereits 1961 forderte Abs, daß der Weg zur ‚Weltgeltung' nicht über den Warenexport sondern über die Kapitalstärke führe. Rationalisierung und soziale Bescheidenheit seien für die von ihm geforderte Kapitalbildungspolitik ebenso geeignet wie entsprechende Steuermaßnahmen (36). Im Mai 1965 begründete er vor dem SPD-Wirtschaftsbeirat die Notwendigkeit einer staatlichen Förderung der Selbstfinanzierung der Großkonzerne – eine staatlich regulierte Investitionspolitik solle die Voraussetzung für den Kapitalexport schaffen (37). Entgegen den Interessen der national und supranational (im Rahmen der EWG) orientierten Schwer- und Investitionsgüterindustrie beschleunigte die Wirtschaftspolitik unter der Regierung Erhard den Kapitalmangel. „Die durchschnittliche Selbstfinanzierungsquote der Unternehmen, die in den fünfziger Jahren dauernd über 50 % lag, fiel 1965 auf 20 %. Zwischen 1959 und 1965 verdoppelte sich die kurzfristige Bankenverschuldung der Industrie, während ihr Umsatz nur mit 70 % stieg. ... Der Investitionsboom konnte nicht aufrecht erhalten werden, weil der relativ sinkende Absatz, die wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals und die sinkende Profitrate seine Dauerfinanzierung unmöglich machten" (38). Eine sinkende Kapazitätsauslastung – die in der Investitionsgüterindustrie am niedrigsten war (39) – und der verschärfte internationale Wettbewerb schränkten bei der Exportlastigkeit der deutschen Industrie die Gewinnmargen erheblich ein.

brauchsgüterorientierten Wachstumsindustrien zugute. Der sog. Struktureffekt ist selbst nochmal Resultat des Standes der Klassenauseinandersetzungen. Während Altvater u.a. die fünfziger Jahre recht genau analysieren, begnügen sie sich für die weitere Entwicklung mit der Feststellung, daß die Profitrate wieder falle – ohne daß ersichtlich würde aus welchen Gründen. Vielleicht hat doch das Lohnniveau etwas damit zu tun!

(32) E. Czichon, Der Bankier und die Macht, Köln 1970, S.190.
(33) Vgl. L. Erhard, Deutsche Wirtschaftspolitik, Der Weg der sozialen Marktwirtschaft. Wien und Düsseldorf 1962, S.567 ff.
(34) E. Czichon, a.a.O., S.194.
(35) H.J. Abs, in einer Rede in der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, nach: Industriekurier vom 29.7.1965
(36) Vgl. E. Czichon, a.a.O., S. 189.
(37) Vgl. E. Czichon, a.a.O., S. 195.
(38) E. Mandel, Die deutsche Wirtschaftskrise, Frankfurt 1969, S.11.
(39) Vgl. E. Mandel, a.a.O., S. 10

Der Umstrukturierungsprozeß seit Anfang der sechziger Jahre drückt sich in zwei Tendenzen deutlich aus. Auf dem Binnenmarkt wird das ansteigende Lohnniveau zu einem Teil auf die Preise abgewälzt, was zum *Steigen der Inflationsrate* führte. So schließt auch der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten nicht aus, daß ein Zusammenhang besteht zwischen einem hohen Beschäftigungsgrad, der die ‚Marktmacht' der Arbeiterschaft steigere, und dem Preisniveau, wenn er konstatiert, „daß die Preise in den sechziger Jahren, in denen – von 1967 abgesehen – die Arbeitslosigkeit unter 1 v.H. lag, im Durchschnitt stärker gestiegen sind als in den fünfziger Jahren, als es noch eine erhebliche Anzahl von Arbeitslosen gab, und daß mit dem Rückgang der Beschäftigung im Jahre 1967 auch der Preisanstieg deutlich nachgelassen hat" (40). Auf der anderen Seite fängt der Staat die effektive Nachfrage – den monetären Ausdruck der organisierten Interessen – durch eine *wachsende Verschuldung der öffentlichen Haushalte* auf, die unmittelbar vor der Krise ihren Höhepunkt erreicht (41).

Die Keynesianisierung der westdeutschen Wirtschaft, die sich mit der *Vollbeschäftigungsperiode* seit Anfang der sechziger Jahre vollzieht: mit einer tendenziellen Steigerung des Massenkonsums und einer Dominanz der verbrauchsgüterorientierten Industrien, bei steigenden Inflationsraten und wachsender Verschuldung der öffentlichen Hand – konnte ihren adäquaten Ausdruck im Staat nicht finden. Erhards Konzept war der hilflose Versuch, der „die Formierung der Gesellschaft durch einen politisch-moralischen Appell zur Beseitigung des Interessenpluralismus in der Demokratie herbeiführen wollte" (42). *Politisch* sollten die organisierten Interessen in ‚gemeinwohl-orientierte' umfunktioniert werden. Er erhob die Forderung nach einer ‚Reform der deutschen Demokratie', nach ‚sozialer Disziplinierung' und nach ‚neuen Techniken' der Informationspolitik – und präsentierte schließlich sich selbst als Idol einer neuen ‚Volksgemeinschaft' (43). Er versprach über die Formierung der Interessen die Zukunft als Gegenwart festzulegen, um das Vertrauen des akkumulierenden Kapitals zu erhalten. Doch seine Rechnung ging nicht auf: Im Jahresbericht 1966/67 des Bundesverbandes der Deutschen Industrie heißt es, „daß es nach Ansicht der deutschen Industrie in erster Linie politische Ursachen waren, die bedenkliche ökonomische Entwicklungen ausgelöst haben. ... Die Übel einer ständigen Aufblähung der Staatsausgaben vereinigten sich mit der Erkenntnis, daß die dynamischen Rentenberge nicht mehr bezwungen, die steigenden Lohn- und Sozialkosten bei stetig verringerter Arbeitszeit nicht mehr verkraftet werden konnten. Die Steuerkraft war überfordert. So wurde der Glaube an die politischen Fähigkeiten der Regierung Erhard erschüttert" (44).

Das erste Mal wird in der Geschichte der Bundesrepublik der Widerspruch zwischen Ökonomie und Politik offensichtlich. Einerseits repräsentierte Erhard als konservativer Wirtschaftspolitiker die Interessen des Kapitals, andererseits waren die wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die er traf, Resultat einer ökonomischen Bewegung, die gegen die Interessen – zumindest des protektionistischen Flügels – des deutschen Kapitals verlief. Erhard vermochte es nicht, die Interessen des akkumulierenden Kapitals politisch gegen den Druck der organisierten Arbeiter – die er beide zu formieren versprach – zu verteidigen. Unterstützt durch die restriktive Kreditpolitik der Bundesbank wird die Krise von 1966/67 eingeleitet mit dem Rückgang der privaten und öffentlichen Investitionstätigkeit – „ausgelöst vom Ausdörren des Kapitalmarktes für öffentliche Emissionen und vom mangelnden Vertrauen in die Finanzpolitik der Regierungszeit Ludwig Erhards" (45). Am 27. Mai 1966 erließ der Zentralbankrat einschneidende Restriktionsmaßnahmen, um ‚wirkungsvoll in den Markt' einzugreifen. Der auf fünf Prozent erhöhte Diskontsatz verteuerte die Kredite und schränkte die anhaltende Konjunktur der Fertigwaren- und Exportindustrie ebenso ein wie die der öffentlichen Hand. Die damit beschleunigt herbeigeführte Arbeitslosigkeit bezeichnete Blessing als erforderlich, um wieder zu „wirtschaftlichen Höchstleistungen zu kommen" (46). Die bürgerliche Partei war in ihrer Handlungsfähigkeit blockiert. Gegen den ökonomischen Angriff der Arbeiterklasse hatten sich ihre politischen Instrumente als unwirksam erwiesen. Der ökonomische Gegenangriff in der Krise hat aber nicht nur eine Disziplinierung der Arbeiterschaft erzwungen, sondern auch das Kräfteverhältnis zwischen den beiden dominierenden Kapitalfraktionen neu bestimmt. Die Senkung der Massenkaufkraft und die staatlichen Investitionsanreize lassen keinen Zweifel daran, daß die traditionelle deutsche Schwerindustrie – unter der finanz-kapitalistischen Führung der Deutschen Bank – aus der Krise von 1966/67 und ihrer Überwindung bis 1969 ökonomisch gestärkt hervorging – um den Preis einer allgemeinen, zumal politischen, Schwächung des bürgerlichen Blocks.

(40) Bundestagsdrucksache V/2310, 271.

(41) Nichts spiegelt die Ökonomisierung des politischen Risikos deutlicher wieder als das Schauspiel der Bundestagswahl von 1965. Mit der Parole ‚Wohlstand für alle' haben die bürgerlichen Parteien ihren bisher letzten Bundestagswahlkampf in der Geschichte der Bundesrepublik gewonnen. Das Parlament hatte im ersten Halbjahr 1965 – nach einer Untersuchung des Bundesfinanzministeriums – 56 ausgabenwirksame Gesetze beschlossen, die den Bundeshaushalt 1966 mit rund sechs Milliarden Mark belasteten. Unter ihnen solche, die den Bauern über den Preis landwirtschaftlicher Produkte Einkommenssubventionen garantierten, den Ärzten über die soziale Krankenversicherung Honorarerhöhungen zugestanden und den Hausbesitzern über den ‚Lückeplan' die Erhöhung der Miete ermöglichten. Als neugewählter Volkskanzler bringt Erhard im Dezember 1965 das Haushaltssicherungsgesetz ein, in dessen Begründung er ‚maßlose Gruppeninteressen' für die Ausgabenflut des Staates verantwortlich macht.

(42) J. Huffschmid, a.a.O., S. 116.

(43) Vgl. L. Erhard, der Weg in die Formierte Gesellschaft, in: Epoca Heft 8/1965 und ders., Die Formierte Gesellschaft weist in die Zukunft, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 2.6.1965.

(44) Jahresbericht des BDI 1966/67, S.9 f.

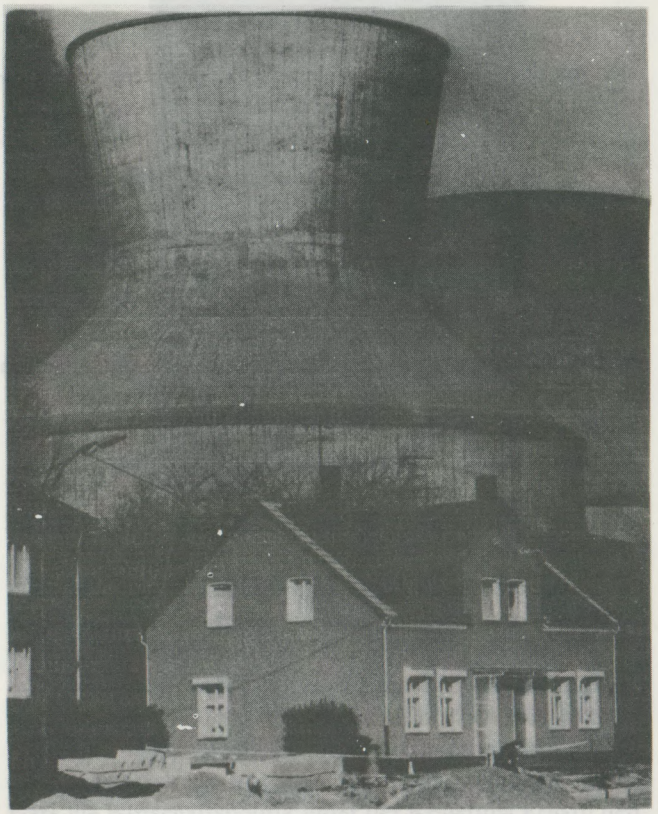
(45) Jahresbericht des BDI 1967/68, S.20.

(46) K. Blessing, Aktuelle Fragen der Bundespolitik, in: Protokolle des Wirtschaftstages der CDU/CSU in Bonn 1967, S.221,f

Die Dynamisierung des Staates – als Folge der Krise von 1966/67

Die erste größere Krise im Nachkriegsdeutschland hat sowohl die Klassenverhältnisse neu in Bewegung gesetzt als auch die gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen in ihrer Struktur verändert. Nach bald zwei Jahrzehnten kontinuierlichen Wachstums und konservativer Staatsverfassung treten erste Anzeichen eines fortbestehenden Interessenantagonismus offen in Erscheinung. Konnte Erhard seinen Versuch zur Formierung der Gesellschaft noch als gemeinwohlorientiertes Projekt propagieren, so fällt mit ihm auch der Mythos einer ‚sozialen Marktwirtschaft', die krisenfreies Wachstum und eine Nivellierung der Klassenunterschiede versprach. In Anbetracht der Massenentlassungen, der gesteigerten Arbeitshetze in den Betrieben und des willkürlichen Abbaus von Sozialleistungen veröffentlicht die IG Metall zwei ‚Weißbücher zur Unternehmermoral' – die, wenn auch vorsichtig, einen Klassenstandpunkt formulieren (1): „Wir haben in den letzten Jahren immer wieder darauf hingewiesen", schreibt Brenner im Vorwort, „daß unter der dünnen Decke der Wohlstandsgesellschaft die alten sozialen Gegensätze im wesentlichen weiter bestehen. Der vielfach gehegte Glaube, die wichtigsten Probleme des menschlichen Zusammenlebens seien in der Wirtschaft und den Betrieben der Bundesrepublik gelöst, erweist sich angesichts der tatsächlichen Abwicklung der derzeitigen Beschäftigungsschwierigkeiten als Illusion.
Die Gesetze der Marktwirtschaft werden nicht nur bei Geld und Kredit, Waren und Preisen, sondern auch gegen Menschen gewandt. Vor allem der Arbeitnehmer soll auslöffeln, was uns eine falsche, planlose Wirtschaftspolitik eingebrockt hat" (2). Nicht allein die Kräfte des Marktes hätten die Krise bewirkt. „Verantwortlich dafür sind vielmehr jene damals vorherrschenden konservativ-reaktionären Kräfte, die nunmehr die Chance sahen, die Position der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften zu erschüttern" (3) . Offensichtlich hat die Krise von 1966/67 unmittelbar das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen verschoben. Ihre spezifische Lösung hat jedoch zum anderen einen Prozeß inganggesetzt, der unter dem Anschein des Krisenmanagements eine Eigendynamik entwickelt hat, die eine weit schärfere Krise vermuten ließ.

Zur Erklärung der Krise von 1966/67, ihrer Ursachen und Funktionen, konkurrieren bürgerliche und marxistische Versuche (4). Der Sachverständigenrat konstatiert in seinem Jahresgutachten 1967: „Eingeleitet hat den Schrumpfungsprozeß der Rückgang der privaten und öffentlichen Investitionsnachfrage" (5). Bereits im Frühjahr 1965 seien die Inlandsbestellungen im Maschinenbau, im Frühjahr 1966 die Aufträge im Baugewerbe zurückgegangen. „Verschärft hat den zyklischen Rückgang der Investitionsnachfrage eine zunehmend restriktive Geld- und Kreditpolitik" (6). Steigende Löhne und Preise hätten die Bundesbank veranlaßt, noch im Mai 1966 ihren restriktiven Kurs zu bekräftigen. Nach dem Baugewerbe und den Investitionsgüterindustrien hätten von Mitte 1966 an fast alle anderen Industrien ihre Produktion eingeschränkt. „Erst als der Auftragseingang im Herbst und Winter beschleunigt zurückging und sich der Lagerdruck immer mehr verstärkte, wurden auch Produktion und Beschäftigung drastisch angepaßt. Um die Jahreswende drohte der Bundesrepublik ein sich selbst verstärkender Prozeß schrumpfender Beschäftigung, schrumpfenden Einkommens und schrumpfender Nachfrage. Ein nicht unerheblicher Teil des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials blieb ungenutzt" (7). Der Sachverständigenrat schließt aus dem Vergleich des Kapazitätszuwachses in dem vorangegangenen Konjunkturzyklus, „daß sich die Investoren 1964 und 1965 nicht wesentlich anders verhalten haben als in den Jahren 1960 und 1961" (8), und folgert aus diesen Überlegungen, daß „der außergewöhnliche Einbruch in der Investitionstätigkeit nicht auf eine übertriebene Kapazitätsausweitung in der Hochkonjunktur zurückgeführt werden kann"(9).



Wenn damit die Sachverständigen als Ursache der Krise von 1966/67 eine Überakkumulation ausschließen, werde implizit – folgert Mandel (10) – die restriktive Kredit- und Geldschöpfungspolitik zur ‚Hauptursache' der Rezession gemacht.

Entgegen dieser neokeynesianischen Auffassung, die der staatlichen Wirtschafts- und der monetären Notenbankpolitik eine relative Autonomie zuspricht und einen gewissen Entscheidungsrahmen für die Investitionstätigkeit der privaten Industrie annimmt, reklamiert die Marxorthodoxie die westdeutsche Wirtschaftskrise als Bestätigung der traditionellen Krisentheorie. Die Ursache der Rezession ist nach

(1) Weißbuch zur Unternehmermoral, hrsg. vom Vorstand der IG Metall, beide Frankfurt 1967.
(2) Weißbuch, a.a.O., S.8.
(3) Weißbuch, a.a.O., S.11.
(4) Vgl. R. Herding, Bestandsaufnahme der Analysen zur objektiven Funktion der Sozialdemokratie im BRD-Kapitalismus seit ihrer Regierungsbeteiligung, Manuskript Frankfurt 1975, S.5 ff.
(5) Sachverständigengutachten 1967, S.17.
(6) a.a.O.
(7) Sachverständigengutachten 1967, S. 17.
(8) Sachverständigengutachten 1967, S.44.
(9) a.a.O.
(10) E. Mandel, Die deutsche Wirtschaftskrise, Frankfurt 1969, S.9.

Mandel die klasssische Ursache der Wirtschaftskrisen im Kapitalismus, wie sie von Marx formuliert worden sei: „einmal die diskontinuierliche, dezentralisierte und anarchische Investitionstätigkeit, d.h. also letzten Endes das Ergebnis des Privateigentums an Produktionsmitteln; zum anderen der unüberbrückbare Widerspruch zwischen der Tendenz des Kapitalismus, die Produktivkräfte uneingeschränkt zu entfalten, und die Beschränkung in der Entfaltung des Massenkonsums, der ‚zahlungsfähigen Nachfrage', die sich aus der gesellschaftlichen Struktur desselben Kapitalismus ergibt" (11). Die aus der kapitalistischen Warenproduktion resultierende anarchische Investitionspolitik der privaten Kapitalien habe seit Beginn der sechziger Jahre zu einer steigenden Überproduktion geführt, die sich in der sinkenden Kapazitätsauslastung niedergeschlagen habe. Diese zurückgestaute Überproduktion sei 1966 ans Tageslicht getreten. Im Unterschied zu früheren Konjunkturzyklen in der Bundesrepublik seien zwei weitere krisenwirksame Faktoren hinzugetreten: einmal eine eindeutig abflauende Tendenz der internationalen Konjunktur, so daß einem Ausweichen auf den Export Grenzen gesetzt waren, und zum anderen Strukturkrisen im Bergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie. Dem grundlegenden Widerspruch zwischen steigender Produktionskapazität und zurückbleibender zahlungsfähiger Nachfrage habe auf dem Gebiet der Rentabilität der einzelnen Unternehmen die sinkende Profitrate entsprochen. Aus diesem Dilemma gäbe es im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft keinen Ausweg. „Man kann die Krise wohl hinausschieben, aber nur um den Preis ihrer Verschärfung" (12).

Wie die Krise von 1966/67 auf ihre klassischen Ursachen zurückführbar sei, so habe sie auch nach Mandel die ‚Funktion der Rezession im Spätkapitalismus' (13) exemplarisch erfüllt. Durch die Reproduktion der industriellen Reservearmee – bei einer maximalen Arbeitslosenquote in 1967 von über zwei Prozent – wäre sowohl eine Reduzierung der Reallohnsteigerung erreicht, als auch eine Verschärfung der Arbeitsdisziplin in den Betrieben durchgesetzt worden. Beides, Senkung des Lohnniveaus und Steigerung der Arbeitsproduktivität, hätte eine Erhöhung der Profitrate bewirkt. Schließlich habe die allgemeine Kapitalknappheit und das neu erreichte Rentabilitätsniveau den Konzentrationsprozeß gefördert. „Wir können also abschließend feststellen, daß die Rezession im Spätkapitalismus die klassische Funktion behält, die die Wirtschaftskrise im Frühkapitalismus erfüllte. Sie muß einerseits das Kräfteverhältnis zwischen Besitzbürgertum und Lohnabhängigen zugunsten des ersteren durch die Reproduktion der industriellen Reservearmee ändern. Sie muß andererseits durch Ausschaltung der wenigen rentablen Betriebe, der Entwertung eines Teils des veranlagten Kapitals, der Beschleunigung der Kapitalkonzentration und der Rationalisierung die allgemeinen Verwertungsbedingungen des Kapitals verbessern, d.h. eine neue Steigerung der Profitrate gewährleisten" (14).

Ebenso verteidigt Altvater die These von der naturwüchsigen Krisenhaftigkeit des Kapitalismus gegen eine neokeynesianische Interpretation der politischen Ökonomie, wie sie in den wirtschaftstheoretischen und wirtschaftspolitischen Auffassungen der westdeutschen Gewerkschaften vorherrsche (15). Die Manipulierung von Krisen könne wegen der konträren Interessen in einer Gesellschaft – in der die einen Privateigentümer und die anderen Verkäufer ihrer Ware Arbeitskraft seien – nur dann kurzfristig gelingen, „wenn die Arbeiterinteressen der kapitalistischen ‚Sachgesetzlichkeit' untergeordnet werden" (16). Konzertierte Aktionen, Rücksichtnahmen der Gewerkschaften auf das sogenannte Gesamtwohl seien nichts als Aktionen für das Wohl des Kapitals. Die Überwindung der Krise von 1966/67 habe klar vor Augen geführt, daß eine unter keynesianischen Absichten manipulierte ökonomische Entwicklung die Ankurbelung der Profite bedeute auf Kosten der Arbeitseinkommen. „Volkswirtschaftliche Sachgesetze, die zur Begründung einer solchen Politik immer wieder zitiert werden, sind demnach nichts anderes als die Gesetze des Kapitals" (17).

Beide Erklärungsmodelle: sowohl das bürgerliche neokeynesianische als auch das marxorthodoxe Krisenmodell greifen in einem wesentlichen Punkt zu kurz. Weder können die bürgerlichen Wissenschaftler die Anwendung oder den Verzicht des antizyklischen Instrumentariums oder den Entscheidungsspielraum der Unternehmen hinreichend erklären (18), noch vermag die Marxorthodoxie, historisch konkret – und nicht nur als wiederholbares Ereignis – die Ursachen der Krise zu bestimmen. Wenn Altvater schreibt: „Nun ist es aber nicht einfach so, daß wir uns willkürlich aussuchen können, für welche dieser Positionen – der Kapitalismus lasse sich krisenfrei mit der ‚modernen Wirtschaftspolitik' manipulieren einerseits und der Kapitalismus bringt immer wieder Krisen hervor andererseits – wir Partei ergreifen. Vielmehr müssen wir mit theoretisch-analytischen Anstrengungen versuchen, die richtige Theorie zu entwickeln" (19) – dann verzichten die theoretisch-analytischen Anstrengungen beider Positionen auf die *historisch-materialistische Analyse des Kräfteverhältnisses zwischen den beiden Klassen.* Eine traditionelle Krisenlösung wie eine keynesianische Wirtschaftspolitik sind als mögliche alternative Strategien Resultat und Instrument von Klassenauseinandersetzungen. Während der schwach entfaltete Arbeiterantagonismus am Anfang der sechziger Jahre eine weitergehende Produktionsdrosselung nicht notwendig machte, hatte in der Phase danach die Strategie der Formierten Gesellschaft ihre Ohnmacht offenbart. Die Produktionseinschränkungen im Bereich der Investitionsgüterindustrie und die restriktive Kreditpolitik der Notenbank, die deren Interessen politisch vertrat, zeigen deutlich die *offensive Strategie* der einen Kapitalfraktion. Ihr steht die *weiche Lösung* der verbrauchernahen Industrie gegenüber, deren Interessen die Regierung Erhard repräsentierte. Die Tatsache, daß diese jener unterlag, ist weder Ausdruck einer ‚kapitalistischen Sachgesetzlichkeit', noch Ergebnis der dezisionistischen Entscheidung des Zentralbankrates; diese Tatsache bezeichnet vielmehr das konkrete Kräfteverhältnis beider Kapitalfraktionen zueinander und den Grad ihrer Offensive gegenüber dem Druck der Arbeiterschaft.

(11) E. Mandel, a.a.O., S. 11 f.
(12) E. Mandel, a.a.O., S.15.
(13) Vgl. E. Mandel, a.a.O., Kapitel II, S. 16 ff.
(14) E. Mandel, a.a.O., S.26.
(15) E. Altvater, Die Weltwährungskrise, Frankfurt 1969, S.6.
(16) a.a.O.
(17) E. Altvater, a.a.O., S.7.
(18) Vgl. R. Herding, a.a.O., S.5.
(19) E. Altvater, a.a.O., S.7.

Gegen die Offensive des Kapitals, über Massenentlassungen und Kurzarbeit den Abbau von betriebsspezifischen Sozialleistungen und die Einführung neuer Leistungslohnsysteme durchzusetzen, hat es vorwiegend in den Betrieben der Metallindustrie Abwehrreaktionen der Arbeiter gegeben. Nach Angaben der IG Metall kam es in der Metallindustrie zwischen Januar 1967 und März 1968 zu etwa 200 betrieblichen Streiks. Herausragten die Arbeitskämpfe in der Offenbacher Druckereimaschinenfabrik Faber & Schleicher im November 1966 und der Hanomag-Belegschaft in Hannover im April und Mai 1967. Die betrieblichen Streiks hatten bis 1968 defensiven Charakter. Sie richteten sich gegen Produktionsstillegungen und Entlassungen, gegen Kürzungen der Akkordvorgabezeiten und Rationalisierungsmaßnahmen, gegen den Abbau übertariflicher Lohnbestandteile und Sozialleistungen (20). „Bedenkt man", heißt es im Jahresbericht der BDA von 1968, „in welch verhältnismäßig kurzer Zeit sich die Wirtschaft – Unternehmer und Konsumenten – von der Schockwirkung der konjunkturellen Talfahrt erholt haben und wie stabil dabei die sozialpolitischen Verhältnisse dem Grunde nach doch blieben. ... Der überwiegende Teil der deutschen Bevölkerung hat hierauf verhältnismäßig gelassen und vernünftig reagiert" (21). Die Krise, die nach Freyer tödlich werden könnte, wird transformiert in eine ‚Rezession nach Maß' (22). Die Vermutung liegt nahe, daß die Krise von 1966/67 in ihrem Ausmaß und in ihrer Wirkung ein – von der Fraktion der deutschen Schwerindustrie – kalkulierter Angriff auf einen bestimmbaren Teil der Arbeiterklasse war. In ihr wurde eine neue Stufe der technologischen Entwicklung durchgesetzt, verbunden mit einer umfassenden Reorganisation der Arbeitsbedingungen (23). Sie hat die Ausbeutung in den Betrieben sprunghaft verschärft und das Lohnniveau drastisch gesenkt. Die jährlichen Reallohnzuwächse sind von 6,3 % 1965 über 2,2 % 1966 auf 1,4 % 1967 gefallen (24). Wie die Krise seit 1965 von den metallindustriellen Unternehmern offen als ein ‚Prozeß der Selbstreinigung der Belegschaften' propagiert worden ist, so werden die durch sie beabsichtigten Resultate nachträglich öffentlich gewürdigt. Vor der Mittelstandstagung der CDU am 28. Mai 1969 in Dortmund erklärte der damalige Bundeswirtschaftsminister Schmücker: „Die 'gewollte Rezession' hat der deutschen Wirtschaft den Wert der Rentabilität und Rationalität eindringlich wieder klar gemacht. Der Aufwand wurde beschnitten, das Arbeitskräftepolster abgebaut, der Mißbrauch der Sozialversicherung ging zurück, und die Arbeitsproduktivität stieg auch" (25).

Kalkuliert und kalkulierbar war die Krise von 1966/67 in ihrer *ökonomischen Konsequenz*. Diese wird sowohl von der bürgerlichen als auch von der marxistischen Wissenschaft konstatiert. Hinter der Kontroverse um die Möglichkeit und den Grad staatsinterventionistischer Maßnahmen verschwindet in den Analysen beider Positionen der spezifisch *politische Charakter* des intervenierenden Staates. Wie der Konflikt zwischen Bundesregierung und Bundesbank als Ausdruck divergierender Kapitalinteressen in die Analyse der Krisenursachen nicht mit eingeht, bleibt das politische Resultat der Krise vollends im Dunkeln: die Hereinnahme der Sozialdemokratie in die Bundesregierung. Die Krise hat nicht nur eine neue Stufe in der Vergesellschaftung des Kapitals bewirkt (26), sondern vor allem einen neuen Zyklus in der *politischen Kontrolle des Antagonismus von Kapital und Arbeit* eingeleitet. Das politische Risiko, das aus der Krise folgte, hat sich organisiert: sowohl in der Ausweitung des staatsinterventionistischen Instrumentariums als auch – und das ist das Entscheidende – in der Veränderung der staatlichen Politik selbst. Die Krise hat ökonomisch die politischen Anstrengungen der Formierten Gesellschaft verwirklicht – jedoch um den Preis nicht kalkulierbarer politischer Folgen. Die Funktionen, die die Krise von 1966/67 auf die Klassenbewegungen in der Bundesrepublik gehabt hat, werden nur klar, wenn sie von ihren Auswirkungen her rekonstruiert wird: Ihre spezifische Lösung hat über die Große Koalition zur sozialreformerischen Regierung geführt und auf dem Höhepunkt des ersten Booms zu der spontanen Streikwelle im September 1969 – zwei für die bundesrepublikanische Entwicklung einschneidende Phänomene.

Der sich verschärfende Widerspruch zwischen Ökonomie und Politik, der die gesamte Phase unter der Regierung Erhard kennzeichnet, erfährt in der Krise von 1966/67 eine erste Lösung durch die *Dynamisierung des Staates*. Formal drückt sich dieser Prozeß in der Erweiterung der gesetzlichen Be-

(20) Vgl. dazu die beiden Weißbücher zur Unternehmermoral, a.a.O.
(21) Arbeitgeber. Jahresbericht der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände 1968, S.9.
(22) Vgl. E. Bandholz, Zwischen Godesberg und Großindustrie oder Wo steht die SPD, Reinbek 1971, S.26-29.
(23) Vgl. Proletarische Front, Arbeiterkampf in Deutschland, München 1973, S. 127-138.
(24) Vgl. O. Jacobi u.a., Gewerkschaften und Klassenkampf. Kritisches Jahrbuch '72, Frankfurt 1972, S.270.
(25) SPD-Pressedienst, Volkswirtschaft vom 9. Juni 1969, S.1.
(26) Vgl. E. Mandel, a.a.O., S. 42 ff.

stimmung für weitgehende Interventionen des Staates in den Wirtschaftsprozeß aus, politisch in der Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung. Nach bald zwei Jahrzehnten sozialdemokratischer Opposition muß die Bildung der Großen Koalition als erster Schritt eines Prozesses angesehen werden, in dem die politische Bewegung der deutschen Arbeiterschaft ihren Anspruch im Staat anmeldet und der sich einzig in der veränderten Rolle der traditionellen Organisationen der Arbeiterschaft ausdrückt. Um welchen Anspruch es sich dabei handelt, wird an den gesetzlichen Maßnahmen deutlich, die die ‚Neue Wirtschaftspolitik' einleiten. Im Juni 1967 wird das ‚Gesetz zur Förderung der Stabilität des Wachstums der Wirtschaft' unter der Großen Koalition verabschiedet. Die spezifische Interessendivergenz zu einer konservativen Wirtschafstpolitik läßt sich an den Veränderungen ablesen, die der ursprüngliche Entwurf, der bereits unter dem Kabinett Erhard erarbeitet worden ist, erfahren hat. „Die ursprüngliche Konzeption", sagt Wolfgang Pohle auf dem Wirtschaftstag der CDU/CSU 1969, „die auf die brennende Frage einer Stabilisierung der Hochkonjunktur zugeschnitten war, wurde durch Vorschriften zur Bekämpfung eines Konjunkturrückschlages ergänzt" (27). Ziel der Erhardschen Vorlage war es, in Anbetracht der sich abzeich-

nenden Überhitzung der konjunkturellen Situation gesetzliche Maßnahmen vorzubereiten, um dem Geldschwund in der Hochkonjunktur entgegenzuwirken. Diese erweiterten staatlichen Maßnahmen sollten die bisherige von der konservativen Regierung praktizierte Wirtschaftspolitik unterstützen: nämlich zur Erhaltung der Geldwertstabilität beitragen und den Ausgleich der Zahlungsbilanz ansteuern. „Während in der Politik der Sozialen Marktwirtschaft – weniger faktisch aber doch programmatisch – der Zielkonflikt zwischen Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität stark betont wurde und eine Präferenz zugunsten der Stabilität postuliert wurde, hat sich heute (1969) der Punkt des optimalen Kompromisses zugunsten der Vollbeschäftigung verschoben. Man ist bereit, höhere Alternativkosten in Geldwertstabilität für einen Zuwachs an Vollbeschäftigung in Kauf zu nehmen" (28). Die Verlagerung der zur verwirklichenden Ziele – von der Geldwertstabilität zur Vollbeschäftigung – ist aber weder interessenneutral noch der inneren Verfassung des Staates äußerlich.

Unter dem Druck der SPD-Fraktion bei Bildung der Großen Koalition wurde die ursprüngliche Konzeption eines Stabilitätsgesetzes zu einem Gesamtprojekt ausgebaut, dessen innere Dynamik und offenkundiges Ziel die Beeinflussung der Einkommensentwicklung ist. In der Regierungserklärung der Großen Koalition heißt es zwar: „Die Bundesregierung bekennt sich daher ausdrücklich zu den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen, die der Deutsche Bundestag im Gesetz über die Bildung des Sachverständigenrates niedergelegt hat: im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum anzustreben" (29). Diese scheinbare Neutralität des Staates in der jeweiligen Verfolgung der Einzelziele ist politisch praktisch an zwei Institutionen gebunden, die den Interessenantagonismus in die staatlichen Entscheidungen selbst verlagern. Über die gesetzliche Verpflichtung des Staates zur Aufstellung von Zielprojektionen und über die Etablierung der Konzertierten Aktion setzen sich die organisierten Interessen politisch um. Entgegen der ordoliberalen Theorie vom Staat als dem Garanten der Wettbewerbsordnung, der die Einhaltung der Regeln des Konkurrenzkampfes gewährleistet, und als Institution über den Interessen der organisierten Gruppen steht, usurpiert er neue Funktionen. „In der neuen Wirtschaftspolitik hingegen wird er als Institution betrachtet, deren Aufgabe es ist, die Führungsrolle im Wirtschaftsprozeß zu übernehmen und die wirtschaftliche Entwicklung auf immer höhere Niveaus zu führen. Seine Hauptrolle als ‚Regent' besteht darin, die Hauptziele der Wirtschaftspolitik zu definieren und sicherzustellen, daß sie erreicht werden" (30).

Sowohl das Aufstellen von Zielprojektionen als auch die Verhandlungen in der Konzertierten Aktion sind, soweit sie eine normative Dimension haben, Resultat eines politischen Kompromisses. Schiller meint in der KOnzertierten Aktion eine flexible Methode gefunden zu haben, „um den autonomen Gruppen in der Gesellschaft eine Mitwirkung an der Vorformung der Wirtschaftspolitik zu ermöglichen" (31).
Die wesentliche Veränderung in der wirtschaftspolitischen Konzeption, die sich in der Krise von 1966/67 vollzogen hat, macht der Vergleich der neuen Wirtschaftspolitik zur Ökonomie der Formierten Gesellschaft deutlich. Erhard wie Schiller sind konfrontiert mit der Existenz der organisierten Gruppen, vor allem der organisierten Arbeiterschaft. War Erhards Experiment der Versuch, die organisierten Interessen *ideologisch* an den Staat zu binden (die ‚informierte Gesellschaft') bei einer gleichzeitigen kapitalautonomen Politik des Staates zur Erhaltung der Geldwertstabilität, erkennt Schiller *machtpolitisch* die organisierten Interessen an und transformiert sie zu einem ‚optimalen Kompromiß' als Basis der staatlichen Entscheidungen – zwischen Geldwertstabilität und Vollbeschäftigung. Die konservative Kritik an der Neuen Wirtschaftspolitik richtet sich konsequenterweise nicht gegen den Zielkatalog des Stabilitätsgesetzes als solchen, sondern gegen die machtpolitische Verankerung der organisierten Interessen für die staatliche Verwirklichung von Einzelzielen. „Das Versprechen, die organisierten Gruppen an der Vorformung der Wirtschaftspolitik zu beteiligen, bindet nicht nur diese Gruppen: sie begründet

(27) W. Pohle, Das Stabilitätsgesetz im politischen Alltag, in: Protokolle Wirtschaftstag der CDU/CSU, Bonn 1969, S.91.
(28) C. Watrin, Stabilitätsgesetz – Illusion oder Realität? in: Protokolle, a.a.O., S.84.
(29) Regierungserklärung von Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger am 13. Dezember 1966 vor dem Deutschen Bundestag, in: Die Große Koalition 1966-1969, Hg. Eurobuch-Verlag August Lutzexer, Freudenstadt 1969, S.186.
(30) C. Watrin, a.a.O., S.85.
(31) C. Watrin, a.a.O., S.88.

auch eine politische Erwartung der Gruppen, daß die von ihnen vorgetragenen Interessen angemessen berücksichtigt werden. Eine Regierung, die eine solche Erwartung begründet und ihr Versprechen gesetzlich ratifiziert, beraubt sich der Möglichkeit, das Allgemeinwohl dann gegen Gruppeninteressen durchzusetzen, wenn die Erfüllung des Gruppeninteresses zu Ungerechtigkeit oder partiellem Freiheitsverlust führt" (32).
Die Quantifizierung von Einzelzielen und die regierungsamtliche Propagierung von Zielprojektionen – sollten sie sich selbst einem politischen Kompromiß verdanken – wirken nicht lediglich konjunkturausgleichend für die Verstetigung des Wachstums und der Stabilität, sondern sie wirken zugleich verteilungspolitisch. Die staatliche Propagierung einer bestimmten Wachstumsrate impliziert bereits die Entscheidung über die proportionelle Aufteilung des Sozialprodukts: welcher Teil auf die Löhne und welcher auf die Gewinne entfällt. Wachstum und Verteilung sind aufs Engste verschränkt. Deshalb sieht Biedenkopf von einem kapitalautonomen Standpunkt mit Recht in einer solchen Wirtschaftspolitik die Gefahr, die „in der Entwöhnung der Bürger (!) liegt, Beeinträchtigungen ihrer Besitzstände als politisch notwendig und ordnungspolitisch gerechtfertigt zu akzeptieren. ... Wachstum wird damit zur Voraussetzung der Politik, zum politischen Zwang" (33).

Zwei in der neuen Wirtschaftspolitik der Großen Koalition verankerte Postulate erlangen praktische Bedeutung. Über ein Instrumentarium zur Dämpfung von Hochkonjunkturen hinaus, nämlich ergänzt um Vorschriften zur Bekämpfung eines Konjunkturrückschlages, rückt die staatliche Garantie der *Vollbeschäftigung* in den Mittelpunkt. Der Staat hat seine Wirtschaftspolitik so einzurichten, daß in rezessiven Phasen mittels des Einsatzes der öffentlichen Haushalte und kreditpolitischer Maßnahmen die Vollbeschäftigung erhalten bleibt. Zum anderen verspricht ein wie immer auch gearteter Aufschwung in Permanenz – die Verstetigung des Wachstums – eine *proportionelle Beteiligung*, d.h. wenn nicht immer sukzessiv steigende, so zumindest gleichbleibende Reallöhne. In dem Maß, wie die staatliche Wirtschaftspolitik beide Postulate faktisch realisiert und als machbar erscheinen läßt, in demselben Maß sedimentieren sie sich als praktische Haltungen. Die Institutionalisierung der neuen Wirtschaftspolitik von der Großen Koalition muß demnach als ein Projekt interpretiert werden, in dem über die machtpolitische Verankerung der organisierten Interessen in den staatlichen Entscheidungen die objektiven Bedingungen geschaffen wurden, unter denen der Arbeiterantagonismus praktische Gestalt gewinnt. Das politische Risiko, das aus der ökonomischen Krisenbewegung von 1966/67 folgte, organisiert sich in der Dynamik dieses neuen Gesamtwirtschaftsprojektes.

Die Lösung der westdeutschen Wirtschaftskrise wird von Eberhard Schmidt aber einzig unter dem Aspekt des modernen staatsinterventionistischen Krisenmanagements beschrieben. „Haben die Notstandsgesetze im Rahmen des Krisenmanagements die langfristige Aufgabe, die Gewerkschaften in Schach zu halten und in akuten Krisensituationen die Massen der Arbeitnehmer staatlicher Disziplinierungsgewalt zu unterwerfen, so sichern andere Instrumente des staatlich regulierten Kapitalismus die für das System in ‚Normalzeiten' erforderliche Stabilität." – „Ein SPD-Politiker als Bundeswirtschaftsminister und eine SPD in der Regierung haben die Funktion, die Loyalität der Gewerkschaften dieser Politik asozialer Symmetrie gegenüber zu garantieren" (34). Außer Frage steht, daß mit dem – von der Großen Koalition geschaffenen – neuen Instrumentarium für eine wirtschaftliche Globalsteuerung und derem praktischen Organ, der Konzertierten Aktion, die Gewerkschaften während und unmittelbar nach der Krise in ihrem Verhalten diszipliniert wurden. „Schillers Politik", schreibt Zencke, „war in der ersten Phase nichts anderes als Unternehmerpolitik, wie sie von einem Abgesandten des Bundesverbandes der Industrie

(32) K. Biedenkopf, Wirtschaftsordnung ist Rechtsordnung! in: Protokolle, a.a.O., S.35.
(33) K. Biedenkopf, a.a.O., S.33.
(34) E. Schmidt, Ordnungsfaktor oder Gegenmacht, a.a.O., S.69 und S.75.

NEUES LOTES FOLUM® 1/27

ZEITSCHRIFT FÜR DIE POÉSIE UND DIE RÉVOLUTION

Ortsgruppe Frankfurt: Das Editorial – **Ortsgruppe Berlin:** Das Eintreten in die Begriffe – **(PR-Abteilung des NLF):** Ein Programm – **Aja Zutschestowawadschju:** Eine Erklärung – **A. Mijn Jong:** Ein Tagtraum – **G. v. Campe:** Eine Revolte – **A. Sohn Rethel:** Eine Kritik – **P. Feyerabend:** Ein Diskurs – **G. Bataille:** Ein entfalteter Begriff – **Redaktion:** Eine Erfahrung.

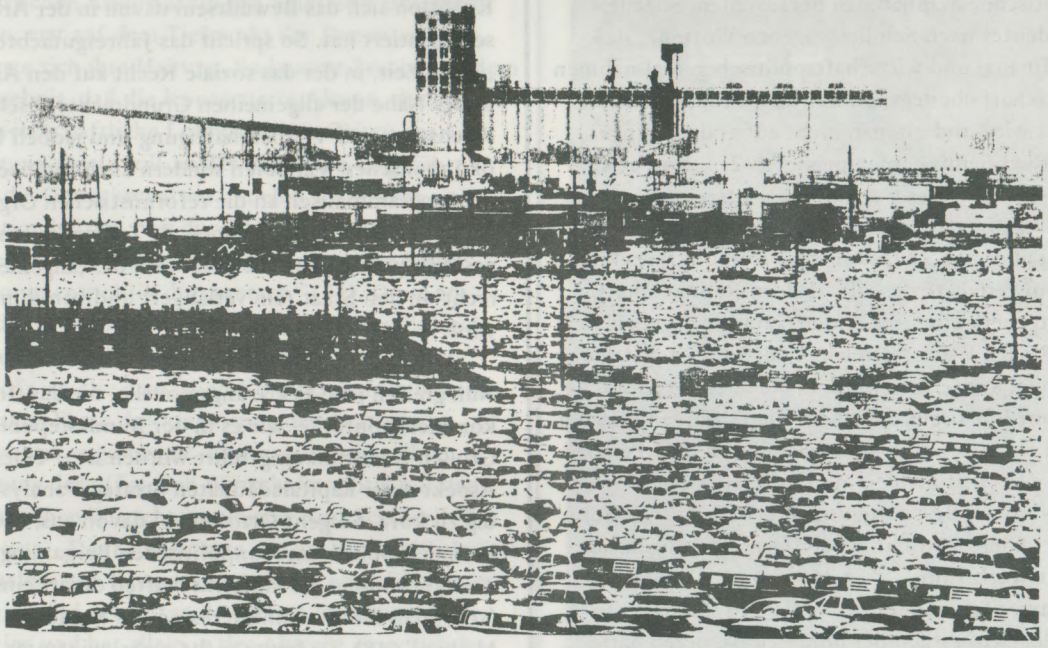
NR. 1. JAHRGANG 27 - FRÜHJAHR 1975

HERAUSGEBER:
REDAKTIONSKOLLEKTIV– NECROPHILIACS LIBERATION FRONT (ORTSGRUPPEN: AMSTERDAM, BERLIN, BERKELEY, BREMEN FRANKFURT, FLORENZ, LONDON, NEW YORK, ~~OLDENBURG,~~ PARIS, ~~STOCKHOLM,~~ WIEN, WORPSWEDE).

DM 20,–

Verlag Association GmbH
2 Hamburg 13 – Postfach 132251

nicht besser hätte gehandhabt werden können" (35). Über zwei Eventualhaushalte und weitere Subventionen nach dem Kreditfinanzierungsgesetz sind 11 Milliarden DM in die private Wirtschaft geflossen. Sie haben zu Investitions- und Wachstumsraten geführt, die in der Geschichte der Bundesrepublik einzigartig waren – auf Kosten der Arbeitnehmereinkommen (36). Ende 1967 konnte Schiller im Lohnkampf der Metallindustrie Nordbadens und Nordwürttembergs als Vermittler erfolgreich auftreten und noch im Februar 1968 sagen: „Die Gewerkschaften haben in hohem Maß Verständnis aufgebracht für die gesamtwirtschaftliche Lage. Sie haben sich nicht gegen die Notwendigkeit einer im Aufschwung gewachsenen Selbstfinanzierung gewehrt"(37).



In der ersten Phase der Großen Koalition – unter den Ausgangsbedingungen einer rezessiven Wirtschaftsentwicklung – war es das ausgesprochene Ziel beider Koalitionsparteien, das staatliche Instrumentarium zur Förderung eines ‚optimalen Wirtschaftswachstums' und zur ‚Sicherung eines hohen Beschäftigungsstandes' einzusetzen. In der Kontroverse um die mittelfristige Wirtschaftspolitik (38) zeichnen sich bereits alternative Strategien der beiden Koalitionsparteien ab: Während die konservative Fraktion für Maßnahmen zur Stabilisierung des Geldwerts und zur Förderung des Exports eintritt, verfolgt die Sozialdemokratie eine Politik der Vollbeschäftigung und des weiteren Wachstums. „Die Christlichen Demokraten haben in ihrer Mehrheit nicht viel dagegen", schreibt Zencke, „daß die Außenwirtschaft nach wie vor der bestimmende Faktor der deutschen Konjunktur bleibt und daß der Vorrang des Exports aufrechterhalten wird. Die Sozialdemokraten dagegen sind an der Hinwendung der Unternehmen zu den Binnenmärkten interessiert, weil sie wissen, daß nur auf diese Weise eine stärkere staatliche Einflußnahme auf die Wirtschaftstätigkeit denkbar ist. (39) Wie Zencke konstatiert, gab es zwischen der *politischen Konjunktur* der Regierungskoalition von CDU/CSU und SPD und der *ökonomischen Konjunktur* des Wirtschaftsablaufs, ‚erstaunliche Parallelen'. Nach Auffassung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände war die Große Koalition zustandegekommen „unter dem unausweichlichen Zwang, die Staatsfinanzen neu zu ordnen und die darniederliegende Konjunktur wieder anzukurbeln. ... In dieser Situation erschien die vorübergehende Zusammenfassung der tragenden politischen Kräfte und somit die Bildung der Großen Koalition ... insgesamt aber doch als unumgänglich" (40). Mit dem Abschluß der ersten Wachstumsphase im Frühjahr 1968 hatte die Große Koalition ihre objektive Funktion erfüllt und damit auch die Sozialdemokratie ihre Funktion als Krisenmanagement. Der Prozeß der Keynesianisierung der Wirtschaft, dessen Motor, der Arbeiterantagonismus, durch die Massenentlassungen in der Krise über zwei Jahre außer Kraft gesetzt wurde, kommt in der zweiten Phase der Großen Koalition wieder voll zum Tragen. „Die Überwindung der Rezession ... hatte im Grundsätzlichen kaum Anlaß zu Gegensätzen zwischen Regierung und Wirtschaft gegeben ... Je mehr sich aber die Wirtschaftspolitik Problemen gegenüber sah, die denen der Hochkonjunktur der ersten Hälfte des Jahres 1966 zu ähneln schienen, desto deutlicher zeigte sich – was die Politik der Krisenbekämpfung lange überdeckt hatte – daß sich Grundlage und Motivation der staatlichen Wirtschaftspolitik tiefgreifend gewandelt haben" (41).

Die Arbeitslosenquote ist 1968 im Vergleich zu 1967 um die Hälfte gesunken und betrug 1969 noch ein halbes Prozent. Während die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände für 1968 empfiehlt, den ‚Aufschwung

(35) H.-H. Zencke, Koalition im Wandel der Konjunktur. Wirtschaftspolitik im Zeichen der schwarz-roten Koalition, in: Die Große Koalition 1966-1969, a.a.O., S.52.
(36) Vgl. E. Schmidt, a.a.O., bes. Kapitel: Im Griff der Einkommenspolitik, s.69 ff.
(37) Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 24 vom 22.2.1968, S.194.
(38) Vgl. H.-D. Hardes, Einkommenspolitik in der BRD. Stabilität und Gruppeninteressen: Der Fall Konzertierte Aktion, Frankfurt 1974, S.30 ff.
(39) H.-H. Zencke, a.a.O., S.72.
(40) Arbeitgeber. Jahresbericht der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände 1969, S.9.
(41) Jahresbericht des BDI 1968/69, S.11.

nach Maß' ohne Gefährdung der Preisstabilität in ein ‚Wachstum nach Maß' überzuleiten, versucht die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik, auf der Grundlage der wiedererreichten Vollbeschäftigung über gesteigerte Wachstumsraten eine Erhöhung der Reallöhne zu bewirken. Schiller verlagerte nach Abschluß der ersten Phase der Großen Koalition seine Initiative auf die Forderung, daß nunmehr die Arbeitnehmereinkommen, die 1967 zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik sich nicht erhöht hätten, fühlbar angehoben werden müßten und die Massenkaufkraft zur Abstützung des neuen Wirtschaftsaufschwungs zu stärken sei. Da die staatlichen Maßnahmen während der Phase der Anti-Rezessionspolitik vor allem zugunsten der Unternehmer ausgefallen wären, sei es deshalb für die Zukunft notwendig, eine *soziale Symmetrie* in den wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen herzustellen. Soziale Symmetrie bedeutet nach Schillers eigenen Worten, „daß man bei allen finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen immer wieder scharf überlegt, ob nur eine Gruppe belastet oder begünstigt wird und ob man nicht auf andere Dinge und Gruppen Rücksicht nehmen müsse" (42). „Von den Gewerkschaften wurde dieser Ausdruck als Versprechen einer gleichmäßigen mittelfristigen Entwicklung der Einkommensverteilung über den Zeitraum eines Konjunkturzyklus verstanden. Man verlangte deshalb, daß im Rahmen der KA von den Arbeitgebern eine frühzeitige Garantie gegeben werden müsse, daß nach Wiedererrreichen der Vollbeschäftigung Lohnsteigerungen konzediert würden, die über die Zuwachsrate der Gewinne hinausgingen" (43). Die Sozialdemokraten hätten in der Tat bewiesen, schreibt Schiller in den ‚Perspektiven', „daß wir es ernst meinen mit den Zielen des 'magischen Dreiecks': hohe Beschäftigung, Preisstabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum. ... Für uns konnte Arbeitslosigkeit kein heilsames Stadium der Geschichte sein, das man zur Stärkung der 'Arbeitnehmermoral' zu passieren hätte" (44). Die Sozialdemokratie hat sich in der rezessiven Phase als die politische Kraft profiliert, der es gelungen zu sein scheint – freilich in dem gemeinsamen Interesse mit dem Kapital – einen Wirtschaftsaufschwung einzuleiten und Vollbeschäftigung herzustellen; und in sie geht als politische Kraft der Anspruch ein, Vollbeschäftigung und stetiges Wachstum zu garantieren – auch gegen die Interessen des Kapitals.

Im Gegensatz zu der marxorthodoxen Annahme, daß in ökonomischen Krisenzeiten die Arbeiterschaft antikapitalistisches Bewußtsein entwickeln soll, liegt die Vermutung nahe, daß die konkrete Erfahrung der Krise von 1966/67 eher zu einer praktischen Haltung bei den deutschen Arbeitern geführt hat, die auf die Sicherung der Arbeitsplätze hinzielt. Die wenigen empirischen Hinweise, die es darüber gibt, deuten jedenfalls darauf hin. Nach den Erhebungen der RKW-Studie ‚Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein' von Kern und Schumann, deren Befragungen in die Zeit von April 1965 und September 1967 fielen, spielt im Bewußtsein der Arbeiterschaft die Gefährdung der Arbeitsplätze eine bedeutende Rolle. Die Arbeitsplatzsicherheit wurde von 73 Prozent der Befragten als gefährdet bezeichnet (45). Dem stehen die Ergebnisse der Göttinger Streikuntersuchung vom Sommer 1970 gegenüber, nach der nur 27 Prozent der befragten Arbeiter eine steigende Arbeitsplatzunsicherheit befürchten. „Offenkundig gilt im Sommer 1970 in der Phase der Hochkonjunktur die Arbeitsplatzsicherheit weniger gefährdet als 1965/66/67. ... Diese aktuellen Arbeitserfahrungen werden von den Arbeitern in ihre generelle Zukunftsperspektive eingebaut und bestimmten sehr stark das Urteil" (46). Die klassengeschichtliche Erfahrung von ökonomischer Krise und Massenarbeitslosigkeit konfrontiert sich offensichtlich der Erfahrung von der politisch-ökonomischen Machbarkeit eines auf Vollbeschäftigung abzielenden Wachstumsprozesses. Zu vermuten ist, daß mit den realen Erfolgen der wirtschaftspolitischen Maßnahmen während der ersten Phase der Großen Koalition sich das Bewußtsein davon in der Arbeiterschaft sedimentiert hat. So spricht das Jahresgutachten 1970 von „einer Zeit, in der das soziale Recht auf den Arbeitsplatz in der Nähe der allgemeinen Grundrechte gesehen wird" (47). Wachstum und Vollbeschäftigung sind jedoch keine rein ökonomischen Variablen sondern auch politische Parameter, die programmatisch an die reformistischen Organisationen gebunden sind. Diese können als Transmissionsriemen angesehen werden, mittels derer sich das ‚allgemeine Grundrecht' in den Staat rein verlängert und von ihm garantiert wird.

Nun greifen jene Erklärungsmodelle, die das ‚Institut Einkommenspolitik' – wie es in der Bundesrepublik von der Großen Koalition eingeführt worden ist – einzig unter dem Aspekt einer kapitaladäquaten Strategie analysieren, notwendig zu kurz. So geht Otto Jacobi davon aus, daß „die Einkommenspolitik im lohnpolitischen Bargaining-Prozeß die Tarifautonomie der Gewerkschaften derart einschränken (soll), daß die Gewinninteressen des Kapitals unangetastet bleiben" (48). Da heute nicht mehr, wie unter konkurrenzkapitalistischen Bedingungen, die Krisenbewegung des Kapitals über die zyklische Freisetzung einer industriellen Reservearmee die Lohnquote reguliere, seien bei anhaltender Vollbeschäftigung gewerkschaftliche Lohnerfolge zu erwarten (49). Der Staat müsse deshalb abwechselnd eine Politik der Wirtschaftsdämpfung führen, um über die Verbreitung von Arbeitsplatzängsten die Lohnpolitik zu zügeln, und eine Politik der Wirtschaftsankurbelung, um den Absatz von Waren zu garantieren und merkliche Arbeitslosigkeit zu vermeiden. „Diese stop-and-go-Politik ist in der wirtschaftspolitischen Praxis schwierig zu machen und hat zum Ergebnis, was eigentlich überwunden werden soll: nämlich zu starke Konjunkturschwankungen. Diesem Dilemma entgegenzutreten, ist die Rolle von Einkommenspolitik, Konzertierter Aktion und Lohnorientierungsdaten" (50). Die primäre Funktion der Einkommenspolitik sei eine präventive: sie solle der Verschärfung des Verteilungskampfes durch systemverträgliche,

(42) K. Schiller, Reden zur Wirtschaftspolitik, Bonn 1970, Band 2, S.150.
(43) H.-D. Hardes, a.a.O., S.34.
(44) Perspektiven. Sozialdemokratische Politik im Übergang zu den siebziger Jahren, hrsg. v. H. Ehmke, Reinbek 1969, S.93.
(45) Vgl. H. Kern, M. Schumann, Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, Frankfurt 1970, Teil I, S.254 ff.
(46) M. Schumann u.a., Am Beispiel der Septemberstreiks – Anfang der Rekonstruktionsperiode der Arbeiterklasse? Frankfurt 1971, S.53 f.
(47) Sachverständigengutachten 1970, S.67.
(48) O. Jacobi, Ursache, Funktion und Ergebnis der Einkommenspolitik, in: Verteilungskampf und Stabilitätspolitik, hrsg. W. Meißner, L. Unterseher, Stuttgart 1972, S.54.
(49) Vgl. O. Jacobi, a.a.O., S.60.
(50) O. Jacobi, a.a.O., S.61.

das hieße gewinnsichernde Regelungen zuvorkommen. Einkommenspolitik hätte demnach die Funktion einer Verstetigung des verteilungspolitischen status quo.

Nach mißlungenen Versuchen, seit der Vollbeschäftigungsperiode Anfang der sechziger Jahre über eine Verteilungsnorm das Wachstum der Löhne an ein inflationierendes Sozialprodukt zu binden – in der Absicht den status quo zu sichern – wird die staatliche Einkommenspolitik in der Bundesrepublik erst 1967 eingeführt. Damit solle nach Jacobi der Lohnkonflikt auf zwei Ebenen befriedigt werden: während die Lohnformel aus Produktivitätsfortschritt und Inflationsrate die Verteilungsnorm vorgäbe, stünden zu deren Durchsetzung als Mittel die Konzertierte Aktion und die amtlichen Orientierungsdaten zur Verfügung. Die Gewerkschaften hatten sich lange Zeit einer lohnpolitischen Kooperation mit Staat und Unternehmern entzogen, erst auf dem Tiefpunkt der Rezession von 1966/67 änderte sich ihre Haltung. So kommt Jacobi zu „dem paradoxen Ergebnis, daß die Konzertierte Aktion, die die autonome gewerkschaftliche Lohnpolitik in Zeiten der Vollbeschäftigung zügeln soll, in der Rezession eingeführt wurde, in der die Gewerkschaften ohnehin schon eine ungünstige Situation hatten. Nur durch die konjunkturell bedingte, zeitweilige Interessenparallelität konnte die Regierung die Einkommenspolitik durchsetzen" (51). Diese angebliche Paradoxie ergibt sich jedoch nur aus einer ökonomistischen Auffassung des Staates, der die politische Verfassung sekundär ist. Die deutschen Gewerkschaften haben in einer rezessiven Phase der Einführung der staatlichen Einkommenspolitik zugestimmt, weil, wie Jacobi selbst sagt, „die Leitung der offiziellen Wirtschaftspolitik auf den sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Karl Schiller" (52) übergegangen war. „Die Konzertierte Aktion war 1967 als Teil des institutionalisierten Krisenmanagements eingeführt worden. Sie war ein Kind der ersten deutschen Rezession nach dem 2. Weltkrieg und hat allein in der Abwehr einer sich kumulativ entwickelnden Krise funktioniert. Das ist leicht erklärbar, da in der Rezession Unternehmer wie Gewerkschaften und Arbeiter ... an einem baldigen Aufschwung gelegen ist und in dieser Konjunktursituation die Verteilungsfrage hinter das Ziel der Vollbeschäftigung zurücktritt, das höchste Priorität beansprucht" (53). Wie die sich daran anschließende Phase bis 1973 zeigt, bestand die Funktion des ‚Instituts Einkommenspolitik' weniger in dem Konfliktmanagement von Sozialdemokratie und Gewerkschaften, in der Verstetigung des verteilungspolitischen status quo, als gerade in einer Verstetigung des Beschäftigungsniveaus. Als Unterpfand für die lohnpolitische Kooperation der Gewerkschaften mit dem Kapital und dem Staat ging in die politische Verfassung des Staates der Anspruch ein, das Beschäftigungsniveau zu sichern. Wenn sozialdemokratische Politik als Krisenmanagement beschrieben wird, dann liegt dem die Tatsache zugrunde, daß der Anspruch auf Vollbeschäftigung sich über die reformistischen Organisationen in den Staat vermittelt. Sowohl die machtpolitische Verankerung der Gewerkschaften in der Konzertierten Aktion, als auch die Hereinnahme der Sozialdemokratie in die Regierung setzen diesen Anspruch praktisch um. Bei der Überschätzung der sozialpolitischen und verteilungspolitischen Forderungen ist der eigentliche Hebel der reformistischen Praxis – in der Kooperation von sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik und gewerkschaftlicher Lohnpolitik seit der Krise von 1966/67 bis zum Abschluß dieser Phase 1973 – die Herstellung und Garantie eines hohen Beschäftigungsniveaus. Diesem obersten Postulat mögen subjektiv alle wirtschaftspolitischen Entscheidungen untergeordnet sein, objektiv schafft es allererst die Bedingungen, unter denen eine reformistische Politik ihre eigenen Antriebskräfte freisetzt. Wie sich die Sicherung von Vollbeschäftigung dem politischen Risiko verdankt, geht sie als Machtkalkül in die Klassenauseinandersetzungen ein: sie setzt den Arbeiterantagonismus frei (54).

(51) O. Jacobi, a.a.O., S.60.
(52) O. Jacobi, a.a.O., S.59.
(53) O. Jacobi, a.a.O., S.59 f.

(54) Dieser Prozeß verdeutlicht die Funktion des Reformismus. Entgegen der linearen Interpretation als Krisenmanagement fungiert er hier primär als ‚Mittel' in der Bewegung der Arbeiterschaft. Das von der Entwicklung der Arbeiterbewegung her tragende Interesse nach einem gesicherten Arbeitsplatz verkehrt sich – verallgemeinert durch die reformistischen Organisationen – zum Mittel der weiteren Entfaltung. Daß sich der klassengeschichtlich einmal realisierte Anspruch nicht ohne weiteres rückgängig machen läßt, dafür sprechen eine Reihe von Einzelmaßnahmen, wie sie in der Krisenphase seit Ende 1973 getroffen worden sind: Kurzarbeit statt Massenentlassungen, Abfindungsprämien großen Stils und ein höheres Maß an Umschulungsmöglichkeiten. Ein Vergleich der sowohl objektiven als auch wesentlich subjektiven Auswirkungen der Krise von 1966/67 und der von 1974/75 steht noch aus. Er wäre klassengeschichtlich sicherlich von größerem Interesse als die vielfältigen Analysen zum Fall der Profitrate.

Arbeiterantagonismus – Septemberstreiks

Nichts, selbst nicht die Krise von 1966/67, hat den Mythos von der wirtschaftlichen und sozialen Stabilität der bundesrepublikanischen Verhältnisse so sehr zerstört, wie die spontane Streikwelle im September 1969. Die bis in die Mitte der sechziger Jahre entwickelten und propagierten Theorien von der ‚nivellierten Mittelstandsgesellschaft', von der ‚Verbürgerlichung des Proletariats' und seiner ‚Integration' in eine Wachstums- und Wohlstandsgesellschaft wurden praktisch widerlegt.

Bei einem Vergleich der heutigen gewerkschaftlichen Situation, mit der Situation, wie sie in den vergangenen zwanzig Jahren vorgeherrscht hat, fällt die veränderte Einstellung der Arbeitnehmer oder wichtiger Arbeitnehmergruppen auf. Der elementare Tatbestand der Gewerkschafts- und Tarifpolitik der vergangenen zwei Jahrzehnte war, daß die große Masse der Arbeitnehmer passiv mehr oder weniger apathisch Gewerkschaftspolitik *über sich ergehen ließ.* So gut wie alle Tarifbewegungen der IG Metall in den vergangenen zwei Jahrzehnten sind *von oben* her angekurbelt, eingeleitet und durchgeführt worden. Nirgends war Druck von unten für die gewerkschaftliche Aktion ausschlaggebend. ... Die spontanen Septemberstreiks *könnten* eine Wandlung dieser Grundgegebenheit bisheriger gewerkschaftlicher Praxis bedeuten. Sollte es zutreffen, daß die Septemberstreiks und kleinere sporadische Streikbewegungen eine neu entstehende aktive Kampfbereitschaft breiterer Arbeitnehmerschichten ankündigen, so wäre das in der Tat richtungsweisend und müßte bei der Ausarbeitung der Gewerkschaftspolitik berücksichtigt werden" (1). Diese Einschätzung von Otto Brenner im Juli 1970 steht heute außer Zweifel. In der Tat kündigen die Streiks im September 1969 eine neu entstehende aktive Kampfbereitschaft der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik an: Warn- und Proteststreiks im September und Oktober 1970 in den Betrieben der Stahlindustrie und der Metallverarbeitung; der gegen die Offensive des Kapitals im November und Dezember 1971 in Baden-Württemberg geführte größte Flächenstreik der Nachkriegszeit; Nadelstich-Streiks 1971 in der chemischen Industrie; und Anfang 1974 eine große Streikwelle im Öffentlichen Dienst.

Es hat an Versuchen nicht gefehlt, das für die bundesrepublikanische Entwicklung einschneidende Phänomen, die spontane Streikwelle im September 1969, zu erklären (2). Die objektivistischen Interpretationen greifen offensichtlich zu kurz. Schwerlich läßt sich die neue Lohnmilitanz mit einer Verschlechterung der objektiven Lohnsituation der Arbeiter erklären. Brenner selbst sieht in den Septemberstreiks den ‚Aufmarsch neuer Generationen' – einer Generation, die nicht durch die Erfahrung von Krise, Arbeitslosigkeit, Faschismus und Krieg zur Passivität verurteilt war, einer Generation vielmehr, die heute ‚initiativ und forderungsfreudig' sozialpsychologisch in den Betrieben bestimmend sei, oder im Begriff wäre, es zu werden. Dieser gegebene Kampfwille bestimme das Kräfteverhältnis zwischen der organisierten Arbeitnehmerschaft und den Unternehmern neu, dessen rechtliche Fixierung im Tarifvertrag zu entsprechen habe (3).

Historisch genauer sind die Erklärungsversuche, die die Septemberstreiks im Kontext der ökonomischen und politischen Entwicklung seit der Krise von 1966/67 interpretieren. Ihr gemeinsamer Bezugspunkt ist die mit der Großen Koalition offiziell in der Bundesrepublik etablierte Einkommenspolitik. Die Neue Wirtschaftspolitik – wird argumentiert – habe zu einer extremen Verzerrung der Verteilungsstruktur zugunsten der Unternehmer geführt. Während die hohen Zuwachsraten des gesamtwirtschaftlichen Wachstums die Gewinnmargen der Unternehmer rapide steigerten, sind aufgrund der restriktiven Lohnpolitik der Gewerkschaften die Löhne kaum angestiegen. Dieses eklatante Mißverhältnis habe sich auf dem Höhepunkt der Konjunktur einer Erwartungshaltung der Arbeiterschaft konfrontiert, die durch das Versprechen der Konzertierten Aktion nach ‚Sozialer Symmetrie' geprägt war. „Wenn die Aufteilung des ökonomisch-sozialen Fortschritts dieser Art ‚Gerechtigkeit' nicht entspricht", resümiert die SOFI-Studie, „wenn die Erwartungen der Arbeiter von ihrem ‚berechtigten' Anspruch nicht erfüllt werden, dann ist eine Situation gegeben, in der sich die Arbeiter gerade wegen ihrer Orientierung an den gesellschaftlich vorgegebenen Normen gegen diese Entwicklung zur Wehr setzen" (4).

So richtig der konstatierte Sachverhalt ist – die empirischen Resultate belegen ihn – so wenig löst er die Fragen: warum die ‚berechtigten' Ansprüche der Arbeiter unter der gegebenen Situation handlungsrelevant geworden sind, sich in ein praktisches Verhalten umgesetzt haben; und weiter, warum es der gewerkschaftlichen Lohnpolitik nicht gelungen ist – oder nicht gelingen konnte – die Lohnmilitanz in den von ihr bestimmten Aktionsrhythmus zu integrieren, was ihrem Selbstverständnis entspräche. Vielmehr legt eine solche Erklärung der spontanen Streikbewegung, die deren wesentlichen Grund in der Diskrepanz zwischen realer Lohnentwicklung und einer von Verteilungsnormen bestimmten Erwartungshaltung der Arbeiter sieht, nahe, daß eine Lohnpolitik konstruierbar sei, die den jeweils spezifischen Erwartungen der Arbeiterschaft entspräche und deren praktisches Organ die Gewerkschaften zu sein hätten.

Eine solche Analyse muß notwendig auf eine theoretische und praktische Kritik der gewerkschaftlichen Organisation zielen. Sie sieht die Ursache der Streikbewegung in einer falschen Tarifpolitik, in der Verbürokratisierung der Gewerkschaftsapparate und in der Entfremdung zwischen Gewerkschaftsführung und Mitgliederschaft. „An keiner Stelle taucht (bei Brenner) der Gedanke auf", schreibt Wolfgang Streeck, „daß gerade dies die Ursache und daß die ver-

(1) IG-Metall-Vorstand. An die Verwaltungsstellen und Bezirksleitungen der IG Metall 9.7.1970., in: E. Schmidt, Ordnungsfaktor oder Gegenmacht, a.a.O., S. 323 f.

(2) Ausführliche Darstellungen und einschlägige Interpretationen der Septemberstreiks finden sich: IMSF, Die Septemberstreiks 1969, Frankfurt 1969; SOFI, Am Beispiel der Septemberstreiks – Anfang der Rekonstruktionsperiode der Arbeiterklasse? Frankfurt 1971; E. Schmidt, Ordnungsfaktor oder Gegenmacht, a.a.O., Kapitel III. Die wilden Streiks im September 1969, S. 81 ff.; J. Bergmann, Neues Lohnbewußtsein und Septemberstreiks, in: O. Jacobi u.a. (Hg.), Gewerkschaften und Klassenkampf. Kritisches Jahrbuch 1972, Frankfurt 1972.

(3) Vgl. IG-Metall-Vorstand, a.a.O., S. 324.

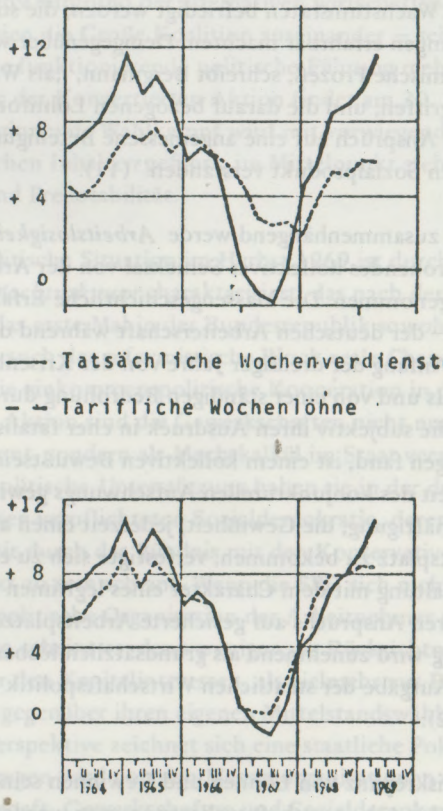
(4) SOFI, Am Beispiel der Septemberstreiks, a.a.O., S. 72.

meintliche ‚neue Kampfbereitschaft' ein Ausdruck des Legitimationsverlustes der traditionellen Gewerkschaftspolitik unter veränderten gesamtgesellschaftlichen Bedingungen sein könnte" (5). Das hieße aber, die Gewerkschaft – oder besser die Gewerkschaftsführung – als *Organ* zum Motor einer Bewegung zu machen, die sich in Wirklichkeit dem manifesten *Kampf* der Arbeiterschaft verdankt. „In Wirklichkeit – so scheint Keynes zu erkennen – funktioniert das System, nicht weil die Arbeiterklasse immer innerhalb des Kapitals ist, sondern weil sie auch außerhalb seiner sein kann; weil sie immer von neuem droht, sich außerhalb seiner zu stellen" (6).

Wenn Brenner darauf beharrt, daß der Grund der spontanen Streikbewegung *nicht* in einer mangelnden Flexibilität der gewerkschaftlichen Organisation zu suchen sei, spricht er nicht nur pro domo, sondern hat Recht gegenüber seinen linksgewerkschaftlichen Kritikern. Er verteidigt damit die Kampfbereitschaft der Basis gegenüber dem Deus ex machina, gegenüber dem Organ, das er selbst repräsentiert. Nur unter dem Selbstmißverständnis der sozialdemokratischen Ideologie erscheinen die Erfolge der reformistischen Bewegung als Erfolge der reformistischen Politik selbst.

Die reale Entwicklung zeigt, daß die Gewerkschaften – offensichtlich ohne größeren Widerstand aus den Betrieben – eine defensive Lohnpolitik betreiben konnten. Wenige Monate vor der Streikbewegung konnte Herbert Giersch (Mitglied des Sachverständigenrates) auf der Mitgliederversammlung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie noch erklären: „Die Gewerkschaften wollten sich vom Sachverständigenrat nicht in die Lohnpolitik hineinreden lassen mit dem Ergebnis, daß sie sich an die Leitlinie des Bundeswirtschaftsministers hielten, dessen Zielprojektion nicht 6,5 v.H. Sozialproduktzuwachs vorsah, wie der Sachverständigenrat für 1968 anvisiert hatte, und nicht gut 7 v.H., wie die amtliche Statistik jetzt ausweist, sondern wie gesagt nur 4 v.H. Infolgedessen brachte der neue Aufschwung einen Lohn-Lag wie nie zuvor und eine Gewinnexplosion, die alles bisherige in den Schatten stellt" (7). Der außerordentliche Wirtschaftsaufschwung hatte auf seinem Höhepunkt zu einer Auslastung der Kapazitäten geführt, wie sie zuletzt 1960 erreicht wurde; der Arbeitsmarkt war leer gefegt, im Sommer 1969 kamen auf einen Arbeitslosen vier offene Stellen; aufgrund der guten Auftragslage wurden Überstunden und Sonderschichten geleistet, damit kulminierte der in der Krise neu eingeleitete Ausbeutungszyklus; und schließlich öffnete sich durch die angespannte Arbeitsmarktsituation die Schere zwischen Tarif- und Effektivlöhnen (8).

- Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH-



—— Tatsächliche Wochenverdienste
– – Tarifliche Wochenlöhne

—— Wochenverdienste ohne Überstundenzuschläge 1)
--- Wochenverdienste bei tariflicher Entlohnung 1)

(5) W. Streeck, Das Dilemma der Organisation – Tarifverbände zwischen Interessenvertretung und Stabilitätspolitik, in: Verteilungskampf und Stabilitätspolitik, a.a.O., S. 158.

(6) T. Negri, Die kapitalistische Theorie des Staates seit 1929, a.a.O., S.31.

(7) zit.n. E. Schmidt, Ordnungsfaktor oder Gegenmacht, a.a.O., S.110.

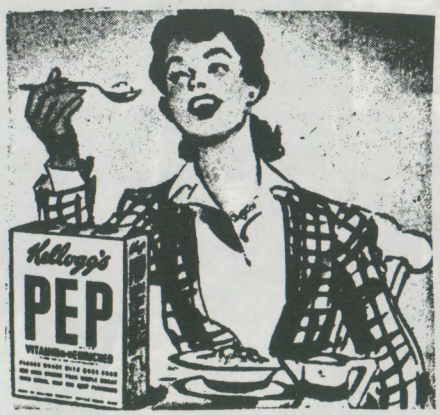
(8) Schaubilder A7 und A8 entnommen aus: SOFI, am Beispiel der Septemberstreiks, a.a.O., S.175.

Bis hierhin scheint die Entwicklung zu bestätigen, daß das ‚Institut Einkommenspolitik' – den Stabilitätsstrategen gemäß (9) – seine Funktion voll erfüllt. Wo es an seine Grenzen zu stoßen scheint, im September 1969, offenbart es jedoch erst seine innere Dynamik. Denn wie die weitere Entwicklung zeigt, ist die spontane Streikwelle der eigentliche Motor des mit der staatlichen Einkommenspolitik in 1967 etablierten Keynesianischen Projekts. In einem Aufsatz ‚Neues Lohnbewußtsein und Septemberstreiks' versucht Joachim Bergmann dessen immanente Dialektik zu bestimmen. Er vertritt die These, „daß die staatliche Einkommenspolitik und ihre ungeplanten Konsequenzen für diese rasche Veränderung der lohnpolitischen Situation verantwortlich zu machen sind" (10).

Die Ergebnisse vorliegender empirischer Untersuchungen über die veränderte Erfahrungsstruktur der deutschen Arbeiterschaft faßt Bergmann in zwei Punkten zusammen: Neuerlich werde die Lohnpolitik in einem *dynamsichen Bezugssystem* interpretiert. In den vorangegangenen zwanzig Jahren war der Orientierungsrahmen für Lohn und Lohnzufriedenheit von dem engen Erfahrungshorizont der unmittelbaren Lebens- und Arbeitssituation bestimmt. Das durch die Kriegs- und Wiederaufbauerfahrungen relativ niedrige Anspruchsniveau konnte leicht von den überdurchschnittlich hohen Wachstumsraten befriedigt werden, die sukzessive Verbesserungen erfahrbar machten. Demgegenüber wird heute der ökonomische Prozeß, schreibt Bergmann, „als Wachstumsprozeß begriffen, und die darauf bezogenen Lohnforderungen werden als Anspruch auf eine angemessene Beteiligung am wachsenden Sozialprodukt verstanden" (11).

Damit eng zusammenhängend werde *Arbeitslosigkeit* nicht mehr als drohendes kollektives Schicksal von der Arbeiterschaft hingenommen. Die klassengeschichtliche Erfahrung – nicht nur – der deutschen Arbeiterschaft während der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre von der Krisenbewegung des Kapitals und von einer ständigen Bedrohung durch Arbeitslosigkeit, die subjektiv ihren Ausdruck in eher fatalistischen Einstellungen fand, ist einem kollektiven Bewußtsein von der Machbarkeit des konjunkturellen Aufschwungs gewichen. „Vollbeschäftigung, die Gewißheit, jederzeit einen angemessenen Arbeitsplatz zu bekommen, verfestigte sich zu einer Erwartungshaltung mit dem Charakter eines legitimen und auch realisierbaren Anspruchs auf gesicherte Arbeitsplätze. Vollbeschäftigung wird zunehmend als grundsätzlich lösbares Problem, als Aufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik angesehen" (12).

Daß die Diskrepanz von Löhnen und Gewinnen seinerzeit bewußt von der Arbeiterschaft wahrgenommen worden sei (und schließlich handlungsrelevant wurde), könne nicht allein im Vergleich zu früheren Hochkonjunkturen auf die besonderen Umstände des Jahres 1969 zurückgeführt werden – vielmehr sei dies das Resultat der seit der Krise praktizierten Einkommenspolitik. Eine solche verlange, um überhaupt erfolgreich sein zu können, eine zumindest temporäre Lohnzurückhaltung und sei damit notwendig auf die passive Massenloyalität angewiesen. Um die Loyalität zu sichern, müsse staatliche Einkommenspolitik auf Normen sozialer Gerechtigkeit zurückgreifen. Die Formel von der ‚sozialen Symmetrie' habe in technokratisch verkümmerter Form eine angemessene Beteiligung der Lohnabhängigen am wachsenden gesellschaftlichen Reichtum versprochen. „Der Rückgriff auf Normen der Verteilungsgerechtigkeit", argumentiert Bergmann weiter, „erzeugt Erwartungen und legitimiert Forderungen, die – vermöge ihrer Eigendynamik – die engen Grenzen einer wachstumskonformen Einkommenspolitik rasch überschreiten" (13). Verstärkt würden diese Erwartungen durch die Gewerkschaften, die einerseits die passive Massenloyalität sichern würden, andererseits aber kompensatorisch für die verlangten Lohnverzichte die Forderung nach gerechterer Verteilung aktiv unterstützen müßten, um die Loyalität der Mitglieder zu erhalten. Somit erzeuge, gegen ihre erklärte Absicht, die staatliche Einkommenspolitik das Potential ihres Scheiterns.



Ebenso sei die praktisch organisatorische Umsetzung der Erwartungshaltung der Lohnabhängigen eine Konsequenz der staatlichen Einkommenspolitik selbst. Die Mitarbeit der Gewerkschaften in der Konzertierten Aktion habe den Tatbestand öffentlich sichtbar gemacht, daß die Gewerkschaften die ‚Spielregeln des kapitalistischen Systems' respektieren und das auch in Zukunft tun würden. Während das für die Führungsspitzen der Gewerkschaften eine Verbesserung der Verhandlungsposition bedeutete – die Berechtigung und Notwendigkeit von Lohnerhöhungen sei von der staatlichen Wirtschaftspolitik selbst anerkannt – würde sich die einkommenspolitische Kooperation der Gewerkschaften für mittlere und untere Funktionäre nicht mit ihrem Selbstverständnis als Gewerkschafter und ihrem Verständnis von gewerkschaftlichen Aufgaben vertragen. Von diesen Funktionärsgruppen sei schon vor 1969 eine Opposition gegen die Politik der Vorstände getragen worden. Und gerade sie, aktive Vertrauensleute und Betriebsräte, schreibt Bergmann, „bildeten das organisatorische Rückgrat der Septemberstreiks und sicherten ihre Erfolge. Sie stellten das organisatorische Instrument dar, durch das die aufgebauten Erwartungen und Ansprüche in den folgenden Tarifrunden lohnpolitisch wirksam werden könnten" (14).

(9) Den theoretischen Rahmen für die in dem Sammelband ‚Verteilungskampf und Stabilitätspolitik' zusammengefaßten Beiträge entfaltet W. Meißner unter dem nicht zufälligen Titel: Stabilität als Aufgabe: Der Reflex von Planungszwängen in der Wirtschaftswissenschaft, a.a.O.,S.11 ff.

(10) J. Bergmann, Neues Lohnbewußtsein und Septemberstreiks, a.a.O., S. 177.

(11) J. Bergmann, a.a.O., S.173.

(12) J. Bergmann, a.a.O., S.176.

(13) J. Bergmann, a.a.O., S.178.

(14) J. Bergmann, a.a.O., S.179.

Beide, von Bergmann angeführten Argumente für das Praktischwerden der nicht eingelösten Erwartungshaltungen erklären die spontane Streikwelle im September 1969 nur unzureichend. Sowohl die Interpretation der Formel von der ‚Sozialen Symmetrie' als zentraler *Legitimation* als auch der Widerspruch zwischen einer mit dem Kapital und dem Staat kooperierenden Gewerkschaftsführung und dem *Selbstverständnis* der unteren und mittleren Funktionäre als tarifautonomer gewerkschaftlicher Interessenvertreter verbleiben in einem rein kommunikativen Erklärungshorizont (15), aus dem eine entscheidende Vermittlungsebene herausfällt: Ähnlich wie bei Jacobi und Müller-Jentsch tritt bei Bergmann – unter dem orthodoxen Zwang der Trennung von politischem und ökonomischem Kampf – die machtpolitisch veränderte Situation, die mit der Institutionalisierung der Einkommenspolitik durch die Große Koalition gegeben war, nicht in den Blickwinkel. Das von ihnen konstruierte Dilemma der Gewerkschaften zwischen politischen Systemzwängen und den Mitgliederinteressen der Basis löst sich in Wirklichkeit in einen ständigen Machtkampf auf, der sich in den Staat rein vermittelt. Der innere Zusammenhang zwischen einer von Gewerkschaften und Sozialdemokratie inhaltlich getragenen Einkommenspolitik und der spontanen Streikbewegung läßt sich weder hinreichend mit der Herausbildung einer ‚Gewerkschaftslinken' erklären, noch mit Begriffen der Loyalität, der Legitimation und des Selbstverständnisses beschreiben. Er ist vielmehr charakterisiert durch die dem Reformismus immanente *Praxis*.

Spätestens seit der Einführung des ‚Instituts Einkommenspolitik' in der Rezession von 1966/67 ist die Tarifautonomie materiell reduziert (16). Selbst wenn subjektiv die Trennung von staatlicher Wirtschaftspolitik und organisiertem Lohnkampf im Bewußtsein der Basis und im Selbstverständnis der Gewerkschaften noch festgehalten wird, ist diese Trennung objektiv obsolet geworden. Den Rahmen dieser objektiven Politisierung der Tarifpolitik setzt die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung seit Bildung der Großen Koalition. Die SOFI-Studie nennt – neben der besonderen ökonomischen Situation – drei für die Erklärung der Streikbewegung politisch relevante Bedingungen: die Große Koalition von CDU/CSU und SPD, die bevorstehende Bundestagswahl und neue Formen der Interessenvertretung außerhalb der institutionellen Konfliktregelungen (17). Das Konzept der Konzertierten Aktion, das durch die Große Koalition gesichert werden sollte, hätte nicht zuletzt zum Ziel gehabt, die Koalition auf die gesellschaftlichen Interessenorganisationen – insbesondere der Unternehmer und Gewerkschaft – auszudehnen, um im Rahmen einer mehrjährigen konjunkturpolitischen Zielplanung die Wirtschaft aus der Rezession in einen neuen Aufschwung zu führen. „Die politische Koalition wurde in eine soziale Koalition verlängert" (18). Die Erfahrungen der Rezession wie die aus der Zeit des Konjunkturaufschwungs hätten die Themen der sozialen Gerechtigkeit: der sozialen Sicherung, der gerechten Einkommensverteilung und Vermögensverteilung, der Gewinn- und Lohnentwicklung in das Zentrum der innenpolitischen Diskussion gerückt. „So wurde unter dem Zeichen der Großen Koalition und insbesondere durch den Eintritt der Sozialdemokratischen Partei in die Regierung auch das Problem der sozialen Gerechtigkeit und der Verteilung des Sozialprodukts virulent" (19). War die erste Phase der Großen Koalition zugunsten der Unternehmer entschieden, blieb die Realisierung der zweiten Phase aus. Sie war von dem politischen Machtkampf zwischen dem bürgerlichen und dem reformistischen Regierungslager gekennzeichnet. Nach dem letzten Kompromiß beider Fraktionen in der Aufwertungsfrage im November 1968 fällt im Frühjahr 1969 aufgrund der alternativen wirtschaftspolitischen Strategien die Große Koalition auseinander – seit Mai gibt es keine funktionierende politische Führung mehr, die letzte Sitzung der Konzertierten Aktion findet am 20. Juni statt. Der beginnende Wahlkampf wird mit vorwiegend wirtschaftspolitischen Inhalten geführt, im Mittelpunkt stehen Aufwertung und Preisstabilität.

Die politische Situation im Herbst 1969 ist durch ein offenbares *Machtvakuum* charakterisiert, das nach der Wahl auszufüllen das erste Mal in der Bundesrepublik sowohl der bürgerlich als auch der reformistische Block reale Chancen haben. Über die einkommenspolitische Kooperation in der Konzertierten Aktion sind die Gewerkschaften nicht nur staatlich anerkannt, sondern als Machtkalkül im Staat verankert. Ihre parteipolitische Unterstützung haben sie in der den Arbeiterinteressen verpflichteten Sozialdemokratie, deren Handlungsfähigkeit durch das Bündnis mit den Konservativen eingeschränkt zu sein scheint. Wenn die SPD sich nicht eindeutig als politische Organisation der Arbeitnehmer profilieren kann, so scheint es, dann weniger aus Rücksichtnahme gegenüber den Kapitalinteressen, als vielmehr aus Rücksichtnahme gegenüber ihren eigenen Mittelstandswählern. Als reale Perspektive zeichnet sich eine staatliche Politik ab, die getragen wird von den Massenorganisationen der Arbeiterschaft. Gewerkschaften und Sozialdemokratische Partei werden von der deutschen Arbeiterschaft als die Organisationen angesehen, die ihre Interessen zu vertreten am besten in der Lage sind. Die SOFI-Studie kommt zu dem Ergebnis: „Danach gefragt, wer 'die Interessen und Belange der Arbeiter in unserer Gesellschaft am besten' vertritt, entscheiden sich 81 % der Befragten für die Gewerkschaften. ... Nur die SPD, zumeist in Kombination mit den Gewerkschaften und als das politische Korrelat zu diesen verstan-

(15) Eine ‚legitimationstheoretisch' verkürzte Argumentation ist das durchgehende Charakteristikum linksgewerkschaftlicher Analysen. So schreibt Walter Müller-Jentsch in seinem Aufsatz über die ‚Bedingungen kooperativer und konfliktorischer Gewerkschaftspolitik': „Als freiwillige Mitgliederorganisationen stehen die Gewerkschaften unter einem dauernden Legitimationszwang gegenüber ihren Mitgliedern. Sie müssen diesen glaubhaft machen können, daß sie deren wirtschaftliche und soziale Interessen erfolgreich vertreten" (in: Leviathan 2/1973, S.231 f.). Wenn Legitimationen aber nur über eine gewerkschaftliche Interessenvertretung hergestellt werden, die materielle Erfolge absichert, dann ist der sogenannte ‚bargaining-process' – weder im Bewußtsein der Agierenden noch objektiv – weniger ein ‚Legitimationsproblem', als eine machtpolitische Auseinandersetzung mit den organisierten Interessen des Gegners. Das Interpretationsmodell knüpft seinem Selbstverständnis nach an Thesen von Habermas und Offe an. Vgl. dazu J. Bergmann, Organisationsinterne Prozesse in kooperativen Gewerkschaften, in: Leviathan, a.a.O., S.242 ff.; J. Habermas, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt 1973; C. Offe, Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt 1972.

(16) Vgl. D. Hoß, Die Krise des ‚institutionalisierten Klassenkampfes', Frankfurt 1974.

(17) SOFI, Am Beispiel der Septemberstreiks, a.a.O., S.3o f.

(18) SOFI, Am Beispiel der Septemberstreiks,a.a.O., S.31.

(19) SOFI, a.a.O., S.32.

den, wird ebenfalls noch von der Mehrheit (55 %) als Interessenvertretung angesehen, während alle anderen politischen Parteien ... in diesem Zusammenhang nur von Minderheiten erwähnt werden" (20).

Wenn auch die streikenden Arbeiter dem Selbstverständnis nach – wie die empirischen Untersuchungen zeigen – ihre Kämpfe nicht als politische verstehen, so waren doch das politische Machtvacuum und ein durch die Schwächung des bürgerlichen Blocks möglicher politischer Machtwechsel die entscheidenden Voraussetzungen für die spontane Streikbewegung im September 1969. Hinter dem Rücken der Akteure – sowohl der Kämpfenden als auch der Wahlkampfstrategen – setzte sich das gemeinsame Interesse praktisch durch. „Die Unruhe unter den Arbeitern, den Stammwählern der SPD, so kurz vor der Bundestagswahl, hielt man, ohne es offen auszusprechen, eher für negativ im Hinblick auf den Wahlausgang. Man dachte in der Klischeevorstellung, Unruhe müsse in jedem Fall den bürgerlichen Parteien nützen; doch das Wahlergebnis zeigte deutlich, daß das Gegenteil der Fall war. Die schichtenspezifische Unruhe hatte sich politisierend auf die Arbeiterwähler ausgewirkt und sie in größerer Zahl als je zuvor an die Wahlurnen gebracht. ... Eine Blitzumfrage des Allensbacher Meinungsforschungsinstituts hatte kurz vor der Wahl bereits ergeben, daß 20 % der Bevölkerung auf die Frage: 'Hat irgendeine Partei mit Schuld daran, daß die wilden Streiks ausgebrochen sind? ' die CDU/CSU nannten, aber nur 11 % die SPD (40% nannten keine Partei)." (21)

(20) SOFI, a.a.O., S.63.
(21) E. Schmidt, Ordnungsfaktor oder Gegenmacht,a.a.O.,S.158.

Eine sozialdemokratische Aktivierung der Arbeiter kann sich sicherlich nicht vorwiegend auf eine inhaltliche an ihren Interessen orientierte Politik der Sozialdemokratie berufen, noch auf die Zusammensetzung der Mitgliederbasis. Die Organisationsfähigkeit der Sozialdemokratischen Partei ist trotz ihrer Rolle als Mitgliederpartei begrenzt. Wohl stellen die traditionellen Arbeiterschichten den relativ größten Anteil der Mitgliederbasis. Nach offiziellen Angaben des SPD-Parteivorstandes über die berufliche Gliederung der Mitglieder der SPD auf Bundesebene waren am 15.6.1973 in der SPD organisiert:

26,4 % Arbeiter
21,9 % Angestellte
13,4 % Rentner
9,9 % Hausfrauen
9,0 % Beamte
6,4 % in Ausbildung. (22)

Es wäre jedoch falsch, davon auszugehen, daß sich über die Mitgliederbasis die Interessen der Lohnabhängigen zur offiziellen Parteipolitik hin vermitteln. Die mangelnde innerorganisatorische Interessenumsetzung läßt sie als Wählerpartei erscheinen, die damit – gerade nach ihrer Wende in 1959 zur Volkspartei – ein legitimatorisches Verhältnis zu ihrer sozialen Bases nahelegt. Dagegen spricht jedoch einmal, ganz sicher für die Stammwählerschaft der SPD, ihre Tradition und ihr Programm als reformistischer Arbeiter- und Arbeitnehmerpartei. Aufgrund neuerer Untersuchungen zur sozialen Basis von SPD, CDU und FDP kommt Schmollinger zu dem Ergebnis, „daß es für Lohnabhängige und ihre Vertreter unter den vier Parteien nur in der SPD eine geeignete Ausgangsposition zur Durchsetzung ihrer spezifischen Interessen gibt" (23). Entscheidender ist zum anderen jedoch das ebenfalls über Tradition und Programm vermittelte enge Verhältnis der Sozialdemokratie zur organisierten Arbeiterschaft, den Gewerkschaften. Wenn auch, wie Schmollinger schreibt, die Einflußmöglichkeit vor allem von Arbeitern und Angestellten auf Veränderungen der Politik bei der jetzigen Konstellation des Parteiensystems in der Bundesrepublik nicht in den Parteien, sondern eher außerhalb zu erreichen sei, so vermittelt die Verflechtung zwischen den beiden Organisationen, der SPD und den Gewerkschaften, die Interessen der Lohnabhängigen in den politischen Reformismus. „Die Organisation, die dies erreichen kann, ist die Gewerkschaft, denn sie organisiert die materiellen Interessen von Arbeitern, Die Einflußchancen über die Gewerkschaften liegen darin begründet, daß sie in der Lage sind, tatsächlich vorhandene Interessen, und dies sind zunächst immer materielle Interessen, zu artikulieren, zu aggregieren und schließlich zu verallgemeinern, daß sie nicht mehr unberücksichtigt bleiben können" (24). Unter der besonderen Bedingung: unter dem dem Reformismus immanenten Zusammenhang von gewerkschaftlich organisierter Arbeiterschaft und ihrem politisch-parlamentarischen Pendant, der Sozialdemokratie, konnte das von der Sozialdemokratie quasi-staatlich formulierte ‚Anspruchsniveau' im September 1969 vermittels der ge-

(22) Nach W. Schmollinger, Abhängig Beschäftigte in Parteien in der Bundesrepublik: Einflußmöglichkeiten von Arbeitern, Angestellten und Beamten, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 1/74, S.62.
(23) H.W. Schmollinger, a.a.O., S.73
(24) H.W. Schmollinger,a.a.O., S.86.

werkschaftlichen Organisation von der Arbeiterschaft eingelöst werden. Die aufgebauten Erwartungen und Ansprüche, von denen Bergmann spricht, waren durch den politischen Reformismus machtpolitisch verankert und konnten so in den aktiven Vertrauensleuten und Betriebsräten als organisatorischem Instrument lohnpolitisch wirksam werden. Die in den Formen unterschiedlichen Kämpfe, der ökonomisch gewerkschaftliche Kampf der Arbeiter und der politisch parlamentarische Kampf der Sozialdemokratie, müssen als jeweils spezifische Manifestationen einundderselben praktischen Bewegung interpretiert werden, deren Möglichkeit und Erfolg sich gegenseitig bedingen im gemeinsamen Kampf gegen das konservative Lager.

Die Sozialdemokratie hat während der gesamten Phase der bundesrepublikanischen Entwicklung ein Schattendasein geführt. Ihre programmatische Öffnung seit 1959 hat sie wohl breiteren Wählerschichten, vor allem den Mittelschichten (25), attraktiv gemacht. Ihr eigentliches Profil hat sie jedoch erst mit dem Regierungseintritt in der Zeit der Großen Koalition gewonnen. Als den Staat mittragende Partei hat sie Zugang zu dem Organ bekommen, mittels dessen sozialdemokratische Politik praktisch werden konnte. Dieser Sprung veränderte nicht nur den Charakter der Sozialdemokratie selbst – von der Opposition zu einer staatstragenden Partei – sondern er bestimmt das Verhältnis zu ihrer sozialen Basis neu. Während des politischen Machtvacuums zu Ende der Großen Koalition und schließlich mit den Wahlen im Oktober 1969 hat der politische Reformismus seine beiden historischen Subjekte, Staat und Bevölkerung, neu konstituiert (26). Entgegen den ökonomistischen – letztlich tradeunionistischen – Interpretationen, die die spontane Streikbewegung vom September 1969 einzig aus den Diskontinuitäten der wirtschaftlichen Entwicklung seit der Krise von 1966/67 erklären, manifestiert sich in den Septemberstreiks ein neues Verhältnis der Arbeiterschaft zum Staat. In der Streikbewegung haben die Arbeiter im Kampf für die quasistaatlich propagierte ‚Soziale Symmetrie' ein neues Verhältnis zum Staat erkämpft. „Der Staatsapparat hat die Menschen nicht", heißt es in der Analyse der Roten Hilfe über Staatsgewalt und Reformismus, „die in seinem Sinne reformieren. Zudem erfolgt der Anstoß und Zwang zur Reform allein aufgrund von Basisaktivitäten" (27). Diese Bewegung von Basisaktivitäten zu den staatlichen Institutionen hat die spontane Streikwelle im Herbst 1969 eingeleitet. So paradox es scheint: trotz der in den Septembertagen gängigen Parole der Arbeiter ‚Heraus aus der Konzertierten Aktion', hat die Arbeiterschaft den Prozeß, der über die staatliche Einkommenspolitik mit der machtpolitischen Verankerung der Gewerkschaften im Staat von den reformistischen Organisationen inganggesetzt worden ist, selbst praktisch eingelöst. Er ist der Ausgangspunkt einer Entwicklung, die drei Jahre später bei den Bundestatswahlen im November 1972 ihren Höhepunkt erreicht.

Die Kämpfe im September 1969 sind auf betrieblicher Ebene geführt worden und doch tragen sie den Charakter eines Kampfes der Arbeiterklasse insgesamt – erste Anzeichen eines sich in der Bundesrepublik neu entfaltenden Klassenkampfes. Waren bis in die Mitte der sechziger Jahre Arbeiterkämpfe eher eine Randerscheinung – sporadisch, meist isoliert, das Resultat disproportionaler Entwicklungen – oder Mittel eines taktischen Kalküls gewerkschaftlicher Tarifpolitik, so führen sie im ökonomischen und politischen Kräfteverhältnis, wie im öffentlichen Bewußtsein seit dem September 1969 auch in der Bundesrepublik eine soziale Existenz. Die rasche Verallgemeinerung der Streiks, die Vereinheitlichung ihrer Forderungen, ihre durchgehende organisatorische Struktur und die Homogenität ihrer sozialen Basis unterscheiden die Bewegung vom September 1969 wesentlich von vorausgegangenen Kämpfen. In den Septemberstreiks hat sich eine praktische Kampfbewegung in den Betrieben neu konstituiert.

Ihr bestimmendes Charakteristikum liegt darin, daß sich die Kämpfe im September 1969 gegen die kapitalautonome Anwendung der Arbeitskraft richten; sie sind kein Angriff gegen das Lohnarbeitsverhältnis überhaupt, sondern – historisch konkret – gegen seine privat- oder konkurrenzkapitalistischen Auswirkungen auf die Arbeitskraft. „Aber es handelt sich nicht bloß um eine Antwort auf die gegenläufige Entwicklung von Löhnen und Profiten – die als solche ja im Wesen noch innerhalb der kapitalistischen Logik verbleiben würden – sondern um einen massenhaften Angriff der Arbeiterklasse gegen den Plan der Kapitalisten, die Klasse und ihre Bewegung den Bedürfnissen der kapitalistischen Akkumulation unterzuordnen – in jener ‚Leistungsgesellschaft', deren angemessener Ausdruck die ‚Große Koalition' war" (28). Auf dem von ihm erreichten Vergesellschaftungsniveau hat das Kapital bis zum September 1969 sich einer Form der Ausbeutung bedient, die die Arbeiterschaft dem historisch überholten Konkurrenzzwang unterwarf.

In all ihren Bestimmungen herrschte die konkurrenzwirtschaftliche Anwendung der Arbeitskraft vor. Das Prinzip der Leistungsentlohnung war realiter ungebrochen. Trotz verschiedener Vorstöße der Gewerkschaften, aus innerorganisatorischem Interesse lineare Lohnforderungen durchzusetzen, differenzierte sich das Lohngefüge zunehmend. Die

(25) Die ökonomische und vor allem politische Bewegung der Mittelschichten ist in dieser Untersuchung ausgespart. Während in den fünfziger und Anfang der sechziger Jahre sowohl der alte als auch der neue Mittelstand eine ökonomisch entscheidende Funktion für die politische Absicherung der Herrschaftsinteressen des Kapitals und der bürgerlichen Parteien besaß (der Begriff der ‚nivellierten Mittelstandsgesellschaft' steht dafür exemplarisch) ist er in seiner ökonomischen und politischen Relevanz in der Phase nach der Krise bis 1974 zurückgetreten. Die Sozialdemokratie konnte nach den Wahlen in 1969 und 1972 davon ausgehen, daß sie in der Koalition mit der FDP durch Unterstützung eines Teils der Mittelstandswähler eine hinreichende parlamentarische Mehrheit bekommt. Dies ist wohl mit der Grund dafür, daß eine im engeren Sinne traditionell reformistische Politik praktizierbar war. Im Unterschied zu der CDU-Herrschaft hat die sozialliberale Koalition eine ‚mittelstandsfeindliche' Politik betrieben: der harte Stabilitätskurs hat wesentlich kleinere Unternehmen getroffen, die Steuerpolitik hat die mittleren Einkommen beschnitten. Eine parteipolitische Polarisierung scheint in der letzten Zeit verstärkt auch den Mittelstand zu durchziehen, wie die Ergebnisse der Regional- und Landtagswahlen in 1974 vermuten lassen. Das verändert die Situation und bringt wahrscheinlich den Mittelstand wieder stärker auf die politische Bühne.

(26) Diese Überlegungen knüpfen an den Aufsatz an: Rote Hilfe West-Berlin, Staatsgewalt, Reformismus und die Politik der Linken, in: Kursbuch 31, Berlin 1973, S.29 f., hier besonders S.64.

(27) Rote Hilfe, a.a.O., S.43.

(28) Arbeiterautonomie in Westdeutschland. Diskussionsbeitrag von LOTTA CONTINUA zu den Klassenkämpfen in der BRD, Gaiganz 1974, S.45.

formal an die Qualifikation gebundenen tarifvertraglichen Lohneinstufungen wurden durch innerbetriebliche Differenzierungen ergänzt. Zum anderen bestimmten die jeweilige Arbeitsmarktlage und mit ihr verbunden der gewerkschaftliche Organisationsgrad die Lohnunterschiede regional und branchenmäßig. In strukturschwachen Gebieten siedelten sich aufgrund des niedrigen Lohnniveaus neue Industrien an. Und schließlich setzte das Kapital einen konjunkturell produktivitätsbezogenen Lohn durch. Sowohl an die wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Branchen, als auch vornehmlich an die gesamtwirtschaftliche Produktivität wurde die Entwicklung des Lohnniveaus gebunden. Seinen krassesten Ausdruck hat diese Tatsache in der Krise von 1966/67 gefunden.

Auf diesen drei Ebenen: gegen das Prinzip der Leistungsentlohnung, gegen die regionalen und branchenmäßigen Lohndifferenzen und gegen die Koppelung des Lohnes an die Krisenbewegung des Kapitals – die nur in ihrer Gesamtheit begriffen werden können als Konsequenz der privatkapitalistischen Verwertung der Arbeitskraft – formulieren die Streiks im September 1969 ihren Angriff. Die Kampfbewegung steht unter dem einheitlichen Motto: ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit', Egalität ist nicht nur die zentrale Forderung, sondern das eigentliche praktisch strukturierende Element der gesamten Bewegung. Ihr unmittelbarer Anlaß ist der Tarifabschluß in der metallverarbeitenden Industrie im August 1969. Da der Vertrag in der Eisen- und Stahlindustrie erst Ende November auslief, wurde die Lohndifferenz zwischen beiden Branchen, deren Betriebe meist zu ein und denselben Konzernen gehörten, offensichtlich. Eine Angleichung der Löhne forderten die Stahlarbeiter ein. „Das Gerechtigkeitsmotiv spielt aber auch eine bedeutende Rolle bei den zahllosen Forderungen nach Angleichung der Löhne an andere Betriebe oder Regionen. Die Kieler Werftarbeiter verlangten eine Lohnangleichung an die Hamburger Schiffbaulöhne. Die Hüttenarbeiter in der Oberpfalz wollten ebensoviel verdienen wie die im Ruhrgebiet, die Bergarbeiter an der Saar wollten ihren Kollegen an der Ruhr gleichgestellt werden. Das Motto lautete, nach einem Sprechchor der Werftarbeiter: ‚Wir gehen jetzt zur Direktion – für gleiche Arbeit – gleichen Lohn'!" (29). Egalität setzt sich in Form des Lohnes das erste Mal auf innerbetrieblicher Ebene massenhaft durch. Losgelöst von der individuellen Anstrengung und losgelöst von der Qualifikation des einzelnen soll das, was einer zum Lebensunterhalt für sich und seine Familie braucht, die Richtschnur für die Lohnhöhe sein. Nicht prozentuale, sondern lineare Forderungen von 30 Pfennig, 50 Pfennig und 70 Pfennig werden als egalitäre Kampfziele propagiert.

Auf Betriebsebene wird der Kampf um die Vereinheitlichung der Klasse geführt. Auf der Basis des gleichen Lohnes wird die über den Lohn vom Kapital erzwungene Spaltung durchbrochen. „Die Lohndifferenzen", heißt es in der Studie des IMSF, „waren sozusagen das am leichtesten erkennbare und daher schwächste Kettenglied des Profitsystems. Sie konnten zum eigentlichen Vehikel der erfolgreichen Streikbewegung werden, weil sie den Grundsatz 'Gleicher Lohn für gleiche Arbeit' offenkundig verletzten und so hochgradig mobilisierende Wirkung auf die Arbeiter hatten" (30).

Der Kampf gegen die privat- oder konkurrenzkapitalistische Anwendung der Arbeitskraft und deren Auswirkungen auf die Löhne, der Kampf für egalitäre Löhne wird in Anlehnung an die italienische Diskussion von Karl Heinz Roth mit einer ‚Homogenisierungstendenz' innerhalb der Arbeiterschaft begründet. „Der Grund war einfach. In der teilautomatisierten Eisen- und Stahlindustrie wurden 1969 je ein Drittel der Arbeiter als 'Facharbeiter', 'angelernte Arbeiter' und 'ungelernte Arbeiter' geführt. Demgegenüber war die Arbeitsorganisation derart weit entwickelt, daß sich unter ihr die Arbeiter im Gegensatz zur Lohnskala weitgehend homogenisiert hatten" (31). Anfang bis Mitte der sechziger Jahre wurde in der Stahlindustrie ein neuer technologischer Sprung eingeleitet, der mit Ausnahme der zahlenmäßig schwachen Steuerleutegruppen für den größten Teil der Stahlarbeiter eine Dequalifizierung bedeutete. Die Ausbeutung wurde in verstärktem Maß intensiviert und neue Entlohnungssysteme, wie die analytische Arbeitsplatzbewertung und MTM-Verfahren eingeführt. Diese neue Stufe der Homogenisierung und Disziplinierung der Arbeitskraft wurde in der Krisenbewegung 1966/67 vom Kapital durchgesetzt. „Die Produktivität dieses Sektors hatte sich im Laufe von drei Jahren ungemein erhöht und zugleich hatte die Neuorganisation der Produktion (technologische Investitionen, verbesserte Ausbeutung der Arbeitskraft mit höchst intensivem Arbeitsrhythmus) berufsspezifischem Einsatz viel Raum genommen. So kommt es, daß von den Stahlarbeitern, die sich anderswo sonst oft eher durch ‚korporative' Forderungen auszeichnen, das erste Mal in Westdeutschland mit der Kraft einer breiten Massenbewegung jene egalitären Kampfziele aufgestellt wurden" (32).

(29) E. Schmidt, Ordnungsfaktor oder Gegenmacht,a.a.O., S.124.
(30) IMSF, Die Septemberstreiks 1969, a.a.O., S.239.
(31) K.H. Roth, Die ‚andere' Arbeiterbewegung, München 1974, S.246.
(32) Arbeiterautonomie in Westdeutschland, a.a.O., S.45.

In der Tat haben sich zahlreiche betriebliche Kämpfe im September 1969 expressis verbis gegen die Organisation der Arbeit, gegen die Einführung neuer Entlohnungssysteme und gegen deren direkte Auswirkungen (Dequalifizierung, höheres Arbeitstempo, Lohnminderung etc.) gewandt. Ein unübersehbares Faktum ist jedoch, daß gerade diese Kämpfe, die bislang – nicht weniger häufig – auf einzelne Betriebe und oft auf einzelne Abteilungen beschränkt und isoliert blieben, im September 1969 über *egalitäre Lohnforderungen* auf einem Niveau *verallgemeinert* wurden, das sie zu einer Bewegung der Klasse macht. Ferruccio Gambino formuliert den Sachverhalt aufgrund von Erfahrungen der italienischen Klassenkämpfe: „Das Problem ist nicht die unmittelbare Einheit der Interessen, sondern eher die Gemeinsamkeit des Angriffsziels" (33). Unleugbar hat eine Homogenisierung der Arbeiterschaft in der Eisen- und Stahlindustrie, in der Metallverarbeitung und auch im Bergbau stattgefunden, die im Vergleich zu der vorhergehenden Strukturierung der Betriebe zu einer Angleichung der Interessenlage geführt hat; ein Prozeß übrigens, der in den Mengenproduktionsgüterindustrien wie der Elektrotechnik und der Automobilindustrie, wesentlich früher eingesetzt hat. Das entscheidende Faktum jedoch, das zu der praktischen Verallgemeinerung der Streikbewegung 1969 geführt hat, muß in dem gemeinsamen Angriffsziel der Arbeiterklasse gesehen werden: nämlich in der – kapitalgeschichtlichen – Koppelung des Lohnes an die individuelle Leistung, die jeweilige Arbeitsmarktsituation und die branchenmäßige und gesamtwirtschaftliche Produktivität.

Daß dieser Angriff auf dem Höhepunkt des Booms stattgefunden hat, hat seinen wahren Charakter für viele verschleiert. Er wurde im Rahmen einer zyklischen Wirtschaftsentwicklung als Nachholbedarf interpretiert. So heißt es im ‚Geschäftsbericht 1968 bis 1970' der IG Metall: „Die spontanen Streiks vom September 1969 wie auch das Engagement der Arbeitnehmer in der Lohnrunde 1970 waren Zeichen eines wachsenden Bewußtseins. Sie erinnerten Regierung und Unternehmer an die bis dahin ausgebliebene 'Soziale Symmetrie', die den im Rezessionstief von 1967/68 benachteiligten Arbeitnehmern versprochen war" (34). Für die aktuelle Situation mag diese Einschätzung richtig sein, tendenziell geht der mit der Streikbewegung 1969 eingeleitete Angriff der Arbeiterklasse über die Einforderung des jeweils konjunkturellen Ausgleichs der Reallöhne hinaus. Die positive Fixierung der Arbeiterschaft an das Programm der 'sozialen Symmetrie' bedeutete zugleich die Entkoppelung des Lohnes von der konjunkturellen Bewegung des Kapitals. Das Programm der ‚sozialen Symmetrie' ist gebunden an die objektiven Bedingungen von Vollbeschäftigung und stetigem Wirtschaftswachstum, die herzustellen, die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik versprach. „Nicht umsonst", schreibt Schiller, „wird in den 'Perspektiven' als wichtigstes Ziel ein stetiges Wirtschaftswachstum genannt. Wir halten dieses Ziel in der Tat für erstrebenswert; nicht um einer kritiklosen Freude an hohen Wachstumsraten willen, sondern wegen der engen Verknüpfung von Wachstum des Sozialprodukts und Lebensstandard jedes einzelnen Bürgers! In einer wachsenden Wirtschaft steigen die Einkommen; Wachstum ist die Basis für gesellschaftliche Reformen und strukturelle Veränderungen" (35). Das Programm der Neuen Wirtschaftspolitik, indessen Rahmen die Arbeiter die ‚soziale Symmetrie' einfordern, konfrontiert sich einer Abhängigkeit der Löhne von der Krisenbewegung des Kapitals.

Der Angriff der Arbeiterklasse gegen die kapitalautonome Verwertung der Arbeitskraft – auf den drei Ebenen: der Leistungsentlohnung, der regionalen und branchenmäßigen Differenzierung der Löhne und ihrer Bindung an die konjunkturelle Bewegung des Kapitals – ist offensiv von den gewerkschaftlichen Basisinstitutionen im Betrieb und ihrer sozialen Basis einer vornehmlich deutschen – wenn auch im Prozeß der Dequalifizierung begriffenen – Facharbeiterschaft geführt worden. „Die 'wilden' Streiks jenes Jahres werden von der Figur des Stahlarbeiters im Lohnkampf getragen. ... Es handelt sich um jenen Teil der Arbeiterklasse, der am wenigsten die Brüche, unvermittelte Übergänge und Veränderungen in der eigenen Zusammensetzung erlitten hatte, der am wenigsten die Folgen der Trennung nach Nationalitäten, am geringsten die horizontale Mobilität verspürt hatte; ... Es handelt sich hier, schließlich, um jenen Teil der Arbeiterklasse, auf den sich am stärksten die Beziehung der Gewerkschaft und der Sozialdemokratie zur Arbeiterklasse insgesamt stützt und an dem sie sich mißt." (36) Die tragenden Altersgruppen waren die mittleren Jahrgänge, die, wie Brenner zurecht betont, ihre industrielle und politische Sozialisation im Nachkriegsdeutschland erfahren haben. Sie übten einen dominierenden Einfluß in den betrieblichen und gewerkschaftlichen Institutionen aus und hatten Schlüsselpositionen im Arbeitsprozeß inne.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad der bestreikten Betriebe war außerordentlich hoch. Trotz aller Kritik an den Gewerkschaftsapparaten und der Betriebsratsbürokratie ist das Selbstverständnis der im September 1969 aktiv am Streik beteiligten Arbeiter durchgehend gewerkschaftlich. Die organisierten Arbeiter würden in der Regel nicht vergessen, schreibt Eberhard Schmidt, „daß auch sie selbst ‚die Gewerkschaft' sind, und daß Gewerkschaften in diesem System der Trennung zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung des Produzierten unentbehrlich sind, um dem Arbeiter das Existenzminimum zu sichern" (37). Die gewerkschaftliche Organisation wird, nach den Ergebnissen der SOFI-Studie, nicht nur als notwendig, sondern gleichzeitig als ihre wichtigste gesellschaftliche Interessenvertretung gesehen. Mißtrauen in die Stabilität der gegenwärtigen Verhältnisse, die Einsicht in die Notwendigkeit einer kollektiven Interessenvertretung und das Bewußtsein sozialer Benachteiligung bilden die Basis jener Haltung, „die das Vorhandensein einer ‚eigenen' Organisation für unabdingbar ansieht"(38).

Weniger die sich homogenisierende Ausbeutungssituation als der über die *gewerkschaftliche Basisorganisation* vermittelte gemeinsame Angriff der Arbeiterschaft scheint die

(33) F. Gambino, Politischer Lohn als Alternative zum nurbetrieblichen Kampf, in: T. Negri, Krise des Plan-Staats, Kommunismus und revolutionäre Organisation, Berlin 1973, S.58.

(34) Geschäftsbericht 1968 bis 1970 des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland. Hg.: Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt 1971, S.51.

(35) Sozialdemokratische Perspektiven, a.a.O., S.95.

(36) Arbeiterautonomie in Westdeutschland, a.a.O., S.44.

(37) E. Schmidt, Ordnungsfaktor oder Gegenmacht, a.a.O., S.130 f.

(38) SOFI, Am Beispiel der Septemberstreiks, a.a.O., S.65.

praktische Verallgemeinerung der Streikbewegung geleistet zu haben. In den einzelnen Streiks selbst besteht zwischen der kämpfenden Basis und den praktischen Streikorganen ein innerer, meist kooperativer Zusammenhang. Mit wenigen Ausnahmen bilden die Betriebsräte oder dominierende Franktionen in ihnen, unterstützt von aktiven Vertrauensleuten, die Streikorgane. Diese gewerkschaftlichen Basisorganisationen spielen die wichtigste Rolle bei der Initiierung und dem Abbruch des Streiks, treffen die wichtigsten Entscheidungen und haben fast durchweg die Kontrolle über die betriebliche Streikbewegung. Nach ihrer Organisationsstruktur können die betrieblichen Kämpfe als ‚Verhandlungsdruckstreiks' charakterisiert werden. Der Betriebsrat als offizielle Interessenvertretung im Betrieb führt die Verhandlungen mit der Geschäftsleitung, die durch den Druck der Belegschaft unterstützt werden. Die betrieblichen Kämpfe finden vorwiegend in der Form von faktischen Betriebsbesetzungen statt. Der betrieblichen Interessenvertretung, Betriebsrat und Vertrauensleuten, kommt bei der Organisierung der Streiks im Bewußtsein der Streikenden eine hohe Bedeutung zu. „Gerade die aktiven Arbeiter waren sich offenkundig bewußt, daß bei der Initiierung und Organisierung der Streiks nur die Mitwirkung der betrieblichen Interessenvertretung eine erfolgreiche Durchführung sichern konnte" (39).

Die Gewalt, die die spontane Streikbewegung im September 1969 gegen das Kapital entfalten konnte, liegt in der tolerierenden Haltung der Gewerkschaftsspitzen begründet, zumindest der am Streik maßgeblich beteiligten Gewerkschaft, der IG Metall. Sie hat sich – wie übrigens das politische Pendant des Reformismus, die SPD – nie offen gegen die Kämpfe gestellt, sich vielmehr aus der betrieblichen Konfrontation streng herausgehalten. Exemplarisch dafür steht Brenners Verhalten auf der Angestelltenkonferenz der IG Metall in Bremen. Als die streikenden Klöcknerarbeiter eine Demonstration zu der Konferenz angekündigt hatten, sagte Brenner sein Erscheinen in Bremen ab. Die Mehrheit der vom Göttinger Institut befragten streikenden Arbeiter ist denn auch der Meinung, daß die Gewerkschaft sich nicht ausdrücklich gegen die Streiks gewandt habe; etwa ein Drittel vertritt sogar die Auffassung, daß die Gewerkschaft die Streiks offen oder versteckt unterstützt habe. Selbst Karl Heinz Roth konstatiert: „Niemand wagte in den Septembertagen, die Arbeiter, die von ihrem Kern, der Eisen- und Stahlindustrie aus, mit dem höchsten gewerkschaftlichen Organisationsgrad, den es in einem westdeutschen Industriezweig überhaupt gab, gegen Unternehmer und Gewerkschaften operierten, offen anzugreifen" (40). Die politische und ökonomische Machtkonstellation schien im September 1969 für die Arbeiterschaft so günstig, daß die an der Basis gewerkschaftlich organisierten Arbeiter einen erfolgversprechenden Angriff gegen die kapitalautonome Verwertung der Arbeitskraft starten konnten – der Erfolg der Bewegung hat eine Etappe von Klassenkämpfen in der Bundesrepublik eingeleitet, in der sich die Arbeiterschaft als autonome Kraft etabliert.

(39) SOFI, Am Beispiel der Septemberstreiks, a.a.O., S.118.

(40) K.H. Roth, Die ‚andere' Arbeiterbewegung, a.a.O.,S.246.

TEXTE ZUM KAMPF IN CHILE

NACHRICHTEN VOM WIDERSTAND
Organ der Bewegung der revolutionären Linken (MIR) Chiles im Ausland. Ausgabe in Deutsch.
Bisher 3 Nummern u. 1 Sondernummer je ca. 80 S. DM 3.00

DOKUMENTE ZUR ENTWICKLUNG IN CHILE 1970 – 1973
Verlag 2000 112 S. DM 5.00

Jürgen Eckl
KLASSENKÄMPFE IN CHILE
eine historische Eingliederung (ab Anfang des 19. Jahrhunderts) des chilenischen Prozesses bis zum Putsch.
Verlag 2000 DM 10.00

CHILE – INTERVIEWS MIT MIGUEL ENRIQUEZ (MIR)
Verlag Roter Stern 94 S. DM 5.00

Fidel Castro
REDE ZU DEN EREIGNISSEN IN CHILE UND IHRE AUSWIRKUNGEN AUF LATEINAMERIKA
gehalten in Havanna, am 28. 9. 1973
Verlag Let it Bleed 40 S. DM 2.50

CHILENISCHE LEHREN
mit Dokumenten der linken Bewegung in Chile.
Herausgegeben vom Spartacusbund.
DIN A 4 74 S. DM 3.00

TEXTE ZU PORTUGAL

REFORM UND REVOLUTION IN PORTUGAL
R. Blackburn: Wohin treibt Portugal? *Redaktionskollektiv:* Chronik der laufenden Ereignisse von Okt. 74 – April 75. *Y. Hardy:* Portugal: Anatomie einer neuen Militärmacht. u. a.
Olle und Wolter Verlag 180 S. DM 9.00

PORTUGAL – AUF DEM WEG ZUM SOZIALISMUS?
Analysen, Dokumente.
Verlag 2000 DM 8.00

Annie Cohen
EIN MONAT IN PORTUGAL
in : *SEXISMUS IN REVOLUTION UND KONTER–REVOLUTION · Chile, Tupamaros, Portugal*
Editora Queimada ca. 140 S. ca.DM 8.50

PORTUGAL – SPANIEN
Zeitschrift der Portugal–Spanien–Gruppe Westberlin.
Nr. 1 vergriffen – Neuauflage vermutl. Okt. DM 1.70
Nr 2 63 S. DM 2.00
Extrablatt 1 DIN A 3 4 S. DM 0.30
Extrablatt 2 " 10 S. DM 0.50

TEXTE ZUR 3. WELT

Bob Potter
VIETNAM SUPERSTAR ODER SIEG FÜR WEN ?
Kritische Analyse der vietnamesischen Ereignisse von der Kolonialzeit bis heute.
MAD – Flugschrift 104 S. DM 6.00

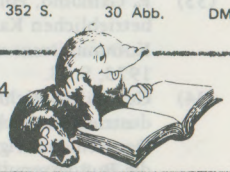
VIET NAM – KULTUR– UND BEFREIUNGSKAMPF
Zeitschrift des Initiativkomitees für Vietnam in Köln.
Bisher 24 Nummern je DM 1.30 Doppelheft DM 1.50

Bernd Knoll
CHINA – REVOLUTION PLUS PRODUKTION
Entwicklung und gegenwärtiger Stand der Volksrepublik.
Focus Verlag 144 S. DM 9.00

Gruppe Solidarity
AUFSTAND AUF CEYLON
Über dessen Ursache, Verlauf und Niederlage.
MAD – Flugschrift 88 S. DM 5.00

Guillermo Lora
BOLIVIEN 1971 – DER ERSTE SOWJET LATEIN–AMERIKAS
Verlag Neuer Kurs 352 S. 30 Abb. DM 16.80

Bestellungen an: MAULWURF BUCHVERTRIEB 1 Berlin 36 Waldemarstraße 24
Postscheckkonto 7905 - 103 PSchA Bln - W



Die Dynamik des keynesianischen Projekts

In reiner Form realisiert sich das keynesianische Projekt in den auf die Septemberstreiks folgenden Tarifbewegungen in der Metallindustrie. Eine auf Wachstum und Vollbeschäftigung ausgerichtete Wirtschaftspolitik, eine machtpolitische Stärkung der Gewerkschaften und eine sich autonomisierende gewerkschaftliche Basis bilden die Elemente seiner inneren Dynamik. Mit der Wahl vom Oktober 1969 und der Regierungsbildung durch die sozialliberale Koalition ist der politische Widerstand der kapitalautonomen Fraktion gebrochen. Politisch geschwächt und in sich gespalten kann die bürgerliche Opposition der Neuen Wirtschaftspolitik keinen nennenswerten Widerstand entgegensetzen. Ihr erster Akt ist die Aufwertung der D-Mark vom Oktober 1969. Bei anhaltender Hochkonjunktur bleiben die Garantie der Vollbeschäftigung und die Sicherung eines stetigen Wirtschaftswachstums die primären Ziele der sozialreformerischen Wirtschaftspolitik. So konstatiert die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in ihrem Jahresbericht 1970: „Die Regierung konnte sich in der ersten Jahreshälfte zu einer durchgreifenden restriktiven Haushaltspolitik ebensowenig entschließen, wie in der Konzertierten Aktion zu einem deutlichen Signal für eine stabilitätskonforme Lohnpolitik. Gefangen in der Rücksichtnahme auf ihre gewerkschaftlichen Bindungen ließ sie die lohnpolitische Flanke offen." (1) Erst zu Beginn der zweiten Jahreshälfte 1970 hat die Bundesregierung restriktive konjunkturpolitische Maßnahmen eingeleitet, die den bis dahin anhaltenden Boom dämpfen sollten. Für die Zeit vom 5.7.1970 bis 31.1.1971 wurde die degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter und Wirtschaftsgebäude ausgesetzt, jedoch gleichzeitig ein zwölfprozentiges Wachstum der öffentlichen Haushalte für 1971 beschlossen.

Die Gewerkschaften sehen in der sozialliberalen Koalition den Garanten für eine Wirtschaftspolitik, die mittelfristig ein stetiges Wachstum sichert und auf die sie eine expansive Lohnpolitik gründen. Brenner schreibt am 7. Juli 1970 im Mitgliederorgan seiner Gewerkschaft: „Wir erwarten von der Bundesregierung Maßnahmen zur Erhaltung der Vollbeschäftigung, eines stetigen Wirtschaftswachstums und eines stabilen Preisniveaus." (2) Mit der interventionsstaatlichen Garantie der sozialreformerischen Regierung war der machtpolitische Rahmen gegen eine mögliche Rezession mit Massenentlassungen von Seiten des Kapitals und für die verteilungspolitischen Absichten der Gewerkschaften abgesteckt. „Mit dieser Tarifbewegung ziehen wir die Konsequenzen aus der Entwicklung der Vergangenheit", heißt es in der ‚Metall' vom 1. September 1970, „und wollen eine Grundlage schaffen für eine bessere Einkommensverteilung, verbunden mit einer stetigen und störungsfreien weiteren wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung."(3)

Damit wird die Loslösung des Lohnes von der konjunkturellen Bewegung des Kapitals – ein Prozeß, der in den Kämpfen im September 1969 von der Arbeiterschaft eingeleitet worden ist – von den Gewerkschaften in der Tarifbewegung 1970 offiziell sanktioniert. In den Mittelpunkt der Tarifauseinandersetzungen tritt von nun an der Verteilungskampf zwischen Kapital und Arbeit, dessen jeweilige Resultate von den – wohl auch konjunkturbedingten – machtpolitischen Positionen beider bestimmt werden. Wie diese Autonomisierungstendenz der Arbeiterschaft bedingt ist durch die staatliche Wirtschaftspolitik, geht aus einer Einschätzung der BDA hervor. Zwischen der Erkenntnis der tatsächlichen Konjunkturlage, heißt es im Jahresbericht 1970, und deren Umsetzung in wirtschaftlich ‚richtiges' Verhalten, sowie zwischen diesem Verhalten und dessen Auswirkung, bestehe ein problematischer ‚time lag', dessen Länge ganz entscheidend von den jeweiligen politischen Verhältnissen abhinge. So wäre die konjunkturelle und lohnpolitische Situation des Jahres 1970 entscheidend durch das Verhalten der Verantwortlichen in der amtlichen Konjunkturpolitik und während des Wahlkampfes im Herbst 1969 bereits vorbestimmt worden. „Künstlich stimulierte Erwartungen auf höhere Einkommen und die Propagierung falscher Vorstellungen von einer sozialen Symmetrie, in der die Verteilungsgerechtigkeit der Einkommen ohne die konjunkturbedingte Phasenverschiebung als erreichbar und politisch möglich hingestellt wurde, trugen maßgeblich zur Unsicherheit der Gewerkschaften, zu wilden Streiks und somit zur überbordenden Lohnwelle im Jahre 1970 bei". (4)

Die Tarifbewegung 1970 hat die höchsten Reallohnsteigerungen im Nachkriegsdeutschland gebracht. Die Abschlüsse in der Metallindustrie zwischen 10 und 12,5 Prozent haben mit der Vorweganhebung und den strukturellen Lohnausgleichen die durchschnittliche Forderung der IG Metall von 15 Prozent erfüllt. Die Bundesvereinigung spricht von einer „weit geöffneten Schere zwischen abnehmendem Produktivitätszuwachs und rapid steigenden Verdiensten". (5) Die Lohnerhöhungen lagen über dem Produktivitätswachstum und haben die Gewinnmargen der Unternehmer real eingeschränkt. „Die Verteilungsrelationen verschoben sich 1970 deutlich zugunsten der Arbeitnehmer" (6) heißt es im Sachverständigengutachten 1970. Es wird dort eine ‚Verschärfung des Verteilungskampfes' konstatiert. Durch die tarifliche Absicherung der Effektivverdienste wurde die je nach Konjunkturlage einsetzbare ‚Manipuliermasse' der Unternehmer wesentlich reduziert.

„Seit den wilden Streiks (1969) stehen die Gewerkschaften in einer doppelten Zwangslage: Einerseits glauben sie, mit einer stabilitätskonformen Lohnpolitik die Interessen ihrer Mitglieder nicht befriedigen zu können. Sie sahen ihre Organisation durch wilde Streiks bedroht und sich deshalb genötigt, die Flucht nach vorn anzutreten. Andererseits mußten sie selbst erkennen, daß durch eine expansive Lohnpolitik die inflationäre Entwicklung beschleunigt oder die Sicherheit der Arbeitsplätze gefährdet wird". (7) Außer Zweifel steht, daß die Gewerkschaften, zumal die IG Metall, in der Tarifbewegung 1970 die Flucht nach vorn angetreten haben. Wenn Brenner in seiner Einschätzung der Septemberstreiks zu dem Schluß kommt, daß entgegen früheren Tarifbewegungen die Gewerkschaften jetzt möglicherweise hinter dem gegebenen Kampfwillen der Belegschaften zurückblieben, so zieht die IG Metall daraus für die Tarifbewegung 1970 die praktische Konse-

(1) Arbeitgeber. Jahresbericht der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände 1970, S. 3 f.
(2) Metall. Zeitung der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Hg. Industriegewerkschaft Metall, Frankfurt, 7. Juli 1970
(3) Metall, a.a.O., 1. September 1970
(4) Arbeitgeber. Jahresbericht 1970, a.a.O., S. 7.
(5) Arbeitgeber. Jahresbericht 1970, a.a.O., S. 6.
(6) Sachverständigengutachten 1970, S. 1.
(7) Arbeitgeber. Jahresbericht 1970, a.a.O. , S. 4.

quenz. Wie die Infas-Untersuchung (8) deutlich gemacht hat, sind die streikenden Metallarbeiter vom Herbst 1969 bereit, auch in Zukunft ihre Forderungen kämpferisch durchzusetzen. Ausnahmslos stehen alle Gewerkschaften unter dem Druck einer aggressiven Lohnpolitik. Die zentralen Kampfinhalte der Streikbewegung vom September 1969 sind gewerkschaftsöffentlich zur Grundlage der folgenden Tarifauseinandersetzungen gemacht worden. In den im Juni 1970 vom Vorstand der IG Metall verabschiedeten Richtlinien zur kommenden Tarifauseinandersetzung werden ein größerer Anteil am erwirtschafteten Sozialprodukt, die tarifliche Absicherung der Effektivverdienste, eine Verbesserung des Lohnschlüssels, die Anhebung der der unteren Lohngruppen und regionale Verhandlungen gefordert (9). Die Forderungen sind regional differenziert – gerade dort, wo es 1969 zu Kämpfen kam, gehen die Inhalte in den Forderungskatalog mit ein. Relativ früh, ab Juni, setzt eine bewußt kämpferische Agitation für die kommende Tarifrunde ein. Das Mitgliederorgan berichtet über die Kampfbereitschaft in den Betrieben und über spontane Arbeitsniederlegungen, die im ersten Halbjahr 1970 in der Metallindustrie stattgefunden haben (in 114 Betrieben, von etwa 40 000 Arbeitern). „Durchaus typisch für die Agitation der 'Metall' ", heißt es in der Untersuchung eines Bochumer Autorenkollektivs, „sind die Sätze eines Betriebsratsmitgliedes der Ford-Werke Köln: 'Wenn es richtig ist, daß Lohnfragen Machtfragen sind, und das ist richtig, dann werden wir in der lohnpolitischen Auseinandersetzung auch in Zukunft stets nur soviel erhalten, wie von uns, d.h. in den Betrieben, erkämpft wird. Dabei gehen wir von der Erkenntnis aus, daß nicht Schwanken und Zögern, sondern die Offensive an der Lohnfront die beste Methode ist, um das Erreichte zu sichern und auszubauen!"(10)

Die Tarifbewegung in der Metallindustrie vom September und Oktober 1970 demonstriert exemplarisch das innere Wechselverhältnis zwischen reformistischer Gewerkschaftsorganisation und einer in den Ansätzen begriffenen Autonomisierungsbewegung in den Betrieben. Die Führung der IG Metall war offensichtlich gezwungen, aufgrund der spontanen Streiks im September 1969 und der Mobilisierung der unteren und mittleren Funktionäre 1970 eine offensive Lohnpolitik zu betreiben, die konjunkturpolitisch möglich schien und regierungsamtlich toleriert wurde. In dieser offensiven Strategie der Gewerkschaften einzig die Kanalisierung und Integration einer neuen aktiven Kampfbereitschaft der Belegschaften zu sehen – wie Schacht und Unterseher formulieren: „Die Legitimationskrise der Tarifautonomie wurde von der IGM durch aggressive, aber traditionelle Lohn- und Tarifpolitik bewältigt" (11) – geht an der objektiven Funktion der gewerkschaftlichen Lohnpolitik vorbei, die nicht nur in ihrer Offensivität Resultat einer aktiveren Basis in den Betrieben ist, sondern selbst – wenn auch wider Willen – zu einer Radikalisierung der Kämpfe beiträgt. In dem Organ der linksgewerkschaftlichen Gruppe ‚Arbeiterpolitik' heißt es über die Kampfbewegung der Metallarbeiter im Herbst 1970 abschliessend: „Die von ‚oben' gewünschten Teilstreiks waren also nicht als Mobilisierungsfaktor gedacht; in Orten, wo sie über den von ‚oben' organisierten und erwünschten Rahmen hinausgingen, zeigten sie die drohende Gefahr für Unternehmer, Gewerkschaftsführung und Staat, daß solche Streiks, von den Werktätigen aufgegriffen, sehr schnell die engen Grenzen der Tarifpartnerschaft sprengen können und sich so gegen die Unternehmer und die eigene Gewerkschaftsführung richten könnten" (12). Nur eine theoretische und praktische Position, die sich selbst noch im Rahmen einer gewerkschaftlichen Strategienbildung bewegt – und das ist das Paradoxe daran, kann die subjektive Absicht der Gewerkschaft, oder besser der Gewerkschaftsführung, mit deren praktischer Politik gleichsetzen, die diese als Bedingung auf die weitere Entfaltung der Kämpfe hat. Die Metalltarifbewegung von 1970 hat zwei Momente klar hervortreten lassen, die für die folgenden Kämpfe von ausschlaggebender Bedeutung sind, allerdings dem linksgewerkschaftlichen Blick entgehen: die *gewerkschaftsoffizielle Sanktionierung wilder Streiks* und die *Erweiterung der Kampfbasis* über die, im Vergleich zu 1969, gewerkschaftlichen Basisorganisationen hinaus.

Das Bündel von Forderungen, die gesamtwirtschaftlich eine Egalisierung des Lohnniveaus bewirken sollen, gestaltet aufgrund der bestehenden Lohndifferenzen die Tarifbewegung 1970 betriebsnäher. Funktionäre auf Betriebsebene, Ortsebene und an der Basis erhielten Auftrieb für eigene Aktivitäten. Die Bereitschaft, sich zu engagieren, nahm in dem Maß zu, wie die unmittelbaren Probleme, gewerkschaftsoffiziell, Eingang in die tarifpolitischen Forderungen fanden. Deutlich wird dies bei selbst so heterogenen Forderungen, wie der nach Abschaffung der unteren Lohngruppen und der nach der tariflichen Absicherung von Effektivverdiensten bei Zeitlöhnern. Organisiert von den mittleren und unteren Gewerkschaftsfunktionären – unter dem Wohlwollen und der nicht öffentlich bekundeten Unterstützung der Gewerkschaftsführung – fand eine

(8) Infas, Spontane Arbeitsniederlegungen im September 1969, Bad Godesberg 1970.
(9) Vorstand der IG Metall, Richtlinien zur Tarifbewegung '70, verabschiedet am 9. und 10. Juni in Bad Orb.
(10) Bochumer Autorenkollektiv, Die Tarifpolitik der IG Metall 1969-1971, Frankfurt 1974, S. 65 f.
(11) K. Schacht, L. Unterseher, Das Tarifverhandlungssystem der Bundesrepublik, in: Verteilungskampf und Stabilitätspolitik, a.a.O., S. 102.
(12) Arbeiterpolitik. Informationsbriefe der Gruppe Arbeiterpolitik. Hg. G. Kuhlmann, Bremen 1970, 11. Jg. Nr. 4.

allgemeine Mobilisierung in breitestem Ausmaß in den Betrieben statt. Es wurden Streikbewegungen eingeleitet, die auf Betriebsebene und regional die Verhandlungsmacht der Betriebsräte und der Tarifkommissionen stärken sollten. Ohne daß Urabstimmungen die IG Metall offiziell zu einem Streik legitimiert hätten, gibt die Gewerkschaft die Betriebe für Kämpfe frei. Im September und Oktober 1970 stehen etwa 500 000 Metallarbeiter im Streik.

Die totale Verrechtlichung der Klassenauseinandersetzungen – sie hatte mit der Regreßpflicht im Schleswig-Holsteiner Metallarbeiterstreik von 1956/57 ihren Höhepunkt erreicht – 1969 von der Arbeiterschaft spontan unter der Tolerierung der Gewerkschaften durchbrochen, wird in der Streikbewegung 1970 von der IG Metall selbst außer Kraft gesetzt. Brenner bezeichnete die Streiks, die nach geltendem Recht illegal waren, als „verständliche Reaktionen des Unmuts der Belegschaften auf die schleppende und unzureichende Verhandlungsführung der Arbeitgeber", eine mögliche Ausweitung sei nicht von der IG Metall zu vertreten, sondern „ausschließlich auf die provokatorische Haltung der Arbeitgeber zurückzuführen" (13). Für die Kämpfenden selbst verliert damit einerseits der rechtliche Bezugsrahmen an Gewicht, andererseits gewinnt der gewerkschaftliche Verhaltenskodex (unter dem Stichwort der Tarifautonomie) an Bedeutung. Nicht nur in Bezug auf die materielle Streikunterstützung, sondern das Kampfrisiko, die Angst vor Entlassung, wird delegiert an die gewerkschaftliche Organisation. Das gewerkschaftsoffizielle Verhalten spontanen Betriebskämpfen gegenüber wird damit zu einem ihrer wichtigsten Erfolgskriterien. Dieser Prozeß einer Emanzipation der Gewerkschaften von dem geltenden Tarif- und Arbeitsrecht (14) spiegelt augenscheinlich die gesteigerte Machtposition der Gewerk-

(13) nach Frankfurter Rundschau vom 28.9.1970.

(14) Die Arbeitsrechtssprechung hatte in der ersten Phase der bundesrepublikanischen Entwicklung einen eindeutig konservativen Charakter, der die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften erheblich einschränkte. Vgl. dazu X. Rajewsky, Arbeitskampfrecht in der Bundesrepublik, Frankfurt 1970. Die Arbeitskämpfe seit 1969 haben auch das Rechtsverständnis in Bewegung gebracht. So konnte Loderer auf einer Bezirkskonferenz im April 1971 in Oberhausen sagen: „Man wird sich noch daran gewöhnen müssen, daß spontane Arbeitsniederlegungen von den Belegschaften als probates Mittel der Notwehr gegen die Unternehmerwillkür betrachtet werden. Solche spontanen Aktionen der Arbeitnehmer sind nichts anderes als eine Abwehr unternehmerischer Aggressivität." (Metall-Pressedienst 1971, S. 84) Die Anstrengungen zu einer Veränderung des Arbeitskampfrechts haben von Seiten der IG Metall ihren Ausdruck gefunden in der von ihr veranstalteten wissenschaftlichen Tagung ‚Streik und Aussperrung' vom 13. bis 15. September in München. Vgl. Streik und Aussperrung. Wissenschaftliche Veranstaltung der Industriegewerkschaft Metall vom 13. bis 15. September 1973 in München, Tagesprotokoll, Köln 1974.

am besten abonnieren:
gleich
heute!

die horen

Zeitschrift für Literatur Grafik und Kritik

DIE HOREN – Zeitschrift für Literatur, Grafik und Kritik. Herausgeber: Kurt Morawietz. Redaktion: Peter Burger, D. P. Meier-Lenz, Johann P. Tammen und Hans Ulle. Jede Ausgabe ca. 80–112 Seiten. Jahresabonnement (4 Hefte) 19,– DM, Einzelausgabe 6,– DM, zzgl. Versandkosten.

Jetzt im 20. Jahrgang mit bisher 100 Ausgaben

Bestellungen über den Buchhandel

oder über »die horen« im Wirtschaftsverlag nordwest GmbH 2940 Wilhelmshaven Postfach 13 26

schaften wider nach dem Amtsantritt der sozialliberalen Koalition. „Vor diesem Hintergrund", schreibt die Bundesvereinigung, „hat sich nach einem Jahr Regierungszeit das politische Kräfteparallelogramm verschoben" (15).

Die Kampfbewegung während der Tarifauseinandersetzungen im September und Oktober 1970 hat ihre Schwerpunkte in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg gehabt. Während 1969 schwerpunktmäßig und fast ausschließlich die Streikbewegung auf die Stahlindustrie begrenzt blieb, wurde sie aufgrund der auslaufenden Verträge auf den gesamten Bereich der IG Metall ausgedehnt. Das setzte ein entscheidend neues Faktum. Weil es kein gewerkschaftlich organisierter Flächenstreik oder Schwerpunktstreik war (Urabstimmung und Streikunterstützung), und er trotzdem regional quasi-gewerkschaftlich geführt wurde, setzte er eine allgemeine Kampfbereitschaft frei. Obwohl er von Basisgewerkschaftern initiiert wurde, jedoch regional ausgedehnt wurde, erzeugte er aus sich heraus ein Organisationsvakuum. Die 69er Bewegung wurde getragen von einer traditionellen gewerkschaftlichen Avantgarde in hochorganisierten Betrieben mit einer dominierenden Facharbeiterstruktur. Demgegenüber wurde die Kampfbewegung im September und Oktober 1970 wegen ihrer gewerkschaftlich bedingten Verallgemeinerung auf solche Betriebe ausgedehnt, die sich der Kontrolle der Basisgewerkschaftler tendenziell entzogen – deren Belegschaften weder von den Facharbeitern dominiert wurden, noch in hohem Maß gewerkschaftlich organisiert waren (16).

Die Kampfbewegung in der Metallindustrie vom September und Oktober 1970 gibt eine Tendenz an, die für die weiteren Kämpfe (besonders im Sommer 1973) von weitgehender Bedeutung sein sollte. Eng gebunden an den Aktionsrhythmus der Basisgewerkschaftler manifestiert sich das erste Mal massenhaft Widerstand in den Betrieben, der getragen wird von den dequalifizierten Teilen der Belegschaften – den unteren Lohngruppen und speziell den Arbeitsemigranten – und der in seinen Kampfinhalten und in seiner Organisationsstruktur mit der basisgewerkschaftlichen Bewegung nicht konform läuft. In die quasi-gewerkschaftlich regional geführte Bewegung wurden Betriebe der Elektrotechnik und vor allem der Automobilindustrie mit einbezogen, deren Klassenzusammensetzung von den unterprivilegierten Bandarbeitern dominiert wird, und die den Charakter der betrieblichen Streiks entscheidend bestimmten.

Exemplarisch dafür ist der Streik bei Ford in Köln am 24. September 1970. Geplant war er nach dem in anderen Kölner Großbetrieben, wie Klöckner-Humbold-Deutz und Felten & Guillaume, praktizierten Muster: ein kurzer disziplinierter Warnstreik, der den Kollegen die Kampfbereitschaft der IG Metall und den Unternehmern die Kampfbereitschaft der Arbeiter demonstrieren sollte. Zu seinem realen Ablauf heißt es in einer Untersuchung der Gruppe ‚Arbeiterkampf': „Der Streik ging wie geplant von der Z-Halle aus und wurde anfangs hauptsächlich von deutschen Facharbeitern und deren Vertrauensleuten getragen und organisiert. Aber er spielte sich nicht nach dem bekannten Muster ab. Nachdem der Streik von der Z-Halle auf den gesamten Betrieb übergesprungen war, konnte er von seinen ‚Inszenatoren' nicht mehr kontrolliert werden – weder in Bezug auf die Dauer des Streiks, noch auf die Kampfformen, noch auf seinen Inhalt. Die türkischen Kollegen übernahmen die Initiative. Ihre Streikgründe lagen weder bei den gewerkschaftlichen Forderungen, vielmehr entlud sich ihre aufgestaute Wut über die beschissenen Arbeitsbedingungen. Statt zum begrenzten Warnstreik anzutreten, streikte die Belegschaft der Früh-, Spät- und Nachtschicht. Statt brav die Arbeit niederzulegen und auf Anweisungen von oben zu warten, demonstrierten die Arbeiter vor dem M-Gebäude (Verwaltung), gingen sie handgreiflich gegen Streikbrecher vor, nahmen sie nicht einmal Rücksicht auf kostbare Maschinen und Anlagen. Statt ausschließlich den gewerkschaftlichen Forderungen Nachdruck zu verleihen, wandten sich die Kollegen gegen die kapitalistische Arbeitsorganisation, wie sich zum Beispiel in der Forderung nach Kontrolle der Bandgeschwindigkeiten zeigt. Die IGM-Funktionäre, SPD-Vertrauensleute und Ford-Betriebsräte hatten sich bei der Einschätzung der Basis verkalkuliert; vor allem hatten sie die Kampfbereitschaft der türkischen Kollegen unterschätzt, die jedoch nicht ausreichte, den Streik am nächsten Tag weiterzuführen" (17). Eine ähnliche Militanz hatten die Streiks bei Opel Bochum und Rüsselsheim; Sie waren als Warnstreiks zur Unterstützung der Verhandlungen angelegt. In dem Augenblick, wo radikalere Tendenzen durchbrachen – gerade bei Opel Rüsselsheim – bemühte man sich, durch den Tarifabschluß für die gesamte hessische Metallindustrie die Sache wieder in den Griff zu bekommen.

In den ersten zwei Jahren sozialliberaler Koalition, einem institutionellen Machtausbau der Gewerkschaften und einer sich autonomisierenden Kampfbewegung in den Betrieben hat das Keynesianische Projekt eine Dynamik entfaltet, die nicht nur den tagespolitischen Interessen des Kapitals zuwiderläuft, sondern dessen ökonomische und politische Machtposition tendenziell einschränkt. Die manifeste Kampfbereitschaft der Arbeiter hat die Gewerkschaften zu einer expansiven Lohnpolitik gezwungen, auf die die Schillersche Wirtschaftspolitik tolerierend reagiert hat. Die Reallohnzuwächse in den Jahren 1970 und 1971 waren die höchsten in der Geschichte der Bundesrepublik; sie übertrafen die durchschnittliche Produktivitätsentwicklung noch um 6,4 bzw. 4,3 Prozent. Die Mitte 1970 abflauende Konjunktur kam um die Jahreswende 1970/71 und in den ersten Monaten 1971 ‚wider Erwarten', wie es im Jahresbericht der Bundesregierung 1971 heißt, zum Stillstand (18). Neben einem Wiederaufleben der Auslandsnachfrage, schlugen sich die gestiegenen Einkommen als effektive Nachfrage auf dem Binnenmarkt nieder. Es zeichnete sich eine an der Massenkaufkraft orientierte Wachstumsentwicklung ab, wenn auch bei geringeren Wachstumsraten. Politisch wurde die Keynesianisierung der Ökonomie garantiert von einer staatlichen Wirtschaftspolitik, die Wachstum und Vollbeschäftigung versprach, einkommenspolitisch jedoch über keine wirksamen Mittel verfügte. „Wie schon im vergangenen Jahr vermochte die Regierung bei ihrer engen Bindung and die Gewerkschaften die Einhaltung ihrer eige-

(15) Arbeitgeber. Jahresbericht 1970, a.a.O., S. 3.
(16) Zur Zusammensetzung der Arbeiterklasse und ihrer spezifischen Kampfformen vgl. unten: Die inflatorische Offensive des Kapitals und die Krise des Reformismus.
(17) Streik bei Ford Köln, hrsg. von Arbeiterkampf, Köln 1973, S. 40 f.
(18) Vgl. Jahresbericht der Bundesregierung 1971, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, S. 335.

nen Orientierungssignale in der Lohnpolitik nicht durchsetzen. Hatte sie schon zu Beginn des Jahres mit der Besoldung im öffentlichen Dienst falschen Tritt gefaßt, so erwies sich das Instrument der Konzertierten Aktion im Verlauf des Jahres unter den politischen Handlungsbedingungen mehr und mehr als wirkungslos, um die Lohnentwicklung wieder in Kontakt zur Produktivitätsentwicklung zu bringen" (19). Die staatliche Einkommenspolitik, deren gesetzliche Grundlage in der Zeit der Großen Koalition geschaffen wurde, hat sich nach zwei Jahren sozialreformerischer Regierung nicht nur – im Sinne des Kapitals – als wirkungslos erwiesen, sondern in ihr Gegenteil verkehrt. Die Verankerung der Gewerkschaften im Staat – formal durch ihre Mitarbeit in der Konzertierten Aktion und politisch-organisatorisch durch ihr Verhältnis zur herrschenden Sozialdemokratie – hat die machtpolitische Struktur der Gesellschaft verschoben. Zurecht sieht die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände den Grund dafür in den ‚Verhältnissen' innerhalb der Institutionen, vornehmlich der Gewerkschaften. Es habe sich gezeigt, heißt es im Jahresbericht 1971: „daß die Gewerkschaften, ähnlich wie die Regierung, im Zugzwang dem Reizklima der Erwartungen ihrer Mitglieder ausgesetzt sind, das sie selbst mit angefacht hatten. Das lähmt ihre integrierende Kraft und ihre tätige Mitverantwortung für die wirtschaftliche Stabilität gegenüber dem Druck einer zwar kleinen, aber radikaler werdenden Basis" (20).

Wohl produzierten die ersten zwei Jahre sozialliberaler Koalition das *Erscheinungsbild* eines widersprüchlichen und in sich zerstrittenen Reformismus, seinem *Wesen* nach hat er sich jedoch vom September 1969 bis zum Herbst 1971 als *eine* praktische Bewegung konstituiert und erfolgreich profiliert. Die machtpolitischen Nahtstellen zwischen Regierung und Gewerkschaften und zwischen den Gewerkschaftsführungen und der aktiven Gewerkschaftsbasis, an denen sich bis zum Mißtrauensvotum – bei der Urabstimmung in Nordrhein-Westfalen nach dem 10%-Abschluß der IG Metall – die reformistische Bewegung auseinanderdividierte, bezeichnen eher die praktischen Bewegungszentren des Reformismus als seine Niederlagen. Wie er in diesem gegenseitigen Bedingungsverhältnis seine reale Macht entfaltet hat, wird der Reformismus als einheitliches Projekt dem Kapital zur Gefahr. „Unter diesen Aspekten gehen die politischen Gefahren einer unvernünftigen Einkommenspolitik heute über deren wirtschaftlichen Stellenwert hinaus. Sie betreffen die Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie als einzigem erfolgreichen Instrument des sozialen Konfliktausgleichs überhaupt" (21). Das von einem kapitalautonomen Standpunkt ‚Unvernünftige' an der staatlichen Einkommenspolitik ist die über die Gewerkschaften vermittelte *Koppelung* wirtschaftspolitischer Entscheidungen an die Interessen der Basis, die Sicherung von Vollbeschäftigung und Wachstum. Gerade diese Koppelung setzt die Kampfbedingungen für eine aktivere Arbeiterschaft im Verteilungskampf, die in der Tat die Tarifautonomie des Kapitals einschränkt. Die staatlich bewirkte Verstetigung des Wachstumsprozesses greift damit machtpolitisch in den Verteilungskampf ein.

(19) Arbeitgeber. Jahresbericht 1971, a.a.O., S. 4.
(20) a.a.O.
(21) a.a.O.

Im Jahre 1971 ging der 5. Wachstumszyklus in der Bundesrepublik seit der Währungsreform zu Ende. Die Schlußphase des Booms ist gekennzeichnet durch eine sehr niedrige Arbeitslosenquote von 0,9%, ein reales Wirtschaftswachstum von etwa 3% und eine vergleichsweise hohe Inflationsrate von 5,2%. Im Gefolge der außenwirtschaftlichen Absicherung, der Freigabe des Wechselkurses der D-Mark im Mai 1971, beschließt die Bundesregierung ein binnenwirtschaftliches Stabilitätsprogramm, das eine restriktive Haushaltspolitik einleitet. Bei stark abschwächenden Tendenzen im Jahr 1972 sollen die Konjunkturausgleichsrücklagen der öffentlichen Haushalte und der rückzahlbare Konjunkturzuschlag, der

deutscher bundestag, herbst 75

die tatsachen,
auf den tisch damit, das sind
tatsachen, meine damen und herren
die wirklichkeit, das kann doch
keiner bestreiten, herr präsident, meine
damen und herren, halten wir uns doch an,
bleiben wir doch bei, und der bürger draußen
im lande erwartet von uns
die tatsachen
(beifall)

aber diese unsachliche
diese polemik, bitteschön,
habe ich hier im gegensatz zu ihnen
nicht zu vertreten (hört,hört)
also bitte, lassen wir sie doch,
diese nutzlose
diese polemik
lassen wir sie weg
(beifall, zwischenrufe, unruhe)

Harry Oberländer

seit Mitte 1970 zur Einkommens-, Lohn- und Körperschaftssteuer erhoben wurde, eingesetzt werden. „Mit all diesen Maßnahmen hat die Bundesregierung eine Basis für ein gleichgewichtiges Wachstum unserer Wirtschaft geschaffen" (22). Die Bundesregierung hat im März 1971 Lohnorientierungsdaten zwischen 7 und 8 Prozent beschlossen. Die IG Metall stellt für die im September auslaufenden Verträge durchschnittliche Forderungen zwischen 9 und 11 Prozent mit der Begründung, „daß die wirtschaftliche Lage für die Tarifbewegung 1971 eine Wiederholung der Ergebnisse des Vorjahres nicht zuläßt" (23).

Aus der Einschätzung des Kapitals, daß, über den unmittelbar ökonomischen Stellenwert hinaus, das Keynesianische Projekt seine immanente Dynamik nur in dem politischen Bedingungszusammenhang als Ganzes entfaltet, formuliert es seine Offensive. Der Angriff des Kapitals – den Gesamtmetall in der Tarifrunde Ende des Jahres 1971 führt – richtet sich nicht gegen einzelne Prozente, sondern gegen den inne-

(22) Jahresbericht der Bundesregierung 1971, a.a.O., S. 334.
(23) Metall Pressedienst vom 30.8.1971.

ren Zusammenhang von staatlicher Wirtschaftspolitik, gewerkschaftlicher Lohnpolitik und aktiver Gewerkschaftsbasis. Die Metallindustrie könne diesmal keinesfalls, wie Gesamtmetall meint, wie im vergangenen Jahr, als ‚Ende der Lohnrunde 1971' bezeichnet werden. „Mit der Lohnrunde in der Metallindustrie soll vielmehr ein völlig neuer Abschnitt markiert werden, der sich durch besondere Zurückhaltung und Anpassung an die konjunkturellen Erfordernisse auszeichnen soll" (24). Die zentralen Angriffsziele des Kapitals sind konsequenterweise die Entkoppelung der staatlichen Wirtschaftspolitik von dem Anspruch der organisierten Interessen der Arbeiterschaft und die Entkoppelung des Kampfrisikos der Arbeiterschaft von den Kampfbedingungen eines auf Wachstum und Vollbeschäftigung vereidigten Wirtschaftsprozesses, mit dem Zweck, neuerlich das Kampfrisiko der Arbeiterschaft an die konjunkturelle Bewegung des Kapitals zu binden. Bei den Versuchen, eine rezessive Entwicklung aufzufangen, hat – nach Meinung der BDA – „die Bundesregierung mit dem Ziel, die Arbeitsplätze zu erhalten, wenig damit gedient, wenn sie die Bevölkerung immer wieder bewußt in den Glauben versetzte, an deren Sicherheit gäbe es keinen Zweifel" (25). Die vom Kapital eingeschlagene Strategie soll die beiden Nahtstellen des Keynesianischen Projektes treffen: einmal das Verhältnis von Gewerkschaften und herrschender Sozialdemokratie und zum anderen das Verhältnis von aktiver Kampfbereitschaft der Basis und expansiver Lohnpolitik der Gewerkschaften.

Trotz der machtpolitischen Zielrichtung der Kapitaloffensive wurde sie – bei den derzeitigen parlamentarischen Verhältnissen und der inneren Zerstrittenheit der konservativen Parteien – mit vorwiegend ökonomischen Mitteln geführt. Das setzte eine politische Organisation des Kapitals voraus, die es vermochte, die zu einem Teil widerstreitenden Interessen der partikularen Kapitalien zu vereinheitlichen und gegen den Reformismus zu mobilisieren. Mit dem Scheitern der Formierten Gesellschaft hatte das bundesrepublikanische Kapital seine nationale politische Organisation verloren. Zur Zeit der Großen Koalition kam es zu einer zeitweiligen Kooperation von Regierung und einzelnen Kapitalfraktionen, vornehmlich mit der traditionellen deutschen Schwer- und Investitionsgüterindustrie, die ökonomisch gestärkt aus der Krise von 1966/67 hervorging. Die ersten zwei Jahre sozialliberaler Koalition – bei der tendenziellen Anhebung der Massenkaufkraft und der tendenziellen Ausweitung der Massenkonsumgüterindustrie – mußten notwendig den Widerstand der traditionellen Kapitalfraktionen herausfordern, zumal sich ihr Gegner, der Reformismus, anschickte, sich auf nationaler Ebene zu organisieren. Das Jahr 1971 steht zunehmend im Zeichen einer vorpolitischen Organisation der national und supranational (im Rahmen der EG) ausgerichteten Kapitalinteressen. Der Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände (Gesamtmetall) nimmt in der Formulierung einer kapitalistischen Klassenkampfstrategie und in der Organisation der materiellen Kapitalinteressen eine Avantgardefunktion ein, die die traditionell bürgerlichen Parteien weit überholt. Auf seiner Mitgliederversammlung im Juni 1971 diskutiert Gesamtmetall eine Satzungsänderung, nach der die bislang in regionalen Verbänden organisierten Mitglieder der Zentrale direkt unterstellt werden sollen. Dabei sollen bei dem bevorstehenden Tarifkampf im Herbst regionale Abweichungen ausgeschaltet werden und entgegen den Vorstellungen der IG Metall, die Tarifbewegung regional zu führen, zentrale Verhandlungen durchgesetzt werden. Unter der Androhung wirtschaftlicher Sanktionen wurden die Einzelkapitalien auf die gemeinsame Linie von Gesamtmetall eingeschworen. Für den erwarteten Tarifkampf wurde ein Kampffonds zur gegenseitigen Unterstützung gebildet; konkurrenzwirtschaftliche Vorteile, etwa im Abwerben von Arbeitskräften, aus dem Kampf zu ziehen, sollte streng geahndet werden.

Der Metallarbeiterkampf im November und Dezember 1971 war in seinem Ausmaß mit fast einer halben Million beteiligten Arbeitern und mit über vier Millionen ausgefallenen Arbeitstagen der größte Arbeitskampf in der Geschichte der Bundesrepublik. Mit welch ökonomischem Einsatz machtpolitisch die Konfrotnation geführt worden ist, verdeutlicht eine abschließende Einschätzung von Gesamtmetall: „Eine Fortsetzung von Streik und Aussperrung und eine explosionsartige Ausbreitung von Betriebsstillegungen im ganzen Bundesgebiet hätte zu Verlusten geführt, die durch noch so niedrige Lohnraten nicht mehr hätten wettgemacht werden können" (26). Entgegen der Theorie vom präventiven Konfliktmanagement zeigt der Württemberger Streik, daß nur über einen frontalen Angriff des Kapitals gegen alle Ebenen des Reformismus – bis zur Provokation eines ‚nationalen Notstands', wie es hieß, eine kapitalkonforme Lohnpolitik herstellbar ist.

Die Metalltarifkämpfe 1971 stehen unter dem Zeichen einer sich verschärfenden internationalen Konkurrenz. Zur Abwehr des inflationierenden Dollars zu Beginn des Jahres beschließt die Bundesregierung am 9. Mai die Freigabe des Wechselkurses der D-Mark, die einer de facto-Aufwertung von etwa 10 Prozent gleichkam. Gelang es der deutschen Industrie in den vorangegangenen Jahren die steigenden Lohnkosten über die Preise auf den internationalen Markt überzuwälzen, wird diese Möglichkeit mit zunehmenden protektionistischen Maßnahmen der wichtigsten Handelspartner der Bundesrepublik immer mehr eingeschränkt. Auf

(24) nach Handelsblatt vom 23.6.1971.
(25) Arbeitgeber. Jahresbericht 1971, a.a.O., S. 4.
(26) nach Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.12.1971.

Stuttgarter IG-Metall-Chef
Willi Bleicher
»1963 hat es uns 43 Millionen gekostet, diesmal sind wir auf mehr vorbereitet«

dem Höhepunkt der internationalen Währungs- und Handelskrise verkündigt Nixon am 15. August ein einschneidendes protektionistisches Wirtschaftsprogramm für die Vereinigten Staaten. Neben der Aufhebung der Einlöseverpflichtung des Dollars in Gold, wurden die Importe mit einer 10-prozentigen Abgabe belegt. „Die Bundesrepublik zählte dabei zu den von den amerikanischen Maßnahmen am stärksten betroffenen Ländern. Denn die deutsche Exportindustrie hatte neben der Quasi-Aufwertung nunmehr noch die Importabgabe in den USA zu verkraften" (27). Umso entschiedener drängte das deutsche Kapital die Bundesregierung zu einem binnenwirtschaftlichen Stabilitätsprogramm, das neben der Einschränkung der öffentlichen Haushalte vorwiegend auf eine Disziplinierung der gewerkschaftlichen Lohnpolitik abgestellt war.

Ziel der Kapitalstrategie war, die Bundesregierung in den Tarifkampf einzubeziehen, um einen Abschluß zu Lasten der IG Metall auf der Ebene der Konzertierten Aktion herbeizuführen. In einem Brief Herbert van Hüllens, dem Vorsitzenden von Gesamtmetall, an seine Mitgliedsfirmen heißt es über das Verhalten der Bundesregierung: „Mit Bestürzung und Enttäuschung mußten die Arbeitgeber feststellen, daß im entscheidenden Augenblick des Lohnkonflikts die Arbeitgeber im Kampf um die Stabilität allein standen. Bei den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern haben sie mit ihren Vorstellungen, die sich mit den Empfehlungen des Sachverständigenrates decken, kein Verständnis gefunden" (28). Am Ende der ersten Kampfwoche – nachdem Gesamtmetall auf die Schwerpunktstreiks der IG Metall mit einer Aussperrung für den gesamten Bezirk Nordwürttemberg/Nordbaden reagiert hat – veröffentlichen in ganzseitigen Anzeigen ‚62 führende Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft' unter dem Titel ‚Wir können nicht länger schweigen' einen öffentlichen Appell an die Bundesregierung, in dem sie „eine auf Preisstabilität ausgerichtete Lohnentwicklung" fordern: „Wir stehen unmittelbar vor einer Rezession", heißt es dort. „Die erneute Aufwertung der D-Mark hat die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft im Welthandel schwer beeinträchtigt. Unser Land braucht einen wirtschaftspolitischen Kurs, der den Unternehmern wieder eine stabile Grundlage gibt". Aus gemeinsamter Verantwortung müsse gemeinsam gehandelt werden, „um von unserem Land schweren Schaden abzuwenden"(29).

Auf dem Sonderparteitag der SPD Ende November 1971 in Bonn unterstützt die SPD die Forderungen der Metallarbeiter und sagt der IG Metall ihre Hilfe zu. Schuld am Konflikt, heißt es in dem dort gefaßten Beschluß, sei die Haltung der Arbeitgeber. Nach dem Scheitern einer ‚besonderen Schlichtung' in Stuttgart durch Gesamtmetall findet am Dienstag der dritten Streikwoche auf Einladung Brandts die Bonner Schlichtung statt. Brandt vertritt dabei den von der IG Metall akzeptierten Rahmenvorschlag des Stuttgarter Schlichtungsergebnisses. „Bei dem Versuch, den Metall-Arbeitskampf in Baden-Württemberg auf eigene Faust zu schlichten, blieb Willy Brandt der gewünschte Erfolg versagt. Die Arbeitgeber hatten sich vor dem Treffen in Bonn verabredet, dem Kanzler die Schlichterrolle durch ein schroffes Nein zu verderben" (30). Neben

(27) Jahresbericht der Bundesregierung 1971, a.a.O., S. 338.
(28) nach 'was tun', Metallstreik 1971, Sondernummer Mannheim 1972.
(29) verschiedene Tageszeitungen vom 26.11.1971.
(30) Der Spiegel, Nr. 51, 1971.

220 000 Metallarbeiter stimmten für

Streik!

Schiller mahnt in letzter Minute: Verständigt euch

BILD am SONNTAG-Interview mit dem Minister auf den Seiten 4 bis 5

dem mehr deklaratorischen Verhältnis zwischen herrschender Sozialdemokratie und Gewerkschaften hat die Bundesanstalt für Arbeit – als exemplarischer Ausdruck sozialreformerischer staatsinterventionistischer Maßnahmen – machtpolitisch in den Württemberger Tarifkampf eingewirkt. Mit der Begründung, aus mangelnder Materialversorgung als Folge des Streiks in NW/NB die Produktion einstellen zu müssen, gingen bundesweit führende Unternehmen der Metallverarbeitung – hauptsächlich der Automobilindustrie – zur ‚technischen Aussperrung' über. Beabsichtigt war damit, die kalt ausgesperrten Metallarbeiter, die auf eine Streikunterstützung der IG Metall nicht hoffen konnten, aufgrund deren materieller Notlage gegen die eigene Organisation zu mobilisieren. Der Präsident der Bundesanstalt, Stingl (CSU), hatte vor Beginn des Arbeitskampfes einen Erlaß herausgebracht, der vorsah, daß Arbeiter, die als Folge des Streiks vorübergehend arbeitslos würden, keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben sollten. Begründet wurde der Erlaß mit der Verpflichtung der Anstalt zur Neutralität im Arbeitskampf. „Indessen begünstigte er eindeutig die Unternehmer. ... Daß Stillegungen als Kampfmittel eingesetzt wurden, läßt sich im Fall des Opel-Konzerns zeigen. Eine von der Unternehmensleitung bereits angekündigte Teilstillegung wurde an dem Tag, an dem der Stingl-Erlaß vom Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit aufgehoben wurde, kurzfristig auf einige Tage später angesetzt" (31). Der mehrheitlich mit Gewerkschaftern und Sozialdemokraten besetzte Verwaltungsrat hob den Erlaß auf. „Damit erfolgte ein Bruch in der Dynamik der Unternehmerstrategie, die Luft für eine weitere Eskalation seitens des Kapitals war heraus, die Unterneh

(31) W. Müller-Jentsch, Der Arbeitskampf in der Metallindustrie 1971, in: Gewerkschaften und Klassenkampf, a.a.O., S. 19.

mer schlossen in Baden-Württemberg ab, ohne ihre wesentlichen politischen Ziele erreicht zu haben" (32).

Das zweite Angriffsziel der Kapitalstrategie sind die Metallarbeiter selbst – als Motor des Keynesianischen Projekts. Die Offensive richtet sich nicht so sehr gegen deren materiellen Lebensstandard, sondern mehr gegen die Bedingungen der sich seit 1969 neu entfaltenden aktiven Kampfbereitschaft der Arbeiter, die die Gewerkschaften in den vorangegangenen Jahren zu einer expansiven Lohnpolitik gezwungen hatte. Gesamtmetall konnte davon ausgehen, schreibt der Spiegel, „daß sich wegen sinkender Beschäftigung die Machtverhältnisse am Arbeitsmarkt zugunsten der Arbeitgeber wandelten" (33). Unter Ausnutzung der objektiven Lage, einer sich abschwächenden konjunkturellen Entwicklung, haben es die Metallindustriellen bewußt darauf abgestellt, das Kampfrisiko der Arbeiterschaft an die Krisenbewegung des Kapitals zu binden, und zwar durch die Mobilisierung des Krisentraumas der deutschen Arbeiterschaft. Dabei stehen in offensichtlichem Widerspruch die objektiv krisenhafte Situation zu der Reaktivierung sedimentierter Krisenerfahrungen. Wohl hat die internationale Währungs- und Handelskrise, die ihre spektakulären Höhepunkte am 9. Mai und am 15. August hatte, die westdeutsche Wirtschaft betroffen, da diese ohnehin auf eine abflauende Konjunktur traf; objektiv war jedoch – gerade aufgrund der nationalen antizyklischen Wirtschaftspolitik der sozialliberalen Koalition – mit einem größeren Krisseneinbruch nicht zu rechnen. Die Krisensymptome wurden generalstabsmäßig – unter der Leitung von Gesamtmetall – zu einer Krisenpsychose umgemünzt – mit dem eindeutigen Zweck einer Einschüchterung der Arbeiterschaft. Die hilflose Gegenpropaganda der IG Metall konnte bei weitem nicht die massive Manipulierung durch die gesamte bürgerliche Presse wettmachen. So berichtete etwa die Bild-Zeitung in ganzseitigen Folgen ‚Welche Arbeitsplätze in Gefahr sind' anhand einzelner Proletarierschicksale über ganze Industriezweige: ‚Fährt die Autoindustrie in eine Krise? ' – durchaus typisch ist die Anspielung auf reale Krisenerfahrungen der Arbeiter, wie: „Die Wirtschaftskrise des Jahres 66/67 begann im Tiefbau: Straßen wurden nicht zu Ende gebaut. Autobahnen gar nicht erst angefangen. Wie sieht es heute im Tiefbau aus? Morgen untersucht BILD diese Frage."(34)Die Krisensymptome , die die Presse propagandistisch ausschlachtete, wurden absichtlich vom Kapital mitproduziert. „Der Tarifbewegung voraus ging eine durch zentrales Kommando gelenkte innerbetriebliche ‚Vorbereitung', wie die ‚Hortung' natürlicher, sonst nicht auffallender Entlassungsabgänge bis zum Beginn der Tarifbewegung, um sie dann schlagartig durchzuführen und die Angst um den Arbeitsplatz zu schüren; die massenhafte vorbeugende Anmeldung von Kurzarbeit für einen späteren Zeittpunkt (in einigen Fällen wies das Arbeitsamt diese zurück, weil die Firmen beim besten Willen nicht den Nachweis der Notwendigkeit erbringen konnten), die einheitlich pessimistische und drohende ‚Generallinie' in den Geschäftsberichten auf den Betriebsversammlungen (unbeschadet der konkreten betrieblichen Situation und oft im Gegensatz zu den Aktionärsversammlungen)."(35)

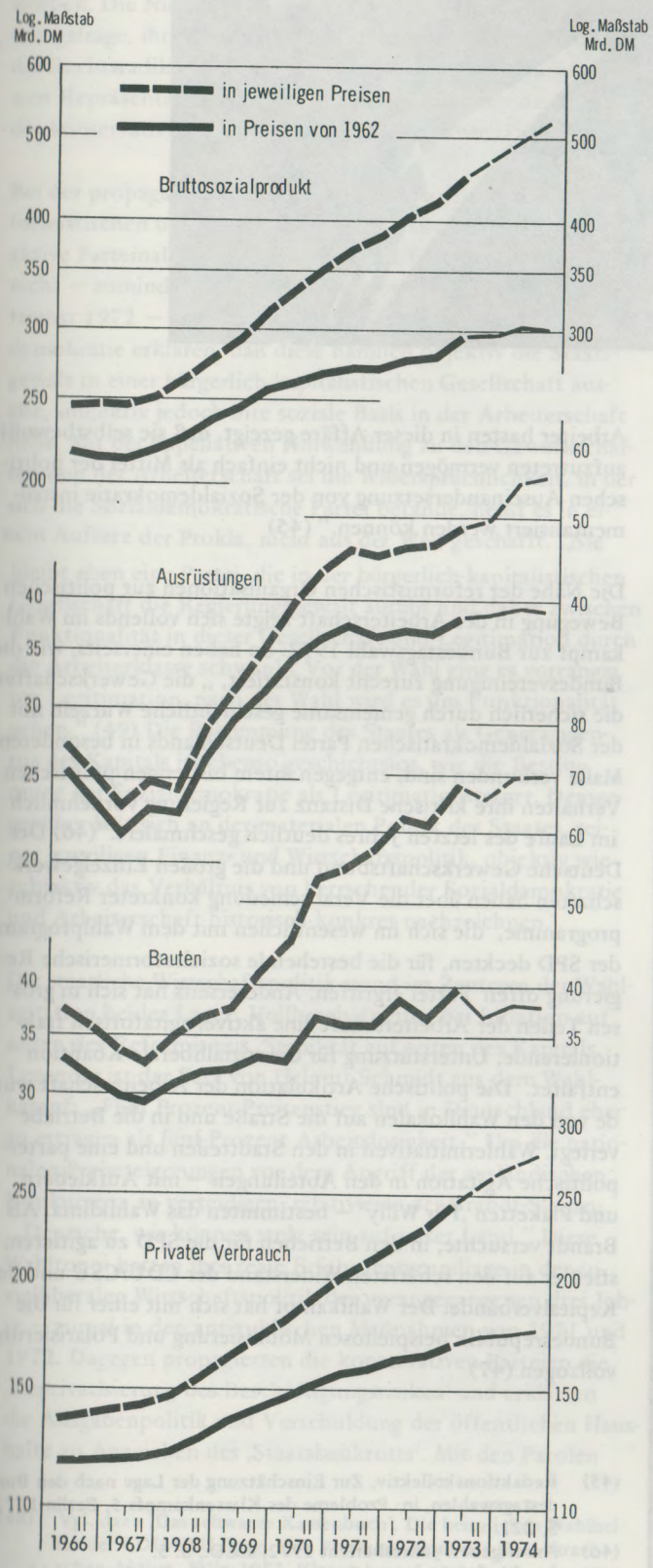
(32) Was tun, a.a.O.
(33) Der Spiegel, Nr. 51, 1971.
(34) BILD vom 11.11.1971
(35) Was tun, a.a.O.

Trotz der im Herbst und Winter 1971 für sich günstigen konjunkturellen Situation vermochte es das Kapital – oder zumindest seine dominierende Fraktion der Schwer- und Investitionsgüterindustrie – nicht, über einen offensiven Tarifkampf die staatlich abgedeckte Keynesianisierung der westdeutschen Wirtschaft aufzuhalten. Im März 1972 konnte Brandt vor der Belegschaft der Bayrischen Motorenwerke in München sagen: „Die Rezession findet nicht statt. Es hat keinen Konjunktureinbruch gegeben wie 1966/67."(36) Die Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts lag 1972 immer noch bei knapp 3%, die Arbeitslosenquote bei 0,9%. Die Erfolge der antizyklischen Wirtschaftspolitik der Bundesregierung waren offensichtlich: nicht nur war der konjunkturelle Abschwung in 1971/72 der schwächste in der Geschichte der Bundesrepublik, sondern der wirtschaftliche Aufschwung erfolgte, nicht wie bei den bisherigen über eine Ankurbelung des Exports, sondern vielmehr über den binnenwirtschaftlichen Verbrauch. „Während im Anfangsstadium der vorangegangenen Zyklen die Haupttriebkräfte vor allem von der Auslandsnachfrage und der Investitionstätigkeit der Unternehmer ausgegangen waren, wurde 1972 die Nachfrageexpansion in ungewöhnlich starkem Maße von der Verbrauchernachfrage bestimmt; die Ausgaben für den privaten Verbrauch stiegen im gesamten Jahr um 9,5% und damit etwas mehr als das Bruttosozialprodukt (9%). Die Verbrauchsquote hat also nochmals leicht zugenommen, während sie früher in ähnlichen Konjunkturphasen stets zurückgegangen war. Besonders stark expandierte der private Konsum in den ersten Monaten des Jahres 1972, da sich in dieser Zeit die tariflichen Lohnsteigerungen häuften." (37) Eine ebenso entscheidende Rolle bei der Wiederankurbelung der Konjunktur spielten die öffentlichen Haushalte. Die gesamten Staatsausgaben expandierten um nicht weniger als 12%, „vor allem, weil die Personalausgaben erneut kräftig stiegen; darüber hinaus wurden die Sozialleistungen ..... in außergewöhnlichem Umfang ausgedehnt." (38) Zum weiteren wirkte sich die Rückzahlung des von Mitte 1970 bis Mitte 1971 erhobenen Konjunkturzuschlages in Höhe von fast sechs Mrd. DM ab 15. Juni 1972 belebend auf die Massennachfrage aus.

Dieser am Massenkonsum orientierte Aufschwung ging eindeutig auf Kosten der deutschen Investitionsgüterindustrien. Die Bundesregierung spricht in ihrem Jahresbericht 1972 von einer Branchendifferenzierung der industriellen Produktion, die insgesamt von Januar bis Oktober das Vorjahresergebnis um nur 2% übertraf. „So stieg die Produktion in der Verbrauchsgüterindustrie im Jahresvergleich um nahezu 5v.H.; darin spiegelt sich die günstige Entwicklung der privaten Verbrauchsnachfrage wider, die von der weiteren kräftigen Zunahme der verfügbaren Einkommen geprägt war .... Anders dagegen war die Lage in der Investitionsgüterindustrie; die Produktion reichte hier nicht ganz an das letztjährige Ergebnis heran (-1,5 v.H.). Dabei war vor allem der Ausstoß im Maschinenbau erheblich niedriger als im Vorjahr (-6 v.H.),

(36) W. Brandt, Rede vor der Belegschaftsversammlung der Bayrischen Motorenwerke in München am 21. März 1972, in: Bundeskanzler Brandt, Reden und Interviews (II), hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 1973, S. 161.
(37) Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1972, S. 3.
(38) Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1972, S. 4.

während die elektrotechnische Industrie ein gleichhohes Produktionsplus melden konnte."(39) Diese Daten – die politisch-ökonomische Entwicklung von 1969 bis 1972 insgesamt– demonstrieren ‚idealtypisch' die Keynesianisierung der westdeutschen Wirtschaft. Bei einer Stagnation der Investitionen hat der freigesetzte Arbeiterantagonismus das gesamtwirtschaftliche Lohnniveau trotz sinkender Wachstumsraten gehoben, auf das der staatliche Haushalt expansiv reagierte (40):



39) Jahresbericht der Bundesregierung 1972, a.a.O., S.202
40) Sachverständigengutachten 1973, S.99

Die herrschende Sozialdemokratie hat es bis zur Bundestagswahl im November 1972 vermocht, sich der vom Kapital verlangten Wirtschaftspolitik erfolgreich zu widersetzen. Nach drei Jahren Abstinenz von der unmittelbaren Staatsgewalt versucht die bürgerliche Fraktion um den Preis einer offenen Klassenkonfrontation ihren bis 1969 bestimmenden Einfluß auf den Regierungsapparat wiederzugewinnen. Die klassenspezifische Polarisierung während des Metallarbeiterkampfes im November und Dezember 1971 setzt sich auf der politischen Ebene in der Auseinandersetzung um das Mißtrauensvotum im April 1972 und im Wahlkampf des darauffolgenden Herbstes konsequent fort. Die politische Konfrontation während des gesamten Jahres 1972 hatte ihr Zentrum in alternativen wirtschaftspolitischen Strategien, letztlich in der Stabilitätspolitik: das Mißtrauensvotum gegen Brandt war gekoppelt an die Verabschiedung des Bundeshaushalts 1972; der Rücktritt Schillers erfolgte aus kontroversen haushalts- und währungspolitischen Vorstellungen; und vor allem der Wahlkampf im Herbst, er wurde geführt um die Stabilität des Staates – um, wenn auch propagandistisch stilisiert, alternative Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle. Seit ihren Anfangsjahren hat es in der Bundesrepublik keine klassenspezifischere Konfrontation gegeben, die auf ihren beiden Polen interessenwirksamer war, als in der Zeit vom Frühjahr bis Herbst 1972. Der ökonomische Interessenantagonismus hat massenhaft seinen derzeit politisch adäquaten Ausdruck in den reformistischen Organisationen und in der Partei des Kapitals gefunden.

Wenn man von der Nähe bzw. Ferne der reformistischen Organisationen – Gewerkschaften und Sozialdemokratie – zu ihrer sozialen Basis reden kann, dann hat sich der Abstand beider zueinander bis zur Bundestagswahl 1972 verringert. Die Kritik der Arbeiterschaft an der kapitalkooperativen Haltung der Gewerkschaften nach der Krise bis zu der spontanen Streikwelle im September 1969 und die massenhaften Proteste gegen die Mitarbeit der Sozialdemokratie in einer von der konservativen Fraktion geführten Regierung haben den Reformismus zu einer offensiven Strategie gezwungen. Drei Jahre reformistischer Herrschaft haben das Verhältnis der etablierten Organisationen zur Arbeiterschaft substanziell entwickelt. Dieser Prozeß, der quasi-naturwüchsig in den Septemberstreiks und der Bundestagswahl 1969 einsetzte, erreichte drei Jahre danach seinen vorläufigen Höhepunkt. Das Entscheidende an diesem Prozeß scheint mir zu sein, daß es sich in der Arbeiterschaft nicht so sehr um eine Identifizierung – wie Klönne sagt, um die Qualifizierung eines ‚höheren gesellschaftlichen Anspruchsniveaus', etwa um ‚weitergehende Reformhoffnungen' (41) – mit programmatischen Vorstellungen des offiziellen Reformismus gehandelt hat, sondern darum, daß die Arbeiterschaft während dieser drei Jahre sozialreformerischer Regierung die reale Erfahrung von einem größeren Bewegungsspielraum gemacht hat. Dafür spricht sowohl die Tarifbewegung in 1970, wie auch unter den vom Kapital verschärften Bedingungen der Metallarbeiterkampf in Baden Württemberg 1971. Objektiv wird dieser weitere Bewegungsrahmen durch die staatliche Wirtschaftspolitik, subjektiv durch die größere Loyalität der Sozialdemokratie zu den Gewerkschaften und der Arbeiterschaft ermög-

(41) A. Klönne, Klassenkampf von oben, in: Für eine neue sozialistische Linke, hrsg. vom Sozialistischen Büro, Frankfurt 1973, S. 45.

licht. Je stärker die reformistischen Organisationen sich der Bourgeoisie und dem Kapital konfrontieren, umso ineffektiver wird ihre Disziplinierungsfunktion gegenüber der Arbeiterschaft. „Immer weniger läßt sich die ‚Treue' zur Brandt-Regierung als Erpressung ausspielen, mit der man die Arbeiter-Initiative blockieren könnte. Die Arbeiter sind immer weniger bereit, ihren Kampf den Erfordernissen der SPD-Politik unterzuordnen und wollen – wenn schon – immer mehr die SPD ihrem Kampf unterordnen." (42)

Das Mißtrauensvotum der Opposition gegen die Brandt-Regierung am 27. April 1972 ist nicht in seiner parlamentarischen Kausalität, sondern gerade als machtpolitischer Angriff des bürgerlichen Blocks konstitutiv für die Mobilisierung weiter Kreise der Arbeiterschaft. Zum ersten Mal seit den Demonstrationen gegen die Notstandsgesetze war vor der Abstimmung über das Mißtrauensvotum „das Volk", wie der Spiegel schrieb, „wieder auf die Straße gegangen. (...) Arbeiter und Studenten, Hausfrauen und Angestellte, Kind und Kegel (zogen) am Mittwoch durch die Städte und forderten, was die ‚Hamburger Morgenpost' mit sechseinhalb Zentimeter großen Lettern auf ihr Extrablatt gedruckt hatte: ‚Willy muß Kanzler bleiben'. Mal waren es kleine Haufen wie die 400 in Kiel, mal 7.000 wie die streikenden Metall- und Automobilarbeiter von Emden. In Hamburg demonstrierten 10.000, in Frankfurt 12.000, in Bonn 15.000. Sie skandierten, so an der Elbe: ‚Strauß und Barzel üben fleißig für ein neues Dreiunddreißig'." (43) Brandt, der selbst der CDU/CSU mit der ‚Mobilisierung der Betriebe' gedroht hatte, sah sich einer politischen Bewegung der Arbeiterschaft gegenüber, die die traditionell parlamentarischen Formen spontan durchbrach. Vor dem Bundestag und über die Fernseher riet er, „die Gefühle zu zügeln, sich nicht provozieren zu lassen, von unüberlegten Aktionen Abstand zu nehmen." (44) „Die Arbeiter hatten in dieser Affäre gezeigt, daß sie selbstbewußt aufzutreten vermögen und nicht einfach als Mittel der politischen Auseinandersetzung von der Sozialdemokratie instrumentalisiert werden können." (45)

Die Nähe der reformistischen Organisationen zur politischen Bewegung in der Arbeiterschaft zeigte sich vollends im Wahlkampf zur Bundestagswahl 1972. So haben einerseits, wie die Bundesvereinigung zurecht konstatiert, „ die Gewerkschaften, die sicherlich durch gemeinsame geschichtliche Wurzeln mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in besonderem Maße verbunden sind, entgegen ihrem bisherigen politischen Verhalten ihre kritische Distanz zur Regierung vornehmlich im Laufe des letzten Jahres deutlich geschmälert."(46) Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die großen Einzelgewerkschaften haben über die Verabschiedung konkreter Reformprogramme, die sich im wesentlichen mit dem Wahlprogramm der SPD deckten, für die bestehende sozialreformerische Regierung offen Partei ergriffen. Andererseits hat sich in grossen Teilen der Arbeiterschaft eine aktive, agitatorisch fraktionierende, Unterstützung für die sozialliberale Koalition entfaltet. Die politische Artikulation der Arbeiterschaft wurde von den Wahllokalen auf die Straße und in die Betriebe verlegt. Wählerinitiativen in den Stadtteilen und eine parteipolitische Agitation in den Abteilungen – mit Aufklebern und Plaketten ‚Für Willy' – bestimmten das Wahlklima. Als Brandt versuchte, in den Betrieben für die SPD zu agitieren, stieß er auf den schärfsten Widerstand der CDU/CSU und der Kapitalverbände. Der Wahlkampf hat sich mit einer für die Bundesrepublik beispiellosen Mobilisierung und Polarisierung vollzogen.(47)

(42) Arbeiterautonomie in Westdeutschland, a.a.O., S. 56 f.
(43) Der Spiegel, Nr. 19, 1972
(44) W. Brandt, Rede vor dem Deutschen Bundestag am 26. April 1972, in: Bundeskanzler Brandt, Reden und Interviews (II), a.a.O., S. 196.
(45) Redaktionskollektiv, Zur Einschätzung der Lage nach den Bundestagswahlen, in: Probleme des Klassenkampfs 5, Berlin 1972, S. 221.
(46) Arbeitgeber. Jahresbericht 1972, a.a.O., S. 5.
(47) Ausführlich berichtet der Spiegel über den Bundestagswahlkampf. Es erscheinen vom 25. September bis 13. November sechs Folgen der ‚Wahl-Spezial' Nr. 1 bis Nr. 6.

Zwei Lager standen sich offen gegenüber: auf der einen Seite der relativ geschlossene Block des Reformismus, auf der anderen die Partei des Kapitals, der Stabilität, der Ordnung. In breit angelegten Anzeigenkampagnen, lanciert von anonymen Arbeitsgemeinschaften, Bürgerinitiativen und Vereinigungen, finanziert von einzelnen Unternehmern und ihren Verbänden, (48) wird das Gespenst des Sozialismus von Horst Mahler bis Willy Brandt beschworen und für soziale Marktwirtschaft, persönliche Freiheit, Stabilität und Ordnung geworben. Die Niederlage des Reformflügels in der Mitbestimmungsfrage, ihr teils verstecktes, teils offenes Eintreten für die Rechtsradikalen und die Propagierung ihrer reaktionärsten Repräsentanten, Strauß und Dregger, haben das Image der konservativen Parteien massenwirksam verstärkt.

Bei der propagandistisch überhöhten Polarisierung in den reformistischen und bürgerlichen Block läßt sich die eindeutige aktive Parteinahme der Arbeiterschaft für den Reformismus nicht – zumindest nicht für die Periode vom Frühjahr bis Herbst 1972 – aus der sog. Ambivalenzfunktion der Sozialdemokratie erklären, daß diese nämlich objektiv die Staatsgewalt in einer bürgerlich kapitalistischen Gesellschaft ausübe, subjektiv jedoch ihre soziale Basis in der Arbeiterschaft habe. Mit der appellativen Hinwendung zu den Gewerkschaften und der Arbeiterschaft sei die Widersprüchlichkeit, in der sich die Sozialdemokratische Partei befände, heißt es in einem Aufsatz der Prokla, nicht aus der Welt geschafft. „Sie bleibt eben eine Partei, die in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft die Regierungsgewalt ausübt und daher zwischen Funktionalität in dieser Gesellschaft und Legitimation durch die Arbeiterklasse schwankt. Vor der Wahl ging es vorrangig um Legitimation, nach der Wahl wird es um Funktionalität gehen." (49) Die Bestimmung des Staates als Generalagentur des Kapitals ist ebenso geschichtslos, wie die Bestimmung der Sozialdemokratie als Legitimationsträger. Demgegenüber läßt sich an der materialen Politik des Staates, seiner jeweiligen Finanz- und Wirtschaftspolitik, objektiv wie subjektiv das Verhältnis von herrschender Sozialdemokratie und Arbeiterschaft historisch konkret nachzeichnen.

Die staatliche Wirtschaftspolitik stand im Zentrum der Wahlagitation beider Lager: Vollbeschäftigung bei Inflation auf seiten des Reformismus, Stabilität auf seiten des Kapitals. Legendär ist der Satz von Helmut Schmidt aus dem Wahlkampf: „Fünf Prozent Preisanstieg sind in Deutschland eher zu ertragen als fünf Prozent Arbeitslosigkeit." Um die nationalen Preissteigerungen vor dem Angriff der ausländischen Konkurrenz zu verteidigen, relativierte der Brandt-Slogan: „Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land." Diese Wahltopoi hatten ihre reale Erfahrungsgrundlage in der sozialliberalen Wirtschaftspolitik der vorangegangenen drei Jahre – zumal in den antizyklischen Maßnahmen von 1971 und 1972. Dagegen propagierten die konservativen Parteien die ‚Reprivatisierung des Beschäftigungsrisikos' und erklärten die Ausgabenpolitik und Verschuldung der öffentlichen Haushalte zu Anzeichen des ‚Staatsbankrotts'. Mit den Parolen ‚Wir bauen den Fortschritt auf Stabilität' und ‚SPD = Inflation' sollte den Regierungsparteien die Verantwortung für den Inflationsprozeß unterstellt und eine durchgreifende Stabilitätspolitik empfohlen werden.

Außer Zweifel steht, daß das Wahlprogramm und die Wahlagitation der sozialliberalen Parteien die objektive Lage der Arbeiterschaft und die Staatsfinanzen Ende des Jahres 1972 der Realität entsprechender interpretiert haben, als daß die Krisenagitation des bürgerlichen Blocks massenwirksam hätte werden können. Bei einer Inflationsrate im Oktober von 6,4 Prozent, einer Neuverschuldung des Bundeshaushalts von 3 Mrd. Mark und einer aktiven Außenhandelsbilanz konnte von einer ‚Staatskrise' oder von einer Gefährdung des ‚Gesamtwohls' im Ernst nicht die Rede sein. Umso offensichtlicher mußte die konservative Strategie des Beschäftigungsrisikos, der Stabilisierung der Preise und einer restriktiven Haushaltspolitik als Strategie des Kapitals ins Bewußtsein der Massen treten. Wie der Wahlausgang am 19. November deutlich zeigte, hatte der politische Angriff der konservativen Parteien, über die Zurückeroberung des Staatsapparates die Arbeiterschaft erneut einer kapitalautonomen Politik zu unterwerfen, sein Ziel verfehlt.

(48) Vgl. dazu ‚Das schwarze Kassenbuch'. Die heimlichen Wahlhelfer der CDU/CSU, hrsg. vom Presseausschuß der Demokratischen Aktion, Köln 1973; Klassenkampf von oben? oder Angstmacher von rechts, Dokumente und Analysen eines gescheiterten Wahlkampfes, hrsg. v. J. Richter, Reinbek 1973.

(49) Redaktionskollektiv, Zur Einschätzung, a.a.O.

des general franco langsames sterben

zuletzt nur noch ein hirnstrom
in der kalten leere der technokraten
das zittern einer nadel
irgendwo im raum

das blut stockt
im steinernen herz des völkermords
verstummt ist die krächzende stimme
die von der verschwörung redete
den kommunisten
den freimaurern

und aus allen gebrochenen augen
sah der tod ihn an

den augen vor den exekutionskommandos
den augen unter guernicas bomben
den augen auf der garotte

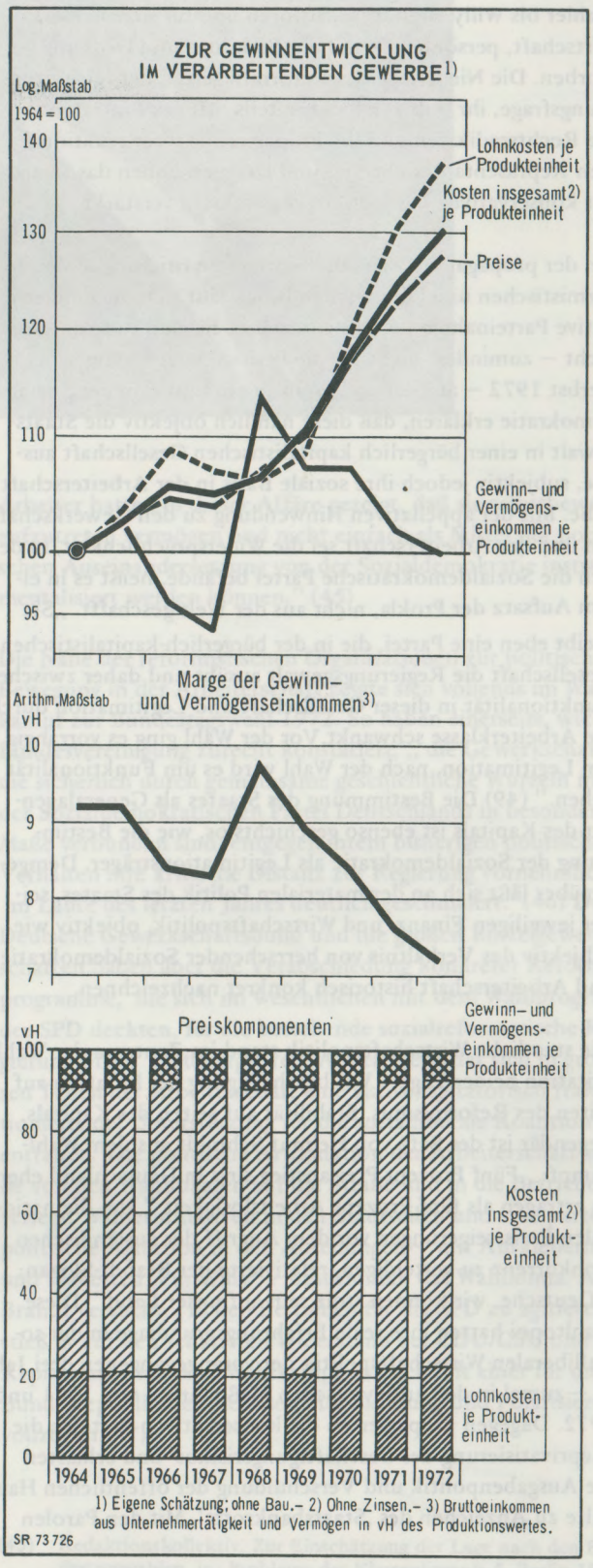
verfault ist francisco franco
caudillo, gnadenlos verfault
wie eine alte hyäne

Harry Oberländer

Die inflatorische Offensive des Kapitals und die Krise des Reformismus

Der führenden Fraktion des Kapitals, der Schwer- und Investitionsgüterindustrie, ist es offensichtlich bis zum Herbst 1972 nicht gelungen, einen bestimmenden Einfluß auf die Wirtschaftspolitik der sozialliberalen Koalition zu nehmen. Die Aufwertungen der D-Mark in 1971 haben die Exportraten und die Profitspannen im Außenhandel stark eingeschränkt; vor der Jahreswende hat sich die Bundesregierung nicht dazu bereit erklärt, im Interesse des Kapitals einen Tarifabschluß zu Lasten der Metallarbeiter herbeizuführen; und schließlich hat die staatliche Haushaltspolitik zu einer Expansion der Massennachfrage und zu einer höheren Verschuldung der öffentlichen Haushalte geführt. Der Bundesverband der Deutschen Industrie sieht in einer solchen Entwicklung ‚Gefahren für das Gleichgewicht', als Ergebnis eines sich verschärfenden Verteilungskampfes. In allen entwickelten Industriestaaten, so heißt es in seinem Jahresbericht 1971/72, sei der Verteilungskampf ins Zentrum der ökonomischen Auseinandersetzung gerückt. „Es ist zu einer Konfrontation auf zwei Ebenen gekommen, die sich bereits 1966 abzeichnete, dann eine Zeitlang in den Hintergrund trat, sich 1969 erneut entfaltete und 1971 einem Höhepunkt zusteuerte: Der Kampf um die Verteilung des Volkseinkommens zwischen abhängig Beschäftigten und Unternehmen auf der einen, der Anspruch des Staates auf einen höheren Anteil an der Verwendung des Produktionspotentials auf der anderen Seite." Dieser Verteilungskampf werde in extremer Weise politisiert. „Die gefährlichen Folgen solcher Politik sind zunächst Inflationsraten." (1)
Seine politische Ohnmacht transformiert das Kapital in eine gesamtwirtschaftliche Offensive – sein Instrument ist die Inflation.

Die inflationäre Entwicklung gewinnt seit 1971, vor allem aber im Jahre 1972, in der Bundesrepublik eine neue Qualität. Das erste Mal in der Geschichte Westdeutschlands geht die konjunkturelle Abwärtsbewegung nicht ineins mit einer, gegenüber früheren Zyklen, leichten Reduzierung oder zumindest einer Stagnation des Preisniveaus, sondern geht einher mit einer weiteren Inflationierung. So stiegen die Preiszuwachsraten des privaten Verbrauchs von 1967 von 1,7 bis 1972 auf 5,8 kontinuierlich an, mit einer deutlichen Wende in 1971. Nach allen offiziellen Einschätzungen hat bis zu den währungspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung im Mai und Dezember 1971 die internationale Preisentwicklung – vorwiegend die Inflationierung des Dollars durch den Vietnamkrieg – das binnenwirtschaftliche Preisniveau wesentlich bestimmt; seit 1972 rückt der nationale Verteilungskampf als Grund ins Zentrum des Inflationsprozesses. „Besonders ungünstig war", heißt es im Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1972, „daß die Erzeugerpreise der Industrie trotz teilweise abnehmenden Kostendrucks nicht wie früher in ähnlichen Konjunkturlagen stabil blieben oder sogar sanken, sondern sich weiter kräftig erhöhten. Zwar haben hier im Verlauf des Jahres 1972, insbesondere zum Jahresende hin, Weltmarkteinflüsse eine Rolle gespielt; die Hauptursache für den Anstieg der industriellen Erzeugerpreise dürfte aber gewesen sein, daß die Industrieunternehmen, sobald sich ihre Absatzlage gebessert hatte, bestrebt waren, die in den Jahren 1970 und 1971 stark geschmälerten Gewinnmargen auszuweiten." (2)



(1) Jahresbericht des BDI 1971/72, S. 13.

(2) Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1972, S. 12. Zur Gewinnentwicklung vgl. Schaubild, Quelle: Sachverständigengutachten 1973, S. 56 f.

Ebenso meint die Bundesregierung, daß es in der zweiten Hälfte des Jahres 1972 den Unternehmern offenbar in vermehrtem Maße gelungen sei, „nicht nur Kostensteigerungen zu überwälzen, sondern darüber hinaus die zuvor gedrückten Gewinnmargen wieder zu vergrößern." (3)

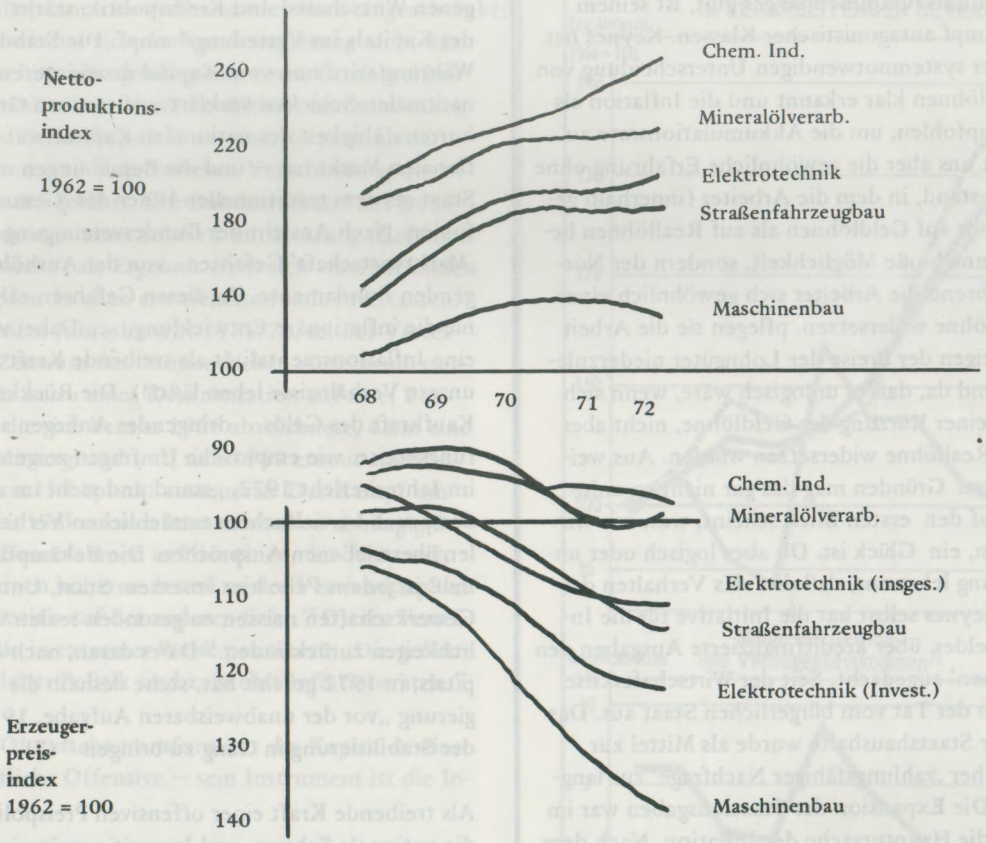
Der inflatorische Prozeß, der sich – negativ unter dem massenwirksamen Begriff der Stabilität – das Erscheinungsbild eines neuen, der konkurrenzwirtschaftlichen Warenproduktion analogen, Totalitätszusammenhanges gibt, ist seinem Wesen nach der Kampf antagonistischer Klassen. Keynes hat das bereits in seiner systemnotwendigen Unterscheidung von Nominal- und Reallöhnen klar erkannt und die Inflation als probates Mittel empfohlen, um die Akkumulationsrate zu sichern. „Nun lehrt uns aber die gewöhnliche Erfahrung ohne Zweifel, daß ein Zustand, in dem die Arbeiter (innerhalb gewisser Grenzen) mehr auf Geldlöhnen als auf Reallöhnen bestehen, nicht nur eine bloße Möglichkeit, sondern der Normalzustand ist. Während die Arbeiter sich gewöhnlich einer Kürzung der Geldlöhne widersetzen, pflegen sie die Arbeit nicht bei jedem Steigen der Preise der Lohngüter niederzulegen. Man sagt hie und da, daß es unlogisch wäre, wenn sich die Arbeiter wohl einer Kürzung der Geldlöhne, nicht aber einer Kürzung der Reallöhne widersetzen würden. Aus weiter unten angeführten Gründen mag das gar nicht so unlogisch sein, wie es auf den ersten Blick scheint, was, wie wir später sehen werden, ein Glück ist. Ob aber logisch oder unlogisch, die Erfahrung lehrt uns, daß dies das Verhalten der Arbeiter ist." (4) Keynes selbst hat die Initiative für die Inflationierung des Geldes über kreditfinanzierte Ausgaben den ‚öffentlichen Organen' zugedacht. Seit der Wirtschaftskrise ging die Initiative in der Tat vom bürgerlichen Staat aus. Das deficit spending der Staatshaushalte wurde als Mittel zur Schaffung zusätzlicher ‚zahlungsfähiger Nachfrage' zur langfristigen Strategie. Die Expansion der Staatsausgaben war im Zweiten Weltkrieg die Hauptursache der Inflation. Nach dem Zweiten Weltkrieg jedoch, in der ‚langen Welle mit expansivem Grundton', kam, wie Mandel anhand von empirischem Material hinreichend plausibel gemacht hat, „den eigentlichen Staatsausgaben eine zwar nach wie vor wichtige, aber letzten Endes zweitrangige Bedeutung bei der Erklärung der permanenten Inflation zu. Hauptquelle der Inflation wurde jetzt der Kontokorrentkredit der Banken an den privaten Sektor." (5) Über die monopolkapitalistische Preisbildung und die Sekundärgeldschöpfung der privaten Banken führt das Kapital machtpolitisch bei staatlicher Garantie von Vollbeschäftigung den Verteilungskampf.

„Die schleichende Inflation erweist sich als Ergebnis interessenbedingter Verhaltensweisen konkurrierender gesellschaftlicher Machtgruppen." (6) Die Absicht der inflatorischen Offensive des Kapitals ist es, aufgrund seiner politischen Ohnmacht ökonomisch den Staat in den Verteilungskampf mit einzubeziehen: mit dem eindeutigen Ziel eines Angriffs auf die Realeinkommen der Arbeiterschaft. Da objektiv der Staat vermittels seiner öffentlichen Haushaltspolitik und vermittels der Liquiditätspolitik der Notenbank wirksam in den binnenwirtschaftlichen Inflationsprozeß eingreift, versucht das Kapital – ideologisch – im inflationierenden Geld eine gesamtwirtschaftliche Totalität zu konstituieren, die die Wirtschafts- und Kreditpolitik des Staates den privaten Interessen des akkumulierenden Kapitals subsumiert. In dem Maß, in dem der Staat auf die inflatorische Offensive des Kapitals inflationierend reagiert, in demselben Maß verliert der Angriff des Kapitals seine Wirkung; und umgekehrt, reagiert der Staat auf die monopolistische Preisbildung mit einer stabilitätsbezogenen Wirtschafts- und Kreditpolitik, stärkt er die Position des Kapitals im Verteilungskampf. Die Stabilisierung der Währung wird nun vom Kapital quasi-interessenneutral zum nationalen Schicksal verklärt – die seinen Grund in der Konkurrenzfähigkeit des nationalen Kapitals auf dem internationalen Markt hat – und die Bemühungen um Stabilität dem Staat als dem traditionellen Hüter des 'Gesamtwohls' anempfohlen. Nach Ansicht der Bundesvereinigung drohen der ‚Marktwirtschaft' Gefahren „von der Aushöhlung der sie tragenden Fundamente. Zu diesen Gefahren zählt in erster Linie die inflationäre Entwicklung. .....Dabei wirkt zunehmend eine Inflationsmentalität als treibende Kraft mit, die uns über unsere Verhältnisse leben läßt(!). Die Rückkehr zu stabilerer Kaufkraft des Gelds – dringendes Anliegen aller Bevölkerungskreise, wie empirische Umfragen zeigen –", heißt es im Jahresbericht 1972, „stand und steht im auffallenden Widerspruch zu vielfachem tatsächlichen Verhalten und zu vielen übertriebenen Ansprüchen. Die Bekämpfung der Inflation muß in jedem Falle hier ansetzen. Staat, Unternehmer und Gewerkschaften müssen zu gesunden realen Wachstumsmöglichkeiten zurückfinden." Da es daran, nach Meinung des Kapitals, in 1972 gefehlt hat, stehe deshalb die neue Bundesregierung „vor der unabweisbaren Aufgabe, 1973 einen Prozeß der Stabilisierung in Gang zu bringen." (7)

Als treibende Kraft einer offensiven Preispolitik erweist sich die nationale Schwer- und Investitionsgüterindustrie. „Unterstellt man in Übereinstimmung mit der Realität branchenunterschiedliche Produktivitätssteigerungen, aber eine an dem durchschnittlichen gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt ausgerichtete Lohnpolitik der Gewerkschaften, so ergeben sich branchenspezifische Konsequenzen." (8) Produktionszweige mit unterdurchschnittlichen Produktivitätszuwachsraten haben aufgrund des höheren Lohnanteils relative Kostensteigerungen, während umgekehrt, Branchen mit überdurchschnittlichem Produktivitätswachstum dagegen relative Kostenentlastungen erzielen. Bei einem längerfristig unveränderten Preisniveau zwischen den einzelnen Branchen bedeutet dies eine tendenzielle Gewinnverlagerung von den arbeitsintensiven Industriezweigen auf Branchen mit hohem Produktivitätswachstum. „Unterstellt man als ein der Realität nahekommendes Unternehmerverhalten eine Politik der Sicherung und Erhöhung der betrieblichen Gewinnspannen, so besteht für die Sektoren mit überdurchschnittlicher Arbeitsproduktivitätszunahme Veranlassung zu Preiserhöhungen in einem solchen Umfang, daß die alte Gewinnrate verteidigt werden kann. In Bereichen mit überdurchschnittlicher Steigerung der Produktivität werden die Unternehmen versuchen, ihre Preise zu halten und so ihre Profitraten zu erhöhen." (9) Global läßt sich also sagen, daß die

(3) Jahresbericht der Bundesregierung 1972, a.a.O., S. 196.
(4) J.M.Keynes, Allgemeine Theorie, a.a.O., S. 8.
(5) E.Mandel, Der Spätkapitalismus, Frankfurt 1972, S. 381.
(6) O.Jacobi, Ursache, Funktion und Ergebnis der Einkommenspolitik, a.a.O., S. 64.
(7) Arbeitgeber. Jahresbericht 1972, a.a.O., S. 4 und S. 7.
(8) O.Jacobi, a.a.O., S. 62.
(9) O.Jacobi, a.a.O., S. 63.

unterdurchschnittlich profitablen Industrien ihre Verwertungsschwierigkeiten über eine inflationäre Politik auf die überdurchschnittlich profitablen Industrien umlegen – mit der notwendigen Folge einer Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus. Wie das folgende Schaubild zeigt, ergibt sich ein – vom Sachverständigenrat in gleicher Weise konstatierter – spiegelbildlicher Zusammenhang von Preis- und Produktivitätsstruktur: (10)



Der entscheidende Punkt ist nun, daß die offensive Preispolitik gerade der arbeitsintensiven Schwer- und Investitionsgüterindustrie in das Zentrum des Verteilungskampfes rückt. Innerhalb der Rahmenbedingungen von Vollbeschäftigung und Inflation konzentriert sich zwangsläufig die machtpolitische Konfrontation auf die traditionelle Fraktion des deutschen Kapitals mit den organisierten Metallarbeitern – eine Konfrontation, die in den spontanen Arbeitskämpfen von Beginn des Jahres 1973 bis zum August ihren ersten Höhepunkt erreicht und die Klassenkämpfe in Westdeutschland auf ein neues Niveau stellt.

Mit dem ökonomischen Mittel der Krise hat die Bourgeoisie 1966/67 einen Klassenkompromiß erzwungen, der unter Mitbeteiligung der Sozialdemokratie an der Regierungsverantwortung die Gewerkschaften auf eine kapitalkonforme Lohnpolitik verpflichtet hat. Dieser Klassenkompromiß ist von den streikenden Arbeitern im September 1969 aufgekündigt worden. Die Arbeiterschaft hat in den Herbstkämpfen einen Prozeß der Loslösung des Lohnes von der Krisenbewegung des Kapitals eingeleitet, der die Dynamik des Keynesianischen Projekts – sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik, expansiver gewerkschaftlicher Lohnpolitik und aktiver Kampfbereitschaft der Arbeiter – in Gang setzte. Mit dem ökonomischen Mittel der Inflation erzwingt die Bourgeoisie um die Jahreswende 1972/73 einen erneuten Klassenkompromiß, der die neu gewählte sozialreformerische Regierung auf eine gegen die Interessen der Arbeiterschaft gerichtete Stabilitätspolitik verpflichtet: auf eine restriktive Haushaltspolitik und auf die Disziplinierung der Gewerkschaften. Diesmal hat es jedoch keine zwei Jahre gedauert, bis die Arbeiterschaft den Angriff des Kapitals abwehrt. Mit dem Hoesch-Streik im Februar 1973 setzen die Antiinflationsstreiks ein, die mit dem Ford-Streik im August ihren Höhepunkt erreichen. Die Kämpfe vom Frühjahr und Sommer 1973 richten sich unmittelbar gegen die inflatorische Offensive des Kapitals, ohne daß die kapitalkonforme Stabilitätspolitik der Regierung offen zum Angriffspunkt der Arbeiterschaft wird. Der sozialliberal verwaltete Staat kann bis zum ÖTV-Streik im März 1974 den Schein der Klassenneutralität bewahren.

Der Klassenkompromiß zwischen den führenden Fraktionen des Kapitals, der neu gewählten Bundesregierung und den kampfstarken Einzelgewerkschaften findet seinen Niederschlag in dem Regierungsprogramm der zweiten sozialliberalen Koalition und in den Tarifabschlüssen zu Beginn des Jahres 1973. In seiner Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 verkündet Brandt als drängendste Aufgabe, die die Bundesrepublik mit den europäischen Partnern meistern müsse, „wieder mehr Preisstabilität zu gewinnen". Sie soll erzielt werden vermittels des klassischen Instruments zur Konjunktursteuerung, der Geld- und Kreditpolitik, einer restriktiven Gestaltung des öffentlichen Gesamthaushalts und mit dem

(10) Das Schaubild ist nach den Indexziffern zusammengestellt, die die Statistischen Jahrbücher ausweisen.

Appell an die besondere Verantwortung derer, wie es heißt, die in der Praxis über Preise und Kosten entscheiden. Wörtlich sagt Brandt vor dem Bundestag und über die Fernsehschirme: „Wer nur neue Forderungen stellt, ohne zu neuen Leistungen bereit zu sein, der wird der Lage, auch der eigenen Interessenlage, nicht gerecht, und er kann nicht erwarten, ernst genommen zu werden, und wer den soliden Fortschritt will, der muß im Zuwachs des persönlichen Verbrauchs auch einmal langsamer treten. Reformgerede, hinter dem sich nur Gehaltsforderungen tarnen, taugt wenig. Niemand soll glauben – und ich sage dies keineswegs nur an eine Adresse –, wir könnten mit selbstverständlicher Automatik mehr verdienen, wenn wir weniger leisten." (11) Gerade solche Passagen, die den spontanen Applaus der Opposition einbrachten, zeigen die klassenspezifische Zielrichtung des regierungsamtlichen Appells. So konnte die Bild-Zeitung am folgenden Tag in großen Balken die Regierungserklärung interpretieren: ‚Wer mehr Geld will – muß mehr leisten'.

Eine Woche zuvor hatte die IG-Metall mit der Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens einen richtungweisenden Tarifvertrag auf der Ebene von 8,5 Prozent abgeschlossen. Dieser Marge schlossen sich die Metallverarbeitung und der öffentliche Dienst an. Bei einer Preissteigerungsrate für die Lebenshaltungskosten von knapp 7 Prozent zu Beginn des Jahres und bei der bestehenden Steuerprogression bedeutete dieser Abschluß eine Reallohnstagnation. Der reale Zugewinn werde umso größer sein, erklärte Loderer, je besser es der Bundesregierung gelingen werde, den Preisauftrieb zu dämpfen. „Mit dem Abschluß verbinde die Gewerkschaft allerdings konkrete Erwartungen in das preispolitische Verhalten der Unternehmer, die sie nicht ungestraft enttäuschen dürften. ...Mit den Abschlüssen in dieser Tarifbewegung habe die IG-Metall niemanden einen Vorwand für die gesetzliche Preissteigerung geliefert. Sie habe gezeigt, daß sie die Probleme der Stabilitätspolitik ernst nehme, und einen Beitrag zu ihrer Lösung geleistet." (12) Der Stabilitätspakt, den die IG Metall und die ÖTV eingegangen sind, wird von den öffentlichen Institutionen und selbst von den Unternehmern verbal honoriert. Die Bundesbank spricht in ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1972 von einem ‚bemerkenswerten Klimawechsel' bei den Lohnverhandlungen im Vergleich zu Tarifauseinandersetzungen Ende des Jahres 1971. Sie seien verhältnismäßig glatt über die Bühne gegangen, „da einerseits eine Weitergabe der Mehrkosten in den Preisen bei der gegebenen Marktlage für die Arbeitgeber keine größeren Probleme darstellte, andererseits die Gewerkschaften von sich aus Ergebnisse anstreben, die der verhängnisvollen Wechselwirkung von Preisen und Löhnen nicht neue Impulse geben sollten." (13) Und im Sondergutachten vom 4. Mai 1973 schreibt der Sachverständigenrat: „Die Arbeitnehmerorganisationen zeigten sich also bereit, auf den Erfolg einer Stabilitätspolitik zu setzen, die in dieser Zeit allenfalls den Zielen und Versprechungen der Regierung, nicht aber auch schon den beschlossenen Maßnahmen nach erkennbar war." (14)

So wenig die einkommenspolitische Kooperation der Gewerkschaften mit dem Kapital in den Jahren 1967 und 1968 aus dem ‚Versagen' der Gewerkschaftsführungen erklärt werden kann, so wenig läßt sich der erneute Klassenkompromiß nach der Bundestagswahl 1972 einer im Vergleich zu der Phase von 1969 bis 1972 vollzogenen Wende in der offiziellen reformistischen Politik zuschreiben. Die Initiative für den Klassenkompromiß lag beidesmal beim Kapital und sein Ziel war beidesmal die unmittelbare Schwächung der Arbeiterschaft: in und nach der Krise durch Massenentlassungen; einen Zyklus danach durch die Inflationierung der Lebenshaltungskosten. Die Kämpfe, die die Offensive des Kapitals in 1969 und 1973 provoziert hat, bleiben in ihrer Bedeutung für die Aktionsgeschichte des Proletariats solange im Dunkeln, solange sie im Rahmen einer, letzten Endes unhistorischen, restriktiven gewerkschaftlichen Lohnpolitik interpretiert werden.

So heißt es einleitend in dem Aufsatz von Thomas Mitscherlich u.a. ‚Neue Momente in der Klassenbewegung 1973 in der Metallindustrie': „Mit dem Lohnabschluß von 8,5% zu Beginn dieses Jahres hat die IG Metall gerade jene selbständige Bewegung in den Betrieben in Gang gesetzt, welche sie seit den Septemberstreiks 1969 sorgsam zu verhindern suchte." (15) In ähnlicher Weise argumentiert das Redaktionskollektiv ‚express': Die Härte, mit der die Streiks 1973 gegenüber 1969 ausgetragen worden seien, sei zum einen begründet in der durch die Verschärfung der internationalen Konkurrenz bedingten geringeren Konzessionsbereitschaft des Kapitals und zum anderen in der sozialdemokratischen Konjunkturpolitik. Die verhinderte periodische Rezession habe durch die gesicherte Vollbeschäftigung die Macht der Arbeiterklasse gestärkt und ihre Ansprüche auf steigende Reallöhne gefestigt. Als Preis für diese Politik habe die Regierung bei der traditionellen Bindung der Gewerkschaften an die Sozialdemokratie eine ‚maßvolle' Lohnpolitik der Gewerkschaften verlangt. Die sozialdemokratische Konjunkturpolitik, heißt es, stärke zwar die Position der Arbeiterklasse,

(11) zit. n. Jahresbericht der Bundesregierung 1972, a.a.O., S. 49 f.
(12) Metall Pressedienst vom 23.1.1973.
(13) Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1972, a.a.O., S. 16.
(14) Bundestagsdrucksache 7/1273, 12.
(15) Redaktionskollektiv Gewerkschaften (T.Mitscherlich u.a.), Neue Momente in der Klassenbewegung 1973 in der Metallindustrie, in: Probleme des Klassenkampfs 10, Berlin 1973, S. 35.

lähme aber die Gewerkschaften durch deren Festlegung auf die Stabilitätspolitik. Sie verhindere zwar die Rezession, führe aber zwangsläufig in die Inflation. „Insofern also beide Momente – Inflation und Gewinnexplosion einerseits, zurückhaltende Tarifpolitik andererseits – die Auslöser der Streikbewegung darstellen, kommt in diesen Streiks das Dilemma sozialdemokratischer Konjunktursteuerung zum Ausdruck." (16)

Die Härte, mit der die Kämpfe geführt worden sind, und das spezifisch Neue an dem Kampfzyklus, der 1973 eingeleitet worden ist, wird nur klar, wenn man die Antiinflationsstreiks als Angriff auf den Totalitätszusammenhang sieht, den das Kapital mit seiner inflatorischen Preispolitik quasi-interessenneutral konstituiert hat. Hatten die Arbeiter noch in der spontanen Streikwelle im September 1969 unter der Parole ‚Soziale Symmetrie' die Etablierung der ‚Gesamtwirtschaftlichen Vernunft' selbst erkämpft, so brechen sie vier Jahre später unter der inflatorischen Offensive des Kapitals aus dem, nunmehr unter dem Namen der ‚Stabilität' firmierenden, gesamtwirtschaftlichen Rahmen aus. Unter dem Eindruck der ersten Welle spontaner Antiinflationskämpfe formuliert Michael Kittner von der IG Metall die Richtung, in der sich die Arbeiterklasse bewegt, exakt: Im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Vernunft, der etablierten Einkommens- und Stabilitätspolitik, sei der Lohn eine Variable, die auf vorgegebene andere Daten zu reagieren habe. „In der Wirklichkeit ist der Lohn", schreibt Kittner, „aber der einzige Preis, der vertraglich gebunden ist. Daraus folgt umgekehrt geradezu zwangsläufig, daß für jede auf diesen Modellen beruhende antigewerkschaftliche Strategie der gewerkschaftlichen Lohnpolitik ein besonderes Interesse deshalb gilt, weil mit ihrer Hilfe die Arbeitnehmer aus der vertraglichen Fixierung des Lohnes gegenüber den Unternehmern ausbrechen und ihn durch seine autonome Beeinflussung nunmehr selbst zum vorgegebenen ökonomischen Datum machen." Für jede einkommens- und stabilitätspolitische Modellvorstellung sei die Beeinflussung der Löhne und damit der Zugriff auf die gewerkschaftliche Lohnpolitik der Hebel zur Bewältigung krisenhafter Abweichungen vom ‚magischen Viereck'. Dies bedeute aber, daß jede Lohnforderung, die den Rahmen des als zulässig Erachteten überschreite, als Angriff auf das gesamtwirtschaftliche Wohl gelte. „In dem Maße, in dem öffentliche Meinung und Regierung sich die gesamten ökonomischen Modellvorstellungen zu eigen machen, wird praktisch jede gewerkschaftliche Lohnforderung zum Politikum." Was den politischen Charakter der Lohnkämpfe anbelangt, formuliert Kittner die These, „daß die spontanen Arbeitsniederlegungen im September 1969 ‚unpolitischer' waren als manche Tarifbewegung, gab es doch niemanden, der ihnen – auch und gerade unter kapitalistischen Prämissen – als Grund einen einzel- und gesamtwirtschaftlichen Nachholbedarf abgesprochen hätte." (17)

Wohl standen die quasi-gewerkschaftlich und gewerkschaftlich geführten Lohnkämpfe in 1970 und 1971 auch im Konflikt zwischen autonomer Lohnpolitik und ‚gesamtwirtschaftlichem Wohl' – die machtpolitische Konfrontation freilich, die Loslösung des Lohnes vom öffentlich deklarierten Gesamtwohl, haben die spontanen Arbeitskämpfe während des Jahres 1973 eingeleitet. Denn nichts zeigt dies deutlicher, als die Diskrepanz zwischen dem imperativen Stabilitätspakt an der Jahreswende 1972/73 und der machtpolitischen Auseinandersetzung der darauffolgenden Monate. Der 8,5-Prozent-Abschluß der Gewerkschaften mit ihren moralischen Appellen an die staatliche Konjunkturpolitik und vor allem an die unternehmerische Preispolitik hat die dreijährige Phase gesamtwirtschaftlicher Vernunft besiegelt. In der autonomen Preispolitik des Kapitals und in der autonomen Lohnpolitik der Arbeiterschaft tritt der Verteilungskampf als Kampf antagonistischer Klassen schärfer denn je hervor. In diesem Prozeß verliert zunehmend der Staat seine moralische Kompetenz und offenbart zusehends seine reale Machtfunktionen – sowohl in der Steuerung der Wirtschaft, als auch in der unmittelbaren Repression.

„Im Jahre 1973 stand die Wirtschaftsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland im Zeichen ausgeprägter konjunktureller Spannungen. Die kräftigsten Impulse gingen von der Auslandsnachfrage im Investitionsgütersektor aus." (18) Während die Industrieproduktion insgesamt das Ergebnis des Vorjahres um 6,8 Prozent übertraf, zeichnete sich eine im Vergleich zu den Jahren 1971 und 1972 reziproke Branchendifferenzierung ab: „Dank erheblicher Wachstumsraten im Straßenbau und in der Elektrotechnik konnte auch die gesamte Investitionsgüterindustrie die Produktion überdurchschnittlich ausdehnen (+ 8,1 v.H.). In Übereinstimmung mit der ruhigen Entwicklung des privaten Verbrauchs ging der Ausstoß in der Verbrauchsgüterindustrie lediglich um 2,2 v.H. über den letztjährigen Stand hinaus." (19) War die Ankurbelung der Konjunktur unmittelbar nach der abgeschwächten rezessiven Entwicklung über die überproportionale Ausdehnung des Massenkonsums und der öffentliche Haushalte erfolgt, verschafften sich in der zweiten Phase des konjunkturellen Aufstiegs die Investitionsgüterindustrien über eine gezielte Preiskonjunktur Marktvorteile.

Die Bundesbank spricht in ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1973 von einer primär bewirkten Aufblähung der Geldbestände der Nichtbanken, das meint, eine wachsende Kreditierung des privaten Verbrauchs, vornehmlich der Investitionsgüter. „Tatsächlich nahm das Geldvolumen während der ersten Monate von 1973 ungewöhnlich stark zu; von Ende Dezember 1972 bis März 1973 sind die Geld- und Quasigeldbestände, saisonbereinigt und auf Jahresrate umgerechnet, um nicht weniger als 28% gestiegen." (20) Ein Vergleich zwischen der Verschuldung der privaten Industrie und der Verschuldung der öffentlichen Hand läßt das Ausmaß der inflatorischen Offensive des Kapitals sehr klar erkennen – wobei sich in den Jahresdurchschnittszahlen von 1973 die Auswirkungen der Stabilitätsprogramme vom Februar und Mai deutlich niederschlagen: (21)

(16) Redaktionskollektiv ‚express', Spontane Streiks 1973 – Krise der Gewerkschaftspolitik, Offenbach 1974, S. 19.

(17) M.Kittner, Ökonomische, rechtliche und strategische Aspekte gewerkschaftlicher Lohnpolitik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, hrsg. vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Köln 1973, Heft 7, S. 405 f.

(18) Jahresbericht der Bundesregierung 1973, a.a.O., S. 202.

(19) Jahresbericht der Bundesregierung 1973, a.a.O., S. 210.

(20) Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1973, a.a.O., S. 2.

(21) Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1973, a.a.O., S. 11 und S. 19.

	Kredite der Kreditinstitute an inländ. Nichtbanken	Verschuldung der Gebietskörperschaften
	(Veränderung im Jahr in Mrd. DM)	
1971	70,0	14,5
1972	89,0	14,7
1973	64,9	13,8

Nachfrageflut und Preissteigerungen eröffneten den Unternehmern für 1973 Gewinnaussichten, die ihre Investitionsneigung weiter erhöhten. Die Einkommen der Unternehmer, heißt es im Sondergutachten vom 4. Mai 1973, seien jedoch weniger die Folge einer ausgeprägten Mengenkonjunktur als vielmehr die Folge von Preiserhöhungsspielräumen, die der ungezügelte Nachfragesog fortlaufend neu schaffe. „Bei stürmischer Expansion der Nachfrage schwächte sich der Preiswettbewerb ab; die Preisentwicklung verlor weithin den Kontakt mit der Kostenentwicklung. Daraus ergibt sich eine Schere in der Einkommensentwicklung der Arbeitnehmer und der Selbständigen, welche die Grundlage der Tarifabschlüsse vom Jahresanfang zerstört und die Einkommenspolitik in ein Dilemma gebracht hat." (22) Die Sachverständigen vermuten, daß die abrupte Änderung der Verteilungsrelationen zu sozialen Spannungen führt, „die in explosiver Entladung enden können, sei es im außertariflichen Bereich, sei es bei den nächsten Tarifverhandlungen." (23)

(22) Sondergutachten Mai 1973, Bundestagsdrucksache 7/530.
(23) Sondergutachten Mai 1973, Bundestagsdrucksache 7/530.

Um der boomartigen Entwicklung entgegenzuwirken, beschließt die Bundesregierung am 17. Februar 1973 ein erstes Stabilitätsprogramm zur Nachfragedämpfung: die öffentlichen Haushalte sollen begrenzt werden, es wird eine Stabilitätsabgabe erhoben und neben der Kürzung von Investitionszulagen wird die Mineralölsteuer erhöht. „In den folgenden Monaten zeichneten sich immer deutlicher Spannungen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem durch die vorhandenen Kapazitäten begrenzten Angebot ab. Dadurch beschleunigte sich der Preisauftrieb bedrohlich." (24) In Anbetracht dieser konjunkturellen Entwicklung beschloß die Bundesregierung am 9. Mai ein zweites Stabilitätsprogramm, das an Schärfe, mit der es in den wirtschaftlichen Prozeß eingriff, alle vorherigen weit übertraf. Es zielte auf die privaten Investitionen. Die Bezieher höherer Einkommen wurden mit einer nicht rückzahlbaren Stabilitätsabgabe belegt; auf Investitionen wurde eine Steuer von 11 Prozent erhoben; die degressive Abschreibung auf Anlagegüter und die Steuervergünstigungen für den Wohnungsbau wurden ausgesetzt. Weiter wurden die Ausgaben der öffentlichen Haushalte eingeschränkt und die Verschuldung der öffentlichen Hand reduziert. Die Bundesbank sollte ihre restriktive Geld- und Kreditpolitik fortsetzen, insbesondere die freien Liquiditätsreserven der Banken unterbinden. Das Hauptinstrument der preispolitischen Stabilisierungsmaßnahmen der Bundesregierung war, wie die IG Metall konstatierte, ‚die alte leidige

(24) Jahresbericht der Bundesregierung 1973, a.a.O., S. 208.

globale Dämpfung der Nachfrage.' „Das große Defizit des Programms liege sowohl im Fehlen des sofortigen Verbots von Preisbindung und Preisempfehlung als auch in der Unterstellung, daß die Preisbildung funktioniere, daß man es also mit ‚freien Märkten und freien Preisen' zu tun habe ..... ‚Verwalteten' Märkten sei nicht mit Nachfragedämpfung beizukommen. Bei der schleichenden Inflation müsse man mit ordnungspolitischen Hebeln ansetzen." (25) Die vom DGB veröffentlichten Vorschläge propagieren denn auch: ‚Preisstabilität durch Brechung von Marktmacht'.

Das öffentliche Bewußtsein während des Jahres 1973 bis zu den Auswirkungen der internationalen Ölkrise war wesentlich geprägt von der nationalen Preisentwicklung. Die Lebenshaltungskosten steigen von Monat zu Monat um Prozentpunkte an: die Lebenshaltung aller privaten Haushalte verteuerte sich gegenüber dem Vorjahr im ersten Quartal 1973 um 6,7, im April um 7,5, im Mai um 7,8 und im Juni um 7,9 Prozent. Die Erhöhung der Mineralölsteuer, die Verteuerung der öffentlichen Dienstleistungen, der öffentlichen Verkehrsmittel, der Postgebühren, von Strom und Wasser, und schließlich die Preiserhöhungen bei langlebigen Verbrauchsgütern, wie Elektrogeräten und Automobilen, waren in ihrer materiellen Auswirkung und in der öffentlichen Diskussion das beherrschende soziale Faktum. Es bildeten sich spontan in breitem Ausmaß Bürgerinitiativen – vergleichbar der Wahlagitation im Herbst 1972 – jetzt aber gegen die öffentlichen Institutionen, gegen die Erhöhung von öffentlichen Gebühren, gegen Mietsteigerungen und gegen Preiserhöhungen bei Lebensmitteln. Der DGB, die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmer in der SPD, regionale Parteiorganisationen der SPD und die Jungsozialisten organisierten und unterstützten Antipreiskampagnen, von Verbraucherstreiks, öffentliche Kundgebungen bis zu Demonstrationen, die machtpolitisch freilich ohne Einfluß blieben,wohl aber in der Öffentlichkeit eine Preissensibilität verstärkten. Zumindest interpretierten sie den Inflationsprozeß interessenspezifisch, als Kritik an der Monopolpreisbildung der privaten Industrie und des Handels.

Noch keine drei Monate nach dem Abschluß in der Eisen- und Stahlindustrie und in der Metallverarbeitung setzt – ganz offensichtlich unter dem Druck der Bewegung in den Betrieben – die IG Metall mit ihrer Kritik an dem unternehmerischen Preisverhalten ein. Nach massiven Preiserhöhungen in der Automobilindustrie erklärt Loderer am 30. März: „Die Ergebnisse dieser Bewegung seien durch die wirtschaftspolitischen Vorgänge danach zum Teil entwertet worden." (26) Monate später spricht die IG Metall von politisch bedingten Preissteigerungen. Die unternehmerische Preistreiberei, heißt es, sei Bestandteil eines gnadenlosen Verteilungskampfes gegen die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften.

Die von den reformistischen Organisationen getragene Propaganda gegen die allgemeine Inflationierung der Preise und ihre klassenspezifische Interpretation hat ganz sicher die ‚Preissensibilität' der Massen verstärkt. Der praktische Widerstand jedoch, die Antiinflationskämpfe in 1973, kommt unmittelbar aus der Arbeiterschaft selbst. Er ist Resultat eines spezifischen Angriffs des Kapitals auf die Reallöhne und liegt machtpolitisch begründet in der inneren Struktur des Inflationsprinzips.

Die strategische Bedeutung der Keynesschen Inflationstheorie liegt, wie oben dargestellt, in der praktisch folgenreichen Unterscheidung von Nominal- und Reallöhnen für das Verhalten der Arbeiterschaft. Die Erfahrungstatsache, von der Keynes ausgeht, daß sich nämlich im Unterschied zu Geldlohnsenkungen die Arbeiterschaft einer Reallohnkürzung durch die Inflationierung der Preise nicht widersetzen wird, ist mit der spontanen Streikbewegung 1973 klassengeschichtlich revidiert. Daß es sich bei diesem praktischen Widerstandsverhalten der Arbeiter nicht – wie Keynes bei dem Hang zum Verbrauch- und der Investitionsneigung unterstellt – um eine psychologische und individuelle Reaktion handelt, hat er selbst sehr klar erkannt: „Da die Arbeitsbeweglichkeit unvollkommen ist und Löhne keine Neigung zu einer genauen Gleichheit des reinen Vorteils in verschiedenen Beschäftigungen haben, werden einzelne Menschen oder Gruppen von Menschen, die in eine Kürzung ihrer Geldlöhne unter das allgemeine Niveau einwilligen, eine v e r h ä l t n i s m ä s s i g e Kürzung der Reallöhne erleiden, was eine genügende Rechtfertigung für sie ist, sich dieser Kürzung zu widersetzen. Andererseits könnten sie sich unmöglich jeder Kürzung der Reallöhne widersetzen, die durch eine Änderung der Kaufkraft des Geldes verursacht wird und die alle Arbeiter in gleichem Maße trifft. In der Tat wird Kürzungen der Reallöhne, die auf diese Art vorgenommen werden, in der Regel kein Widerstand entgegengesetzt, es sei denn, daß sie ins Extreme gehen." (27) Wie für Keynes der inflatorische Angriff auf die Reallöhne nur über die Klassensolidarität der Arbeiter erfolgreich schien – weil er alle Arbeiter in gleichem Maße treffe –, bewirkt umgekehrt die Abwehr der inflatorischen Offensive zwangsläufig die Vereinheitlichung der Klasse.

Das Strukturprinzip der Bewegung vom September 1969 war die Egalität: Die September-Streiks standen unter der Parole ‚gleicher Lohn für gleiche Arbeit', sie zielten auf die Abschaffung der innerbetrieblichen, regionalen und branchenspezifischen Lohndifferenzen; und die Bewegung verallgemeinerte sich über die praktische Kritik an der vom Kapital über die Lohnpolitik erzwungenen Spaltung der Arbeiterschaft. Im Frühjahr und Sommer 1973 erzwingt das Kapital über die Inflationierung der Preise als Angriff auf die Reallöhne gegen sein eigenes Klasseninteresse eine Totalisierung und Solidarisierung der Arbeiterschaft, deren allgemeiner Kampf unter der Parole steht ‚wir wollen mehr'. Das Entscheidende an dem Kampfzyklus in 1973 ist die vom Kapital provozierte Solidarisierung der Arbeiterschaft, deren massenhaften Widerstand es durch eine bewußt eingesetzte Spaltung repressiv zu brechen versucht.

Seit Beginn des Jahres nach dem 8,5-Prozent-Abschluß der IG Metall war allgemein eine Bewegung in den Betrieben konstatiert worden – und die bürgerliche Presse hat das sehr früh dokumentiert – die an explosiver Kraft der im September 1969 vergleichbar schien. Erstes Anzeichen dafür war das Ergebnis der Urabstimmung über den Vertrag in der Eisen- und Stahlindustrie. Vier Wochen später traten

(25) Geschäftsbericht 1971 bis 1973 des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt 1974, S. 61.

(26) Metall Pressedienst vom 30.3.1973.

(27) J.M.Keynes, Allgemeine Theorie, a.a.O., S. 12.

die Belegschaften der drei Hoesch-Werke in Dortmund in den Streik, die die Initialzündung für die Septemberstreiks in 1969 gegeben hatten. Am 16. Februar schreibt die Wirtschaftswoche: „Es war wie im September 1969. Damals hatten Arbeitsniederlegungen der Hoesch-Arbeiter eine wilde Streikwelle ausgelöst, die den Zerfall der großen Koalition markierten. Diesmal sprang der Funke zwar nicht gleich über; wilde Streiks in anderen Unternehmen gab es bisher nicht. Dennoch signalisierte der Dortmunder-Drei-Tage-Krieg für den Arbeitsfrieden der Bundesrepublik Explosionsgefahr. Steht 1973 ein neues 1969 bevor? " (28) Vierzehn Tage später führen die Profilwalzwerker bei Mannesmann in Duisburg-Huckingen einen neuntägigen Arbeitskampf, in dem sie sich gegen eine Neubewertung der Arbeitsplätze und die Eingruppierung in einen Haustarif erfolgreich wehren. Im April kommt es im ganzen VW-Konzern zu mehreren Streiks, an denen sich über 10.000 Beschäftigte beteiligen. Und in den darauffolgenden Monaten -- mit einer deutlichen Zäsur während des Werkurlaubs — überzieht eine Welle von spontanen Arbeitskämpfen Westdeutschland, die ihre Höhepunkte in den Maschinenfabriken in Baden-Württemberg, den Werften Norddeutschlands und in den metallverarbeitenden Industrien Nordrhein-Westfalens hat.

Einigkeit bei der Beurteilung der Streikbewegung besteht darin, daß die Hauptursache dieser ‚Revolte im Wohlfahrtsstaat' — wie es hieß — die rasche Entwertung aller Lohnerhöhungen durch die beschleunigte Inflation sei. Anspielend auf die Erfahrungen von 1969 kommentiert Slotosch die neuerliche Bewegung: „An Stelle dieses Versuchs einer Objektivierung der Lohnpolitik mit den Mitteln einer modernen Ökonometrie und volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, mit einer größeren Transparenz der Entwicklung von Löhnen, Gewinnen und Investitionen der Industrie, an Stelle einer solchen Versachlichung der lohnpolitischen Auseinandersetzungen faßt man die Lohnpolitik mehr als ein Problem der Macht und des Klassenkampfes auf. Die Lohnpolitik als ordnungspolitische Komponente unserer Wirtschaftsordnung scheint wenig Chancen zu haben, denn nunmehr geht man dazu über, Politik mit dem Lohn zu machen." (29) Die Abfolge der Ereignisse, das Verhalten der Kapitalverbände und der Gewerkschaften, von Einzelunternehmen und betrieblichen Vertretungen und schließlich die Zersplitterung der Streikbewegung selbst deuten außer Zweifel auf den Charakter dieser Bewegung als Lohnkämpfe hin.

Ist es 1969 zu einer geschlossenen Welle von spontanen Streiks gekommen, die in gewerkschaftliche Tarifverhandlungen einmündeten, gelingt es vier Jahre später dem Kapital, einmal die Stahlindustrie von der Metallverarbeitung abzuspalten und zum anderen durch Reallohnzugeständnisse auf Betriebsebene die Kampfbewegung in der metallverarbeitenden Industrie zu zersplittern. „War 1969 ausschließlich im Stahlbereich gekämpft worden, so wurde es für die Unternehmer direkt nach dem Tarifabschluß 1973 notwendig, die ‚traditionelle' Kampferfahrung der Arbeiter in den Stahlbetrieben für eine allgemeine Streikbewegung unwirksam zu machen." (30) Am 24. Mai schließt der Arbeitgeberverband Eisen und Stahl mit der IG Metall eine Vereinbarung über die Zahlung einer pauschalen ‚stahltypischen Zulage' in Höhe von 280 Mark ab. Daraufhin ist es mit Ausnahme der Klöckner-Hütte in Bremen und Rheinstahl in Brackwede zu nennenswerten Bewegungen in der Stahlindustrie nicht mehr gekommen.

Eine ähnliche Taktik verfolgen die Einzelkapitalien in den wesentlich heterogeneren Industriezweigen der Metallverarbeitung. Bereits unmittelbar nach dem Tarifabschluß ist es in zahlreichen Unternehmen zu Vereinbarungen zwischen Geschäftsleitung und Betriebsräten über Sonderzulagen gekommen. So lagen im ersten Quartal 1973 die realen Einkommenssteigerungen in der Metallindustrie mit über 11 Prozent über der gewerkschaftlichen Forderung. Die Zulagen wurden meist an jene Schichten der Arbeiterschaft innerhalb einzelner Betriebe oder für gesamte Unternehmen gezahlt, deren Macht sich über die gewerkschaftliche Interessenvertretung in innerbetrieblichen Verhandlungen umsetzte: an die Fraktion der qualifizierten deutschen Arbeiter. In Anbetracht dieser betriebssyndikalistischen Tendenz spricht Loderer von einem ‚Wildwuchs in den Betrieben'. Resolutionen von Vertrauensleuten an Betriebsräte, Ortverwaltungen und Gewerkschaftsführung plädierten für die Entfristung der laufenden Tarifverträge oder zumindest für die Zahlung einer pauschalen Teuerungszulage.

In zwei Spitzengesprächen im Mai lehnt Gesamtmetall eine der Stahlindustrie analoge Lösung für die Metallverarbeitung ab. Daraufhin kommt es verstärkt zu einzelbetrieblichen Streiks — von kurzen Warnstreiks bis zu ein- oder zweitägigen Arbeitsniederlegungen —, die durchweg unter der Kontrolle der Basisgewerkschafter standen und ihre Schwerpunkte in den Maschinenfabriken hatten. „So kommt es z.B. in

(28) Wirtschaftswoche vom 16.2.1973.
(29) Süddeutsche Zeitung vom 27.8.1973.
(30) T.Mitscherlich u.a., a.a.O., S. 38.

Nordbaden/Nordwürttemberg schon in der ersten Jahreshälfte zu den meisten Streiks. ... Im ersten Quartal 1973 waren hier die meisten Zulagen schon bezahlt worden. ... Nachdem in dem einen Betrieb eine Zulage gewährt wurde, begannen die Belegschaften in Nachbarbetrieben sich Zulagen zu erkämpfen. ... Dabei kam es aber nur in Mannheim zu einer Welle, wo in 22 Betrieben zur gleichen Zeit gestreikt wurde, wobei hier betriebliche und örtliche Gewerkschaftsfunktionäre den Kampf um Zulagen unterstützten, um die Gewerkschaft zu einer tariflichen Absicherung der Zulagen zu zwingen . ... Damit war die Bewegung in Nordbaden/Nordwürttemberg ausgelaufen." (31) Eine ähnliche Bewegung entwikkelte sich nach dem Stahlabschluß in den norddeutschen Werften und in zahlreichen Maschinenfabriken Nordrhein-Westfalens, die sowohl in enger Nähe zu den Stahlhütten liegen, als auch kapitalmäßig mit den großen Stahlkonzernen verflochten sind.

Für die radikalreformerische Bewegung der qualifizierten deutschen Arbeiter im Frühjahr und Sommer 1973 trifft ohne Zweifel zu, was der Figaro so beschrieb: „Die Arbeitsunterbrechungen deuten auch an, daß der deutsche Arbeiter nicht mehr derselbe wie früher ist, der bereit war, eine Kaufkrafterhöhung zu opfern und seinen Lebensstandard zu beschränken, um zu einer Rückkehr zur Preisstabilität beizutragen." (32) Das Entscheidende an dieser Bewegung scheint mir zu sein – und hier sehe ich den wesentlichen Differenzpunkt zu der zeitlich parallel, jedoch militant geführten Kampfbewegung in den Massenproduktionsgüterindustrien –, daß das Kapital auf die antiinflatorische Bewegung der deutschen qualifizierten Arbeiter mit Reallohnkonzessionen reagiert hat – entweder kampflos, nach kurzen, diszipliniert verlaufenen Warnstreiks oder antizipatorisch, wie im Stahlbereich. Ohne daß es, nach dem Hoesch-Streik und dem Kampf der Profilwalzwerker bei Mannesmann, zu nennenswerten Produk-

Diese Bewegung weist mit wenigen Ausnahmen die Strukturelemente der Streikbewegung vom September 1969 auf. Ihr strukturierendes Prinzip ist die über eine basisgewerkschaftliche Organisation praktisch gewordene Egalität. Entzündeten sich die Septemberstreiks an einer tarifvertraglich abgesicherten Lohndiskrepanz zwischen der Metallverarbeitung und Eisen und Stahl, so umgekehrt in 1973 an dem 280-Mark-Abschluß in der Stahlindustrie die Bewegung in den Betrieben der Metallverarbeitung. Während das Kapital versuchte, über eine gezielte Lohnpolitik die Arbeiterschaft in der Gewährung von unterschiedlichen Sonderzulagen zu spalten, forderten die Arbeiter die innerbetrieblichen, regionalen und branchenspezifischen Lohndiskrepanzen ein. Die Kämpfe wurden vornehmlich getragen von qualifizierten deutschen Arbeitern, die in einem hohen Grad gewerkschaftlich organisiert sind und anteilmäßig die Belegschaften dominierten. Im Unterschied zu den Mengenproduktionsgüterindustrien ist die Qualifikationsstruktur in der Stahlindustrie, im Schiffsbau und im Maschinenbau relativ hoch und in sich homogen; der Anteil der Arbeitsemigranten liegt mit etwa 20 Prozent unter dem Durchschnitt; und der Anteil der Frauenarbeit ist verschwindend gering.

(31) T.Mitscherlich u.a., a.a.O., S. 39.

tionsausfällen oder zu einer Eskalation der Auseinandersetzungen gekommen wäre, zeigt sich offensichtlich die führende Kapitalfraktion in der Bundesrepublik, die die wesentlichen Bereiche der Stahlerzeugung, der Stahlverarbeitung und des Maschinenbaus beherrscht, zu Zugeständnissen an die inflationierten Reallöhne bereit. Gerade jene Fraktion des Kapitals, die über eine inflatorische Offensive einen Angriff auf das allgemeine Niveau der Reallöhne eingeleitet hatte, zieht zumindest für ihre eigene Ausbeutungsbasis einen Klassenkompromiß auf nationalstaatlicher Ebene durch eine dynamische Kontrolle im Rahmen des Keynesianischen Projekts einer offenen Klassenkonfrontation vor.

„Nun fällt an der Streikbewegung 1973 folgendes ins Auge: Im Unterschied zu 1969, wo die Streikinitiative vor allem von der Schicht der Facharbeiter ausging, übernehmen in diesem Jahr die unteren Schichten der Arbeiterklasse in vielen Betrieben die Streikinitiative. Dies gilt schon für den Hoesch-Streik, entwickelt sich dann aber weiter als Streikinitiative und zunehmende Kampfbereitschaft gerade der ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter bei Karmann/Osnabrück,

(32) nach Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.8.1973.

John Deere/Mannheim, Hella/Lippstadt, Pierburg/Neuss und Ford/Köln. Die initiative Funktion dieser Schichten prägt gleichzeitig die neue Militanz der Kämpfe." (33) Zu der radikalreformerischen Bewegung der qualifizierten deutschen Arbeiter stehen die Kämpfe des multinationalen Massenarbeiters konträr. (34)

Sie scheinen zwei verschiedenen Epochen der Kapitalentwicklung und zwei verschiedenen Phasen der Klassengeschichte zuzugehören. „Die Epochen der Geschichte der Arbeiterklasse", schreibt Negri, „sind von dem Auftauchen eines spezifischen Antagonismus gekennzeichnet, und um diesen herum entwickelt sich der Kampf, um diesen herum und funktional für seine revolutionäre Explosion baut sich die Organisation auf. So wie in der Zeit der II. Internationale der spezifische Antagonismus derjenige zwischen der Arbeiterkontrolle über den Arbeitsprozeß und dem kapitalistischen Besitz an der Produktionsweise war, so wie in der Periode zwischen den beiden Kriegen und bis in die sechziger Jahre hinein der spezifische Antagonismus der zwischen der Vermassung der Arbeitskraft und der bestimmten Proportion ihrer dynamischen Kontrolle im Plan des Kapitals war - nämlich der Widerspruch des Lohns –, so ist heute der spezifische Antagonismus derjenige zwischen der Konstituierung der gesamten Arbeiterklasse als politischer Individualität einerseits und der Fabrikform der kapitalistischen Herrschaft andererseits, zwischen dem kommunistischen Willen der Massen und dem Unternehmenskommando." (35) Was Negri epochal klassengeschichtlich formuliert, hat sich in der Bewegung 1973 zeitlich ‚synchron' vollzogen, und zwar als Ausdruck der spezifischen Zusammensetzung der Arbeiterklasse Westdeutschlands.

Die Arbeiterkämpfe in der elektrotechnischen Industrie, in der Automobilindustrie und ihren Zulieferbetrieben kennzeichnen sehr exakt den Widerspruch zwischen dem modernen Fabrikkommando und einer durch die besonderen Produktionstechniken bedingten dequalifizierten Massenarbeiterschaft. Von der sozialen Zusammensetzung ihrer Kampfbasis, von den Kampfzielen und von ihrer Organisationsstruktur her ist diese Streikbewegung,schreibt Karl Heinz Roth, fast nirgends mit den Septemberstreiks von 1969 vergleichbar. „Es waren dies erstmals Aktionen, bei denen die Massenarbeiter der metallverarbeitenden und elektrotechnischen Großindustrie: meistens Arbeitsemigranten und Frauen, bis zum letzten Tag in der vordersten Linie standen." (36)

Die soziale Basis dieser ‚anderen' Arbeiterbewegung im Frühjahr und Sommer 1973 sind dequalifizierte deutsche Arbeiter, vornehmlich aber Arbeitsemigranten und deutsche und ausländische Frauen. Sie produzieren als angelernte Bandarbeiter an den Fließbändern der metallverarbeitenden Massenproduktion. Es sind die, welche „die größten Mehrwertmassen produzieren und am wenigsten Lohn nach Hause tragen." (37) Kern und Schumann beschreiben diese Operationen als repetitive Teilarbeiten. Das Verhalten der Arbeiter, die zu dieser Tätigkeitsgruppe gehörten, zeige folgende Merkmale: „Keine oder nur geringe Dispositionschancen; geringe Qualifikationen; hohe Arbeitsbelastungen; schwache soziale Bindungen bzw. soziale Isolation." (38) Die Fließbandfertigung bindet jeden Arbeiter an ein fest umgrenztes Arbeitsfeld, an dem er im Takt des Bandes dieselben Operationen wiederholt. „Diese starke Verengung des Arbeitsinhalts ist kein zufälliges Beiprodukt der Fließbandtechnik. Hierin erfüllt sich vielmehr eines der Motive, die das Management mit dem Einsatz des Bandes verbindet: Das Band gibt die Möglichkeit, die Arbeit so stark zu unterteilen, daß sie jeder Qualität entkleidet und vollständig funktionalisiert, d.h. auf einen kleinen und daher einflußlosen und gut kontrollierbaren Beitrag zum ‚System' reduziert wird." (39) Der Inhalt der Arbeit ist so einfach und so begrenzt, daß nur geringe Möglichkeiten zur Variation der Arbeitstechniken übrig bleiben. Die einzelnen Operationen sind minuziös aufeinander abgestimmt. In seinem Arbeitstempo ist der Bandarbeiter unausweichlich an die Bewegungsgeschwindigkeit des Bandes gebunden, so daß das Herausarbeiten spürbarer Zeitreserven nicht möglich

(33) T.Mitscherlich u.a., a.a.O., S. 46.

(34) Die Zusammensetzung der Arbeiterklasse ist in der bisherigen Darstellung nur am Rande erwähnt worden. Damit soll keineswegs die Umstrukturierung der Ausbeutungsbasis, wie sie in verstärktem Maße in und unmittelbar nach der Krise 1966/67 vom Kapital erzwungen worden ist, geleugnet werden. Dies hat seinen Grund vielmehr in der Einschätzung, daß die dequalifizierten Fraktionen des Proletariats in der Bundesrepublik, seine Multinationalität und der hohe Anteil der Frauenarbeit, für die praktische Bewegung der Arbeiterklasse – deren Existenz der systematische und historische Bezugspunkt dieser Analyse ist – bis zu den Kämpfen im Frühjahr und Sommer 1973 eine untergeordnete Rolle gespielt haben. Der Kampfzyklus von 1969 bis 1972 wird eindeutig dominiert von der qualifizierten deutschen Arbeiterschaft, die sich unter den Bedingungen von Vollbeschäftigung und Produktionswachstum zum Motor des Keynesianischen Projekts machte. Mit der inflatorischen Offensive des Kapitals als seinem Angriff auf das allgemeine Niveau der Reallöhne gewinnen die Kämpfe in der Bundesrepublik eine neue soziale Basis. „Was aber heute ganz unmittelbar die Arbeiterklasse eint und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auf europäischer Basis – ist der Kampf gegen Inflation als Lohnraub, gegen Teuerung, um Lohnerhöhungen (Wir wollen alles, Gaiganz 1973, Nr. 10). Damit treten das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik in relevantem Ausmaß die unqualifizierten Schichten des Proletariats praktisch in Erscheinung. Das hat die gesamte Bewegung strukturiert. Im Gegensatz zu den Septemberstreiks sind die spontanen Kämpfe 1973 in ihrer zeitlichen Abfolge, in ihrer regionalen Verallgemeinerung und in ihrer einzelbetrieblichen Struktur von einem wechselseitigen Aktionszusammenhang zweier, ihrer sozialen Basis, ihren Kampfformen und ihrer Organisationsstruktur nach unterschiedlicher Bewegungen gekennzeichnet.
Interpretationen, die – vorab aus politisch strategischen Gründen – ihren Bezugsrahmen aus der basisgewerkschaftlichen Organisation der Streikbewegung herleiten und damit notwendig zu einer Überbewertung der traditionell reformistisch verfaßten Fraktion der Arbeiterschaft kommen, greifen ebenso zu kurz, wie jene Einschätzungen, die die ‚andere' Arbeiterbewegung, die des multinationalen militanten Massenarbeiters, zum einzigen Zentrum der gesamten Bewegung machen. Der Ahistorizität des Basisgewerkschafters entspricht die Ahistorizität des revoltierenden Massenarbeiters, ohne daß die konkreten Bedingungen ihres Praktischwerdens plausibel würden. Wie beide Figuren die spontane Streikbewegung 1973 wesentlich kennzeichnen, lassen sich einzig aus der Analyse der historisch konkreten Konstellation die Richtung der Kampfbewegungen, ihre vereinheitlichenden und divergierenden Tendenzen und ihre Organisationsstrukturen bestimmen.

(35) T.Negri, .Krise des Planstaats, Kommunismus und revolutionäre Organisation, Berlin 1973, S. 38 f.

(36) K.H.Roth, Die ‚andere' Arbeiterbewegung, a.a.O., S. 10.

(37) K.H.Roth, a.a.O., S. 11.

(38) Forschungsprojekt des RKW, a.a.O., S. 306.

(39) H.Kern, M.Schumann, Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, a.a.O., S. 76.

ist. Entgegen der immer noch teilweisen Identifizierung des Facharbeiters mit seiner Maschinerie und der Qualität des hergestellten Produkts, ist das auf reine Stückzahlen abgestellte Verhältnis des Massenarbeiters zu seiner Tätigkeit im höchsten Maße instrumentalisiert. Die ‚Verweigerung der Arbeit' als subjektive Rationalisierung ist die Voraussetzung dafür, sich den mörderischen Arbeitsbedingungen zu unterwerfen. Sich diesem Zwangssystem zu entziehen, ist die einzige Alternative zur bestehenden Arbeit.

Die taktgebundenen Fließbänder sind in der Bundesrepublik vorherrschend mit Arbeitsemigranten und Frauen besetzt. An den körperlich belastenden Arbeitsplätzen, an den Bändern der Automobilindustrie, arbeiten vorwiegend ausländische Arbeiter, an den Bändern der elektrotechnischen Industrie deutsche und ausländische Frauen, die sog. Leichtlohngruppen. Ende 1971 lag die Ausländerquote im Straßenfahrzeugbau bei fast 30, in der elektrotechnischen Industrie bei knapp 25 Prozent. 1970 arbeiteten in der elektrotechnischen Industrie 40 Prozent Frauen. Diese Schichten der Arbeiterschaft sind in den untersten Lohngruppen eingestuft. Die folgende Aufstellung macht dies deutlich:

Beschäftigte in 1000	Leistungsgruppen 1 - 2 - 3		1970/71 Lohnniveau DM/Woche br. (40)
Automobilindustrie			
423 männl. Arb.	LG 1	56,4%	367
132 ausl. Arb.	LG 2	36,2%	319
63 weibl. Arb.	LG 3	7,4%	284
17 ausl. Arb.			
Elektrotechnik			
412 männl. Arb.	LG 1	54,0%	322
90 ausl. Arb.	LG 2	32,0%	276
	LG 3	14,0%	258
334 weibl. Arb.	LG 1	1,7%	227
88 ausl. Arb.	LG 2	34,6%	205
	LG 3	63,7%	202

Diese Bewegung: die in dem Karosseriewerk Karmann in Osnabrück und in der Landmaschinenfabrik John Deere in Mannheim im Mai 1973 einsetzte; bei AEG Oldenburg, Nordmende Bremen und dem Autozulieferer Hella in Lippstadt; und im August bei Pierburg Neuss, in der Gerätefabrik Küppersbusch (AEG) in Gelsenkirchen, bei Opel Bochum und Ford Köln, und der Philips Bildröhrenfabrik Valvo in Aachen ihren Höhepunkt erreichte; kann als Bewegung der ‚unteren Lohngruppen' bezeichnet werden – eine Bewegung für mehr Geld und bessere Arbeitsbedingungen. Die Forderungen des multinationalen Massenarbeiters sind nicht an einem nationalstaatlichen Wachstumsmodell von Produktivitätsentwicklung, Reallohnsteigerungen und Inflationsraten gewonnen, sondern sie zielen auf mehr Geld und weniger Arbeit. Durchweg werden einerseits lineare Lohnforderungen gestellt und die Abschaffung der unteren Lohngruppen gefordert, andererseits solche nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen: nach Einfrieren der Bandgeschwindigkeit, besserer Springerregelung, bezahlten Pausen, verbesserten Urlaubsregelungen und nach bezahltem Sonderurlaub.

Die Streikinhalte dieser Bewegung und ihre organisatorische Struktur zentrieren die Auseinandersetzungen auf die Ebene der Fabrik. Sowohl die Septemberstreiks als auch die Bewegung, die sich seit Anfang des Jahres 1973 durch die Stahlhütten, die Maschinenfabriken und die Werften zog, verallgemeinerten sich über das organische Verhältnis von einer aktiven Belegschaftsbasis und basisgewerkschaftlicher Organisation. Demgegenüber haben weder auf Betriebsebene noch zwischenbetrieblich die Gewerkschaften – von den unteren Betriebsfunktionären über Betriebsräte bis zu den Bezirksverwaltungen und der Hauptverwaltung hin – einen bestimmenden Einfluß auf die andere Arbeiterbewegung gehabt. Ihr Verhältnis zu der gewerkschaftlichen Organisation ist instrumentell: entweder, wie das Beispiel des Ford-Streiks zeigt, wo der Betriebsrat von der ersten Stunde an auf der Seite der Geschäftsleitung gestanden hat und sich schließlich an der militärischen Organisierung einer Gegendemonstration beteiligt hat, der es gelang, den Streik zu zerschlagen; oder, wie am Beispiel des Hella-Streiks in Lippstadt, wo der Betriebsrat die Rolle eines Statisten spielte und die Forderungen der autonomen Kampfbasis zur Ratifikation der Geschäftsleitung zu präsentieren hatte. Selbst die Analyse des Redaktionskollektivs ‚express' stellt fest: „daß der Einfluß und die Rolle der Vertrauensleute bei der Streikbewegung 1973 von geringerem Gewicht waren als 1969." (41)

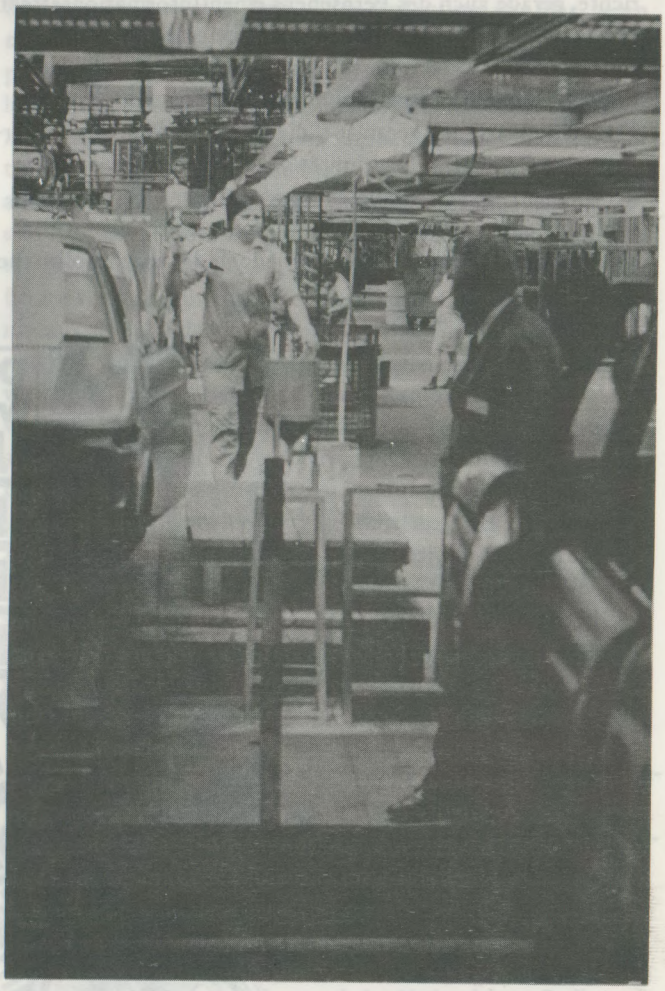
(40) zusammengestellt nach: Statistische Jahrbücher 1970 und 1971

(41) Redaktionskollektiv ‚express', Spontane Streiks 1973, a.a. O., S. 29.

Trotz eines Organisationsgrades von über 40 Prozent – der Organisationsgrad der in der Metallindustrie beschäftigten Frauen liegt bei etwa 20 Prozent – scheinen die Arbeitsemigranten in der Bundesrepublik, wie die FAZ nach dem Streik in den Hella-Werken konstatiert, „von der Wahrnehmung ihrer Interessen durch die Gewerkschaften nicht in gleicher Weise überzeugt zu sein. Die ausländischen Arbeitnehmer befinden sich zumindest subjektiv nicht zu Hause in dem System der Partnerschaft, das zwischen deutschen Arbeitgebern und Arbeitnehmern besteht. Wenn sie als Gruppe auftreten, wird ihr Verhalten auch nicht von der Logik wirtschaftlicher Bedingungen bestimmt und kontrolliert, sondern von nationaler Verbundenheit." (42) Vier Wochen später hat das die Kampfbewegung der Türken bei Ford in Köln-Niehl in voller Schärfe gezeigt. Von den 24 000 Arbeitern in diesem Werk sind die Hälfte Türken, die fast ausschließlich an den Bändern arbeiten. Sie organisieren ihren Kampf, ähnlich wie die spanischen Arbeiter in Lippstadt und die Emigranten bei Valvo in Aachen, basisdemokratisch: von der Wahl eines autonomen Streikkomitees mit imperativem Mandat über die Selbstversorgung während des Streiks bis zur Selbstverteidigung.

So wenig die gewerkschaftliche Vertretung innerbetrieblich einen bestimmenden Einfluß auf diese Kämpfe gehabt hat, so wenig konnte die basisgewerkschaftliche Organisation eine Verallgemeinerung der Bewegung leisten – etwa analog der radikalreformerischen Bewegung der qualifizierten deutschen Arbeiter, die sich selbst im nationalstaatlichen Rahmen interpretiert und organisiert. Wenn Thomas Mitscherlich u.a. die Momente, „welche die Niederlagen in diesen Kämpfen bedingen, ... als Schwächen der gegenwärtigen Verfassung der Gewerkschaftsorganisation entwickelt", (43) so scheint dies wenig plausibel. Aus dem mangelnden Einfluß der Basisgewerkschafter auf die Arbeitsemigranten sowohl die Zersplitterung der Bewegung, als auch die Härte, mit der die einzelnen Betriebskämpfe geführt worden sind, zu erklären, dürfte an den spezifischen Kampfbedingungen und Kampfformen der anderen Arbeiterbewegung vorbeigehen.

Um die ganze Tragweite des Fabrikkampfes bei John Deere in Mannheim, der Augustkämpfe und schließlich der Zerschlagung des Ford-Streiks in Köln zu begreifen, schreibt Karl Heinz Roth, müsse man von Äußerlichkeiten abstrahieren: „ hier ein schwankender von Linken kritisch an den Betriebsrat und die Gewerkschaften angehängter Vertrauensleuteapparat, dort eine IG Metall, die für ihre Chefs demnächst auch noch über Leichen geht." In beiden Fällen habe sich eine klare und unerbittlich gezogene Konfrontationslinie herausgebildet, um die sich alles andere als Nebensächlichkeiten drehe: „auf der einen Seite der multinationale Arbeiter als Massenproduktion, auf der anderen Seite die ganzen abgestuften Personifikationen des Mehrwerts, des reformistisch vergesellschafteten Kapitals. In beiden Fällen werden die Arbeiter von innen angegriffen, in beiden Fällen wird an einer von den Arbeitern gar nicht praktizierten Klassenspaltung gedreht, wenn auch die Arbeitsemigranten in den Kämpfen die aktiven Kerne bilden." (44) In der Tat, das strukturierende Prinzip der Bewegung der unteren Lohngruppen, ihrer Rebellion gegen niedrige Löhne und mörderische Arbeitsbedingungen, ist die unmittelbare Machtkonfrontation zwischen dem basisdemokratisch organisierten Massenarbeiter und dem Fabrikkommando.



Wenn Roth jedoch eine Tendenz zur machtpolitischen Konfrontation konstatiert, die er in der historischen Herausbildung des Massenarbeiters begründet sieht, so zeichnet sich gerade im Frühjahr und Sommer 1973 eine in sich widersprüchliche Bewegung ab, deren anderer Pol, die Kämpfe bei Hoesch Dortmund im Februar und auf der Klöckner-Hütte in Bremen im Juli, keineswegs Nebensächlichkeiten sind. Ohne daß es in den Avantgarde-Betrieben von 1969 vier Jahre später zu nennenswerten militanten Auseinandersetzungen gekommen ist, sind die Streiks auf massiven Druck der Gewerkschaften erfolglos abgebrochen worden. Die Bewegung der qualifizierten deutschen Arbeiter muß vielmehr als Bedingung gesehen werden, unter der der Aufstand des multinationalen Massenarbeiters möglich wurde. Bei dem inflatorischen Angriff des Kapitals auf das allgemeine Niveau der Reallöhne hat die Bewegung in den traditionellen Sektoren ein Kampfklima geschaffen, das den unterprivilegierten Schichten der Arbeiterklasse ermöglichte, ihre radikaleren Forderungen zu artikulieren. „Der Funke konnte nur deshalb von Werk zu Werk überspringen", schreibt die FAZ am 27. August, „ weil eine breite Streikbereitschaft vorhanden war. Auch die ersten Schlagzeilen über die Arbeitsniederlegungen bei Pierburg in Neuss und bei Opel in Bochum haben stimulierend gewirkt. Die Nachricht, daß einige Arbeitgeber ohne Tarifrunde mit den Gewerkschaften Teu-

(42) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.7.1973.
(43) T.Mitscherlich u.a., a.a.O., S. 35.
(44) K.H.Roth, a.a.O., S. 16 f.

erungszulagen gewährten, löste den Flächenbrand aus." (45)
Die bürgerliche Presse hat das ihre dazugetan. In großem Umfang und sehr detailliert erschienen fortlaufend Berichte über die Streikbewegung in Fernsehen und Rundfunk, in Boulevard- und Regionalpresse. „Zweifellos hatten die Berichte, gerade auch des Fernsehens einen Informationseffekt, der auch bei der unsinnigsten Kommentierung die Ausweitung der Streikwelle unterstützte. Bekanntlich hat Brandt deshalb über den ehemaligen Fernsehpublizisten Gauß die Fernsehredaktionen veranlaßt, die Streikbewegung herunterzuspielen." (46) Die Legitimität der Forderungen – gerade der unterprivilegierten Schichten nach mehr Geld und besseren Arbeitsbedingungen – stand in der Berichterstattung außer Zweifel. Entscheidend war jedoch das machtpolitische

ternehmen Nordmende mit einbezogen wurde. Dem Ford-Streik unmittelbar voraus ging ein Arbeitskampf in dem traditionellen Betrieb bei Klöckner-Humboldt-Deutz in Köln-Kalk. Die Verallgemeinerung der beiden Bewegungen, die zwischenbetrieblich für den Aufstand der unteren Lohngruppen eine entscheidende Rolle gespielt hat, hat ihr Pendant in einer Reihe von Unternehmen auf innerbetrieblicher Ebene. Die Mobilisierung der dequalifizierten Schichten der Belegschaften erfolgte nach Verhandlungen, Warnstreiks und zum Teil nach Lohnzugeständnissen der minoritären qualifizierten Arbeiter. Exemplarisch demonstriert das der Streik bei Hella in Lippstadt. Dort arbeiten 5 000 Arbeiter, davon sind 3 000 Ausländer. „Der Hella-Streik war ein Streik der Ausländer. Am 16. Juli erfahren die Ausländer, daß die 800

Klima. War das Machtvacuum zu Ende der Großen Koalition, die absehbare Etablierung des offiziellen Reformismus, eine wesentliche Voraussetzung für die spontane Bewegung im September 1969, so war 1973 die Dynamisierung der reformistischen Basis in den Betrieben die Voraussetzung für die allgemeine Bewegung der unteren Lohngruppen, des multinationalen Massenarbeiters. Der Kampf bei John Deere fällt örtlich und zeitlich unmittelbar mit der radikalreformerischen Bewegung im Raum Mannheim und Heidelberg zusammen, wo im Mai in etwa 30 Metallbetrieben 50 000 Arbeiter streikten. Ebenso haben die Streiks der eher traditionell organisierten Schiffbauer in der zweiten Junihälfte einen Kampfzyklus ausgelöst, in den neben der Vulkan-Werft in Bremen die Klöckner-Hütte und das elektrotechnische Un-

deutschen Facharbeiter eine Teuerungszulage von 15 Pfg. bekommen. In der Pause legen die ersten Ausländer die Arbeit nieder: junge Spanier aus der Plastikspritzerei. Es bildet sich ein Zug durchs Werk, der immer größer wird. Die Forderung: 50 Pfg. Teuerungszulage (auch für die Deutschen). Viele Diskussionen gibt es mit den Deutschen, am Streik machen sie aber nicht mit." (47)

Waren die allgemeinen Faktoren: die allgemeine Inflationierung der Preise und die sich verallgemeinernde Bewegung der qualifizierten deutschen Arbeiter, Voraussetzung und Bedingung für die praktische Bewegung des multinationalen Massenarbeiters, so wurden allerdings Erfolg und Niederlage dieser Kämpfe ausschließlich auf Fabrik- bzw. Konzernebe-

(45) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.8.1973.
(46) Redaktionskollektiv ‚express', a.a.O., S. 42.
(47) T.Schmid, Streikchronik, in: Jahrbuch zum Klassenkampf 1973, hrsg. v. H.Wieser, Berlin 1973, S. 81.

ne machtpolitisch entschieden: durch Polizeieinsätze, durch gezielte Spaltungen der Belegschaften in ausländische und deutsche Arbeiter, durch ‚Aushungern' der Streiks oder aber durch weitgehende Zugeständnisse der Geschäftsleitungen aufgrund ihrer schwachen Machtposition. Dies mag als ‚Zersplitterung' der Kämpfe erscheinen, in Wirklichkeit ist dieses Faktum jedoch Resultat einer Bewegung, die den nationalstaatlichen Reformismus auf allen Ebenen durchkreuzt. Während auf den antiinflatorischen Kampf der qualifizierten deutschen Arbeiterschaft das nationalstaatlich organisierte Kapital der Stahl-, Stahlverarbeitungs- und Maschinenbauindustrie mit einem Reallohnkompromiß reagiert hat, reagiert das multinational organisierte Kapital der Mengenproduktionsgüterindustrie, die Konzerne der Automobilindustrie und der Elektrotechnik, auf den ebenfalls in der allgemeinen Inflationierung der Preise begründeten Kampf des mulitnationalen Massenarbeiters machtpolitisch repressiv.

Dieses unübersehbare Faktum liegt nicht nur begründet, wie Karl Heinz Roth meint, in der Zusammensetzung der Arbeiterklasse mit ihrer Tendenz zum Massenarbeiter, sondern zugleich in unterschiedlichen und widerstreitenden Strategien des Kapitals. General Motors, Ford, Deere, AEG-Telefunken, Philips – mit ihren direkt ökonomisch von ihnen abhängigen Zulieferfabriken – gehören zu den größten Konzernen der Mengenproduktionsgüterindustrie, die auf einer internationalen Ausbeutungsbasis produzieren. Vom gesamten Metallbereich sind die Automobilindustrie und die elektrotechnische Industrie die Industriezweige in der Bundesrepublik, in denen der Anteil des ausländischen Kapitals am größten ist. Während die 10 größten Unternehmen der Stahl- und Maschinenbauindustrie ausschließlich in deutschen Händen sind, werden am Umsatz der 5 größten Automobilunternehmen ein Drittel von amerikanischem Kapital und am Umsatz der 8 größten elektrotechnischen Unternehmen ein Fünftel von amerikanischem und 14 Prozent von holländischem und Schweizer Kapital kontrolliert. Unter dem Eindruck des Ford-Streiks kommentiert die SDZ am 1. September 1973: „Ausländisches Kapital produziert in der Bundesrepublik mit ausländischen Arbeitern für ausländische Märkte. Einige wenige haben den Profit davon. Volkswirtschaftlich gesehen, ist dies ein ungeheures Verlustgeschäft." (48)

Die widersprüchliche Kampfbewegung vom Frühjahr und Sommer 1973 wird in ihrer vollen Bedeutung nur klar, wenn man sie als Resultat der widersprüchlichen Bewegung des Kapitals sieht: des Widerspruchs zwischen seiner nationalstaatlichen Verfassung und seiner Internationalisierung. Poulantzas erklärt die Verlagerung der Ausbeutungsbasen in die Metropolen – etwa des US-Kapitals in die Bundesrepublik – aus der Verlagerung des Ausbeutungsgewichts auf die intensive Ausbeutung der Arbeitskraft. Das Steigen der Ausbeutungsrate, als einziges Ziel, dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenzuwirken, sei Resultante sowohl des Lohnniveaus als auch der Arbeitsproduktivität. „Das Lohnniveau und die Arbeitsproduktivität sind langfristig miteinander verknüpft. Anders ausgedrückt, die Exploitations- und Mehrwertrate läßt sich nicht nur am Lohnniveau messen, sondern auch an der intensiven Ausbeutung der Arbeitskraft." (49) Die neuen Formen der globalen Produktionsverhältnisse und der internationalen Vergesellschaftung des Arbeitsprozesses tragen nach Poulantzas zur intensiven Ausbeutung der Arbeitskraft im Weltmaßstab bei. Sie konzentrieren sich in neuen Formen der ‚imperialistischen gesellschaftlichen Arbeitsteilung', die eine Teilung innerhalb des ‚industriellen Sektors des produktiven Kapitals' sei.

Seine Bedeutung bekommt der Prozeß der internationalen gesellschaftlichen Arbeitsteilung nicht aus dem prozentualen Anteil ausländischen Kapitals an den nationalen Produktionsmitteln oder aufgrund der Rolle multinationaler Unterneh-

(48) Süddeutsehe Zeitung vom 1.9.1973.
(49) N.Poulantzas, Die Internationalisierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der Nationalstaat, Berlin 1973, S. 27.

IN RÜSSELSHEIM *wird in den Stammwerken der Opel-AG zwar nicht gestreikt, die Lohnentwicklung wird aber vor den Fabriktoren heftig diskutiert.*

men, sondern indem er sich über die internationale Konzentration nach Branchen vollzieht. „Tatsächlich gehören diese Branchen im allgemeinen zu denjenigen, in denen der Vergesellschaftungsprozeß der Arbeit und die internationale Kapitalkonzentration am weitesten fortgeschritten sind." (50) Unter dem Zwang der internationalen Konkurrenz – je nach dem Grad der internationalen Vergesellschaftung des Arbeitsprozesses und der Internationalisierung des Kapitals – setzen branchenspezifisch die multinational organisierten Kapitale eine Ausbeutungsstrategie durch, die der des national organisierten Kapitals offensichtlich widerspricht.

Die Abhängigkeit nun des einheimischen vom international dominierenden amerikanischen Kapital verläuft nach Poulantzas quer durch die verschiedenen Fraktionen des einheimischen Kapitals selbst. „Genau das führt zu seiner inneren Zersetzung, denn die Widersprüche zwischen amerikanischem und einheimischem Kapital konstituieren vor allem die komplexe Form der Reproduktion der dem amerikanischen Kapital eigenen Widersprüche im Innern des einheimischen Kapitals. Anders ausgedrückt, die Widersprüche des einheimischen Kapitals werden durch komplexe Vermittlungen im Hinblick auf das amerikanische etrapoliert, denn die innere Bourgeoisie setzt sich heute aus heterogenen und konjunkturellen Elementen zusammen." (51) Nicht nur in der Klassenzusammensetzung der Arbeiterschaft, sondern in den je spezifischen Reaktionen der verschiedenen Kapitalfraktionen auf die antiinflatorische Bewegung im Frühjahr und Sommer 1973 scheinen wesentlich die unterschiedlichen Kampfinhalte und Kampfformen begründet zu sein.

Die Antiinflationsbewegung vom Frühjahr und Sommer 73 hat sich im Selbstverständnis ihrer Akteure unmittelbar gegen das Kapital und seine inflatorische Offensive gewendet. Erst der Abschluß, den die Bewegung gefunden hat, macht ihre objektive Zielrichtung deutlich. Am Abend des 28. August appelliert Brandt über das Fernsehen an die Bevölkerung: „Nicht ohne Sorge beobachte ich Vorgänge in unserem Lande, bei denen erprobte Spielregeln nicht eingehalten werden ....Spielregeln, auf die unser Staat und unsere Sozialordnung angewiesen sind. Niemand sollte übersehen, wie wichtig das für unsere Gesellschaft ist." Zwei Tage später, am Morgen des 30. August werden die ‚Spielregeln' gewaltsam wieder hergestellt: der Streik der Kölner Fordarbeiter wird mit Polizeigewalt brutal zerschlagen.

Jedoch um den Preis eines Reallohnkompromisses. Nach internen Gesprächen mit Vertretern der Gewerkschaften und Gesamtmetall hält man es in Regierungskreisen für erforderlich, schreibt die Süddeutsche Zeitung, „die ‚wilde' Einkommensentwicklung in eine ‚organisierte' einmünden zu lassen." (52) Nach Meinung von Loderer hat Brandt – gegen den Willen von Friderichs (‚die Regierung muß die Streikwelle durchstehen') – offenbar die Unternehmer zu Lohnzugeständnissen aufgefordert. (53) „Das heißt aber, daß der Anspruch der Arbeitnehmer auf einen Ausgleich zur Teuerung im Prinzip anerkannt ist, und das bedeutet auch, zumindest im Bereich der Metallindustrie: dieser Anspruch wird auf irgendeine Art eingelöst, soweit die Arbeiter sich ihren Nachschlag nicht schon durch Streiks geholt haben", kommentiert die Frankfurter Rundschau. (54) Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung zieht einer sich eskalierenden Auseinandersetzung den Reallohnkompromiß vor.

Mit der praktischen Sanktionierung der antiinflatorischen Bewegung innerhalb der Arbeiterschaft durch die Gewerkschaften unter Tolerierung der sozialreformerischen Regierung wird ein Prozeß eingeleitet, der sich tendenziell gegen den Staat und seine Wirtschaftspolitik richtet. Deutlichster Ausdruck dieses Prozesses sind die Lohnabschlüsse für das Jahr 1974 und der im März von der ÖTV geführte Streik gegen die Bundesregierung, gegen die Länder und gegen die Gemeinden. Wie die Arbeiterkämpfe objektiv die Richtung nehmen, die Profitrate des akkumulierenden Kapitals einzuschränken und die Krisenbewegung des Kapitals zu verschärfen, richten sie sich unter inflatorischen Bedingungen gegen die Stabilität des Staates, zunächst gegen die Form seiner Stabilitätspolitik. Mag der sozialdemokratisch verwaltete Staat über wirtschaftspolitische Maßnahmen eher Bedingungen für die Entfaltung von Masseninitiativen schaffen, erzeugt er zugleich das Bewußtsein von einer innerhalb bürgerlich legalistischer Verkehrsformen sich vollziehenden Auseinandersetzung in der Arbeiterschaft, das hinter der objektiven Schärfe der Klassenkonfrontation zurückbleibt.

(50) N.Poulantzas, a.a.O., S. 30.
(51) N.Poulantzas, a.a.O., S. 39.
(52) Süddeutsche Zeitung vom 28.8.1973.
(53) nach Frankfurter Rundschau vom 30.8.1973.
(54) Frankfurter Rundschau vom 30.8.1973.

Walter Güntheroth

★ ★ ★

denkspruch der herrschenden an das volk
1975

wir
haben alle
über unsere verhältnisse
gelebt

sofern einige nicht schon
unter ihnen
gestorben sind

Harry Oberländer

"Gegenwart und Utopie der Revolution"

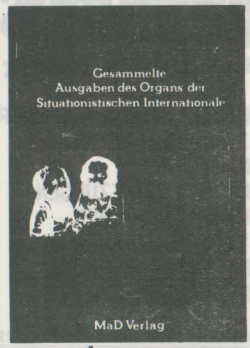
Aus unseren Programm:

Bob Potter
Vietnam, Sieg für wen?
Kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte und den "Geschichtchen" über Ursache Verlauf und Hintergrund der vietnamesischen Ereignisse.
93 Seiten, 6.00 DM
MaD Flugschrift N0.12

Ratgeb
Vom wilden Streik zur generalisierten Selbstverwaltung
Entwurf zur Strategie, Taktik und Utopie der proletarischen Revolution.
96 Seiten, 6.00 DM
MaD Flugschrift N0.11

Heidi Schmidt
Tagträume. Gedichte und Erzähltes
Fragmente für ein freies Bewusstsein. Erscheint September 75, ca. 80 Seiten, ca. 6.00 DM
MaD Flugschrift N0.13

MaDdogs Verlagskatalog
! Beim Verlag anfordern !



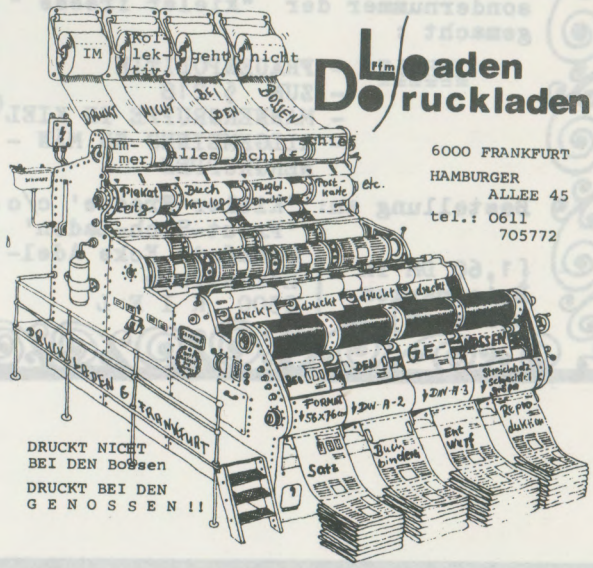
Gesammelte Ausgaben des Organs der S.I. in zwei Bänden. Analysen, Materialien und Experimente gegen die spektakuläre Warengesellschaft. Die radikale Antwort auf das Versagen der Traditionellen Arbeiterbewegung und ein Beitrag zur Perspektive der Revolutionäre.
ca. 800 Seiten, pro Band ca. 16.00 DM.
SUBSCRIPTION bis Herbst 75, DM 23.00
Band 1. Oktober 75

MaD ★ Verlag
205 Hamburg 80 Hassestr. 22

INTERNATIONALE MARXISTISCHE DISKUSSION

B. Leineweber/K.-L. Schibel Die Revolution ist vorbei – wir haben gesiegt Die community-Bewegung. Zur Organisationsfrage der Neuen Linken in den USA und der BRD	DM 9,–	Jacques Ranciere Wider den akademischen Marxismus	DM 8,–
Paul Buhle Marxismus in den USA	DM 5,–	Carla Lonzi Die Lust Frau zu sein	DM 6,–
Giovanni Jervis u.a. Psychotherapie als Klassenkampf	DM 4,–	Jean-Marc Levy-Leblond Das Elend der Physik Über die Produktionsweise der Naturwissenschaften Hrsg. von ÖTV-Mitgliedern am Hahn-Meitner-Institut (Westberlin)	DM 8,–
Turiner Kollektiv Stadtteilarbeit. Berichte und Analysen	DM 7,–	Edgar Weick (Hrsg.) Arbeit und Lernen Beiträge zum italienischen Modell des Bildungsurlaubs	DM 11,–
A. Hegedüs/M. Vajda Die Neue Linke in Ungarn Band 2	DM 7,–		

Merve-Verlag



Druckladen
6000 FRANKFURT
HAMBURGER ALLEE 45
tel.: 0611 705772

Eckhard Brockhaus
Kapitalistische Entwicklung und Arbeiterkampf
(Vor dem ersten Weltkrieg)
Krise und Funktionswandel der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung – Umwälzung der Produktionsstruktur – Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse – Massenkampf, Militanz, direkte Aktion, Arbeitsunlust als Merkmale der entstehenden „anderen" Arbeiterbewegung.
ca. 220 Seiten ca. 14 DM

TRIKONT
8 München 80 Josephsburgstr. 16

Spanisches Zentrum Essen

«Spanische Woche»

Zunehmend organisieren sich die „Communities" der Fremdarbeiter in der BRD in „Zentren" als Organisationsformen ihres Lebens und ihrer politischen Bestrebungen. In der „Spanischen Woche", die das essener Zentrum veranstaltete, wurde das ganze Spektrum einer Fremdarbeiterexistenz in der BRD exemplarisch thematisiert.
ca. 120 Seiten ca. 8 DM

PORTUGAL Nachrichten

Wochenzeitung für ein sozialistisches Portugal

Die PORTUGAL-NACHRICHTEN erscheinen wöchentlich. Sie verstehen sich als Instrument zur Schaffung einer Gegenöffentlichkeit gegenüber der Portugalhetze in den bürgerlichen Massenmedien.

Die PORTUGAL-NACHRICHTEN enthalten eine Chronik der wichtigsten Ereignisse der Woche und sie veröffentlichen die wichtigsten politischen Dokumente aus Portugal. Außerdem berichten sie über die Solidaritätsarbeit in der BRD und anderen Ländern.

Die PORTUGAL-NACHRICHTEN sind „unterparteilich". Genossen aus verschiedenen Organisationen und unorganisierte Genossen arbeiten an ihnen mit.

Der Preis pro EINZELNUMMER beträgt o,8o DM.
EINZELABO: 12.- DM für 1o Nummern (incl. Porto).
Rabatt: ab 10 Exemplaren/Ausgabe
Probeexemplare werden auf Anfrage verschickt.

ANSCHRIFT DER REDAKTION
Christian Kuls
6 Frankfurt 1
Heidestraße 31
Tel. 0611/49 40 72

KONTO DER ZEITUNG
Christian Kuls
PschA Ffm.
Konto Nr. 53 67 94 - 604

unsere miese männergruppe und frauen aus der frauengruppe haben 'ne sondernummer der "kieler fresse" gemacht :

INHALT:
- FRAUENPOLITIK
- ZUM § 218
- MÄNNERGRUPPE IN KIEL
- ALLGEMEINES ZU MÄNNERGRUPPEN

Bestellung an: 'Kieler Fresse' c/o 'Freut-Sich-Laden' Schaßstr.Ecke Adelheidstraße 2300 K I E L

[1,60 DM in Briefmarken beilegen]

links

Sozialistische Zeitung

AKTUELLE SONDERNUMMER MIT MATERIALIEN, ANALYSEN UND EINSCHÄTZUNGEN ZUR POLITISCHEN DISZIPLINIERUNG UND UNTERDRÜCKUNG IN DER BRD

AUS DEM INHALT DER SONDERNUMMER ● Stellungnahme des Arbeitsausschusses des SB zur Rolle der westdeutschen Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Phase der Repression ● Altvater/Neusüß: Thesen zum Zusammenhang von ökonomischer Krise und politischer Unterdrückung ● Arbeitsgruppe Ruhrgebiet: Unterdrückung im Betrieb ● Brand: Repression und Widerstand in Betrieb und Gewerkschaft ● Autorengruppe: Repression im Schulalltag - Erfahrungen Hamburger Lehrer ● SLB-Schulgruppe Frankfurt: Der Kampf der Ernst-Reuter-Schule gegen Berufsverbote ● Seifert: Innerer Feind und Restauration - Seine Bestimmung und Behandlung in der Geschichte der BRD ● Perels: Der Staat als politische Konfessionsschule? Das Bundesverfassungsgericht und die Treuepflicht der Beamten ● Wiegreffe: Rechts- und Verfassungsentwicklung in der BRD seit 1968 auf dem Gebiet der "inneren Sicherheit" ● Klönne: Der öffentliche Dienst als Herrschaftsreserve - Zur Kontinuität des Antidemokratischen ● Schneider: Zur Lage der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ● Hirsch: "Reformökonomisierung", Repression und Widerstand im öffentlichen Dienst ● Auszüge aus einem Interview mit Ernest Mandel ● Brückner: Berufsverbote - Möglichkeiten der rechtlichen Gegenwehr ● Funk/Werkentin: Materialien zur Entwicklung des innerstaatlichen Gewaltapparates - Polizei, Bundesgrenzschutz, Bundeskriminalamt u.a. ● Wesel: Am Beispiel Stammheim ● Cobler: Das Gesetz zum Schutze des Gemeinschaftsfriedens ● Blanke/Narr: "Kampf um die Verfassung" oder "Sozialistische Strategie"? ● Gespräch mit Heinz Brandt ● Vack: Überwintern in repressiver Epoche? Anmerkungen zur Lageeinschätzung für die westdeutsche Linke

64 Seiten, illustriert, "links"-Format, DM 4.--
Erhältlich gegen Vorauszahlung (Briefmarken beilegen) über Sozialistisches Büro + Verlag 2000 GmbH
6o5 Offenbach 4, Postfach 591

Redaktion: LM c/o Buchladen 'Commune'
1 Berlin 45, Unter den Eichen 84 d
Einzelabo: über Redaktion;
6 Ausgaben + Versandkosten = 10.80 DM
Vorauszahlung auf PSchKto
Nr. 4020 94-104. D.Schütte, Pscha.WBln.

Vertrieb: an Wiederverkäufer (BRD) Maulwurf
1 Berlin 36, Waldemarstr. 21
Preis: Berlin-W: 1,00 DM; BRD: 1,20 DM
Auflage: 4.000 (September 1975)

Zeitung für eine Neue Linke

Es ist eines der größten Mißverständnisse, von freier, menschlicher, gesellschaftlicher Arbeit, von Arbeit ohne Privateigentum zu sprechen. Die ‚Arbeit' ist ihrem Wesen nach die unfreie, unmenschliche, ungesellschaftliche, vom Privateigentum bedingte und das Privateigentum schaffende Tätigkeit. Die Aufhebung des Privateigentums wird also erst zu einer Wirklichkeit, wenn sie als Aufhebung der ‚Arbeit' gefaßt wird.

Karl Marx

Als Bildnerin von Gebrauchswerten, als nützliche Arbeit, ist die Arbeit daher eine von allen Gesellschaftsformen unabhängige Existenzbedingung des Menschen, ewige Naturnotwendigkeit.

Karl Marx

Die Linke fordert Arbeitsplätze für alle – wir fordern Arbeitslosigkeit für alle.

Jerry Rubin